G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Harold Rasch
Die nächsten Aufgaben

Wilfried v. Bredow
Friedensforschung in der BRD

Reinhard Kühnl
Bedingungen für Aufstieg und Sieg des Faschismus

Dieter Boris
Zur Lage in Bolivien

Sigrid Kubale
Bericht über die Frauenbewegung in den USA

1'71

Januar 1971 Einzelheft 4,00 Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Januar 1971

CHRONIK DES MONATS DEZEMBER 1970 1

KOMMENTARE UND BERICHTE

Die Mordanklage gegen Angela Davis . . . . *Martin Hall, Los Angeles* 4

Zur Situation in Pakistan . . . . . *Klaus Elliesen* 8

HAUPTAUFSÄTZE

Die nächsten Aufgaben . . . . . *Harold Rasch* 12

Friedensforschung in der BRD . . . . . *Wilfried v. Bredow* 23

Bedingungen für Aufstieg und Sieg des Faschismus . . . *Reinhard Kühnl* 33

Zur Lage in Bolivien . . . . . *Dieter Boris* 52

Bericht über die Frauenbewegung in den USA . . . . . *Sigrid Kubale* 64

Zur Kontroverse Hans Albert—Jürgen Habermas . . . . *Thomas Müller* 79

BÜCHER

Bingemer/Meistermann-Seeger/Neubert (Hrsg.), Leben als Gastarbeiter. — Paolo Cinanni, Emigranten und Imperialismus . . . . . *Uwe Krombach* 86

Ulrich Planck, Landjugend im sozialen Wandel . . . . . *K. Josef Pieper* 91

Ossip K. Flechtheim, Futurologie. — Frank E. Manuel (Hrsg.), Wunschtraum und Experiment. — Eckart Heimendahl, Zukunft im Kreuzverhör. — Alvin Toffler, Der Zukunftsschreck . . . . . *Ulrich Greiwe* 93

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 95

FERNSEH-SPALTE

Catch oder Match? . . . . . *E. H. Wahl* 97

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Wortlaut des Aktionsprogramms des Verbandes Deutscher Studentenschaften (vds), beschlossen auf der Außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 6.—8. November 1970 in Marburg 98

Wortlaut der Schlußresolution des Kongresses „Mitbestimmung in Wissenschaft und Ausbildung — für Demokratie und sozialen Fortschritt" am 16. Dezember 1970 in Bonn 108

Die Landtagswahlen in der Bundesrepublik im Jahre 1970 109

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Sechzehnter Jahrgang · Heft 1/1971

Herausgeber

HILDE BENTELE
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

Chronik des Monats Dezember 1970

1. 12. — Äthiopien / China. Die Regierung Äthiopiens und der Volksrepublik China vereinbaren die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und den Austausch von Botschaftern. Äthiopien anerkennt die Regierung in Peking als die „legale Regierung, die das gesamte chinesische Volk vertritt".

2. 12. — Warschauer Pakt. In Ostberlin tagt der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Vertrages. Anwesend sind die Partei- und Regierungschefs aller Mitgliedstaaten. Ein gemeinsames Kommuniqué nennt die folgenden Tagesordnungspunkte: 1) die Festigung der Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit in Europa; 2) die Verschärfung der Lage in Indochina; 3) die Lage im Nahen Osten; 4) die Aggressionen der Kolonialisten gegen die Republik Guinea. Zu jedem dieser Themen werden besondere Erklärungen veröffentlicht (vgl. „Blätter", Heft 12/1970, S. 1330 ff.).

3.—4. 12. — NATO. Der Ministerrat der Organisation, der sich aus den Außen-, Verteidigungs- und Finanzministern der Mitgliedstaaten zusammensetzt, tritt in Brüssel zusammen. Die Minister diskutieren u. a. die internationale Lage, vor allem das Ost-West-Verhältnis. Der NATO-Verteidigungsausschuß hatte am 2. 12. ein neues Militärprogramm für die 70er Jahre gebilligt, das jedoch nicht veröffentlicht wird.

4. 12. — Guinea. Die zur Untersuchung eines bewaffneten Angriffs gegen die Republik Guinea nach Conakry entsandte Sonderkommission des UN-Sicherheitsrates unterbreitet in New York ihren Bericht. Die

Kommission, der Vertreter Nepals (als Vorsitzender), Kolumbiens, Finnlands, Polens und Sambias angehören, schildert in dem Exposé ausführlich die Ereignisse in der Nacht vom 21. zum 22. November 1970 und kommt zu folgendem Ergebnis: 1) Die für die Invasion benutzten Schiffe seien hauptsächlich mit portugiesischen Truppen besetzt gewesen und von portugiesischen Offizieren befehligt worden; 2) die Streitkräfte hätten aus Einheiten der portugiesischen Armee, vor allem afrikanischen Truppen aus Portugiesisch-Guinea (Bissau) bestanden. Beteiligt gewesen sei ferner ein Kontingent „dissidenter Guineaner", die ihre Ausbildung ebenfalls in der portugiesischen Kolonie erhalten hätten. — Am 8. 12. nimmt der UN-Sicherheitsrat den Bericht zustimmend zur Kenntnis. In einer Resolution, die ohne Gegenstimmen bei vier Enthaltungen (USA, Großbritannien, Frankreich und Spanien) angenommen wird, verurteilt der Rat „schärfstens die Regierung Portugals wegen ihrer Invasion" und fordert „volle Entschädigung der Republik Guinea durch die Regierung von Portugal für die umfangreichen Schäden an Leben und Eigentum".

7. 12. — Polen/Bundesrepublik. Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Cyrankiewicz sowie die beiden Außenminister Scheel und Jedrychowski unterzeichnen in Warschau den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen". Der Bundeskanzler, der u. a. auch mit Parteisekretär Gomulka zusammentrifft, hält sich mit seiner Begleitung vom 6. bis 8. 12. in Polen auf. In einem Kommuniqué über den Besuch und die politischen Gespräche heißt es, beide Seiten seien übereingekommen, „unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Vertrages miteinander diplomatische Beziehungen" aufzunehmen.

9.—11. 12. — DDR. Das ZK der SED hält in Ostberlin seine 14. Tagung ab. Hauptredner sind der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht und das Mitglied des Politbüros Erich Honnecker. Ulbricht geht in seinem Referat ausführlich auf Fragen der Außenpolitik ein und erneuert den Vorschlag zum Abschluß eines Abkommens „zwischen der DDR und der BRD über den gegenseitigen Transitverkehr". Bedingung dafür sei jedoch, daß die „BRD ihre rechtswidrige staatliche Einmischung in Westberlin beenden würde". ZK-Sekretär Honnecker wendet sich gegen die von der Bundesregierung verwendete Formel von der „Einheit der Nation" und den „besonderen innerdeutschen" Beziehungen. Zwischen „der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD" vollziehe sich vielmehr „ein objektiver Prozeß der Abgrenzung und nicht der Annäherung". — Am 13. 12. begrüßt der Ministerrat in einer Erklärung den Abschluß des Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der VR Polen. In der Stellungnahme wird auf das „Abkommen zwischen der DDR und der VRP über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze" vom 6. Juli 1950 verwiesen, das „vor mehr als zwei Jahrzehnten zum Ausgangspunkt völlig neuer, freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem sozialistischen deutschen Nationalstaat und dem sozialistischen Volkspolen" geworden sei.

10. 12. — Vietnam. Der amerikanische Präsident Nixon deutet auf einer Pressekonferenz weitere Bombenangriffe auf nordvietnamesisches Territorium an. Die Vereinigten Staaten behielten sich das Recht vor, Angriffe auf US-Erkundungsflugzeuge mit der Zerstörung von Raketenanlagen in Nordvietnam zu beantworten.

10.—11. 12. — Tschechoslowakei. Auf einem zweitägigen Plenum des Zentralkomitees der KPC berichtet Parteisekretär Dr. Gustav Husak über den in den letzten Monaten durchgeführten Umtausch der Mitgliedskarten in der Partei. Im Verlauf dieses Prozesses seien 67 147 Personen aus der Partei ausgeschlossen und weitere 259 670 Mitgliedschaften annulliert worden. Die Partei habe nun ungefähr 1,2 Mill. Mitglieder. Das Zentralkomitee bestätigt den Parteiausschluß des früheren Ministerpräsidenten Oldrich Cernik.

13. 12. — Großbritannien. Die Regierung läßt durch königliche Proklamation den Ausnahmezustand ausrufen und begründet diesen außergewöhnlichen Schritt mit dem seit einer Woche andauernden „Bummelstreik" in den Elektrizitätswerken. Das Notstandsdekret wird am 17. 12. wieder aufgehoben.

17. 12. — UNO. Die 25. Generalversammlung, die am 15. September begonnen hatte, wird in New York beendet. In den letzten

Sitzungstagen hatten die Delegierten u. a. Resolutionen zu Problemen der Abrüstung verabschiedet und den Vertrag über die Freihaltung des Meeresbodens von Kernwaffen gebilligt.

18. 12. — S A L T. Die dritte Runde der „Strategic Arms Limitation Talks" zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die seit dem 2. November 1970 in Helsinki stattgefunden hatte, wird ohne die Bekanntgabe von Einzelheiten beendet. Der Meinungsaustausch über die Begrenzung der strategischen Rüstungen soll am 15. März 1971 in Wien fortgesetzt werden.

20. 12. — P o l e n. Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei nimmt den Rücktritt von Parteisekretär Wladyslaw Gomulka entgegen. Aus dem Politbüro der Partei scheiden neben Gomulka auch Staatspräsident Marian Spychalski sowie die Sekretäre Kliszko, Jaszczuk und Strzelecki aus. Nachfolger Gomulkas als 1. Sekretär wird Edward Gierek, bisher Parteisekretär des Bezirks Schlesien. Das Zentralkomitee kooptiert fünf neue Mitglieder in das Politbüro. Anlaß der Umbesetzung in der Parteiführung sind u. a. die Unruhen und eine Reihe von Streiks in verschiedenen Städten des Landes, zu denen es nach einschneidenden Preiserhöhungen Anfang Dezember gekommen war. Parteisekretär Gierek spricht in seiner Antrittsrede über Radio und Fernsehen von „tragischen Tagen", die durch „unüberlegte Konzeptionen in der Wirtschaftspolitik" verursacht worden seien. — Am 23. 12. tritt Ministerpräsident Cyrankiewicz zurück; neuer Regierungschef wird Piotr Jaroszewicz, bisher stellvertretender Ministerpräsident. Cyrankiewicz übernimmt das Amt des Staatsoberhaupts.

21. 12. — B e r l i n. Zum zweiten Mal innerhalb eines Monats beantworten die DDR-Behörden die Sitzung eines politischen Gremiums der Bundesrepublik in Westberlin mit einer verzögerten Abfertigung des Kraftfahrzeugverkehrs von und nach Berlin; es handelt sich um eine Zusammenkunft der Vorstände der sozialdemokratischen Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen.

23. 12. — D D R / B u n d e s r e p u b l i k. Staatssekretär Egon Bahr vom Bundeskanzleramt setzt in Ostberlin den vertraulichen Meinungsaustausch mit dem Staatssekretär beim DDR-Ministerrat Dr. Michael Kohl fort; ein erstes Gespräch hatte schon am 27. 11. stattgefunden. Bahr bezeichnet nach seiner Rückkehr die Unterredungen mit Kohl als ein „Vorstadium von Sachgesprächen".

27. 12. — I n d i e n. Vierzehn Monate vor Ablauf der fünfjährigen Legislaturperiode löst Präsident Giri das Parlament auf und setzt Neuwahlen für das Frühjahr 1971 an. Der Entschluß des Präsidenten geht auf eine Anregung des Kabinetts zurück. Ministerpräsident Frau Indira Gandhi erklärt in einer Ansprache, sie wünsche für ihre Politik ein neues Mandat, um die geplanten Reformen gegen die Opposition begüterter Interessenvertreter wirksamer durchsetzen zu können.

28. 12. — S p a n i e n. Ein Militärgericht in Burgos verhängt gegen Angehörige einer baskischen Befreiungsbewegung Todesurteile und Freiheitsstrafen in Höhe von 12 bis 70 Jahren. Drei der Angeklagten werden zweimal zum Tode verurteilt. Der Prozeß gegen insgesamt 16 Personen, darunter 2 Priester und 2 Frauen, hatte vom 3. bis 9. 12. stattgefunden. Im Zusammenhang mit dem Militärgerichtsverfahren hatte eine baskische Organisation den deutschen Wahlkonsul in der spanischen Hafenstadt San Sebastian, Eugen Beihl, am 1. 12. entführt, am 25. 12. jedoch wieder freigelassen. — Am 30. 12. wandelt Staatschef General Franco die Todesurteile in Haftstrafen von je 30 Jahren um.

— N a h e r O s t e n. Das israelische Kabinett faßt den Beschluß, an den „indirekten Friedensgesprächen" mit der VAR und Jordanien unter Leitung des UN-Vermittlers Gunnar Jarring wieder teilzunehmen.

31. 12. — S o w j e t u n i o n. Das Oberste Gericht der Russischen Föderativen Sowjetrepublik hebt zwei Todesurteile des Leningrader Stadtgerichts vom 24. 12. auf und verhängt statt dessen je 15 Jahre Zwangsarbeit. Das Leningrader Gericht hatte gegen insgesamt neun Sowjetbürger wegen Vorbereitung einer Flugzeugentführung verhandelt. In der Begründung geht die Revisionsinstanz, die auch die Freiheitsstrafen für die übrigen Angeklagten herabsetzt, von der Tatsache aus, daß die Entführung gescheitert sei. Nach sowjetischem Recht könne aber die Todesstrafe nur „als außergewöhnliches Strafmaß" angewendet werden.

Kommentare und Berichte

Die Mordanklage gegen Angela Davis

Es begann im Frühjahr 1969 als eine Frage der akademischen Freiheit und der Bürgerrechte. Angela Davis, eine schwarze graduierte Studentin der Universität von Kalifornien, wurde von der Abteilung Philosophie auf dem Campus Los Angeles der Universität von Kalifornien als Dozentin angestellt. Man hatte die akademischen Qualifikationen dieser jungen Frau, die an einer Dissertation unter Professor Herbert Marcuse arbeitete, geprüft und für hervorragend befunden.

Aber Angela hatte, nach den Worten ihres Anwalts John Abt, zwei Verbrechen begangen: sie war eine schwarze Frau, und sie hatte in ihrer Laufbahn Erfolg gehabt. Sie war außerdem Kommunistin. Ein FBI-Agent machte eine diesbezügliche Aussage. Angela Davis zögerte nicht, diese Tatsache zu bestätigen, als sie vom Universitätskanzler befragt wurde. Sie erklärte öffentlich, Mitglied im Che-Lumumba-Club der Kommunistischen Partei zu sein. Von diesem Augenblick an stand sie für Kaliforniens Gouverneur Ronald Reagan und für das reaktionäre Direktorium der Universität von Kalifornien auf der Abschußliste. Die Kommunistische Partei der USA ist nicht illegal. Es gab jedoch früher eine Universitätsbestimmung, nach der Kommunisten von der Anstellung an der Universität von Kalifornien ausgeschlossen sind.

Am 19. September 1969 stimmten die Universitätsdirektoren, von Gouverneur Reagan angefeuert, für die Entlassung von Angela Davis.

Das Direktorium hatte jedoch nicht mit der Fakultät gerechnet. Sie führte ihre eigene gründliche Untersuchung durch. Mitglieder des Lehrkörpers nahmen an Miss Davis' Vorlesungen teil und berichteten, sie habe keinen Augenblick lang versucht, in ihren Vorlesungen ihre eigenen politischen Ansichten zu propagieren. Tonbandaufnahmen ihrer Vorlesungen bestätigten das, und am 19. Oktober verurteilte die Fakultät die Entscheidung des Direktoriums mit 539 gegen 12 Stimmen; sie hob dabei gleichzeitig ihren eigenen Beschluß aus dem Jahre 1950 gegen die Anstellung von Kommunisten auf. Drei Tage später kamen über tausend Studenten zu Angela Davis' erster Vorlesung über „Philosophische Themen in der schwarzen Literatur".

Auch Bürgerrechtsorganisationen nahmen den Kampf auf und fochten die Verfassungsmäßigkeit der Anstellungssperre der Universität für Kommunisten aus dem Jahre 1950 an. Am 20. Oktober 1969 verkündete ein Richter des Superior Court, die Kündigung sei verfassungswidrig, und wies das Direktorium an, Angela Davis wieder in ihre frühere Position einzusetzen. Von nun an wurde das Leben von Angela Davis zu einem Alptraum an Belästigung und ständigen Drohungen bis hin zur Bedrohung ihres Lebens. Ultrarechte und rassistische Elemente entfesselten eine wahnsinnige Haßkampagne. Sie setzte trotzdem ihre Lehrtätigkeit fort. Es wurde für sie jedoch notwendig, sich überall hin von Leibwächtern begleiten zu lassen und zu ihrem eigenen Schutz eine Waffe zu kaufen, die sie vollkommen legal auf ihren Namen eintragen ließ.

Weit davon entfernt, sich einschüchtern zu lassen, setzte sie außerhalb der Universität ihre Aktivitäten im Kampf der schwarzen Gemeinschaft verstärkt fort. Der Fall der sogenannten Soledad-Brüder fand ihr besonderes Interesse. Es handelte sich dabei um drei schwarze Insassen des Soledad-Staatsgefängnisses. Ihnen hatte man den Mord an einem weißen Gefängniswärter in die Schuhe geschoben, der zu Tode kam, nachdem ein schwarzer Gefangener von Wärtern umgebracht worden war. An-

gela Davis sprach auf öffentlichen Kundgebungen und sammelte Geld für die Verteidigung der drei Strafgefangenen. Ihr Leibwächter, Jonathan Jackson, war der Bruder von einem der drei. Bei vielen Gelegenheiten sprach sie über die Schikanen, denen schwarze und andere politisch aktiv Engagierte ständig ausgesetzt sind.

Plötzlich beschloß das Direktorium der Universität von Kalifornien am 6. Juni 1970, unmittelbar nach Beendigung des akademischen Jahres, ihren Vertrag mit der Abteilung Philosophie nicht zu verlängern. Dieses Mal war man vorsichtig genug, ihre Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei nicht als Grund anzugeben, da in diesem Fall die Gerichte erneut gegen das Direktorium entschieden hätten. Diesmal nannten sie als Grund für ihre Entscheidung „Miss Davis' außerhalb des Lehrplans entfaltete Aktivitäten und ihre externen radikalen Reden". Am hohen wissenschaftlichen Niveau ihrer Lehrtätigkeit vermochten sie nichts auszusetzen; die Direktoren waren jedoch entschlossen, Angela Davis auf die eine oder andere Weise loszuwerden. Erneut stimmte die Fakultät für die Kollegin und ging sogar so weit, einen speziellen Fonds einzurichten, aus dem ihre Lehrtätigkeit finanziert werden sollte, falls man im bevorstehenden akademischen Jahr ihr reguläres Universitätsgehalt sperren sollte.

Einige Wochen später wurde bekannt, daß in der Vorbereitung des Prozesses gegen die Soledad-Brüder den Anwälten der Angeklagten der Zugang zu wichtigen Informationen, die sie für die Verteidigung benötigten, verweigert wurde, und daß potentielle Zeugen der Verteidigung unter den Gefängnisinsassen plötzlich von Soledad nach anderen Strafanstalten verlegt worden waren.

In panischer Angst um das Leben seines Bruders faßte Jonathan Jackson einen halsbrecherischen Plan. Im Bundesgefängnis von San Quentin war es zu einem ähnlichen Zwischenfall wie in Soledad gekommen. Auch dort stand ein schwarzer Gefangener unter der Anklage, einen weißen Gefängniswärter ermordet zu haben, und ihm sollte vor einem Bundesgericht der Prozeß gemacht werden. Jonathan Jackson plante, den Richter zu entführen und ihn so lange als Geisel festzuhalten, bis sein Bruder, George Jackson, aus Soledad freigelassen sein würde. Er drang während des Prozesses in den Gerichtssaal von San Rafael, Kalifornien, ein, verteilte Schußwaffen an die angeklagten Gefangenen und an zwei weitere als Zeugen anwesende Häftlinge, entwaffnete zwei Sheriffs und nahm fünf Mann als Geiseln fest, darunter den Richter und zwei Geschworene. Mit den Strafgefangenen und den Geiseln erreichte er einen vor dem Gerichtsgebäude geparkten Wagen. Als sie losfahren wollten, eröffnete die Polizei das Feuer. In dem sich entwickelnden Feuergefecht wurden der angeklagte Gefangene, einer der Zeugen, ihr Beinahe-Befreier Jonathan Jackson und der Richter getötet. Da beide Seiten geschossen haben, kann niemand wissen, ob der Richter von Polizeikugeln oder mit einer der von Jackson mitgebrachten Waffen getötet wurde.

Drei Tage später gab die Polizei bekannt, die in den Gerichtssaal mitgebrachten Waffen seien von Angela Davis gekauft und auf ihren Namen registriert, eine der Waffen sei sogar erst zwei Tage vor der Schießerei gekauft worden. Am 11. August wurde gegen sie Haftbefehl erlassen — als Komplizin bei den Verbrechen der versuchten Entführung und des Mordes.

Angela Davis wußte sehr genau, daß ihr Leben auf dem Spiel stand, mochten die Anschuldigungen noch so unwahrscheinlich sein, und tauchte unter. Am 19. August wurde sie auf die Liste der zehn meistgesuchten Verbrecher gesetzt, vom FBI beschrieben als „gefährlich und wahrscheinlich bewaffnet".

In allen Teilen der USA lief die Menschenjagd auf Angela an. Das FBI schaffte es jedoch erst am 13. Oktober,

sie in Begleitung eines Freundes, David Poindexter, in einem New Yorker Motel zu verhaften. Ihr Begleiter wurde wegen „Beherbergung einer Flüchtigen" unter Anklage gestellt, jedoch gegegen die unglaublich hohe Kaution von 100 000 Dollar wieder auf freien Fuß gesetzt. Angela Davis wurde in das Frauengefängnis von New York gebracht, die Stellung einer Kaution wurde abgelehnt. Zwei Tage nach seiner Wiederwahl zum Gouverneur des Staates New York unterschrieb Gouverneur Rockefeller eine Anweisung, sie nach Kalifornien auszuliefern. Ihr Anwalt legte dagegen Berufung ein, da der Staat Kalifornien eine „wahrscheinliche Schuld" nicht hinreichend nachgewiesen habe. In der Zwischenzeit wurde Angela Davis in Einzelhaft gehalten, Tag und Nacht bewacht, und ihre Zelle wurde alle drei Stunden durchsucht. Aus Protest gegen diese Behandlung begann sie einen Hungerstreik. Am 4. November entschied ein Bundesrichter, es bestehe kein Grund für die Einzelhaft, und ordnete an, sie ebenso wie die übrigen Gefängnisinsassinnen zu behandeln. Zehn Tage, bevor ein von ihrem Anwalt aufgrund der Habeas-Corpus-Bestimmung beantragtes Hearing stattfinden sollte, stellte eine Grand Jury von Marin County Angela Davis am 19. November unter Anklage wegen „Verschwörung, Entführung und Mord".

Niemand, der Angela kennt, kann glauben, daß sie mit der Verzweiflungstat Jonathan Jacksons, der ohne ihr Wissen Zugang zu ihren Waffen gehabt haben mag, irgend etwas zu tun hatte. Aber Jackson ist tot und kann keine Aussage mehr machen.

Auf einer Protestveranstaltung in Los Angeles, an der sich tausend Menschen beteiligten, erklärte Rechtsanwalt John Abt, einer von Miss Davis' Verteidigern: „Wenn sie in ein Waffengeschäft gegangen ist und zwei Tage vor der Schießerei eine Waffe gekauft hat, dann ist das ein Beweis für ihre Unschuld, nicht für ihre Schuld. Kein mit Vernunft begabter Mensch, wenn er sich auf ein derart riskantes Unternehmen einließe, würde dann auch noch eine Waffe kaufen und sie auf seinen eigenen Namen eintragen lassen."

Wer ist diese junge Frau, die zunächst als Universitätslehrerin eine Berühmtheit wurde, die loszuwerden Gouverneur und Universitätsdirektorium von Kalifornien sich derart intensiv bemühten, und die sich jetzt plötzlich in die Lage versetzt findet, angesichts einer absurden Entführungs- und Mordanklage um ihr Leben kämpfen zu müssen?

Angela Davis ist kein Produkt des Gettos. Sie ist die Tochter eines Tankstellenbesitzers in Birmingham, Alabama. Ihre Mutter ist Lehrerin, die an der New Yorker Universität den Magistergrad erwarb. Ihre Familie lebte mit anderen bürgerlichen schwarzen Familien in einem Teil Birminghams, der als „Dynamithügel" bekannt ist, seit der Ku-Klux-Klan begann, in die Wohnungen einiger Führer der Bürgerrechtsbewegung, die in der Nachbarschaft lebten, Handgranaten zu werfen. Doch obwohl sie einige der Mädchen kannte, die umkamen, als Rassisten eine Negerkirche in Birmingham niederbrannten, war ihre eigene Jugend relativ behütet und ereignislos. Sie erhielt Klavierunterricht und entwickelte sich zu einer hervorragenden Schülerin und Pfadfinderin. Mit 15 Jahren wurde Angela Davis als die vielversprechendste Schülerin ihrer Schule von einem Vertreter der privaten, progressiven Elisabeth-Irwin-High-School in New York ausgesucht und auf diese recht exklusive Schule gebracht. Hier machte sie ihre Abschlußprüfung mit Auszeichnung und errang ein Stipendium der Brandeis-Universität. Sie spezialisierte sich auf französische Literatur, und ihr Professor, Murray Sachs, nannte sie „eine der zwei oder drei besten Studenten, die ich je gehabt habe". Für ein Jahr ging sie nach Paris, um an der Sorbonne zu studieren. Nach ihrer Rückkehr an die Brandeis-Universität traf sie Pro-

fessor Herbert Marcuse, der auf ihr Denken einen nachhaltigen Einfluß ausübte. Sie wechselte ihr Arbeitsgebiet und ging von der Literatur zur Philosophie über. Nach einem weiteren Jahr an der Brandeis-Universität ging sie zu abschließenden Studien an das Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

1967 kehrte Angela Davis in die USA zurück. Professor Marcuse lehrte inzwischen am Campus der Universität von Kalifornien in San Diego. Dort begann sie mit der Arbeit an ihrer Dissertation „Kants Analyse der Gewalt in der Französischen Revolution". Gleichzeitig wurde Angela im schwarzen Studentenrat aktiv. Sie half bei der Ausarbeitung von Richtlinien für Kurse, die sich besonders mit Fragen der Minderheiten und ihrer Kultur befaßten. Dennoch war der bisherige Werdegang von Angela Davis bis 1969 in keiner Weise verschieden von dem irgendeiner begabten schwarzen Studentin. In diesem Jahr suchte die Abteilung Philosophie des Campus von Los Angeles nach einem Philosophiedozenten, und Angela Davis' Empfehlungen entsprachen genau dem, was man suchte: jemanden, der mit der europäischen philosophischen Tradition, mit Kant, Hegel und Nietzsche vertraut war. „Newsweek" zitierte dazu einen Professor aus Los Angeles: „Wir alle stehen unter dem Einfluß des britischen Empirismus und der analytischen logischen Positivisten. Ihr Plus bestand darin, daß sie eine wirkliche Lücke im Angebot der Abteilung schließen konnte".

Hier war also ein perfektes Beispiel für eine junge schwarze Intellektuelle, die es geschafft hatte, das doppelte Handicap zu überwinden, eine Schwarze und eine Frau zu sein, die im akademischen Leben Erfolg gehabt hatte; jemand, der eine Karriere von der Art vor sich zu haben schien, auf die Liberale zum Beweis dafür hingewiesen hätten, daß in Amerika mit all seinen Vorurteilen eine junge, guterzogene schwarze Frau in jedem Beruf Erfolg haben kann, welchen sie sich auch immer aussucht.

Es sollte nicht dazu kommen. Heute kämpft diese sanfte und hübsche Frau um ihr Leben. Sie wurde mit genau der Brutalität in eine abgekartete Mordanklage hineingetrieben, die in der langen Reihe politischer „frame-ups" in der amerikanischen Geschichte immer wieder praktiziert worden ist, von Tom Mooney bis zu Sacco und Vanzetti, bis hin zu den Rosenbergs, zu Bobby Seale und vielen, vielen anderen.

Aber Angela Davis darf nicht sterben. Sie muß ihre Freiheit wieder erhalten, damit sie ihrem Lande und der Welt den Beitrag geben kann, für den sie so hervorragende Qualifikationen mitbringt. Schon jetzt ist die Reaktion auf diese unglaubliche politische Machenschaft in ganz Amerika überwältigend. Komitees für die Freiheit von Angela Davis schießen in allen Teilen der USA aus dem Boden. In weniger als zwei Monaten ist ihr Name für Millionen auf der ganzen Welt ein Begriff geworden, ein Symbol für den gerechten Kampf des schwarzen Amerika um seine Rechte. Ihr Anwalt John Abt erklärte auf einer Pressekonferenz in Los Angeles: „In der langen Geschichte der Verteidigung von politisch Inhaftierten habe ich noch keine Massenbewegung erlebt, die mit der Bewegung zur Verteidigung von Angela Davis verglichen werden könnte. Die Breite der Unterstützung unter Schwarzen und unter Weißen ist ein außerordentlich bemerkenswertes Phänomen."

Die Chicanos, Amerikaner mexikanischer Abstammung, die gerade jetzt eine dramatische Phase politischer Bewußtwerdung durchmachen — unter den Bedingungen eines Polizeiterrors, der genau dem Terror gegen die engagierten Schwarzen entspricht —, haben zur Rettung von Angela Davis aufgerufen. Unter den weißen Organisationen, die sich zur Rettung von Angela Davis engagiert haben, befindet sich auch die

angesehene Christliche Vereinigung Junger Frauen, deren Bundesleitung zum ersten Mal in der Geschichte dieser Organisation in einem derartigen Fall tätig geworden ist. Von den gemäßigten Führern der schwarzen Gemeinschaft hat Mel King, Leiter der Urban League in Roxbury, Massachussetts, das ausgedrückt, was mehr und mehr Amerikaner aller Rassen und aller Lebensbereiche fühlen: „Wenn mit Angela so etwas geschehen kann, dann kann es jeden von uns auch treffen."

Im heutigen Amerika ist man sich wesentlich stärker der Gefahr bewußt, die die Freiheit aller Amerikaner bedroht, als das der Fall war, als die Rosenbergs trotz einer weltweiten Kampagne zu ihrer Rettung den elektrischen Stuhl besteigen mußten. Erst vor ein paar Wochen wurde eine Gruppe von Chicanos aus Kalifornien befreit. Auch sie waren fälschlich des Mordes angeklagt worden, aber eine Jury stellte das Verfahren gegen sie ein. Dieser Sieg konnte als Ergebnis aktiver Proteste der Bevölkerung errungen werden. Angela Davis muß durch eine weltweite Kampagne für Gerechtigkeit gerettet werden!

Martin Hall, Los Angeles

Zur Situation in Pakistan

In Pakistan wird gegenwärtig der Versuch unternommen, erneut ein parlamentarisch-demokratisches System zu etablieren. Die erste parlamentarische Periode endete 1958. Korruption und Unfähigkeit der politischen Führung hatten damals einen derartigen Umfang angenommen, daß die Machtübernahme der Armee in der Bevölkerung auf wohlwollende Zustimmung stieß. Doch das Regime Ayub Khans erwies sich schließlich ebenfalls als nicht hinreichend fähig, mit den Problemen des Landes fertig zu werden. Als sich der Mann, auf den einst große Hoffnungen gesetzt wurden, nach zehneinhalb Jahren von seinem Amt zurückzog, war angesichts ausgedehnter Streiks und Unruhen nicht nur das wirtschaftliche Leben gelähmt, vielmehr war auch der Zusammenhalt des durch die Landmasse Indiens getrennten Staatswesens ernsthaft bedroht.

Sein Nachfolger Yahya Khan begegnete dieser Situation psychologisch äußerst geschickt. Die Verkündung des Ausnahmezustandes verband er mit der Mitteilung, nur für eine Übergangszeit regieren zu wollen, um dann einem frei gewählten Parlament Platz zu machen. Dieses Parlament wurde am 7. 12. 1970 gewählt. Es erhielt vom Präsidenten die Auflage, nach seiner Konstituierung innerhalb von 120 Tagen eine Verfassung zu verabschieden. Ist es hierzu nicht in der Lage, soll es wieder aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Die neue Nationalversammlung besteht aus insgesamt 313 Abgeordneten. Aufgrund seines zahlenmäßigen Übergewichts an der Gesamtbevölkerung erhielt Ostpakistan 162 Mandate gegenüber 138 des flächenmäßig weitaus größeren Westpakistan. Zusätzlich werden 13 Frauen durch das Parlament berufen. Eine gesamtpakistanische Fraktion ist nicht in die Nationalversammlung eingezogen. Die für eine weitgehende Autonomie Ostpakistans eintretende Volksliga (Awami League/AL) Sheik Mujibur Rahmans gewann von den in diesem Landesteil bisher gewählten 153 Mandaten allein 151. In den 9 von der jüngsten Flutkatastrophe verwüsteten Wahlkreisen muß nachgewählt werden; sie dürften sich ebenfalls für die Partei Rahmans entscheiden. Zusammen mit den 7 auf Ostpakistan entfallenden weiblichen Abgeordneten wird sie über eine — wenn auch nur knappe — absolute Mehrheit verfügen. Dieser eindeutige Erfolg der AL würde allerdings nicht dieses Ausmaß angenommen

haben, wenn sich die linkssozialistische Nationale Volkspartei (National Awami Party/NAP) des 88jährigen Moslempriesters (Maulana) Abdul Hamid Bashani nicht von der Wahl zurückgezogen hätte. Die NAP besitzt ihre Anhänger hauptsächlich unter den Pächtern und Landarbeitern, als deren Sprecher sie sich betrachtet. Nach dem Rücktritt Ayub Khans hat sie sich jedoch mehr und mehr zerstritten. Während Bashani Islam und Sozialismus als geistige Grundlage seiner Partei betrachtet und ursprünglich für eine Beteiligung an den Wahlen plädierte, lehnt der Generalsekretär der NAP, Mohammed Toaha, jede ideelle Verbindung des sozialistischen Gedankenguts mit dem des Islam ab. Ebenso entschieden ist er gegen jede Teilnahme an den Parlamentswahlen. Sein Bestreben, einen Guerillakrieg zu entfachen, verdient durchaus ernst genommen zu werden, wenngleich in nächster Zeit kaum mit seinem Beginn gerechnet werden kann.

In Westpakistan war das Ergebnis nicht ganz so eindeutig, aber doch deutlich genug. Durchgesetzt hat sich die „islamisch-sozialistisch" firmierende Pakistanische Volkspartei (Pakistan Peoples Party/PPP) Zulfikar Ali Bhuttos mit 82 Mandaten. Alle anderen Parteien blieben bedeutungslos. Die einst allmächtige Moslemliga trat mit drei rivalisierenden Gruppen an; jede von ihnen nimmt natürlich für sich in Anspruch, allein das Erbe des Staatsgründers Mohammed Ali Jinnah zu vertreten. Lediglich 2 Mandate erhielt die Convention Moslemliga der früheren Anhänger Ayub Khans. Etwas erfolgreicher war die Council Moslemliga Mian Mumtaz Daultanas mit 7 Mandaten. In der Ära Ayub Khans bildete sie das Sammelbecken jener Kräfte der „grand old Party", die ihm ihre zeitweilige Verbannung aus dem politischen Leben nicht verziehen und ihn erbittert befehdeten. Ebenfalls 7 Sitze erhielt die Quayd-i-Azam Moslemliga des früheren Chefministers der Nordwestprovinz, Qayum Khan. 4 Sitze errang schließlich die Nationale Volkspartei des ebenfalls in der Nordwestprovinz agierenden Wali Khan. Ebenso mager war die Ausbeute der religiös-orthodoxen Gruppen. Die Islamische Sammlung (Jamaat-i-Islam) Maulana Maudoodis entsendet lediglich 4 Abgeordnete ins Parlament. Je 7 Mandate errangen zwei rivalisierende Fraktionen des Islamischen Bundes (Jamaat-Ulema-i-Islam). Der Rest entfällt auf parteipolitisch unabhängige Kandidaten.

Die beinahe ausschließliche Besetzung der ostpakistanischen Mandate durch die AL zeigt, daß sich die aus der geographischen Lage des Landes ergebenden Probleme seit seiner staatlichen Geburt eher verschärft haben. Pakistan ist eine künstliche Schöpfung. 1947, als Großbritannien seine Kolonie Indien in die Unabhängigkeit entließ, wurden die Gebiete, in denen die Bevölkerung mehrheitlich dem islamischen Glauben anhängt, vom indischen Kernland abgetrennt und zu einem eigenen Staatswesen zusammengefaßt. Die Idee hierzu wurde von der im Jahre 1906 ursprünglich als Interessenvertretung der indischen Moslems innerhalb der Kongreßpartei gegründeten Allindischen Moslemliga entwickelt. Bis 1940 war ihr Einfluß auch bei der islamischen Bevölkerung äußerst gering. Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges versuchte die Führung der Kongreßpartei, in der sich die indische Unabhängigkeitsbewegung vereinigte, für ihre Billigung zur Verwendung indischer Soldaten auf dem europäischen Kriegsschauplatz die feste Zusage der britischen Regierung zu erlangen, nach dem Krieg Indien in die Unabhängigkeit zu entlassen. Hierauf wurden ihre gesamten Kader ins Gefängnis geworfen, die Partei hörte damit praktisch vorübergehend auf zu existieren. Erst jetzt, nachdem ihre Konkurrenz ausgeschaltet war, konnte die von der Kolonialverwaltung nicht behinderte Moslemliga die Mehrheit ihrer islamischen Landsleute für sich gewinnen.

Mit ihrer Hinwendung zu dieser Partei, die ihrerseits nichts unversucht ließ, den latent vorhandenen religiösen Fanatismus zu schüren, erreichten sie zwar die Errichtung eines eigenen Staates, keineswegs jedoch eine Verbesserung ihrer materiellen Situation. Das durchschnittliche Einkommen der Pakistaner gehört auch heute noch zu den niedrigsten der Welt. Dies, obwohl besonders der Regierung Ayub Khan nicht abgesprochen werden kann, sich energisch um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bemüht zu haben. Der Umfang der Industrie hat sich seit 1947 mehr als verfünffacht. Ihr Anteil am Nationaleinkommen erhöhte sich von 0,7 auf etwa 12 Prozent. Im Gegensatz zu vielen in ähnlicher Lage befindlichen Ländern hat sich Pakistan jedoch voll dem kapitalistischen Entwicklungsweg verschrieben. Ausländisches, besonders britisches, aber auch US-amerikanisches und westdeutsches Kapital ist in beträchtlichem Umfang in der Wirtschaft des Landes investiert. Britisches Privatkapital nimmt z. B. im Kohlenbergbau, der Erdöl- und teilweise auch in der chemischen Industrie Schlüsselstellungen ein. Ferner sind etwa 30 Prozent des Bankkapitals britisch. Weitere Zweige mit starker britischer Beteiligung sind die Versicherungsgesellschaften und der Exporthandel.

In der Landwirtschaft sind trotz der Bodenreformgesetze, die in den Jahren 1950/52 in Ost- und 1959 in Westpakistan in Kraft traten, die halbfeudalen Verhältnisse nicht verschwunden. Diese Gesetze beschränken den Besitz auf 400 Hektar unbewässerten oder 200 Hektar bewässerten Boden. Sie wurden von den Großgrundbesitzern jedoch zum großen Teil dadurch umgangen, daß sie ihre Latifundien formell unter ihre Familienangehörigen aufteilten. Diejenigen, die Teile ihres Bodenbesitzes verloren, erhielten durch staatliche Entschädigungszahlungen die Gelegenheit, sich im industriellen Sektor zu betätigen. Insgesamt gesehen macht Pakistan gegenwärtig die Entwicklungsstufe des Frühkapitalismus mit sämtlichen Schattenseiten durch. Die materielle Situation der Bevölkerung hat sich seit 1947 geringfügig gebessert, der Einkommensunterschied zwischen der Geld- und Landaristokratie und der restlichen Bevölkerung ist jedoch sehr verschärft. Unbefriedigend ist auch das allgemeine Bildungsniveau. Immer noch sind 80 Prozent der Bevölkerung ohne Schulbildung. Bis jetzt ist noch keine allgemeine Schulpflicht eingeführt worden.

Die weitere politische Entwicklung Pakistans ist vorerst noch ungewiß. Neben den sozialen Gegensätzen macht sich das gespannte Verhältnis zwischen beiden Landesteilen immer stärker bemerkbar. Der Ostteil des Landes mit dem dichtbesiedelten Ganges- und Brahmaputradelta stellt zwar nur ein Sechstel der Gesamtfläche Pakistans, auf ihr leben jedoch beinahe 60 Prozent der pakistanischen Bevölkerung. Auch das Steuer- und Devisenaufkommen des Staates wird zum größeren Teil von Ostpakistan aufgebracht. Dennoch wird das Land seit seinem Bestehen vom Westteil aus regiert. Für dessen Entwicklung wurden seitens der Regierung auch die größeren Energien aufgewandt, während Ostpakistan stark vernachlässigt wurde. Erst in den letzten Jahren trat in dieser Beziehung ein vorsichtiger Wandel ein.

Der starke Zulauf zur Awami Liga ist vor diesem Hintergrund durchaus natürlich. Nach den Vorstellungen Rahmans soll Pakistan lediglich als lockere Konföderation weiterbestehen. Die Zentralregierung würde nur noch für die Fragen der Verteidigung und der Außenpolitik zuständig sein. Wirtschafts-, Finanz- und Außenhandelspolitik sollen ausschließlich in die Kompetenz der Provinzregierungen fallen. Letztere sollen auch das Recht erhalten, eigene Territorialtruppen aufzustellen, die der Befehlsgewalt der zentralen Armeeführung nicht unterstehen.

Wieweit er derart weitgehende Forderungen in der Verfassungsgebenden Versammlung — als welche die Nationalversammlung in den ersten Monaten fungiert — durchsetzen kann, steht dahin. Ebenso, wieweit sich Präsident Yahya Khan hierauf einläßt. Letzterer hat in einigen Punkten den Rahmen der Verfassung schon vorgezeichnet. Zu den von ihm aufgestellten Kriterien gehört neben der Wiederherstellung der von Ayub Khan aufgelösten Provinzen Westpakistan (Pandschab, Sind, Belutschistan und Nordwestprovinz) auch die Einheit des Staates in den Grenzen von 1947. Bis jetzt ist es keineswegs sicher, ob er einer Verfassung zustimmen wird, die zu einer innenpolitisch nahezu machtlosen Zentralregierung führt.

Klaus Elliesen

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Die nächsten Aufgaben

Von Harold Rasch

I

Einer der besten ausländischen Kenner unserer neuesten Geschichte, Alfred Grosser, meint am Schluß seines letzten Buches, „in der Bundesrepublik müßte man sich die Frage vorlegen, wann endlich und wie dieses Deutschland, statt sich einfach absorbieren zu lassen, einen wirklich schöpferischen Beitrag zur Gegenwart leisten könnte" [1]).

Die Antwort scheint mir, ganz allgemein gesprochen, nicht schwer zu sein: Durch eigene konstruktive Schritte zur Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa beizutragen, das ist unsere Aufgabe im kommenden Jahrzehnt.

Zwanzig Jahre hindurch haben die Regierungen der Bundesrepublik unter Führung der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen-Union und unter dem Beifall der Mehrheit des Bundestages unser Volk in der Hoffnung gewiegt, der von uns begonnene und verlorene Zweite Weltkrieg sei vielleicht doch nicht ganz verloren, die 1945 „unter polnische Verwaltung" gelangten preußischen Provinzen im Osten des früheren Reiches würden eines Tages wieder deutsches Land werden, die „sowjetisch besetzte Zone", von ihren Machthabern befreit, der Aufforderung des Grundgesetzes folgen können, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Zwar gab es zu keiner Zeit seit dem Ende des Krieges auch nur die geringste objektive Chance, die auf der Konferenz von Potsdam 1945 beschlossene neue deutsche Grenze im Osten, die Oder-Neiße-Grenze, zu verändern, zwar war auch die Aussicht, die kommunistische Herrschaft in der Deutschen Demokratischen Republik zu beseitigen, selbst in den frühen fünfziger Jahren nur minimal, aber das hinderte die Politiker nicht, unaufhörlich alte Illusionen weiter am Leben zu erhalten und neue zu erzeugen. Sogar nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 und der fast vollständigen Abriegelung der DDR gegen die Bundesrepublik Deutschland, was eigentlich dem letzten Träumer die Augen hätte öffnen müssen, dauerte es noch Jahre, bis einzelne Politiker sich nicht nur zu der Erkenntnis, sondern auch zu dem ersten vorsichtigen Eingeständnis bequemten, daß ihre Gaukeleien uns in eine Sackgasse geführt hatten, daß der Traum von der „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" und von den „Grenzen von 1937" endgültig ausgeträumt war.

Erst die aus den Wahlen vom 28. September 1969 hervorgegangene Regierung einer SPD/FDP-Koalition hat den Mut gehabt, mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, der Anerkennung des Charakters der DDR als eines souveränen Staates und vor allem dem Abschluß der Verträge von Moskau (12. August 1970) und Warschau (7. Dezember 1970) wirklich neue Schritte zu tun. Vor allem die beiden letzteren eröffnen eine grundlegende Wende in der Geschichte der außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik.

[1]) Alfred Grosser, Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, 1970, S. 499.

II

Wesentlicher Inhalt des Vertrages von Moskau ist die Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges für Mitteleuropa als „der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage" (Art. 1), der Verzicht auf die Ausübung von Gewalt und Drohung mit Gewalt (Art. 2) und die Verpflichtung zur Achtung der gegenwärtigen Staatsgrenzen in unserem Erdteil (Art. 3). Im Kern dasselbe besagt der Vertrag von Warschau, nur daß hier, den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechend, die Anerkennung der westlichen Staatsgrenze der Volksrepublik Polen, der Oder-Neiße-Grenze, im Vordergrund steht. Man hat deshalb das Abkommen von Moskau einen Gewaltverzichtsvertrag mit Grenzklauseln, den Vertrag von Warschau einen Grenzanerkennungsvertrag mit Gewaltverzichtsklausel genannt.

Nun stellt aber die Anerkennung der bestehenden staatlichen Machtstrukturen und Grenzen in Mitteleuropa 25 Jahre nach dem Ende des Krieges im Grunde nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit dar. Sie zieht die völkerrechtlichen Folgen aus dem militärischen Zusammenbruch des Reiches und den in Auswirkung dieses Zusammenbruchs veränderten tatsächlichen Verhältnissen. Sie bringt in juristische Form, was materiell ohnehin rechtens geworden war, und schafft, damit die Voraussetzung für jede in eine bessere Zukunft weisende Politik. Aber sie ist für sich allein noch keine konstruktive Konzeption, sondern nur der erste, freilich unerläßliche Schritt.

Daß es mit der Aufnahme eines formellen diplomatischen Verkehrs nicht getan ist, beweist nichts besser als die Geschichte des deutsch-sowjetischen Verhältnisses nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit 1955 hatten Bundesrepublik und UdSSR Botschafter in Moskau und Bonn, aber bis zum Jahre 1969 waren die Beziehungen zwischen beiden Staaten nie mehr als kühl, meist ausgesprochen frostig und nicht selten stark gespannt; auch der überaus rührige Botschafter Hans Kroll (1958—1962) konnte daran nichts ändern, weil die Bundesregierung eine Änderung gar nicht wollte. Entscheidend sind eben nicht die diplomatischen Beziehungen als solche, sondern das, was die beteiligten Staaten aus ihnen zu machen bereit sind.

Was können wir aus unseren Beziehungen zur UdSSR und Polen (und demnächst hoffentlich auch der CSSR) machen, nachdem die Lage in Mitteleuropa vertraglich befriedet ist? Wie können wir diese Befriedung praktisch nutzen, festigen, vertiefen? Welche politische Haltung sollen wir auf längere Sicht gegenüber den Staaten Osteuropas einnehmen?

In Ziffer 9 des sogenannten „Bahr-Papiers" [2]), in dem die zukünftigen Absichten der Partner des Moskauer Vertrages vom 12. August 1969 umrissen sind, heißt es, daß „die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und sonstigen Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR im Interesse beider Staaten und der Festigung des Friedens in Europa fortentwickeln" werden. Diese Formulierung ist so allgemein gehalten, daß vernünftigerweise niemand Einwendungen gegen sie wird erheben können. Was bedeutet sie in der Praxis?

Beginnen wir mit den einfachsten Kontakten, denen auf dem weiten Feld des Sports. Überall in der Welt lieben die Massen den Fußballsport, auch bei uns und auch in Osteuropa. Möge man so oft wie möglich internationale Wettkämpfe

[2]) „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 7/1970, S. 773 f., 774.

zwischen Mannschaften der Bundesrepublik, der UdSSR, Polens und der Tschoslowakei organisieren, das ist nur zu begrüßen, das führt am Fernsehschirm jedermann vor Augen, daß auch der Gegner Leistungen vollbringt. Aber menschliche Beziehungen entwickeln sich aus solchen Kontakten schon wegen der sprachlichen Schwierigkeiten kaum, und ihr politischer Wert für die Beziehungen der Staaten untereinander ist naturgemäß auch nur minimal.

Auf höherer Ebene ähnlich liegt es mit dem Austausch künstlerischer Leistungen. Gustaf Gründgens, die Berliner Philharmoniker haben in der kulturell wahrhaftig verwöhnten Sowjetunion Triumphe gefeiert, die musikalische Welt der Bundesrepublik bewundert die begnadeten Künstler David Oistrach, Svatoslav Richter, Mstislav Rostropowitsch. Doch das berührt nur eine sehr kleine Schicht, gesamtpolitisch ist es fast ohne Bedeutung.

Wichtiger schon ist der Ausbau der wissenschaftlich-technischen und namentlich der wirtschaftlichen Beziehungen. Erste Ansätze zu einer deutsch-sowjetischen Großforschung (Plasmaphysik, Ionenforschung, Hochenergiephysik) sind bei dem Besuch von Bundeswissenschaftsminister Leussink in der UdSSR geschaffen worden [3]), aber das Problem ist schwierig, praktische Lösungen werden vielleicht auch von der beiderseitigen Furcht belastet sein, der andere Teil könnte „Geheimnisse" erfahren, die er nicht erfahren sollte. Dagegen dürfte der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen erheblicher Wert beizumessen sein, nicht nur im Interesse der Großkonzerne, die naturgemäß in erster Linie an ihr Geschäft denken. Lieferungen und Leistungen der Bundesrepublik sind für Osteuropa gewiß nicht lebenswichtig, aber doch sehr nützlich und werden ein Klima der Entspannung und Befriedung sicherlich fördern. Ständige geschäftliche Beziehungen führen zu ständigen Kontakten von Kaufleuten, Ingenieuren, Finanzmännern und helfen, bestehendes Mißtrauen abzubauen. Die langfristige Kreditierung unserer Lieferungen andererseits, die ja aus dem Sozialprodukt abgezweigt werden müssen und damit volkswirtschaftlich in Konkurrenz zu einer anderweiten desselben für Konsum oder Investition treten, wird die Politiker vor ernste Überlegungen stellen, und das ist gut. Jede Deutsche Mark kann nur einmal ausgegeben werden, entweder für die Ausrüstung eines Traktorenwerks in der UdSSR, also als Investition für die Zukunft, oder für den Ankauf amerikanischen Kriegsmaterials, das bald wieder schrottreif ist. Die Entscheidung hierüber zwingt zu ihrem Teil zum Nachdenken über unseren außenpolitischen Kurs in der Zukunft, auch zur öffentlichen Diskussion. Wer überhaupt einer rationell begründeten Politik das Wort redet, muß das begrüßen.

Aber alles dies rührt nicht an den eigentlichen Kern der Probleme. Ein blühender Welthandel hat den Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht verhindert, ein noch so gut abgewickelter Waren- und Leistungsverkehr zwischen der Bundesrepublik und Osteuropa wird auch den dritten Krieg nicht verhindern, wenn nicht die Ursachen der weltpolitischen Spannungen beseitigt oder doch eingedämmt werden. Daran kann kein Zweifel bestehen. Die Frage ist nur: Was kann die Bundesrepublik in dieser Hinsicht tun?

Wir behaupten: sehr viel mehr, als sie bisher getan hat und auch zur Zeit tut.
Die Bundesrepublik kann, selbst wenn sie es wollte, keine weltweite Abrüstung erzwingen, sie hat nicht die geringste Möglichkeit, auf den Gang der zwischen den USA und der UdSSR geführten Rüstungsbegrenzungsverhandlungen (SALT) Einfluß zu nehmen, sie ist überhaupt nicht in der Lage, irgend etwas außerhalb

[3]) Claus Grossner, „Die Zeit" vom 4. 12. 1970, Nr. 49.

ihres eigenen Gebiets zu tun. Aber sie könnte sehr wohl, und zwar in weitaus stärkerem Maß als bisher, durch eine eigene konsequente Friedenspolitik zum Abbau der Spannungen in Mitteleuropa beitragen.

III

Die gegenwärtige Lage in Europa ist durch die Erhaltung eines „Gleichgewichts des Schreckens" im Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR gekennzeichnet. Zwar kann niemand beweisen (und natürlich auch niemand widerlegen), daß nur dieses „Gleichgewicht" uns 20 Jahre einen Zustand äußeren Friedens erhalten hat; immerhin: wir haben in diesem Erdteil wenigstens keinen heißen Krieg geführt. Man könnte sich mit der Praxis einer derart „organisierten Friedlosigkeit" (Dieter Senghaas) abfinden, könnte die ungeheuren Lasten, die sie den Völkern aufbürdet, hinnehmen, wenn es sich wirklich um ein Gleichgewicht des Rüstungspotentials bei den beiden Atom-Großmächten handelte. Gerade das aber ist nicht der Fall und kann nicht der Fall sein. Die These vom „Gleichgewicht des Schreckens" beruht auf falschen Voraussetzungen [4]). Generäle wollen nicht „gleichgewichtig" mit dem Feind, sondern ihm überlegen sein, sonst wären sie keine Soldaten. Und wenn schon das nicht, dann fürchten sie wenigstens oder behaupten zu fürchten, daß der Feind das Übergewicht erlangen könne, und finden mit dieser Behauptung stets die Zustimmung der fachlich ahnungslosen Politiker. Hinzu kommt, wenigstens in der westlichen Welt, das eindeutige Interesse der Rüstungsindustrie und ihrer Anhängsel an der Erhaltung und Erhöhung ihres Umsatzes und ihrer Gewinne. Das Wettrüsten für Angriff und Abwehr geht also weiter, die Kosten dieses Wahnsinns wachsen immer mehr, aber die Gefahr einer Weltkatastrophe wird dadurch nicht geringer, sondern größer. Darüber gibt es ernstlich überhaupt nichts zu diskutieren.

Doch was könnte die Bundesrepublik, nach Franz Josef Strauß „wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg", hiergegen tun?

Die Bundesrepublik kann militärisch sinnvoll nicht verteidigt werden. Das empfindet nicht nur der kleine Mann, das wissen alle Kenner, auch die Politiker, auch die Militärs. „In jedem denkbaren atomaren Kriegsbild ... wird die Bundesrepublik zerstört werden. Fällt die Bundesrepublik in einem Überraschungsvorstoß in die Hände der Russen, werden die NATO-Verbände atomare Sprengköpfe einsetzen, um die Russen am Überschreiten des Rheins zu verhindern. Gelingt eine Vorwärtsverteidigung, werden die Russen die Aufmarsch- und Nachschubbasen der NATO zerstören" [5]). „Sinnentleert wie der Begriff der militärischen Überlegenheit werden auch die Begriffe ‚Verteidigung der Heimat', ‚Verteidigung der Freiheit ...' In einer Atomwüste bleibt Spielraum weder für persönliche noch für demokratische Freiheit. Dasselbe gilt von der Familie, der Heimat, die zu schützen man atomar wettrüstet: die Zivilbevölkerung, die in Jahrhunderten gewachsene Kultur der Heimat, des Vaterlandes sind die Opfer" [6]). „Es genügt nicht aufzuzeigen, daß die Hoffnung auf eine Begrenzungsmöglichkeit eines einmal ausgebrochenen Krieges irreal ist — es muß auch klar sein, daß angesichts des seit 1945 eingetretenen technischen Fortschritts selbst ein mit herkömmlichen Waffen geführter Krieg für Deutschland die Auslöschung der Zivilisation bedeuten müßte —, selbst wenn er tatsächlich begrenzt bliebe" [7]). Auch

4) Hierzu jetzt auch Bruno Fritsch, in: Die vierte Welt. Modell einer neuen Wirklichkeit, 1970, S. 54 ff.
5) Peter Menke-Glückert, Friedensstrategien, 1969, S. 8.
6) Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, 4. Auflage 1969, S. 203 f.
7) Fritz Vilmar, a.a.O., S. 214 f.

der Militärsachverständige der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Adelbert Weinstein, sieht die Dinge völlig klar. Ein atomarer Krieg in Europa, sagt er [8]), bedeute „in seiner Anfangsphase keineswegs eine Vernichtung der USA oder der Sowjetunion. Die Giganten könnten wohl Teile ihrer Truppen einbüßen. Dieser partielle Verlust braucht aber nicht der Kriegsgrund zu werden, der zwangsläufig zur gegenseitigen Vernichtung der Atommächte führte. Zerstört würde Europa". Aber wir wollen ja gar keinen Krieg, hält man uns immer wieder entgegen, wir wissen so gut wie Ihr, daß wir dabei nur zu verlieren haben. Was wir wollen, ist nur Sicherheit vor einem etwaigen Angriff des Feindes. Wir wollen Abschrekkung des Gegners, um den Frieden und unsere Freiheit zu erhalten. Erst auf der letzten NATO-Tagung in Brüssel wieder haben sich die Verteidigungsminister im Defense Planning Committee (DPC) der These der NATO-Studie AD (Allied Defense) 70 angeschlossen, in der die Soldaten wieder einmal zu dem Ergebnis gelangt waren, daß angesichts der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts die NATO-Streitkräfte den untersten Rand der Glaubwürdigkeit als Abschreckungsmacht erreicht hätten, daß das Gleichgewicht des Schreckens zur Wahrung der kollektiven Sicherheit gehalten und mehr getan werden müsse, um die militärische Leistung und Qualität des Bündnisses zu erhöhen. Demgemäß haben sie erneut zusätzliche Aufwendungen für „Verteidigungszwecke" beschlossen, an denen die Bundesrepublik mit einem beträchtlichen Anteil wird partizieren müssen [9]).

Nun, was immer „Abschreckung" im Verhältnis der beiden Weltmächte zu einander bedeuten möge, für die Bundesrepublik ist sie, über gewisse enge Grenzen hinaus, sinnlos. Wenn die Bundesrepublik Deutschland militärisch nicht verteidigt werden kann — und das ist unbestreitbar und unbestritten —, dann kann sie, allein oder im Verband der NATO, einen potentiellen Angreifer auch nicht wirklich abschrecken. Wer abschrecken will, ohne entschlossen zu sein, im Ernstfall mit den Waffen zu kämpfen, blufft bewußt und kann damit nur solange Erfolg haben, wie der Gegner den Bluff annimmt. Wer aber gegebenenfalls mit der Verteidigung Ernst machen will, handelt zwar seinem Abschreckungsvorsatz entsprechend konsequent, im übrigen aber wider bessere Überzeugung, denn auch er weiß, daß durch Krieg nichts Vernünftiges erreicht werden kann. Wie immer man das Blatt wenden möge, die „Abschreckung" eines politischen Gegners durch die Bundesrepublik ist entweder unglaubwürdig oder die Bereitschaft zum Selbstmord. Da der „Feind" eine solche Bereitschaft nicht als gegeben ansehen wird, kann er diese Abschreckung mit Recht als unglaubwürdig betrachten und danach handeln. Wer will, mag auf den „Atomschirm" der USA vertrauen.

Damit soll freilich nicht gesagt werden, daß jede Verteidigungsanstrengung der Bundesrepublik wertlos, eine Bundeswehr überflüssig sei. Wohl aber ergibt sich, daß es vernünftigerweise einzige Aufgabe der Bundeswehr sein kann, dem Gegner zu zeigen, daß ein Angriff auch für ihn nicht ohne Verluste ausgehen würde. Das würde einen wirklich entschlossenen Gegner kaum abhalten. Um so wichtiger ist es, eine Politik zu treiben, die den Nachbarn jedes Interesse an einem Angriff auf die Bundeswehr nimmt.

IV

Nachdem die Regierung der SPD/FDP-Koalition mit den Verträgen von Moskau und Warschau die revisionistische, reaktionäre Politik ihrer Vorgänger endgültig

8) Abwarten und rüsten, in: Wie gefährlich ist Moskau für Europa?, 1969, S. 74.
9) Vgl. den Bericht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 3. 12. 1970, Nr. 280, S. 3.

aufgegeben und sich zu einer Politik des Friedens und der Zusammenarbeit der Völker bekannt hat, gilt es nunmehr, den Zustand der bloßen Erhaltung des Friedens durch ein „Gleichgewicht des Schreckens" allmählich abzubauen und durch eine wirkliche Befriedung unseres Kontinents abzulösen. Dazu bedarf es, neben der längst fälligen Ratifizierung des bereits Ende 1969 unterzeichneten Atomwaffensperrvertrages,

1) der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch den Bundestag,

2) des Abschlusses entsprechender Verträge mit der CSSR und der DDR,

3) der tatkräftigen Mitwirkung der Bundesregierung an der Vorbereitung der von den Staaten des Warschauer Paktes vorgeschlagenen internationalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit.

Zu 1): Es war ein nur scheinbar naheliegender, im Grunde aber wenig glücklicher Gedanke, die Ratifizierung des Vertrages von Moskau mit dem Ziel einer „befriedigenden Regelung der Berlin-Frage" zu verknüpfen. Zwar hat sich die Bundesregierung auf diese Weise ihre Arbeit innerpolitisch-taktisch zunächst einmal erleichtert. Daß sie dabei in der Sache viel gewonnen hat, muß bezweifelt werden. Frieden und Zusammenarbeit mit dem Osten zu ermöglichen, ist eine so große, in die Zukunft weisende, in unser aller Interesse liegende Aufgabe, daß schon deshalb eigentlich kein Schritt in dieser Richtung von Bedingungen abhängig gemacht werden sollte. Die überaus komplizierte Problematik West-Berlins andererseits ist im wesentlichen in der Insellage der Stadt begründet, die durch keinerlei vertragliche Regelung aus der Welt zu schaffen ist. Natürlich wären — obwohl Berlin unmittelbar gar nicht ernstlich bedroht ist —, viele Verbesserungen des derzeitigen Zustandes erwünscht und bei gutem Willen aller auch erreichbar. Aber bestand und besteht wirklich mehr Aussicht, diesen guten Willen durch Druck auf die Gegenseite herbeizuführen, als durch vorbehaltlose Bestätigung der Friedenspolitik der Bundesregierung auch durch die Mehrheit des Parlaments? Wir haben Grund, das zu bezweifeln. Eine Ratifizierung des Vertrages von Moskau abzulehnen, nur weil in Berlin nicht alles erreicht wird, was wir selbst als „befriedigend" betrachten, würde uns teuer zu stehen kommen. Selbstverständlich sollte kein Schritt ohne Abstimmung mit unseren Verbündeten geschehen, die ja in Berlin sowohl unsere wie eigene Interessen vertreten. Auf einem wie immer gearteten Junktim zwischen der Berlin-Frage und der Ratifizierung des Vertrages von Moskau hätten diese indessen gegen unseren Wunsch schwerlich bestanden.

Erste und dringendste Aufgabe der Bundesregierung ist es heute, neben dem Atomsperrvertrag die Verträge von Moskau und Warschau dem Bundestag unverzüglich zur Ratifizierung vorzulegen und sich mit aller Energie für diese einzusetzen. Sicher wäre es erstrebenswert, auch innerhalb der CDU/CSU-Opposition Bundesgenossen hierfür zu gewinnen. Das dürfte auch möglich sein, da es keinerlei ernsthaft vertretbare Alternative gibt und die Fraktion ja nicht nur aus Barzel, Kiesinger und Strauß besteht, sondern auch Männer wie Schröder und Dichgans aufweist. Aber der Kampf um die Abstimmung muß durchgefochten, die Entscheidung darf nicht mit Hilfe taktischer Kompromisse auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden. Es wäre auch nicht richtig, wie zeitweise erwogen, den später abgeschlossenen Vertrag von Warschau früher ratifizieren zu lassen als das Abkommen von Moskau. Frieden mit Polen ist wahrhaftig notwendig, aber er darf nicht mit einer offenen Brüskierung der Sowjetunion

verbunden werden. Dazu besteht auch nicht die geringste Veranlassung, denn beide Verträge stehen sachlich in engstem Zusammenhang miteinander, und in Ziffer 5 des „Bahr-Papiers" heißt es ausdrücklich, daß der Moskauer Vertrag und entsprechende Abkommen der Bundesrepublik mit anderen sozialistischen Ländern, auch der Volksrepublik Polen, „ein einheitliches Ganzes bilden". Erfreulicherweise sind sich die führenden Männer der Volksrepublik Polen hierüber völlig im klaren und begehren selbst keine Ratifizierung des Warschauer Vertrages vor dem des Vertrages von Moskau. Wir hoffen, daß die Bundesregierung, die nach außen hin mit mutigen Schritten endlich neue Wege gegangen ist, nun auch innerpolitisch mit voller Kraft für das eintreten wird, was sie als richtig erkannt hat.

Zu 2): Die Befriedung unserer Beziehungen zur CSSR wird leichter sein als der Friedensschluß mit Polen, weil ein Grenzproblem hier nicht existiert. Der zeitweise mit einem beträchtlichem Aufwand an historischer Gelehrsamkeit und völkerrechtlichem Scharfsinn geführte Streit um die Gültigkeit des Münchner Abkommens von 1938 ist nicht wert, von den Politikern auch nur einen Tag lang fortgesetzt zu werden. Möge die Bundesregierung das Abkommen ruhig als von Anfang an nichtig erklären und damit moralisch eindeutig von Hitlers Erpressungen abrücken, im übrigen aber nach einer brauchbaren Regelung der anstehenden Probleme suchen. Internationale Verhandlungen werden ja letzten Endes nicht geführt, um Kontroversen der Historiker oder einen Streit über abstrakte Rechtsfragen auszutragen, sondern um praktische Lösungen zu erreichen.

In ihrer Haltung zur DDR hat sich die Bundesregierung trotz richtiger Einsicht in die Dinge leider immer noch nicht zu dem entscheidenden Schritt einer völkerrechtlichen Anerkennung durchgerungen. Daß sie um ihn nicht herumkommt, weiß sie natürlich so gut wie jeder politisch Denkende. Da wir sachlich durch eine Verzögerung nichts zu gewinnen haben, sollte sie, obwohl oder besser gerade weil sie zur Zeit vom Osten nicht besonders gedrängt wird, das letztlich Unvermeidliche aus eigener Einsicht bald tun. Sie sollte auch genügend Möglichkeiten finden können, dabei nicht — schrecklicher Gedanke für einen Politiker — „das Gesicht zu verlieren". Man wird, alles in allem, in dieser Frage zuversichtlich sein dürfen. Schließlich können wir wenig einwenden, wenn der Osten der These „Keine Ratifizierung des Moskauer Abkommens ohne vorherige befriedigende Regelung der Berlin-Frage" die These „Keine Regelung der Berlin-Frage ohne vorherige völkerrechtliche Anerkennung der DDR" entgegensetzt. Welche Reihenfolge man schließlich für die erforderlichen Rechtsakte: Anerkennung der DDR, Regelung der Berlin-Frage, Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau wählt, ist im Grunde eine reine Prestigefrage; zwei Wochen nach dem letzten Schritt fragt kein Mensch mehr danach.

Zu 3): Aber Grenzanerkennungs- und Gewaltverzichtsvereinbarungen sind, wie wir sahen, nur der erste unerläßliche Schritt einer Befriedung Mitteleuropas, noch keine langfristig konzipierte konstruktive Politik. Eine solche erfordert heute, den trotz aller Verträge nach wie vor bestehenden Zustand einer — vermeintlichen — Friedenssicherung durch Aufrechterhaltung des Gleichgewichts des Schreckens durch eine wirkliche Europäische Friedensordnung zu ersetzen. Der Gedanke, zu diesem Zweck eine internationale Konferenz einzuberufen, die, wie immer man sie nennen möge, in der Sache so etwas wie eine verspätete „Friedenskonferenz" oder doch der Beginn einer solchen wäre, ist gar nicht so sensationell, wie er manchem immer noch erscheinen mag. Schon in ihrer ersten Erklärung vom 28. Oktober 1969 hat die Bundesregierung anerkannt, daß eine

Konferenz, die der europäischen Sicherheit dienen solle, „eine wichtige Etappe auf dem Wege zu größerer Sicherheit bei geringerer Rüstung und zu Fortschritten zwischen den Partnern Ost- und Westeuropas werden" könne. Ende Dezember 1969 haben die Außenminister der NATO-Staaten bei ihrer Zusammenkunft in Brüssel erklärt: „Der Nutzen der Tätigkeit der Allianz könnte gesteigert werden, wenn sie zur Basis einer umfassenden Zusammenarbeit würde. Dies könnte und sollte Nahziel sein, zumal die Regierungen des Warschauer Paktes Interesse daran bekundet haben". Und in Ziffer 10 des „Bahr-Papiers" heißt es ausdrücklich: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken begrüßen den Plan einer Konferenz über Fragen der Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und werden alles von ihnen Abhängende für ihre Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung tun".

„Umfunktionierung" der NATO also von einem Instrument der Drohung und Abschreckung zu einem Werkzeug friedlicher Zusammenarbeit? Nun, auf der Grundlage der tatsächlichen Gegebenheiten muß man schließlich beginnen. Daß das Endziel die Auflösung der militärischen Machtblöcke zu Gunsten einer besseren Sicherung des Friedens sein sollte, ist klar.

Der bloßen Erweiterung der bestehenden Grenzanerkennungs- und Gewaltverzichtsverträge zu einem oder mehreren multilateralen Abkommen ist dabei die geringste Bedeutung beizumessen. Der eigentliche Krisenherd Europas waren in den letzten 20 Jahren die beiden deutschen Staaten und ihre Grenzen; ihn zu beseitigen, ist ein guter Anfang gemacht. Darüber hinaus sind die staatlichen Grenzen in Europa kaum umstritten, und soweit Spannungen bestehen, etwa in Nordirland oder um Triest, geht es um Fragen, die die unmittelbar Beteiligten allein lösen müssen. Die Hauptaufgabe für die Zukunft liegt nicht in neuen völkerrechtlichen Konstruktionen. Es gibt andere Probleme, die anzupacken sehr viel wichtiger ist. Man erkennt sie am deutlichsten, wenn man den Widerstand betrachtet, der von verschiedenen Seiten dem Plan einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entgegengesetzt wird.

Sehen wir von den allem Neuen gegenüber üblichen phrasenhaften Einwendungen ab (hier: die Zeit für eine internationale Konferenz sei noch nicht reif, diese müßte jedenfalls sorgfältig vorbereitet werden), so geht das Hauptargument der Gegner einer solchen Konferenz dahin, sie könnte, ja würde mit einiger Sicherheit zu einer Zurückdrängung des Einflusses der Vereinigten Staaten von Amerika in Europa und zu einer Stärkung der Position der UdSSR führen, und dies mit der Folge einer Schwächung der Verteidigungskräfte des Westens, aber auch der Gefahr unübersehbarer innenpolitischer Entwicklungen. Der Hauptwiderstand gegen die Einberufung der Konferenz geht denn auch von den führenden Kreisen der USA aus, die besorgt sind, eine derartige Versammlung könnte zu einer permanenten Institution werden. „In ihr könnten sich westliche, östliche und neutrale europäische Nationen mit wechselnden Mehrheiten ständig als Verbündete gegen die amerikanische Politik zusammenfinden. Dahinter würde immer der Wille der Sowjetunion stehen, die Amerikaner aus Europa zu vergraulen" [10]).

So ernst diese gewiß ehrlichen Sorgen zu nehmen sind, so wenig können sie überzeugen. Besagen sie im Grunde doch nichts anderes, als daß kein Versuch unternommen werden sollte, den Wahnwitz des Wettrüstens zu beenden, bevor

[10]) Adelbert Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 10. 12. 1970, Nr 286.

der Westen, d. h. die NATO, militärisch erneut stärker geworden ist; Fortsetzung also des längst gescheiterten widersinnigen Rezepts: Aufrüstung zwecks Abrüstung. Unter dieser Devise werden wir niemals weiter kommen, sondern nur die Interessen der Militärs und der Rüstungswirtschaft fördern.

Die unter der Bezeichnung SALT geführten Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR mögen Fortschritte bringen und zu einem guten Ende führen oder nicht, es besteht kein Grund, die Bemühungen um die Erhaltung des Friedens allein den beiden Weltmächten zu überlassen. Insbesondere die Bundesrepublik, Glied einer geteilten Nation, hat unbeschadet ihrer engen Bindungen an die Vereinigten Staaten alle Veranlassung, die — nach Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau — vertraglich befriedete Lage in Mitteleuropa durch eine konsequente Friedenspolitik in der Richtung intensiver, materiell friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen fortzuentwickeln. Auch rein ökonomische Überlegungen drängen dahin. Aber was nützen langfristige kommerzielle Verträge mit den Staaten Osteuropas, wenn sich die Truppen der NATO und des Warschauer Paktes weiterhin an Elbe und Werra gegenüber stehen?

Sicher kann es nicht Aufgabe einer internationalen Konferenz für Europa sein, wenigstens nicht in ihrem ersten Stadium, konkrete Abrüstungsvereinbarungen für alle Beteiligten zu erreichen. Aber das ist keine Rechtfertigung dafür, nicht wenigstens einmal anzufangen. Schon die Vereinbarung eines Rüstungsstops für die Staaten Mitteleuropas, etwa im Sinn der früheren Pläne Rapackis, wäre ein Gewinn. Zugleich könnten zeitliche Stufen für den Rückzug ausländischer Truppen aus diesem Raum und der Beginn einer Abrüstung hier festgelegt werden; mit der Ausarbeitung der Einzelheiten wäre eine ständige Arbeitsgruppe zu beauftragen, in der militärische Experten der NATO und des Warschauer Paktes zusammenzuwirken hätten. Dabei käme selbstverständlich der alte Einwand zur Erörterung, die sowjetischen Truppen würden auf diese Weise bestenfalls bis zur Ostgrenze Polens zurückgehen, die der USA aber über den Atlantik. Es wäre zu prüfen, ob dieser Einwand, wenn jemals, auch heute noch durchschlägt. Das ist gewiß ein heißes Eisen, zumal die Streitkräfte der UdSSR in der DDR, der CSSR und Polen — vielleicht auch die der USA bei uns? — ja auch Polizeifunktionen erfüllen. Aber einzelne Verschiedenheiten der Interessen unseres Staates und der USA sind nun einmal unbestreitbar und sollten nicht verheimlicht werden. Im Gegenteil, je offener wir sie aussprechen, desto besser. Wir importieren eben nicht nur Kapital und nützliche Technologie von drüben, sondern auch Inflation, Kriegsmaterial und sturen Antikommunismus. Daran sind wir nicht interessiert.

So wenig West-Berlin jemals die pathetische Rolle eines „letzten Bollwerks der Freiheit" anstand, so wenig darf die Bundesrepublik auf die Dauer ein vorgeschobener Außenposten der amerikanischen Militärmacht bleiben. Diese Forderung ist weder Undankbarkeit gegenüber den großartigen Leistungen der USA für Europa und besonders Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg noch feige Unterwürfigkeit gegenüber der Sowjetunion. Sie ist lediglich Ausdruck der nüchternen Erkenntnis, daß die Bundesrepublik von der Zerstörungsgewalt heutiger Waffen nichts, gar nichts zu gewinnen hat, daß ihre Zukunft im Osten allein in friedlichen, freundschaftlichen Beziehungen zu den Staaten Osteuropas liegt. Wir sind militärisch nicht mehr gefährdet als Finnland und Österreich, unser wirtschaftliches Gewicht ist um ein Vielfaches größer als das dieser Staaten. Wir könnten, wenn wir nur wollten, auf einer internationalen

Konferenz für Europa eine — möglichst wenig aufdringliche, aber — ebenso gewichtige wie segensreiche Rolle spielen. Das würde nicht ohne Einfluß auf unsere Position auch innerhalb der NATO bleiben.

Wieder einmal ist es neben vielen anderen Franz Josef Strauß, der — sicher zur Freude seines heutigen Nachfolgers im Amt des Bundesverteidigungsministers — davor warnt, durch mangelnde Verteidigungsanstrengungen die isolationistischen Tendenzen in den USA zu stärken, und auffordert, mehr zu rüsten. Aber genau die entgegengesetzte Argumentation ist angebracht, das Gegenteil entspricht unseren wahren Interessen: wir haben die Folgerung aus der Tatsache zu ziehen, daß schon die Überforderung der eigenen Kräfte, deren sich die Vereinigten Staaten seit Jahren schuldig machen, sie mit größter Wahrscheinlichkeit früher oder später zu einem Abbau ihres Engagements in Europa zwingen wird. Diesen Abbau können wir nicht aus eigener Kraft ersetzen, und deshalb sollten wir uns erst recht bemühen, unsere Beziehungen zum Osten nicht länger unter das Gesetz des „Gleichgewichts des Schreckens" zu stellen, sondern ein Höchstmaß friedlicher Zusammenarbeit mit ihm zu suchen.

Was solchen Bemühungen entgegensteht, ist vor allem die anscheinend unüberwindliche Angst vor dem Kommunismus, tief verwurzelt in unserem Volk seit mehr als 50 Jahren und von den verschiedensten Seiten immer wieder neu genährt. Wer am Stammtisch äußert, die Sowjets warteten nur auf die nächstbeste Gelegenheit, um ohne nennenswertes Risiko über uns herzufallen, kann immer mit fast einhelliger Zustimmung rechnen. Aber die Angst beherrscht nicht etwa nur den kleinen Mann, auch die geistig führenden Schichten teilen sie, vom Großbürgertum ganz abgesehen, das zwar gern Geschäfte mit dem Osten macht, aber ebenso gern wenigstens einen Teil seines Vermögens in Zürich, auf den Bermudas oder in Südafrika in „Sicherheit" bringt. Dabei steht durchaus nicht immer der Gedanke an einen unmittelbaren Schlag im Vordergrund der Besorgnis, im Gegenteil: ein solcher wird eigentlich für unwahrscheinlich gehalten und viel mehr mit kalter Erpressung auf Grund der dahinter stehenden Macht der Panzer und Raketen gerechnet. Adelbert Weinstein, Militärsachverständiger und begabter Journalist zugleich, bringt diese Sorge wie folgt zum Ausdruck: „Mit zunehmender militärpolitischer Schwäche der Europäer, bei der Möglichkeit schließlich eines amerikanischen Abzuges, würde das sowjetrussische Übergewicht zur einzigen politischen Realität werden. An Stelle des hypothetischen Gleichgewichts der Kräfte würde sich als politische Alternative des Westens nur noch anbieten, freiwillig andere politische Verträge setzen zu wollen. Die Sowjets könnten dann das dem Warschauer Pakt und der NATO übergeordnete Sicherheitssystem aushandeln, das ihnen die Kontrolle auch über den noch freien Westen zuspielt. Das wäre unsere Kapitulation ohne Krieg" [11]). Am Ende steht, darf man ergänzen, natürlich die Angst vor der „bolschewistischen Weltrevolution".

Vergessen sind, soweit noch selbst erlebt, die 20er Jahre, in denen das Deutsche Reich, wenn auch unter einer sehr anderen weltpolitischen Konstellation, durchaus befriedigende Beziehungen zur UdSSR hatte, vergessen vor allem die Tatsache, daß 1941 nicht die Sowjetunion uns, sondern wir sie angegriffen haben; vergessen, daß 20 Jahre hindurch alle Regierungen der Bundesrepublik die Rückgängigmachung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu Lasten des kommunistischen Herrschaftsbereichs auf ihre Fahnen geschrieben hatten, vergessen, daß gleichwohl auch vor der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik kein Macht-

11) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 17. 12. 1970, Nr. 292.

haber des Kreml je versucht hat, die politische Integrität der Bundesrepublik zu bedrohen. Die Angst vor dem Kommunismus, behaupten wir, ist in erster Linie ein Produkt der historisch-politischen Unbildung unseres Volkes. „Weil der Normal-Abiturient auf der Schule ... nicht Russisch lernt, weiß er schlechterdings nichts von der Sowjetunion, hat auch kein Verhältnis zu den slawischen Ländern, nimmt Balkan als Synonym für Unordnung, sieht beim Blick nach Osten Nebel" [12]).

Aber es ist nicht nur die weitverbreitete Unkenntnis der geschichtlichen Entwicklung, die die überwältigende Mehrzahl der Bundesbürger bei dem Gedanken an die — unbestreitbar ungeheure — militärische Macht der Sowjetunion erzittern läßt. Es ist zugleich die Unfähigkeit sowohl wie der mangelnde Wille, sich mit den aktuellen Problemen des Sozialismus ernstlich auseinanderzusetzen. Man braucht den Kommunismus als Bürgerschreck, um sich eigenen geistigen Bemühungen auf die bequemste Weise zu entziehen und unausweichlichen Reformen zu entgehen. Was für den Osten der Popanz des „Monopolkapitalisten" ist, der aufgebaut und gehegt wird, um freiheitliche Regungen zu unterdrücken, das ist für uns das Schreckgespenst des bis an die Zähne bewaffneten, nur auf den Raub unseres ehrlich erworbenen Eigentums bedachten Kommunisten.

Indessen gibt es keine Möglichkeit, der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Lehre auszuweichen. Keinerlei Art von „Friedensforschung", wie sie jetzt auch in der Bundesrepublik mit einiger Geschäftigkeit betrieben wird, ist ein Ersatz dafür, vor allem nicht, „solange die Bundesrepublik als Hauptexekutor der westlichen Hegemonialmacht der Stützpfeiler der Abschreckung in Europa sein will" [13]). Wer die Unzulänglichkeiten einer im bürokratischen Apparat erstarrten Praxis, die rücksichtslose Hintansetzung der Bedürfnisse des Einzelnen, die Mißachtung der geistigen Selbständigkeit, wie wir sie dort immer wieder erleben, näher kennt, hat diese Auseinandersetzung nicht zu fürchten, auch dann nicht, wenn er sich über die wahrhaftig ebenfalls nicht geringen Mängel der „freien" Gesellschaft keiner Täuschung hingibt. Angst brauchen wir nur dann zu haben, wenn wir die Dinge ewig treiben lassen, wenn wir, um Reformen zu entgehen, revolutionären Kräften Vorschub leisten, die, heute noch eine ohnmächtige Minderheit, sich eines Tages auch bei uns entladen könnten, ohne daß ein einziger sowjetischer Panzer die Grenze der Bundesrepublik überschreitet. Doch was will die Sowjetunion, wird man fragen, wenn sie ihr Rüstungspotential ständig verstärkt, wenn sie ihre Satelliten den Erdball umkreisen läßt und mehr und mehr auch auf allen Weltmeeren ihre Flagge zeigt, zugleich aber intensiv für eine internationale Konferenz über Europa wirbt? Niemand kennt die Ziele der heutigen oder gar der kommenden Machthaber im Kreml, und dennoch dürfte die Antwort aus der Interessenlage der östlichen Weltmacht nicht allzu fern liegen: die UdSSR will sich für den Fall einer irgendwann einmal kommenden Auseinandersetzung mit China wappnen und zugleich im Westen absichern, sie will in Mitteleuropa, wenn schon nicht Freunde, so doch jedenfalls keine Feinde haben, zum mindesten Nachbarn, die ihre Wünsche nicht gegen die der Sowjetunion verfolgen, sondern auch ihr durch ein Netz von vertraglichen Abmachungen verbunden sind [14]). Ein vernünftiges Interesse der UdSSR, sich Mitteleuropa durch Drohung mit Gewalt dienstbar zu machen, ist nicht zu erkennen.

[12]) Werner Ross in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 2. 5. 1970, Nr. 101.
[13]) C. Koch, in: Friedensforschung und Gesellschaftskritik, herausgegeben von Dieter Senghaas, 1970, S. 81.
[14]) Diese Auffassung deckt sich weitgehend mit der von Botho Kirsch, Sturm über Eurasien. Moskau und Peking im Kampf um die Weltherrschaft, 1970, vertretenen Thesen, nur daß dieser Autor aus ihnen sehr andere Folgerungen zieht als der Verfasser des vorliegenden Aufsatzes.

Wenn es so liegt, dann ist nicht einzusehen, warum wir den Gedanken einer internationalen Konferenz zur Erörterung von Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nicht nach besten Kräften unterstützen sollten. Im Gegenteil: Eine vertraglich gesicherte Befriedung Europas, ein Abbau der militärischen Machtpositionen im Zentrum unseres Kontinents, letzten Endes militärische Neutralisierung der beiden deutschen Staaten liegt in unser aller Interesse. „Eine neue Ostpolitik ... kann unmöglich gleichzeitig Friedenspolitik nach Osten und Hochrüstungspolitik innerhalb der NATO betreiben" [15]). Das Schlagwort von der drohenden „Finnlandisierung" Europas ist nicht nur eine Beleidigung des tapferen kleinen Volks im Nordosten, sondern auch unsagbar dumm: Wer je den Ehrenfriedhof von Leningrad für die Opfer der 900tägigen Belagerung der Stadt besucht hat, sollte einiges Verständnis dafür haben, daß die Russen für dieses Grenzgebiet ihres Reiches besonders empfindlich sind. Und könnten wir nicht eigentlich ganz zufrieden sein, wenn es uns eines Tages gelänge, den völkerrechtlichen Status Österreichs, selbstverständlich unter Aufrechterhaltung unserer Bindung an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, zu erlangen, eine „Umrüstung auf soziale Verteidigung" [16]) zu vollziehen?

„Man muß ... nicht unbedingt ein Kommunist sein, um zu wissen, daß der Antisowjetismus ein Verbrechen gegen Frankreich und den Frieden ist", schreibt einer der klügsten, unabhängigsten und nobelsten Denker aus dem sozialistischen Lager, Roger Garaudy [17]). Wir zögern nicht hinzuzufügen, daß Antisowjetismus ein Verbrechen auch gegen unsere Interessen darstellt. Die Bundesregierung sollte das Ihre dazu beitragen, ihn zu überwinden helfen. Dann wird sie sich, von der breiten Öffentlichkeit in ganz Europa unterstützt, mit guten Aussichten der nächsten Bundestagswahl im Jahre 1973 stellen können.

Friedensforschung in der BRD

Von Wilfried v. Bredow

Werden die siebziger Jahre unseres Jahrhunderts im Gegensatz zu den Jahren davor eine Periode weltweiten Friedens werden, der die unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der immer drängender werdenden Probleme sowohl der Dritten Welt wie auch der hochindustrialisierten Länder ist? Ein Überblick über die Zahl und die Art der kriegerischen Konflikte zu Beginn dieses Jahrzehnts erschwert eine positive Antwort. Denn wenn auch die Führungsmächte der sozialistischen und der kapitalistischen Staaten, die UdSSR und die USA, sich unter dem Druck ihrer gemeinsamen Verantwortung für den Nicht-Einsatz von Atomwaffen trotz aller ideologischen und politischen Differenzen, die unverändert bestehen, zu partiellen Entspannungsmaßnahmen entschlossen haben, so flackern doch in weltpolitischen Randzonen im Gefolge der Entkolonisierungs-Prozesse

15) Friedhelm Baukloh, „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 7/1970, S. 672 ff., 677.
16) Hierzu Theodor Ebert, Von aggressiver Drohung zu defensiver Warnung. Das Konzept der sozialen Verteidigung, in dem in Anm. 13 erwähnten Werk, S. 179 ff.
17) Roger Garaudy, Die große Wende des Sozialismus, 1970, S. 14.

immer neue Konflikte auf. Die Intensivierung des Vietnam-Krieges, die der amerikanischen Führungsschicht nicht nur eine wachsende Opposition im eigenen Lande, sondern auch einen fühlbaren Sympathieverlust in aller Welt eingebracht hat, macht deutlich, daß das gegenwärtige transnationale System voller Widersprüche ist, die nur schwer zu überwinden sein werden.

Ein neues Instrument zur wissenschaftlichen Erforschung dieser Widersprüche und damit — vielleicht — zur Erleichterung ihrer Auflösung im Sinne des Friedens könnte die im Bewußtsein der Öffentlichkeit in vielen westlichen Ländern populäre *Friedensforschung* sein. Ihre Popularität in den Bevölkerungen dieser Länder (und die Bundesrepublik Deutschland gehört seit einem Jahr auch dazu) verdankt sie dem tief empfundenen Wunsch der Menschen nach Frieden, nach einem Frieden jedoch, der mehr Sicherheit bietet als das augenblickliche „Gleichgewicht des Schreckens", das erkauft ist mit immensen Rüstungsausgaben, die anderen Bereichen, wie z. B. Bildung und Ausbildung oder Umweltschutz, entzogen werden. Dieser Wunsch nach Frieden äußert sich in der Bundesrepublik auf vielerlei Weise — zum Beispiel auch in der Zustimmung einer großen Mehrheit der Staatsbürger zu einer Politik des Ausgleichs mit den Völkern Osteuropas und auch und gerade der DDR, von der man zwar nicht sehr viel weiß, deren Eigenexistenz man jedoch zu respektieren gewillt ist. Die Friedensforschung, ihre Popularität und ihr rasches Wachstum können also als ein Symptom gewertet werden — das vor dem doch ziemlich düsteren weltpolitischen Hintergrund ein wenig hoffnungsfroh stimmt. Denn natürlich entspricht ihre Institutionalisierung auch dem immer bewußter werdenden Bedürfnis einer Reihe von demokratischen Wissenschaftlern und Politikern, die Möglichkeiten und den Nutzen einer friedlichen Politik zu erforschen und durchzusetzen.

I

Was ist Friedensforschung und wie ist sie in der Bundesrepublik Deutschland konzipiert? Die allgemeinste Definition beschreibt Friedensforschung als „wissenschaftliche Forschung über die notwendigen Voraussetzungen friedlicher Beziehungen zwischen Staaten und anderen Gruppen". Dabei zeichnet sich moderne Friedensforschung nach Karl Kaiser durch sechs Merkmale aus: 1) Friedensforschung wird getragen von einem Engagement zum Frieden; 2) sie muß von einer gesamt-systemaren Ansatzhöhe der Analyse ausgehen, d. h. ihre Analyse ist nur dann sinnvoll, wenn sie alle relevanten Dimensionen sozialen, politischen und ökonomischen Lebens miteinbezieht; 3) ihre Ergebnisse können nur dann gültig sein, wenn Friedensforschung inter- und multidisziplinär betrieben wird; 4) Friedensforschung hat notwendig eine wirklichkeitsverändernde Zielsetzung, denn sie kann ihr Engagement für den Frieden nur dann einlösen, wenn sie dazu beiträgt, ihn in der Praxis durchzusetzen; 5) Friedensforschung muß, soweit es überhaupt möglich ist, institutionell und finanziell unabhängig sein; 6) schließlich ist zu betonen, daß Friedensforschung in nationaler Regie ein Widerspruch in sich selbst bliebe. Mit den Worten Karl Kaisers: „Da es der Nationalstaat ist, in dessen Namen die größte Gewaltanwendung begangen wurde und begangen wird, und er immer noch die ausschlaggebende Einheit im internationalen Geschehen ist und noch einige Zeit bleiben dürfte, ist die Friedensforschung in besonderem Maße verpflichtet, die in den meisten wissenschaftlichen Bereichen stark ausgeprägte Unterwerfung unter das Nationalinteresse — besonders in Krisenzeiten — zu überwinden ... Vor allem die Zusammenarbeit

von Wissenschaftlern aus einander feindlichen politischen Systemen, z. B. aus Ost und West, könnte überfällige Lernprozesse in Gang setzen und neue Wege eröffnen" [1]).

Wie weitgespannt der Bogen der Forschungsthemen der Friedensforschung sein muß, läßt sich an dem Forschungsprogramm eines der beiden hervorragendsten Friedensforschungsinstitute der Welt, des International Peace Research Institute (PRIO) in Oslo, erkennen. Die Liste der Forschungsprogramme umfaßt folgende Themen: 1) Vorarbeiten zu allgemeinen Konflikttheorien; 2) soziale Aspekte technischer Hilfe; 3) institutionalisierte Konfliktregelungen; 4) persönliche Kontakte in Konfliktsituationen; 5) friedliche Verwendung von Streitkräften; 6) kulturelle Konflikte und sozialer Wandel; 7) Ursachen und Folgen von Rassenkonflikten; 8) Ursachen und Folgen ethnischer Konflikte; 9) Intra-Systemkonflikte; 10) Konflikte in Hierarchien; 11) Rüstung, Abrüstung und das Machtgleichgewicht; 12) innergesellschaftliche Folgen von Frieden und Krieg; 13) Struktur und Funktion der modernen Diplomatie; 14) Struktur und Funktion der Nachrichtenverbreitung; 15) Struktur und Funktion von Peace Corps; 16) öffentliche Meinung und internationale Beziehungen; 17) internationale Friedens-Streitkräfte; 18) Internationalismus; 19) Entscheidungsprozesse in der Außenpolitik; 20) nichtmilitärische Gewalt; 21) Struktur der Weltgesellschaft; 22) Muster übernationaler Integration; 23) Struktur und Funktion von Friedensforschung; 24) Struktur und Funktion von Friedensorganisationen; 25) das Image des Friedens; 26) Entwicklungs-Studien; 27) Imperialismus-Studien; 28) Revolutions-Studien; 29) Repräsentations-Studien; 30) Studien über die Zukunft [2]).

Diese Übersicht, obwohl sie noch lange nicht vollständig ist, zeigt, welch immense Ausdehnung das Arbeitsgebiet von Friedensforschern hat. Gleichzeitig betont sie auch den Integrationsaspekt der Friedensforschung: alle Sozialwissenschaften, ja in einem weiteren Sinne sogar auch alle Naturwissenschaften können und müssen etwas beitragen, soll Friedensforschung erfolgreich sein.

In der Bundesrepublik sind Begriff und Inhalt seit den wiederholten Hinweisen von Bundespräsident Gustav Heinemann bekannt geworden. Zwar gab es schon vorher Aktivitäten und Forschungen auf diesem Gebiet, aber entweder fanden sie mehr oder weniger isoliert von der Öffentlichkeit statt, oder sie bewegten sich vornehmlich im Rahmen der „strategischen Studien" mit dem Ziel etwa der Rüstungskontrolle (Arms Control). Auch sie jedoch blieben fast ohne Echo; so konnte z. B. die deutschsprachige Ausgabe der achtundzwanzig unter der Schirmherrschaft der American Academy of Arts and Sciences von Donald G. Brennan herausgegebenen Problemanalysen „Strategie der Abrüstung" (1962) die Diskussion in der Bundesrepublik kaum beleben. Die Ablösung der Großen Koalition von CDU/CSU/SPD durch eine sozial-liberale Koalition SPD/FDP im Herbst 1969 mag als eine Art Zäsur in der Entwicklung der Friedensforschung in der Bundesrepublik begriffen werden. Natürlich spielen andere Überlegungen und Faktoren ebenfalls eine wichtige Rolle: so die allenthalben in Europa sich durchsetzende Tendenz zu einer inner-europäischen Entspannung durch ein europäisches Sicherheitssystem, so die Einsicht einiger Politiker, daß bei unverändert rasch wachsenden Militärausgaben die anderen Probleme der Gesellschaften so stark vernachlässigt werden müßten, daß ihr Bestand und ihr Wohlergehen

[1]) Karl Kaiser, Friedensforschung in der Bundesrepublik. Gegenstand und Aufgaben der Friedensforschung, ihre Lage in der Bundesrepublik sowie Möglichkeiten und Probleme ihrer Förderung. Studie im Auftrag der Stiftung Volkswagenwerk, Göttingen 1970, S. 62. Dieser Arbeit Kaisers kommt nicht nur einige wissenschaftliche, sondern auch erhebliche wissenschaftspolitische Bedeutung zu.
[2]) Informationsschrift über PRIO, Oslo 1970, S. 5.

ernsthaft gefährdet würden, so schließlich der unüberhörbare, wenngleich sich oft mißverständlich formulierende Anspruch der Jugend Europas auf eine Welt ohne Drohung und Unterdrückung.

In seiner Ansprache anläßlich des 30. Jahrestages der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges sagte Gustav Heinemann u. a.: „Müßte nicht längst in aller Welt und besonders dringlich auch bei uns die wissenschaftliche Erforschung des Friedens, das heißt seiner Voraussetzungen einschließlich der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen sowie der psychologischen Faktoren die Grundlage aller Grundlagenforschung sein ... Wir brauchen eine Friedensforschung."

Seit dieser Rede ist in der Bundesrepublik viel von Friedensforschung gesprochen und viel darüber geschrieben worden. Vor allem die bereits ein Jahr zuvor gegründete „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung" (AFK), in der inzwischen fast alle westdeutschen Friedensforscher und auch andere Wissenschaftler vereint sind, hat sich zum Fürsprecher einer durch Mittel der öffentlichen Hand und gesellschaftlicher Gruppen regelmäßig unterstützten, fest institutionalisierten Friedensforschung gemacht. Sie hat damit bei der Bundesregierung zunächst ein offenes Ohr gefunden, wenngleich die Transponierung der Friedensforschung in die aktive Politik ihr zunächst einmal viel von ihrem anfänglichen Schwung genommen zu haben scheint. Nach zahlreichen Intrigen und Kämpfen hinter den Kulissen, wobei es einmal um die Kontrolle über die Verteilung der Geldmittel und weiter um die Kontrolle über die Auswahl der zu unterstützenden Forschungsvorhaben ging (um dasselbe Problem auf zwei verschiedenen institutionellen Ebenen also), wurde am 28. Oktober 1970 in Bonn die „Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung" feierlich gegründet. Sie ist nach den Worten eines der enttäuschten publizistischen Kommentatoren eine Art „Holding-Gesellschaft" geworden, „in der das Proporz-Denken und die Interessen gesellschaftlicher pressure-groups vorherrschen" [3]).

Dieser Eindruck wird durch einen Überblick über die Gründungsmitglieder und die verschiedenen Organe der Gesellschaft leider zunächst einmal bestätigt. Zu den Gründungsmitgliedern gehören: der Bund, die Länder, der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der DGB, die DAG, die Deutsche Bischofskonferenz, der Rat der EKD und der Zentralrat der Juden in Deutschland. Aus dem Kreis dieser Gründungsmitglieder, der nicht erweitert werden soll, erwartet man sich in den nächsten Jahren sechs bis acht Millionen DM pro Jahr.

Die Organe der Gesellschaft sind: ein Vorstand, d. h. ein auf fünf Jahre gewählter Geschäftsführer; ein Kuratorium, das zur Aufgabe hat, allgemeine Richtlinien zu geben, und aus 32 Mitgliedern besteht; die Hälfte davon sollen Wissenschaftler sein und vom Bundespräsidenten direkt berufen werden, während die andere Hälfte aus vom Bund, den Ländern, den Gewerkschaften und den Parteien vorgeschlagenen (und ebenfalls dann vom Bundespräsidenten berufenen) „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" bestehen wird. Schließlich gibt es ein aus 16 Wissenschaftlern bestehendes Konzil und eine aus 12 Mitgliedern bestehende Förderkommission, die personell, materiell und ideell engstens mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft verklammert ist.

Das allgemeine Echo in der Öffentlichkeit auf diesen Gründungsakt war nicht sehr positiv; es wäre in der Tat sehr bedauerlich, wenn durch diese sehr kom-

[3]) Claus Grossner, Geheimkrieg um Millionen. Die Rückzugsgefechte der deutschen Friedensforscher, in: Die Zeit, 30. 10. 1970, S. 11.

plizierte und anscheinend nicht sehr arbeitsfähige Konstruktion die wenigen brauchbaren Ansätze der Friedensforschung in der Bundesrepublik nicht nur nicht ermutigt, sondern gar wieder erstickt würden.

II

Eine Übersicht über das, was es an Friedensforschung in der Bundesrepublik gibt oder in Kürze geben wird, bleibt unvollständig ohne eine knappe Aufzählung der Institutionen, Persönlichkeiten und Publikationen, die sich auf diesem Gebiet bereits einen Namen gemacht haben.

Neben der bereits erwähnten „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung", zu deren Vorsitzendem kürzlich Prof. Karl Kaiser gewählt wurde (weitere Vorstandsmitglieder: Dieter Senghaas, W. Kewenig, Th. Ebert, P. Menke-Glückert, Pater P. Engelhardt und G. Zellentin), sind vor allem die Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler und die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg zu nennen. Beide Vereinigungen sind in den letzten Jahren mit einer Reihe von Veröffentlichungen hervorgetreten, die sich mit verschiedenen Aspekten der Friedensproblematik beschäftigen. Bis zum Ende des Jahres 1970 bereitet die Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler einen Sammelband mit Beiträgen westdeutscher Sozialwissenschaftler zu einem europäischen Sicherheitssystem vor; aus dem Kreis der Evangelischen Studiengemeinschaft ist eine Reihe von „Studien zur Friedensforschung" publiziert worden, die Themen wie z. B. „Frieden durch Integration und Assoziation" (von Eva Knoblock-Senghaas) oder die Problematik der Kriegsdienstverweigerung behandeln. Beide Vereinigungen verstehen sich weniger als feste Organisationen, vielmehr als lockere Diskussionskreise, deren Mitglieder sich durch ihr gemeinsames Engagement für eine friedliche Zukunft verbunden fühlen. Es ist übrigens kein Zufall, daß in beiden eine Reihe von protestantischen Wissenschaftlern die Initiative ergriffen hat: aus dem Bereich des selbstkritischen Protestantismus rekrutieren sich nicht wenige der aufrichtigen Verfechter von Friedensforschung.

Eine ähnliche, wenngleich über lange Zeit hin schwächer ausgebildete Entwicklung läßt sich innerhalb der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland konstatieren. Die Formierung einiger junger Katholiken um die Zeitschrift „Kritischer Katholizismus" und das zunehmende Problembewußtsein dieser Christen von der Zwiespältigkeit des Auftretens ihrer Kirche etwa in den Entwicklungsländern hat zur Folge gehabt, daß auch hier Friedensforschung als eine ernst zu nehmende Herausforderung betrachtet wird — zwar nur von einer Minderheit, aber sie ist doch stark genug, um die Diskussion in Gang zu halten.

Hervorzuheben ist auch die Arbeit der „Studiengesellschaft für Friedensforschung" in München, die sich unter der Leitung von Christel Küppers schon seit langem vor allem mit der pädagogischen Seite von Frieden und Friedensforschung befaßt. Neben einer ganzen Reihe von Universitäts-Instituten der Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie (Bonn, Marburg, Frankfurt, Hamburg, West-Berlin) soll auch das umstrittene „Internationale Institut für Friedens- und Konfliktforschung" in West-Berlin erwähnt werden, das im Rahmen des geplanten „Wissenschaftszentrums Berlin" vorgesehen ist. Umstritten ist das gesamte Projekt des Wissenschaftszentrums, weil es bewußt ohne Verbindung zur Universität geplant worden ist, weil die Finanzierung etwas undurchsichtig ist und weil schließlich und vor allem das gesamte Projekt in der Hauptsache

aus politischen Gründen verwirklicht wird, wie die Skeptiker behaupten. In der Tat wird man ihnen weitgehend recht geben müssen. Ohne daß man schon jetzt ein Urteil über die vielleicht doch noch zustande kommende wissenschaftliche Arbeit dieses Instituts fällen kann, läßt sich der Verdacht nur schwer entkräften, daß hier mit dem Etikett „Friedensforschung" gespielt wird.

Natürlich ist es nicht ganz leicht, auch unter dem Vorbehalt des einmal (und zu Recht) getroffenen Bescheids von den nur schwach ausgeprägten Ansätzen zur Friedensforschung in der Bundesrepublik eine Reihe von Wissenschaftlern zu benennen, die sich mit ihrer Arbeit oder durch ihr wissenschaftspolitisches Engagement für die Friedensforschung um deren Wachstum verdient gemacht haben. Es ist vor allem deshalb so kompliziert, weil recht unterschiedliche Vorstellungen über das herrschen, wie und mit welcher Perspektive Friedensforschung in der Bundesrepublik betrieben werden soll. Über die Spaltung in zwei einander feindlich gegenüberstehende „Schulen" der Friedensforscher wird noch zu sprechen sein, die folgende Aufzählung vereint zunächst einmal Namen und Publikationen, die sich an und für sich nur widerstrebend so eng versammelt sehen.

Die erste wissenschaftliche Arbeit, die in der Bundesrepublik Mitte der sechziger Jahre erschien und als authentische Leistung auf dem Gebiet der Friedensforschung angesehen werden kann, ist meines Wissens das Buch des wissenschaftlichen Außenseiters Fritz Vilmar, „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozioökonomische Analyse des Militarismus in unserer Gesellschaft". Daß dieses hochinteressante Buch im Jahre 1970 bereits die 5. Auflage erreicht hat, ist sehr erfreulich und macht auf das allgemeine Interesse aufmerksam, das solchen Fragen in der Bundesrepublik heute entgegengebracht wird. An den Universitäten in Frankfurt und West-Berlin fand sich in dieser Zeit eine Reihe von jüngeren Wissenschaftlern zusammen, die sich zum Ziel setzten, die verschiedenen neuen Methoden der Sozialwissenschaften, wie sie in den USA entwickelt worden sind (Systemtheorie, Kommunikationswissenschaft usw.) zu studieren und für friedensrelevante Forschung zu benutzen. Daraus entstand einmal der nützliche Sammelband, den Ekkehart Krippendorff 1968 unter dem Titel „Friedensforschung" herausbrachte und der die verschiedenen Ansätze und Methoden anhand von Einzelbeispielen demonstriert. Dieser Band machte aber auch deutlich, daß die sich institutionalisierende Friedensforschung noch weit davon entfernt ist, brauchbare Ergebnisse aufzuweisen. Die gesammelten Beiträge erbrachten ganze Kataloge von Prinzipien, Verallgemeinerungen usw., die sich auf die verschiedensten Arten von Frieden beziehen lassen. Bei fast allen von ihnen ist die Crux, daß inhaltliche Konkretionen entweder ganz fehlen oder stillschweigend „wertfrei" als modifizierte Bedingungen der industrialisierten Großgesellschaft westlichen Typs eingeführt werden. Die verschiedenen historisch, anthropologisch, psychologisch oder soziologisch orientierten Ansätze widersprechen sich zum Teil oder lassen sich zumindest nicht miteinander in Einklang bringen. Dennoch hat der von Krippendorff herausgegebene Band die Diskussion lebhafter werden lassen, was nicht zuletzt auf seine eloquente Einführung zurückzuführen ist, in der er nachdrücklich auf die innergesellschaftlichen Aspekte von Friedensforschung hinwies: „Friedensforschung muß nicht nur die Frage stellen und beantworten, welche gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Gruppen an der Aufrechterhaltung des hochgerüsteten Drohsystems internationaler Politik mit ihren innenpolitischen Konsequenzen — oder Ursachen — der Stabilisierung und tendenziellen Involution des sozialen Status

quo vital interessiert sind, sie muß auch die Frage stellen und beantworten, welche Gruppen, Schichten und Klassen potentielle Träger sind zur qualitativen Veränderung eben dieser Gesellschaften" [4]).

Solche Sätze könnten auch von Dieter Senghaas formuliert worden sein, der inzwischen wohl zum bekanntesten Friedensforscher in der Bundesrepublik geworden ist: die Zahl seiner öffentlichen Auftritte und Publikationen ist Legion. Senghaas, der längere Zeit in den USA studiert hat, hat sich auf eine rigorose Kritik der Doktrin der Abschreckung spezialisiert, für die er immer neue und oft sehr stichhaltige Argumente findet. Auch Senghaas nimmt dabei die Auswirkungen der internationalen Politik auf innergesellschaftliche Ereignisse in den Blick und konstatiert eine Art von „Autismus" im Verhältnis der Supermächte zueinander, d. h. einen Prozeß zunehmender Verzerrung der Informationen aus dem jeweils gegnerischen Lager. Diese Theorie hat einigen Widerspruch gefunden, und sie wird sich in der vorliegenden Form wohl auch nicht durchhalten lassen. Zweifelsohne jedoch sind von ihr zahlreiche Anregungen ausgegangen. Carl-Friedrich v. Weizsäcker, der im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik eine außergewöhnlich hohe Autorität genießt, hat mit seinen philosophisch gefärbten Überlegungen über die Notwendigkeit des Weltfriedens und vielleicht mehr noch durch seinen wissenschaftspolitischen Einsatz das Entstehen der Friedensforschung nachhaltig gefördert. Zu denjenigen, die ebenfalls mit dazu beigetragen haben, daß wenigstens einige wenige Ergebnisse westdeutscher Friedensforschung schon greifbar sind, gehören Robert Jungk, Peter Menke-Glückert, Alexander Mitscherlich, Karl Kaiser, Theodor Ebert, Christian Graf v. Krockow und einige mehr. Sie alle haben sich in der einen oder anderen Form mit dem Aufbau und dem Ausbau von Friedensforschung beschäftigt, und zwar so, wie sie sie verstanden. Daß es dabei oft genug zu harten Kontroversen gekommen ist, mag den naiven Beobachter überraschen und irritieren. Im Grunde geht es dabei jedoch, sieht man einmal von dem kaum vermeidbaren Maß an kollegialem Neid ab, um ein fundamentales methodologisches und politisches Problem.

III

Die Parteien dieser Kontroverse, die leider dazu geführt hat, daß eine die Vorteile beider Konzeptionen vereinigende und ihre jeweiligen Nachteile vermeidende Friedensforschung fast unmöglich wurde, sind mit Begriffen wie „Realisten" oder „mittelfristige Friedensforschung" auf der einen Seite und „Utopisten" oder „langfristige Friedensforschung" auf der anderen gekennzeichnet. Setzt man voraus, daß in der „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung" ungefähr alle Friedensforscher oder in Friedensforschung Involvierte organisiert sind, dann kommt man bei der Gewichtung der Kräfte auf eine knappe Überlegenheit der „Realisten", was ihre Zahl anbetrifft, während auf dem Gebiet der Publikationen die „Utopisten" anscheinend weit in Führung liegen.

Worum geht es? Grob gesagt, um die Unvereinbarkeit zweier Konzeptionen von Friedensforschung, von denen die eine, die „realistische", die „mittelfristige", die „Erhaltung und Sicherung des Friedens primär von einer möglichst rationalen, den neuen Bedingungen des rationalen Zeitalters angepaßten Handhabung des Instrumentariums der klassischen Macht- und Interessenpolitik erwarten und daher strategischen Erwägungen gegenüber allen anderen den Vorzug geben (...)" (O. Schatz). Die Anhänger dieser Richtung der Friedensforschung

4) E. Krippendorff (Hrsg.), Friedensforschung, Köln/Westberlin 1968, S. 22 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 29).

beschäftigen sich in erster Linie mit den aktuellen Konflikten der Gegenwart und nahen Zukunft. Probleme der Rüstungskontrolle, der Rüstungsbeschränkung, der stufenweisen Konflikt-Herabminderung gehören in den Umkreis ihres Forschungs-Interesses. Vor- und Nachteile dieses Ansatzes liegen auf der Hand: der umsichtigen und nüchternen Einbeziehung sehr vieler Faktoren in das Kalkül, dem Versuch also, wirklichkeitsbezogen zu bleiben, steht die bewußte und oft sogar mit einem gewissen Stolz empfundene Ignoranz gegenüber dem gesamtgesellschaftlichen und gesamtpolitischen Stellenwert dieser Forschung gegenüber. Realistische Friedensforschung in diesem Sinne bleibt systemimmanent, was ihr oft aufrichtiges Engagement in manchen Fällen verderben kann.

Vertreter der „langfristigen Friedensforschung" haben denn auch nicht zu Unrecht darauf hingewiesen, daß die rein strategische Variante der Friedensforschung, die die innergesellschaftlichen Ursachen von Konflikten nicht berücksichtigt, unbefriedigend bleibt. Nach ihrer Anschauung umfaßt der Aufgabenkatalog von Friedensforschung notwendig auch Themen wie die sozialen, psychischen und technischen Voraussetzungen der herrschenden Konflikte und Möglichkeiten zur Schaffung einer friedlichen Welt. Dies hat ihnen das Etikett „Utopisten" eingebracht, und in der Tat wird von ihnen sehr oft übersehen, daß sie sich in ihren Plänen und Vorstellungen so weit von der bestehenden Wirklichkeit entfernen, daß sie keinen Einfluß auf deren Entwicklung mehr ausüben können — auch das ist eine Verkehrung der Ziele richtig verstandener Friedensforschung.

Der Streit zwischen diesen beiden Richtungen wird in der Bundesrepublik Deutschland mit philosophischer Gründlichkeit und ganz unphilosophischer Erbitterung ausgetragen. Vermittlungsversuche wie etwa der von Karl Kaiser, der in seiner Position als Vorsitzender der AFK sowieso ein großes Maß an diplomatischem Geschick aufbringen muß, haben bislang noch keinen Erfolg gehabt. Das ist höchst bedauerlich, denn die inzwischen eingetretene Polarisierung erweist sich bei näherem Hinsehen als unnötig. Sie verdeckt eine andere, über die nicht gesprochen wird — vielleicht weil sie noch nicht erkannt ist, vielleicht aber auch, weil ihre offene Diskussion zur Folge hätte, daß sich ein großer Teil des Opportunismus, der heute leider in beiden Schulen der Friedensforschung zu finden ist, nicht mehr so einfach durchhalten ließe.

Man wird in der Tat nämlich der Masse der Studien über strategische Probleme oder über Modelle von institutionellen Konfliktregelungen usw. wie auch den angestrengten Reflexionen über das Unbehagen an der technischen Zivilisation und über das Wesen der Aggressivität ihre Berechtigung nicht streitig machen können oder wollen. Nur sind Zweifel daran erlaubt, daß es sich hierbei wirklich schon um Friedensforschung handelt. Nicht die Ausdehnung der Fristen, auch nicht die Verquickung von außenpolitischen mit innergesellschaftlichen Prozessen allein hat Einfluß auf den Wert und die Stringenz der Ergebnisse von Friedensforschung. Vielmehr scheint beides in erster Linie doch von dem zugrunde liegenden Begriff des wünschbaren und zu verwirklichenden Friedens seine Substanz zu beziehen. Hier, nach inhaltlichen Kriterien, scheiden sich die Geister. Hält man diese Unterscheidung für vernünftiger, so erkennt man mit Mißbehagen, daß um dieses Problem in den Schriften der Friedensforscher meist ein Bogen geschlagen wird. Die Differenzierung von „negativem Frieden" (Abwesenheit organisierter Gewalt zwischen Gruppen) und „positivem Frieden" (Zustand von Kooperation und Integration zwischen großen sozialen Gruppen), mit der man sich heute begnügt, ist recht oberflächlich, pragmatisch und verliert sofort ihre Eindeutigkeit, wenn man sich z. B. fragt, was denn in sozialen Beziehungen alles als „organisierte Gewalt" begriffen werden kann.

Ein Blick auf eine andere neue, ebenfalls inzwischen populär gewordene Wissenschaft verstärkt den Verdacht, daß ohne eine klarere Zielbestimmung Friedensforschung nichts anderes zu werden droht als das übliche Herrschaftswissen in Schönschrift. Die Zukunftsforschung (Futurologie), so wie sie von den großen Denkfabriken in den USA betrieben wird, ist nach ihrem Kritiker Claus Koch nichts anderes als die „Botschaft des aufgeklärten, organisierten Kapitalismus im Schatten der Bombe". Und Ossip K. Flechtheim, der sich seit den dreißiger Jahren für die Entwicklung der Futurologie eingesetzt hat, kann heute nur noch betrübt feststellen, daß sich ihrer immer mehr „Technokraten und Neokonservative" annehmen. Die Gefahr ist nicht zu unterschätzen, daß Friedensforschung, gleichviel ob „realistisch" oder „utopisch", in einem ganz anderen Sinne politisch aktiviert wird, als sich das die oft gutgläubigen Wissenschaftler vorstellen. Deshalb soll an dieser Stelle noch einmal auf den wichtigen Vorschlag von Karl Kaiser hingewiesen werden, der — nach dem Vorbild der Friedensforschungsinstitute in Stockholm und Oslo — die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern aus Ost und West als erstrebenswertes Ziel bei der Institutionalisierung angeführt hat. Nur auf diese Weise kann verhindert werden, daß die Friedensforschung als Institution eingekapselt bleibt in die Systemhülsen, die sie zwar nicht sprengen kann, über die sie jedoch hinaus greifen muß, will sie selbst ein Beitrag zum Frieden sein.

IV

Das Programm einer solchermaßen konzipierten Friedensforschung wäre kaum geprägt von einem Gegensatz zwischen langfristiger und mittelfristiger Reichweite. Diese Unterscheidung, die in einem anderen Zusammenhang von Robert K. Merton getroffen wurde, ist nie so recht aussagekräftig gewesen. Überblickt man noch einmal das 30-Punkte-Programm des Osloer Friedensforschungs-Instituts, so wird offenkundig, daß jedes einzelne Thema sowohl mittelfristige wie auch langfristige Aspekte hat, daß beide im Auge behalten werden müssen und daß, je nach dem betroffenen Thema, einmal der eine, dann wieder der andere Aspekt in der historischen Situation der Jahre 1970/71 wichtiger ist. Das ändert sich jedoch dauernd, und es wird deshalb immer auch die Aufgabe der Friedensforscher sein, trotz ihrer Unabhängigkeit von der Tagespolitik oder gerade deswegen die Prioritätenliste ihrer Forschungsthemen von Zeit zu Zeit zu revidieren. Natürlich sollte Friedensforschung immer realistisch sein. Das heißt aber nicht, daß sie konservativ oder gar reaktionär in dem Sinne sein dürfte, daß sie vorhandene und als friedensgefährdend erkannte Strukturen als unabänderlich hinnimmt. Im Gegenteil: wenn überhaupt je eine Wissenschaft die Möglichkeit hatte, für ihre Ziele und Auffassungen die kritische Öffentlichkeit zu mobilisieren, so ist es die Friedensforschung — wegen der Konformität ihrer Ziele mit denen der überwiegenden Mehrheit aller Menschen, die von diesen auch gespürt wird. Deshalb darf Friedensforschung keinesfalls zurückfallen in die üblichen Praktiken von Herrschaftswissen, das, esoterisch formuliert, nur einem kleinen Kreis von Eingeweihten verständlich ist. Die große Popularität der Friedensforschung ist auch ein Anspruch an sie — einer, den sie bislang kaum eingelöst hat. Zukünftige Aufgaben der Friedensforschung in der Bundesrepublik, die in der oben angedeuteten Form institutionalisiert ist (wobei der Vielzahl der bis jetzt bestehenden Einrichtungen kein Abbruch getan wird), gibt es viele. Den bis jetzt vorliegenden Veröffentlichungen läßt sich entnehmen, daß ein großer Teil der wissenschaftlichen Energien der Friedensforscher sich auf historische oder philosophische Betrachtungen bezogen hat. Studien wie etwa über den Friedensbegriff

im Alten Testament oder bei Kant oder die Deskription der Abrüstungsverhandlungen nach 1945 sind aber nur dann wichtig, wenn von ihnen Impulse ausgehen können in Richtung auf die Intensivierung aktueller Bemühungen für die Aufrechterhaltung und Verbesserung jetziger Friedens-Bemühungen. Nicht immer sind bisher solche Folgerungen aus dieser Art Forschung gezogen worden, ohne welche sie aber die Bezeichnung Friedensforschung nur mit vielen Einschränkungen verdient.

Weiterführend erscheint der Ansatz von Dieter Senghaas zu sein, der trotz einer gewissen Einseitigkeit aus der Kritik an der von ihm so genannten organisierten Friedlosigkeit des gegenwärtigen Abschreckungssystems heraus Einsichten über die Möglichkeit von mehr Frieden gewinnen will, wobei er sich an den Satz von Krippendorff hält: „Wenn du den Frieden willst, verändere jene gesellschaftlichen Voraussetzungen, die bisher immer zum Krieg geführt haben." Diesen Satz kann man anthropologisch (etwa im Sinne von Konrad Lorenz) interpretieren, dann ist er falsch. Trotz der etwas mißverständlichen Generalisierung, die daran denken läßt, daß es immer dieselben Ursachen gewesen sein könnten, auf die Krippendorff hier anspielt, enthält dieser Satz ein bedenkenswertes Programm. In der Tat wäre es angebracht, daß eine Friedensforschung in der Bundesrepublik sich dieses Programms annimmt und z. B. die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts unter ihren Gesichtspunkten und mit ihren Methoden untersucht. Die geistige und kulturelle Nähe, in der wir uns, ob wir es wünschen oder nicht, zur deutschen Geschichte der letzten siebzig Jahre und zu all ihren schrecklichen Einzelheiten befinden, sollte uns in die Lage versetzen, einen wichtigen Beitrag zur internationalen Friedensforschung zu leisten. Jedermann weiß, daß diese Geschichte nicht verarbeitet ist, daß sie uns — und nicht nur uns — noch im Nacken sitzt. Nicht zur Bewältigung von Vergangenheit ist Friedensforschung da, sondern zur Bereitstellung von Instrumenten für die Bewältigung der Zukunft. Ein Volk, in dessen Namen die beiden verheerendsten Kriege der Welt entfesselt wurden, hat nicht nur die Pflicht, sondern auch das Recht, sich jetzt mehr und konstruktiv mit den Möglichkeiten für den Frieden zu befassen.

Deshalb scheint es geraten, der Friedensforschung in der Bundesrepublik die Aufgabe zu stellen, all das zu erforschen, was in diesem Lande früher und jetzt an friedensgefährdenden Ideen und Strukturen bestand oder besteht, wie es wirkte, dank welcher Mechanismen welche gesellschaftlichen Kräfte mit welchen Zielen Herrschaft erstrebt und ausgeübt haben. Solche Friedensforschung hat nichts mit nationalem Masochismus zu tun, denn ihr Gegenstand ist nur ein Exempel. Allerdings eines, an dem sich vieles sehr deutlich studieren läßt, und deswegen ist die deutsche Geschichte ein so brauchbarer Gegenstand.

Komplementär zu solchen Untersuchungen über jene gesellschaftlichen Voraussetzungen, die bisher in Deutschland zum Krieg geführt haben, müßten Projekte geplant und gestaltet werden, die eine Erhöhung des Friedens-Potentials in unserer Gesellschaft anstreben. Hierbei ist in erster Linie an den weiten Bereich der Erziehung zum Frieden zu denken, die mit einer Revision der Schulbücher anfängt und möglicherweise bis zu einer grundlegenden Veränderung unserer gesamten Erziehungsmethoden führt. Drittens schließlich sollten jene praxisbezogenen Studien aus dem Bereich der internationalen Politik aus der Friedensforschung nicht ausgeschlossen werden, die, ausgehend von der Notwendigkeit der Verständigung und eines friedlichen Miteinanders von Ost und West, Wege aufzeigen für eine festere Verankerung und für eine Ausweitung solcher politischer Bestrebungen.

Hat solche Friedensforschung in der Bundesrepublik eine Chance? Verneinen läßt sich das nicht, wenngleich die augenblickliche Situation unerfreulich aussieht, weil über das Gerangel um gute Ausgangspositionen bei der Vergabe von Geldmitteln und um die Beteiligung bei dieser oder jener Publikation die Substanz dessen, was Friedensforschung sein muß, wenn sie das mit ihrem Namen verbundene Versprechen halten will, verschleudert zu werden droht. Trotzdem ist die Bilanz noch nicht negativ, denn es gibt genug hoffnungsvoll stimmende Ansätze. Noch ist, weil das gesamte Unternehmen bei uns noch blutjung ist, nichts endgültig verloren. Die weitere Entwicklung der Friedensforschung in der Bundesrepublik verdient volle Aufmerksamkeit.

Bedingungen für Aufstieg und Sieg des Faschismus

Von Reinhard Kühnl

In Heft 12/1970 veröffentlichten wir Beiträge von Gert Schäfer und Reinhard Opitz über Faschismus. Von unserem langjährigen Mitarbeiter Reinhard Kühnl erscheint in Kürze bei Rowohlt das Buch „Formen bürgerlicher Herrschaft — Liberalismus und Faschismus". Der nachstehende Vorabdruck ist dem Kapitel „Entwicklung und Struktur faschistischer Bewegungen" entnommen. D. Red.

Faschistische Bewegungen hat es in der Zwischenkriegsperiode zwar in allen kapitalistisch organisierten Staaten Europas gegeben, aber nur in wenigen Ländern konnten sie entscheidende politische Erfolge erringen. Es ist also zu unterscheiden zwischen solchen Ursachen, die in allen Ländern vorhanden waren und Entstehung und begrenzten Aufschwung des Faschismus bewirkten, und solchen, die vor allem in Italien und Deutschland vorhanden waren, und hier den Sieg des Faschismus begründeten. (Was es mit Spanien, Portugal und den Diktaturen der osteuropäischen Länder auf sich hat, soll im Kapitel über „Grenzprobleme" geklärt werden.)

Sozialökonomische Krisen

Die faschistische Bewegung wurde definiert als eine im Kern kleinbürgerliche Protestbewegung, die sich gegen die soziale Deklassierung der Mittelschichten, gegen den Sozialismus als vermeintliche Hauptgefahr und gegen die bürgerliche Demokratie als vermeintlichen Grund des Übels richtet, vermittels ihrer Ideologie aber in der Lage ist, auch andere wenig politisierte unzufriedene Sozialgruppen zu mobilisieren. Als eine wesentliche Ursache dieser Bewegung muß also eine sozialökonomische Krisenlage betrachtet werden, die bei breiten Schichten das Gefühl sozialer Unsicherheit und akuter Bedrohung hervorruft und das Vertrauen zur bürgerlichen Demokratie und ihren Parteien enrstlich erschüttert. An der Entwicklung des deutschen Faschismus läßt sich dieser Zusammenhang

exemplarisch demonstrieren. In der Tat konnte er — über seinen Grundbestand entlassener Offiziere und Soldaten hinaus — eine größere Anhängerschaft zum ersten Mal während der Inflation (1922/23) mobilisieren. Dieser Erfolg ermutigte ihn im November 1923 sogar zu einem Putschversuch. Während der Konjunkturperiode (1924—1928) fiel er auf das Niveau einer kleinen Sekte zurück, die freilich einen straff geführten Organisationsapparat bereithielt, der dann die Massen aufnehmen konnte. Während die NSDAP noch 1928 nur 2,6 Prozent der Stimmen gewinnen konnte, schwoll sie nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise gewaltig an: 1930 erhielt sie bereits 18,3 Prozent, und im Juli 1932 — auf dem Höhepunkt der Krise — erreichte auch die NSDAP mit 37,3 Prozent ihren Höhepunkt.

Auch in Italien ist der Zusammenhang zwischen Krise und faschistischem Erfolg nicht zu übersehen. Der Krieg hatte, wie in allen kapitalistischen Ländern, einen enorm erweiterten Produktionsapparat hinterlassen, dem eine stark verringerte Kaufkraft der Massen gegenüberstand. Überproduktion und Not, Inflation und Arbeitslosigkeit erreichte 1921/22 ihren Höhepunkt: die Zahl der Arbeitslosen stieg von rund 100 000 Ende 1920 auf über 600 000 im Januar 1922 [1]) (allerdings hatten die hungrigen Massen in manchen Städten schon 1919 die Lebensmittelläden geplündert). Eine so breite Massenbasis wie der deutsche Faschismus erreichte der italienische in seiner Aufstiegsphase jedoch nicht. Bei den letzten Wahlen vor dem „Marsch auf Rom" im Mai 1921 gewann er 35 Sitze (gegenüber 107 der katholischen Volkspartei und 123 der Sozialisten). Und auch der Zulauf bis zum Oktober 1922 war bei weitem nicht so stark wie 10 Jahre später in Deutschland.

In den anderen europäischen Ländern nahmen die faschistischen Bewegungen seit dem Beginn der dreißiger Jahre — offensichtlich im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise — einen deutlichen Aufschwung, wenn sie auch nirgends die Erfolge der NSDAP erreichten. In Holland, wo sich schon 1923 faschistische Gruppen gebildet hatten, verzeichnete die National-Sozialistische Bewegung Musserts um die Mitte der dreißiger Jahre einige Erfolge. Die belgischen Rexisten gewannen im Mai 1936 — wenige Monate nach ihrer Gründung — 11,5 Prozent und wurden im April 1939 auf 4 Prozent zurückgeworfen. Die britischen Faschisten, die zuerst 1923 hervorgetreten waren, formierten sich 1929 neu und verschafften sich in den Jahren von 1933 bis 1937 eine gewisse Position im politischen Kräftefeld Englands. Auch die Schweizer „Fronten" erzielten ihre größten Erfolge in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre. In Frankreich lieferte die Wirtschaftskrise den verschiedenen faschistischen Gruppen eine beachtliche Massenbasis, die sie im Februar 1934 zu dem Versuch ermutigte, das Parlament zu stürmen. Auch die finnische Lappo-Bewegung, die seit 1930 im Aufstieg begriffen war, unternahm im Februar 1932 einen Putschversuch. In Österreich schließlich kam der „Heimwehr-Faschismus" in Gestalt einer klerikal-konservativ orientierten Diktatur 1933 zur Macht [2]).

An dieser Stelle ist die Frage unumgänglich, warum trotz des generell feststellbaren Zusammenhangs zwischen sozialökonomischer Krise und politischem Aufstieg faschistischer Bewegungen gerade in Deutschland dieser Aufstieg besonders

---

1) A. Tasca, Glauben, gehorchen, kämpfen, Wien-Frankfurt-Zürich 1969, S. 219.
2) Zur Entwicklung der faschistischen Bewegungen in Europa vgl. F. L. Carsten, Der Aufstieg des Faschismus in Europa, Frankfurt 1968, u. E. Nolte, Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen, München 1968, die auch die Spezialliteratur zu den einzelnen Bewegungen nennen. Leider kommen beide Darstellungen über eine Erzählung des äußeren Hergangs nicht wesentlich hinaus. Es fehlt bisher nicht nur an einer brauchbaren Theorie über den internationalen Faschismus, sondern auch an vergleichenden empirischen Untersuchungen.

stark war. In einigen dieser Länder wirkte nämlich die „Machtergreifung" der Nationalsozialisten noch stimulierend, so daß der Primäreffekt der Krise noch geringer war, als es die Wahlergebnisse vermuten lassen. Beim „Frontenfrühling" in der Schweiz ist dies besonders deutlich. Vor allem auf drei Faktoren ist zur Erklärung der besonderen Erfolge der NSDAP hinzuweisen:

1) Deutschlands hatte — im Vergleich zu den westlichen Industriestaaten — eine Sonderentwicklung genommen, die dazu führte, daß hier der monarchische Obrigkeitsstaat stabiler blieb und länger herrschte. Infolge der langen Gewöhnung an obrigkeitsstaatliche Denk- und Verhaltensweisen und mangels liberaler und demokratischer Traditionen war das deutsche Bürgertum für autoritäre und faschistische Ideologien anfälliger als das englische, französische oder belgische Bürgertum. In abgeschwächter Form gilt das auch für Italien. Auch das italienische Bürgertum hat seinen Staat nicht primär durch einen revolutionären Akt sich selbst geschaffen, sondern durch die Niederlagen Österreichs (gegen Preußen 1866) und Frankreichs (gegen Preußen 1870/71) beinahe als Geschenk erhalten. Und „das Risorgimento vollendete sich in der Form einer ‚königlichen' Eroberung der Halbinsel durch das kleine Piemont, ohne aktive Teilnahme des Volkes, ja teilweise sogar gegen das Volk" [3]). Die nationale Einigung wurde — wie in Deutschland — von oben dekretiert, nicht von unten erkämpft.

2) Das Deutsche Reich hatte den Ersten Weltkrieg, den es mit der Hoffnung auf eine europäische Hegemonialstellung begonnen und bis 1918 mit einer Flut von Siegesmeldungen begleitet hatte, am Ende verloren. Die nationalistisch aufgepeitschten Massen sahen sich enttäuscht und betrogen und wandten sich — nachdem die Linke ihre Unfähigkeit zu einer grundlegenden Änderung der Verhältnisse 1918/19 bewiesen hatte und die bürgerliche Demokratie offensichtlich nicht imstande war, soziale Sicherheit zu gewährleisten — jener Bewegung zu, die ihnen Revanche für diese Niederlage versprach, nämlich der faschistischen. In der Agitation der Nationalsozialisten spielte dieses Motiv — neben dem Antikommunismus und dem Antisemitismus — eine zentrale Rolle.

Eine solche kollektive nationale Frustration hatten Engländer und Franzosen nicht erlitten. Sie waren als Sieger aus dem Krieg hervorgegangen und hatten ihre Machtstellung in Europa mindestens dem äußeren Anschein nach festigen können. Bürgerliche Regierungen der „gemäßigten Rechten" reichten hier im allgemeinen aus, um die autoritären und nationalistischen Bedürfnisse der bürgerlichen Mittelschichten zu befriedigen. Wohl aber gab es in Italien Stimmungen, die denen in Deutschland vergleichbar waren. Objektiv hatte Italien zwar seine Position verbessert: Es hatte Triest und Trient gewonnen und damit die nationale Einigung vollendet; sein unmittelbarer Gegner, die Habsburg-Monarchie, war zusammengebrochen und von der Landkarte verschwunden. Doch im Vergleich zu den hochfliegenden imperialistischen Versprechungen der Kriegspropaganda war das ein recht mageres Ergebnis, das von vielen Italienern als Niederlage empfunden wurde. „Dieses Gefühl der Ungerechtigkeit, der Verstümmelung ist eins der zentralen Themen, das Mussolini in kalter Berechnung ausbeutet, und es wird zu einer — vielleicht der wichtigsten — psychologischen Voraussetzung für den Erfolg des Faschismus" [4]).

3) Die Folgen der großen Wirtschaftskrise waren in Deutschland für die Massen der bürgerlichen Mittelschichten und der Arbeiterschaft härter als in den übrigen kapitalistischen Industrieländern Europas. Das Deutsche Reich war durch den

[3]) Tasca, S. 33.
[4]) A.a.O., S. 58.

Krieg und die Niederlage, durch Reparationen und Gebietsverluste in seiner wirtschaftlichen Kraft geschwächt. Der deutsche Mittelstand hatte durch Kriegsanleihen und Inflation seine finanziellen Reserven eingebüßt, so daß er durch die Wirtschaftskrise sofort unmittelbar in seiner sozialen Existenz bedroht war. Die übrigen Industriestaaten konnten auf die Wirtschaftskrise mit einer verstärkten Ausbeutung ihrer Kolonien antworten und so die Folgen der Krise für die eigene Bevölkerung mildern. Deutschland aber hatte seinen — ohnehin nicht sehr bedeutenden — Kolonialbesitz 1918 eingebüßt. Das deutsche Kapital war also, wenn es die Privatwirtschaft aufrechterhalten und die Profite wahren wollte, gezwungen, die Ausbeutung der Lohnabhängigen im eigenen Lande zu verschärfen. Auch diese Argumentation gilt teilweise für Italien, dessen Kolonialbesitz bedeutungslos, dessen Rohstoffquellen im eigenen Lande dürftig und dessen Bevölkerung arm war. Hinzu kam, daß die traditionellen Auswanderungswege, über die noch 1913 rund 900 000 Arbeiter und besitzlose Bauern das Land verlassen hatten, in wachsendem Maße verschlossen wurden, wodurch das allgemeine Elend und die inneren Konflikte sich noch steigerten.

Die Politik der herrschenden Klasse

Diese besondere Lage Deutschlands (und Italiens) bedeutete nicht nur größeres Massenelend, sondern auch ein höheres Potential an Unzufriedenheit, die sich leicht gegen das bestehende Gesellschaftssystem im ganzen — und nicht nur gegen seine politische Fassade — wenden konnte. Von der Interessenlage der herrschenden Klasse her war also die Notwendigkeit, die Unzufriedenheit der Massen aufzufangen und in Kanäle zu lenken, die für das Gesellschaftssystem ungefährlich waren, weit stärker als in den westlichen Ländern.

Eben diese Doppelfunktion nahm die faschistische Bewegung wahr. Einerseits artikulierte sie den Groll der Massen, indem sie gegen „das System" wetterte und den radikalen Kampf gegen Parlamentarismus und Parteienstaat, gegen Demokratie, Liberalismus und Kapitalismus proklamierte. Andererseits war sie für die bestehende Herrschaft doch relativ ungefährlich, weil sie erstens die Gesellschafts- und Eigentumsordnung nicht prinzipiell angriff, sondern nur gegen einzelnen Symptome polemisierte und das Privateigentum im ganzen entschlossen verteidigte, und weil sie zweitens den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krise verschleierte und stattdessen den Zorn der Massen auf Minderheiten im Innern und andere Völker nach außen ablehnkte. Schließlich konnten diese Energien sogar zur aktiven Verteidigung des kapitalistischen Systems benutzt werden, indem der Kommunismus als der eigentliche Feind des Volkes und Grund des Übels angeprangert und die faschistische Bewegung als Terrorinstrument zur Zerschlagung der Arbeiterorganisationen eingesetzt wurde.

So klafften Selbstverständnis der faschistischen Anhängerschaft und objektive Funktion der faschistischen Bewegung weit auseinander. Während die dem Faschismus anhängenden Massen wähnten, damit „das System" grundsätzlich zu bekämpfen und nicht nur die bürgerliche Demokratie als Staatsform, sondern auch den Kapitalismus als den „Mittelstand" bedrohende Gesellschaftsform zu zertrümmern, dienten sie in Wirklichkeit zur Sicherung des kapitalistischen Systems und zur Vernichtung seines wahren Gegners: der Linken. Wie bei der Ideologie des Faschismus gezeigt, war dieser Zwiespalt, diese Möglichkeit der Irreführung in der Mentalität der faschistischen Anhängerschaft selber angelegt. Dennoch mußten daraus spätestens nach der „Machtergreifung", als die wirkliche Funktion des Faschismus offen zutage trat, Konflikte entstehen.

Zeitschrift für

Parlaments fragen

Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen

Die „Zeitschrift für Parlamentsfragen" — erstes Spezialorgan in der Bundesrepublik — gibt Daten und Analysen über die Bereiche Bund, Länder, Verfassungsfragen sowie Probleme des internationalen Parlamentsvergleichs.

Den bewußt vorangestellten Dokumentationen und Kurzanalysen schließen sich Aufsätze, Literaturhinweise und Mitteilungen an.

Durch ein umfangreiches Jahresregister wird die Zeitschrift zu einem Nachschlagewerk über den komplexen Problemkreis Parlamentarismus in der Bundesrepublik.

Bezugsbedingungen:

Die „Zeitschrift für Parlamentsfragen" erscheint vierteljährlich. Das Einzelheft kostet 3,50 DM, das Jahresabonnement 12,— DM, jeweils zuzüglich der Versandspesen.

Zum Geleit:
„Welchen Stellenwert haben Bundestag und Länderparlamente heute? Erfüllen sie noch die ihnen gestellten Aufgaben? Entspricht das Bild, das sich die Bürger im Land von ihnen machen, der Wirklichkeit?

Das sind wichtige Fragen. Auf sie eine Antwort zu finden, ist nicht allein Sache der Parlamentarier. Wir alle, zumal Wissenschaftler und Publizisten, sind aufgerufen, die Diskussion zu führen und gegebenenfalls Änderungen vorzuschlagen.

Wenn die „Zeitschrift für Parlamentsfragen" hier Forum sein will, dann hat sie meine uneingeschränkte Fürsprache."

Bundespräsident
Dr. Gustav Heinemann

Westdeutscher
Verlag

An den Westdeutschen Verlag, 567 Opladen, Postf. 1620:
Ich bitte um Zusendung eines Probeheftes der „Zeitschrift für Parlamentsfragen"
Adresse:

Die Geschichte hat gezeigt, daß sozialökonomische Krisen und Wahlerfolge faschistischer Parteien nicht ausreichen, um den Faschismus an die Macht zu bringen. Die Existenz einer faschistischen Massenbewegung ist nur eine Voraussetzung für die Errichtung eines faschistischen Herrschaftssystems. Ebenso notwendig ist es, daß diese Bewegung von der herrschenden Klasse unterstützt und zur Macht gebracht wird. Dem Angebot — eine aus sozialökonomischen Krisen resultierende faschistische Massenbewegung — muß eine entsprechende Nachfrage — der Wunsch der herrschenden Klasse nach einem faschistischen Herrschaftssystem — gegenüberstehen, damit eine „Machtergreifung" zustandekommen kann.

Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus für die Aufstiegsphase des Faschismus ist also nicht so unvermittelt, wie es manche vulgärmaterialistischen Theorien darstellen. Die faschistische Bewegung ist nicht nur und nicht einmal in der Hauptsache ein Produkt unmittelbarer kapitalistischer Hilfe. Sie formiert sich nicht in erster Linie deshalb, weil kapitalistische Unternehmen sie durch ihre finanzielle Hilfe aufpäppeln, um sie dann gegen die Arbeiterorganisationen einsetzen zu können. Sondern: aus einer sozialökonomischen Krise, die ihrerseits aus Reproduktionsschwierigkeiten des Kapitalismus hervorgeht, entsteht spontan eine faschistische Massenbewegung mit durchaus ambivalentem — sowohl gegen Sozialismus und Demokratie als auch gegen den Kapitalismus gerichtetem — Charakter. In einer Situation, in der die herkömmlichen bürgerlichen Parteien durch ihre Mitwirkung an der Politik des „Systems" diskreditiert sind und ihre Massenbasis an die faschistische Bewegung verlieren, in der die bürgerliche Demokratie nicht mehr ausreicht, um die ökonomischen Probleme und politischen Konflikte zu lösen, in der die kapitalistische Gesellschaft und die damit verbundenen sozialen Privilegien der Oberklassen also ernstlich gefährdet sind, verbünden sich maßgebliche Teile der herrschenden Klasse mit der faschistischen Bewegung. Sie stellen ihr Geldmittel und Propagandamöglichkeiten zur Verfügung und verlangen dafür, daß innerhalb der faschistischen Bewegung die antikapitalistischen Elemente unterdrückt und die geballte Kraft der Bewegung gegen die Linke eingesetzt wird.

Auch die Existenzgefährdung des Gesamtsystems, die von einigen Theoretikern mit Recht als eine wesentliche Ursache für das Bündnis der herrschenden Klasse mit der faschistischen Bewegung dargestellt wird, ist also mehr indirekter als direkter Art: Nicht so sehr durch die Stärke seines Gegners ist der Kapitalismus in diesem Augenblick in seiner Existenz bedroht, sondern vor allem durch die immanenten Schwächen und Widersprüche des eigenen Systems; nicht durch eine mächtige, im Aufstieg begriffene und die revolutionäre Umwälzung bereits in Angriff nehmende sozialistische Arbeiterbewegung, sondern durch die Unfähigkeit des Kapitalismus, den Wirtschaftsprozeß mit den Mitteln der Selbstregulierung und der parlamentarischen Demokratie in Gang zu halten.

Freilich kann sich aus einer solchen Lage eine starke sozialistische Bewegung entwickeln, die dann das kapitalistische System durch einen direkten Angriff bedroht. Es verdient aber betont zu werden, daß weder in Italien 1922 noch in Deutschland 1933 eine „kommunistische Gefahr" in diesem Sinne bestand. Es gehörte zwar später zum offiziellen Kult des Faschismus, das Land vor der kommunistischen Revolution gerettet zu haben, doch wie es sich tatsächlich verhielt, wußte man sehr wohl. Mussolini schrieb schon im Sommer 1921: „Wer behauptet, es gebe in Italien noch eine bolschewistische Gefahr, der verwechselt gewisse

schräge Ängste mit der Wirklichkeit. Der Bolschewismus ist geschlagen" [5]). Gleichsam als vorbeugende Maßnahme, um es zu einer revolutionären Lage gar nicht erst kommen zu lassen und das System schon vorher wieder funktionsfähig zu machen, wurde von der herrschenden Klasse der faschistischen Bewegung die politische Macht übergeben. Dabei spielte die Erinnerung an die prekäre Situation der Jahre 1918/20 zweifellos eine wesentliche Rolle. Der Faschismus kann demnach, sieht man ihn aus der Perspektive der herrschenden Klasse, als eine nachträgliche und zugleich präventive Konterrevolution gekennzeichnet werden [6]).

Aus dieser Analyse folgt, daß der Faschismus nicht als bloßer Büttel des Kapitals zu begreifen ist, sondern — als spontan entstandene Massenbewegung — einen selbständigen Machtfaktor darstellt. Das Verhältnis zwischen herrschender Klasse und Faschismus in der Phase vor der „Machtergreifung" ist also zu bestimmen als Bündnis zweier eigenständiger Partner, nicht als einseitiges Abhängigkeitsverhältnis, in dem der eine Faktor — die herrschende Klasse — den anderen nach Belieben produziert, aufbläst und als Instrument für die eigenen Zwecke einsetzt. Im bezug auf den italienischen Faschismus muß diese These freilich etwas eingeschränkt werden. In Italien waren die faschistischen Terrorgruppen in der ersten Phase (1919/20) tatsächlich in starkem Maße Instrumente der Großgrundbesitzer und der großen Unternehmer, die Geld, Waffen und Lastkraftwagen zur Verfügung stellten und oft genug die Bildung solcher Gruppen selber in die Wege leiteten [7]). Die solchermaßen ausgerüsteten faschistischen Banden wurden dann gezielt eingesetzt, um Gewerkschaftshäuser und Arbeiterheime, sozialistische Zeitungsgebäude und Genossenschaften zu verwüsten und Funktionäre der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften gewaltsam zu vertreiben, zu mißhandeln oder zu ermorden. Dennoch ist auch der italienische Faschismus schon in dieser Phase mehr als ein bloßes Instrument der herrschenden Klasse. Eine gewisse Eigenständigkeit ist ihm selbst in diesen Jahren nicht abzusprechen, wie die „linken" Elemente beweisen. Mit wachsender Massenbasis hat diese sich noch verstärkt. Das selbständige Gewicht des deutschen Faschismus hat der italienische allerdings in keiner Phase erreicht.

Wenn hier von der Unterstützung der herrschenden Klasse als einer notwendigen Voraussetzung für die „Machtergreifung" des Faschismus gesprochen wurde, so ist damit nicht nur die finanzielle Hilfe durch einige Industrielle gemeint. Gemeint ist vielmehr, daß die Polizei den faschistischen Terror duldet (wie in Italien und in einigen Ländern Deutschlands), daß die Justiz die Aktionen und Staatsstreichspläne der Faschisten nicht verfolgt, sondern deckt (wie in Italien und in Deutschland), daß das Militär die Faschisten mit Waffen versorgt (wie in Italien) oder die „Machtergreifung" wohlwollend toleriert (wie in Italien und in Deutschland), daß die bürgerliche Presse um Verständnis für die Faschisten und ihre Aktionen wirbt (wie in Italien und in Deutschland), daß Kirche und Monarchie zu einem Bündnis mit dem Faschismus bereit sind (wie in Italien) und vor allem: daß die einflußreichste Fraktion des Kapitals zu dem Ergebnis kommt, daß die bürgerliche Demokratie ihren Zwecken nicht mehr dient und daß deshalb ein faschistisches System errichtet werden müsse.

Eben dieses Stadium war, wie Eberhard Czichon nachgewiesen hat, im Herbst 1932 in Deutschland erreicht. Im November 1932 verlangten einflußreiche Industrielle, Bankiers und Großgrundbesitzer schriftlich vom Reichspräsidenten Hindenburg

5) „Popolo d'Italia" vom 2. 7. 1921, zit. nach Tasca, S. 367.
6) So auch Tasca, S. 109.
7) Tasca bringt dazu eine Fülle von Material.

die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler [8]). So kam es nach einem Zusammenspiel der großen Konzerne und Banken mit Teilen des Staatsapparats und der Führung der NSDAP am 30. Januar 1933 zur Bildung der Regierung Hitler-Hugenberg, in der neben der NSDAP auch Repräsentanten der Deutschnationalen und des Staatsapparats vertreten waren. In dieser Regierung, die nur das letzte Resultat einer seit 1929 sich verstärkenden Koalition zwischen der „gemäßigen" und der „extremen" Rechten darstellte, kommt in aller Klarheit zum Ausdruck, daß der faschistische Erfolg auf einem Bündnis der faschistischen Massenbewegung mit Teilen der Oberklassen beruhte. Um diesen Charakter noch zu unterstreichen, traf sich Hitler vier Tage nach der „Machtergreifung" — am 3. Februar — mit den Führern der Reichswehr und zweieinhalb Wochen später — am 20. Februar — mit den Repräsentanten der mächtigsten Unternehmen, um ihnen sein Regierungskonzept darzulegen und um Unterstützung zu bitten, die er denn auch erhielt.

In Italien war die Unterstützung des Faschismus durch den Staatsapparat, die sozialen Oberklassen und die politische Rechte noch stärker und offensichtlicher als in Deutschland. Schon bei den Wahlen 1919 bildeten Faschisten, Nationalisten und Konservative eine Nationale Allianz, die in den folgenden Jahren ausgebaut und gefestigt wurde und 1922 in der Regierung Mussolini kulminierte: an ihr waren — neben den Faschisten — alle bürgerlichen Parteien einschließlich der ursprünglich links orientierten katholischen Popolari beteiligt. Polizei und Militär lieferten den Faschisten nicht nur die Waffen, sondern beteiligten sich oft genug auch selbst an ihren Terrorfeldzügen gegen Sozialisten und Gewerkschaften. Im Oktober 1920 wurden sogar die vor der Entlassung stehenden Reserveoffiziere vom Kriegsminister zu den faschistischen Kampfgruppen geschickt, um diese nach militärischem Vorbild zu organisieren; der Staat zahlte ihnen dafür 80 Prozent ihres Gehalts [9]). Der Generalstreik, den die italienischen Arbeiter im Juli/August 1922 ausriefen, um den faschistischen Vormarsch in letzter Stunde noch aufzuhalten, wurde durch den gemeinsamen Terror von Faschisten und Polizei niedergeworfen.

Zugleich formierte sich jene Koalition, die dann im Oktober 1922 zur Machtübernahme durch die Faschisten führte: Großbanken, Schwerindustrie (besonders Rüstungsindustrie), Großgrundbesitz, Königshaus, Vatikan, Teile der Armee, Teile des Staatsapparats. „Die Leiter des Bankenverbandes, die zur Finanzierung des Marsches auf Rom 20 Millionen Lire auf den Tisch gelegt haben, wenden sich gemeinsam mit den Spitzen des Industriellen- und des Agrarierverbandes telegrafisch an Salandra, um diesem klar zu machen, daß in der gegebenen Lage nur eine Regierung Mussolini möglich ist" [10]). (Salandra war der Führer der Konservativen.) Der Staatsapparat schützt den faschistischen Terror, und als die Nachricht von der faschistischen Machtübernahme bekannt wird, „verwandelt sich alles in ein theatralisches, lärmendes Wettrennen: Jeder will zuerst im Lager der neuen Herren sein" [11]).

Wenn es um das Problem geht, warum der Faschismus gerade in Deutschland und Italien an die Macht kommen konnte, so ist — neben der besonderen Lage und Mentalität der bürgerlichen Mittelschichten, die die Stärke der faschistischen Bewegung bewirkten — auch nach dem besonderen Verhalten der sozialen Oberklassen in diesen Ländern zu fragen. Die prinzipielle Interessenlage — Bewah-

8) Text in: Internationales Militärtribunal, Bd. XXXIII, S. 531 ff., abgedruckt bei E. Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht, Köln 1967, S. 69 f.
9) Tasca, S. 127.
10) A.a.O., S. 336.
11) A.a.O., S. 338.

rung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der damit verbundenen sozialen Privilegien — hatten sie offenbar mit den Oberklassen der westlichen Länder gemein. Es müssen also andere Faktoren hinzugekommen sein, die gerade sie zum Bündnis mit dem Faschismus bewogen.

Italien und Deutschland hatten wesentliche Merkmale gemeinsam. Beide Länder hatten die nationale Einheit erst relativ spät herstellen können, waren deshalb auch verspätet in das Stadium der industriellen Revolution eingetreten und waren aus diesem Grunde auch bei der Verteilung der Kolonien zu spät gekommen. Das Deutsche Reich hatte jedoch nach 1870 einen gewaltigen Aufschwung genommen und um die Jahrhundertwende die Spitzenposition in der Skala der europäischen Industrienationen erreicht. Das verspätete, dann aber rapide Wachstum der Wirtschaft und der Bevölkerung in Deutschland zeigen die folgenden Tabellen [12]).

Bevölkerung (in Millionen):

	Deutschland	England	Frankreich
1870	41	31	37
1910	65	45	40

Anteil an der Weltindustrieproduktion:

	Deutschland	England	Frankreich
1870	13	32	10
1913	16	14	6

Als Deutschland in das imperialistische Stadium eintrat, hatten die übrigen Mächte ihre Kolonialreiche schon errichtet. Der Kolonialbesitz verteilte sich 1914 wie folgt [13]):

	Fläche (Mill. km²)	Einwohner (Mill.)
Deutschland	2,9	12,3
Frankreich	10,6	55,5
England	33,5	393,5

Da dem deutschen Kapital die Investitionsmöglichkeiten in den Kolonien Afrikas, Asiens und Australiens versperrt waren, mußte es den wesentlich schwierigeren Weg gehen und in formal selbständigen Ländern in Amerika und Europa Positionen erobern [14]):

Kapitalanlagen in Mrd. Mark vor 1914:

investiert in	England	Frankreich	Deutschland
Amerika	37	4	10
Asien	11	1	4
Afrika	10	7	2
Australien	8	0	1
Europa	4	23	18
Summe	70	35	35

12) Sachwörterbuch der Geschichte und der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1969, Bd. 1, Stichwort Imperialismus.
13) A.a.O., Stichwort Kolonialsystem des Imperialismus.
14) A.a.O., Stichwort Imperialismus.

Die ökonomische Macht des deutschen Kapitalismus stand vor 1914 also in einem krassen Mißverhältnis zu seinen Expansionsmöglichkeiten im Vergleich zu den anderen Industrieländern. Daraus resultierte das Verlangen des deutschen Imperialismus nach den gleichen Rohstoffquellen, billigen Arbeitskräften und günstigen Anlagemöglichkeiten, wie sie der englische, französische und belgische in seinen Kolonien besaß und die Forderung nach einer Neuaufteilung der Welt.

In Italien kam die Entwicklung zur Industrienation noch später als in Deutschland. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts steigerte sich das Tempo der Industrialisierung, blieb aber auf den Norden des Landes beschränkt. Wie rückständig Italien noch 1913 war, zeigen die folgenden Daten über das Nationaleinkommen [15]:

England	56
Deutschland	54
Frankreich	38
Italien	20

Immerhin bildeten sich in Norditalien mächtige Konzerne, die ebenfalls nach Expansion drängten, aber den Weltmarkt schon besetzt fanden. Die Eroberungen von Erythräa und einem Teil des Somalilandes (1882—1891) waren kaum etwas wert, der Versuch, Abessinien zu gewinnen, endete mit einer Niederlage (1896). Auch das italienische Kapital hoffte auf den großen Coup, zumal die inneren Schwierigkeiten und Gegensätze noch wesentlich stärker waren als in den übrigen europäischen Ländern. Der hochkonzentrierten Industrie Norditaliens stand die ungeheure Armut und Rückständigkeit der Massen — nicht nur in Süditalien — gegenüber: Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts durften etwa 40 Prozent der volljährigen männlichen Bevölkerung nicht wählen, weil sie Analphabeten waren. (In einigen südlichen Regionen waren es 80 Prozent, in der Hauptstadt Rom immerhin 44 Prozent.) [16] Von der Landbevölkerung, die bei der Volkszählung 1911 noch über die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachte, waren über 50 Prozent völlig eigentumslose Landarbeiter, 25 Prozent Pächter und Teilpächter und nur 19 Prozent Bodenbesitzer. Aber 90 Prozent dieser selbständigen Bauernwirtschaften waren nicht größer als 0,5 ha. Eine kleine Zahl von Großgrundbesitzern besaß also den größten Teil des Landes, während die Massen Frondienste zu leisten hatten und sich faktisch in ihrer Lebensweise — Abhängigkeit, Rechtlosigkeit, Elend — von Leibeigenen kaum unterschieden. Die sozialen Gegensätze im Innern und die fehlende Rohstoffbasis im eigenen Land — es fehlte an Erdöl, Kohle, Eisenerz, Bunt- und Edelmetallen und Holz — drängten auch die herrschende Klasse in Italien auf den Weg des Imperialismus.

Im Ersten Weltkrieg versuchte das Deutsche Reich, eine Neuverteilung der Welt durch militärische Gewalt herbeizuführen. Das Kriegszielprogramm sah umfangreiche Annexionen von ostfranzösischen Industriegebieten bis zum westlichen Rußland vor, die dem Deutschen Reich die Position der Hegemonialmacht in Europa und — in Verbindung mit einem mittelafrikanischen Kolonialreich — einer Weltmacht eingebracht hätte [17]. Dieser Versuch schlug fehl, schwächte aber den deutschen Imperialismus keineswegs so stark, daß er seine Ziele hätte völlig aufgeben müssen. Nachdem er 1918/19 die sozialistische Revolution niedergeschlagen und in der folgenden Periode seine Kräfte wieder konsolidiert hatte, konnte er einen neuen Versuch der militärischen Expansion ins Auge fassen.

---

15) M. Slobodskoj, Der italienische Faschismus und sein Zusammenbruch, Berlin 1948, S. 21.
16) R. Michels, Le prolétariat et la bourgeoisie dans le mouvement socialiste italien, Paris 1921, S. 134.

Italien hatte im Ersten Weltkrieg zwar — nach verspätetem Kriegseintritt 1915 — auf der Seite der späteren Sieger gekämpft, konnte aber dann bei den Friedensverhandlungen seine wichtigsten imperialistischen Ziele nicht durchsetzen. Auf Grund des Londoner Geheimvertrages, den Italien am 26. April 1915 mit den Ententemächten geschlossen hatte, rechnete es mit der Annexion von Istrien, Dalmatien, Teilen des türkischen Reiches, nord- und ostafrikanischen Kolonien und vielleicht einem Protektorat über Albanien. Doch beim Friedensschluß 1919 erhielt Italien im wesentlichen nur Südtirol, Triest und Istrien. Alle anderen Hoffnungen wurden enttäuscht. So suchte auch das italienische Kapital nach einer Möglichkeit, seine imperialistischen Ziele doch noch durchzusetzen.

Der bürgerlich-parlamentarische Parteienstaat war für eine entschlossene imperialistische Politik nach 1918 nicht mehr sonderlich gut geeignet. Der Kolonialimperialismus der Periode vor 1914 konnte in den westlichen Ländern mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie noch durchgeführt werden: die Arbeiterparteien besaßen keinen maßgeblichen Einfluß, und die Oberklassen hatten die Schalthebel der Macht noch fest in der Hand. Nach 1918 aber hatten sich die Gewichte verschoben. Wenn auch die sozialistischen Revolutionsversuche in den Jahren 1918—1923 in allen europäischen Ländern niedergeschlagen werden konnten, so blieben Arbeiterparteien und Gewerkschaften doch ein Machtfaktor von wesentlicher Bedeutung. Das gilt für die hier in Frage stehenden Länder Italien und Deutschland nicht minder wie für die übrigen kapitalistischen Länder. In Italien wie in Deutschland mußte bei der konsequenten Durchführung einer imperialistischen Politik mit starkem Widerstand der Arbeiterorganisationen gerechnet werden — gerade angesichts ihrer Erfahrungen im Ersten Weltkrieg.

Es blieb der herrschenden Klasse, wollte sie an ihren Zielen festhalten, also keine andere Möglichkeit, als diese Organisationen von vornherein auszuschalten. Das war für sie ein wesentlicher Grund, mit dem Faschismus ein Bündnis einzugehen, denn dieser versprach nicht nur die vollständige Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, sondern auch die totale Mobilisierung aller Kräfte für den imperialistischen Krieg. Das Expansionsprogramm, das Hitler seit 1925 ständig und für alle vernehmlich propagierte, ist bekannt genug. Es umfaßte neben den Staaten Ost- und Südosteuropas große Teile des westlichen Rußland und stimmte damit weitgehend mit den Kriegszielen des deutschen Imperialismus aus dem Ersten Weltkrieg überein. Auch Mussolini bekannte sich schon 1919 zum Imperialismus: „Der Imperialismus ist das Lebensfundament eines jeden Volkes, das wirtschaftlich und geistig expandieren will" [18]). Vor allem auf dem Gebiet der Kolonialpolitik seien „die Ansprüche und die Notwendigkeiten der Nation durchzusetzen" [19]).

Für die herrschende Klasse in den westlichen Ländern bestand ein Grund, sich aus solchen Erwägungen mit dem Faschismus zu verbünden, *offensichtlich nicht*. Die Mächte, die im 19. Jahrhundert die Welt unter sich aufgeteilt hatten, waren primär bestrebt, ihren Besitzstand gegen die zu spät gekommenen Konkurrenten zu wahren. Schon im Ersten Weltkrieg hatten sie um die Aufrechterhaltung des Status quo gekämpft, und dieses Ziel hatten sie im wesentlichen erreicht. Aus der

---

17) Zu diesem Komplex vgl. F. Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, dritte Auflage, Düsseldorf 1964.
18) B. Mussolini, Discorsi politici, S. 64 f., zit. nach Tasca, S. 62.
19) „Popolo d'Italia" vom 3. 7. 1920, zit. nach Tasca, S. 162.

unterschiedlichen Interessenlage zwischen den (relativ) saturierten Westmächten und den Ansprüchen Deutschlands, Italiens (und Japans) entwickelten sich schließlich Konflikte, die in den Zweiten Weltkrieg mündeten [20]).

Daß die herrschende Klasse in Deutschland und Italien sich anders verhielte als in den westlichen Industrieländern, dürfte — neben der konkreten Interessenlage — aber auch an den politischen und geistigen Traditionen gelegen haben. Wenn dieser Faktor auch nur sekundär im Spiele war, so könnte er doch modifizierend gewirkt haben und soll deshalb nicht unerwähnt bleiben.

Die obrigkeitsstaatliche Tradition des Deutschen Reiches formte nicht nur die Mentalität der mittleren und unteren Klassen, sondern beeinflußte auch das Denken und Verhalten der Herrschenden selbst. Auch in den westlichen Ländern hat die herrschende Klasse die parlamentarische Demokratie wegen der damit verbundenen Chancen für die Arbeiterparteien keineswegs gern gesehen. Schon die Behauptung, sie hätte sich an die bürgerliche Demokratie gewöhnt und sie deshalb toleriert, wäre — wie die Diktatur Napoleons III. beweist — eine Übertreibung. Dennoch stand sie infolge der langen liberal-demokratischen Tradition dieser Staatsform nicht mit einer so prinzipiellen Feindseligkeit gegenüber wie beträchtliche Teile der herrschenden Klasse in Deutschland. Diese waren bis 1918 an eine Staatsform gewöhnt, die ihnen als Unternehmer die Möglichkeit gab, ihre Arbeiter wie Rekruten zu kommandieren, die ihnen auf der Ebene politischer Entscheidungen eine unmittelbare Durchsetzung ihrer Interessen garantierte und die Arbeiterorganisationen notfalls mit staatlichen Mitteln unterdrückte, wie es durch das Sozialistengesetz 1878—1890 geschah. Daß sie nach 1918 gezwungen waren, auf die Wünsche der Gewerkschaften und die Ansichten der Linksparteien überhaupt einzugehen und gar mit der Möglichkeit rechnen mußten, daß auf dem Wege über eine parlamentarische Mehrheit die Änderung der Gesellschaftsstruktur in Angriff genommen werden könnte, war für ihre Vorstellungswelt unerträglich.

Auch Italien, Japan, Spanien, Portugal, Österreich und die Staaten Ost- und Südosteuropas hatten eine gefestigte bürgerlich-demokratische Tradition nicht aufzuweisen. Der Großgrundbesitz und die sich allmählich bildende Kapitalistenklasse waren an beinahe absolute Herrschaftsformen gewöhnt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sie danach strebten, die schließlich errichteten Systeme des parlamentarischen Verfassungsstaates, die den unteren Klassen immerhin gewisse Grundrechte und politische Einflußmöglichkeiten gewährten, so rasch wie möglich wieder zu liquidieren. Das Resultat war — je nach dem Entwicklungsniveau eines Landes — die Militärdiktatur, die faschistische Diktatur oder eine Mischform aus beiden.

Was besonders Italien angeht, so hatte auch hier die ökonomische Rückständigkeit und politische Zersplitterung bewirkt, daß die nationale Einheit erst zu einem Zeitpunkt hergestellt werden konnte, als die Furcht des Bürgertums vor den Unterklassen schon stärker war als sein Offensivgeist gegen den Feudalismus. So erlebte auch das italienische Bürgertum keine liberale Phase, sondern lehnte sich — wie in Deutschland — sogleich an die feudale Oberklasse an, ließ den Großgrundbesitz bestehen und visierte einen „starken Staat" als Lösung der inneren Schwierigkeiten an.

[20]) Paul M. Sweezy betrachtet einen „erfolglosen Krieg der Umverteilung" sogar als eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg des Faschismus in einem bestimmten Land (vgl. Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Köln 1959, als Raubdruck o. O., o. J., neu erschienen, S. 262 f.). In dieser rigorosen Form kann das zwar nachträglich für den Faschismus der zwanziger und dreißiger Jahre festgestellt werden, nicht aber für den Faschismus generell. Es sind durchaus auch Krisenkonstellationen anderer Art denkbar, die für einen faschistischen Erfolg ausreichen.

Die Politik der Linken

Die Erfolgschancen des Faschismus hängen aber nicht nur davon ab, wie schwer die sozialökonomische Krise die Massen trifft, wie deren politisch-ideologische Traditionen beschaffen sind und wie die herrschende Klasse sich verhält. Eine solche Annahme wäre ein Plädoyer für einen fatalistischen Determinismus: Faschismus gleichsam als Naturereignis, das unter bestimmten Bedingungen unausweichlich eintritt, gegen das eine Gegenwehr also von vornherein sinnlos ist. Tatsächlich war der Faschismus Produkt einer Kräftekonstellation, in der auch die Arbeiterorganisationen einen wesentlichen Faktor darstellten. Sein Erfolg hing nicht nur von den Kräften ab, die ihn begünstigten, sondern auch von jenen, die ihn bekämpften. Deren Politik muß also in die Analyse einbezogen werden.

In Italien wie in Deutschland war nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eine revolutionäre Lage entstanden. Die Organisationen der Arbeiterklasse — wie die Massen generell — radikalisierten sich nach links und wuchsen auch zahlenmäßig enorm an: In Italien stiegen die „roten" Gewerkschaften (Confederazione Generale del Lavoro), die 1914 über 321 000 Mitglieder verfügt hatten, Ende 1920 auf 2,2 Millionen, in Deutschland von 2,5 auf 8 Millionen [21]). Nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch beträchtliche Teile des Kleinbürgertums drängten auf eine gesellschaftliche Neuordnung, und die alten Gewalten — Militär, Bürokratie, Unternehmer, Großgrundbesitz — waren zunächst ziemlich machtlos. Doch in beiden Ländern versagte die Linke. Das revolutionäre Potential wurde vertan.

In Deutschland verband sich der rechte Flügel der SPD, der die Werte von „Ruhe und Ordnung" vollständig verinnerlicht hatte und sich ein System jenseits der bürgerlichen Demokratie gar nicht mehr vorstellen konnte (obwohl sie das Programm der Partei zum Kampf für eine sozialistische Republik verpflichtete), mit den kaiserlichen Offizieren und warf die revolutionäre Bewegung gewaltsam nieder. Damit war nicht nur der Kampfgeist der Arbeiterschaft gebrochen. Auch die kleinbürgerlichen Schichten, die zunächst mit der Linken sympathisiert hatten, wandten sich nun, als sie bemerkten, daß alles beim alten blieb, wieder reaktionären Verhaltensformen zu — angezogen von der radikalen Agitation des Faschismus.

In Italien beherrschten nach 1918 die Sozialisten das politische Feld — vor allem in den industriell höher entwickelten nördlichen Teilen des Landes. Die Kampfbereitschaft der Arbeiter kam in einer Serie großer Streiks zum Ausdruck, auf dem Lande nahmen eigentumslose Bauern und kleine Pächter vielerorts das Land der Großgrundbesitzer spontan in Besitz. Die revolutionäre Welle erreichte ihren Höhepunkt im September 1920, als in den norditalienischen Industriestädten die Arbeiter die Fabriken besetzten und in eigene Regie übernahmen. Es schien, als sei die sozialistische Revolution schon gelungen und der Sieg müsse nur noch stabilisiert werden. Doch in dieser Lage erwies sich, daß die italienische Linke über kein Konzept verfügte, um die Revolution zu vollenden. Trotz scheinradikaler Agitation der Sozialisten waren weder Vorbereitungen für einen bewaffneten Aufstand noch für eine politische Machtübernahme getroffen. Die Revolution wurde lediglich gepredigt, während Großgrundbesitzer und Fabrikanten bereits zielbewußt die Gegenrevolution zu organisieren begannen. Der Erfolg zerbröckelte, die Arbeiter räumten ihre Positionen und zogen sich enttäuscht zurück, die Unternehmer nahmen ihre Fabriken wieder in Besitz. Nicht an der Stärke des Gegners, sondern an der eigenen Konzeptionslosigkeit war die italienische Linke gescheitert. Unter den vom Sozialismus enttäuschten Schichten des Kleinbürgertums gewann nun der Faschismus in wachsendem Maße Anhänger.

21) Tasca, S. 93; hier auch die entsprechenden Zahlen für Frankreich und England.

Die Entwicklung der revolutionären Bewegung in beiden Ländern zeigt, daß der Faschismus zwar als Reaktion auf den Sozialismus zu begreifen ist, aber nicht im Sinne eines Bollwerks gegen eine aufsteigende revolutionäre Bewegung, gegen eine wachsende „kommunistische Gefahr", wie er sich in seiner Rechtfertigungsideologie selbst versteht, sondern als Produkt eines abgeschlagenen Revolutionsversuchs, einer versickernden revolutionären Welle: Das Großbürgertum faßt wieder Mut und entschließt sich, in aller Härte zurückzuschlagen, um solche Versuche für die Zukunft unmöglich zu machen. Und die kleinbürgerlichen Massen, die mit der aufsteigenden revolutionären Bewegung sympathisierten, wenden sich wieder ab und gehen zum Faschismus über, der radikaler und entschlossener auftritt als die Linke und ihnen zugleich ermöglicht, an ihren hergebrachten Vorstellungen von Autorität, Ordnung und Privateigentum festzuhalten. „Der alte Haß des ‚Stehkragenproletariers' gegen den Proletarier im Arbeitskittel wird nicht länger durch die gewaltige Strömung gemeinsamer Hoffnungen aufgehoben" [22]). Die enttäuschte Sympathie für den Sozialismus schlägt um in fanatischen Haß. Da die kleinbürgerlichen Schichten gesellschaftlich schwach sind, entwickeln sie die Neigung, sich dort anzulehnen, wo sie die Macht vermuten und sich mit der Macht zu identifizieren. Diese Möglichkeit bietet ihnen nun der Faschismus. Hing also schon der Aufstieg des Faschismus unmittelbar mit dem Versagen der Linken zusammen, so gilt auch für den Sieg des Faschismus eine solche Kausalbeziehung. In Italien war die Linke gespalten in drei Richtungen, die sich über eine gemeinsame Strategie nicht einigen konnten. Innerhalb der Sozialistischen Partei drängten die „Minimalisten" auf eine Beteiligung an der Regierung, wobei sie zu wesentlichen Konzessionen an die bürgerlichen Parteien der Mitte bereit waren. Dagegen betrachteten die „Maximalisten", die die Führungsgremien beherrschten, eine Regierungsbeteiligung als Verrat an der Sache des Sozialismus. Sie bestanden darauf, den bürgerlichen Staat grundsätzlich zu bekämpfen und sich auf keinerlei Kompromisse einzulassen. Diesen Kurs behielten sie auch dann noch bei, als die Chancen der Revolution längst verspielt waren und die bürgerliche Demokratie unter den Schlägen des Faschismus schon bedrohlich wankte. Noch im Juli 1922 — drei Monate vor dem faschistischen „Marsch auf Rom" — beschloß ihr Parlamentskomitee: Die Sozialistische Partei „widersetzt sich jedem Programm für eine Kollaboration und Mitbeteiligung an der Regierung" [23]).

So war die zahlenmäßig starke und scheinbar so mächtige Sozialistische Partei, die fast ein Drittel der Abgeordneten stellte und durch ihr Bündnis mit den Gewerkschaften auch in den Betrieben eine Massenbasis besaß, praktisch handlungsunfähig. Sie war nicht in der Lage, eine konsequente revolutionäre Politik zu treiben und die Chance einer sozialen Revolution 1919/20 entschlossen zu nützen, sondern blieb bei revolutionären Deklarationen stehen. Sie war aber auch nicht fähig, gegen den illegalen faschistischen Terror den illegalen Widerstand zu organisieren, sondern tröstete sich und ihre Anhänger auch hier mit radikalen Parolen. Andererseits aber konnte sie auch die Möglichkeiten der Legalität nicht ausnützen, weil ihre maximalistische Führung an der These festhielt, daß die bestehende bürgerliche Demokratie als Feind zu gelten habe und zerschlagen werden müsse.

Die kleine Kommunistische Partei, die sich 1921 von den Sozialisten abgespaltet hatte, versuchte die Maximalisten an scheinradikaler Agitation noch zu übertreffen, erklärte die Zerstörung der bürgerlichen Demokratie zum vordringlichen

[22]) A.a.O., S. 123.
[23]) Zit. nach Tasca, S. 244.

Ziel, den Faschismus zu einer innerbürgerlichen Angelegenheit, die besonderes Interesse nicht verdiene, und die Sozialistische Partei zum Hauptgegner, der die Revolution verhindere. Die faschistische Machtübernahme und die Unterdrückung der Sozialisten werde die Revolution nur beschleunigen: „Sollte die Bourgeoisie wirklich ernst machen und die Sozialdemokratie durch die weiße Reaktion abwürgen, so wird sie damit — dies ist kein Paradoxon — die besten Voraussetzungen für die eigene rasche Niederlage und den Sieg der Revolution schaffen" [24]).

So leistete die Arbeiterschaft zwar von 1920 bis zum „Marsch auf Rom" 1922 einen heroischen und verlustreichen Widerstand, doch er blieb — im Gegensatz zur faschistischen Offensive — unkoordiniert, punktuell, ohne strategisches Konzept, auf den Mut und den Kampfgeist der regionalen und lokalen Arbeiterorganisationen angewiesen und deshalb hoffnungslos. Dagegen demonstrierten die durch Prinzipien politischer Moral nicht belasteten Faschisten, wie man sowohl die Möglichkeiten der Legalität wie die der Illegalität nützt. Während sie einerseits jede Chance wahrnahmen, politische Bündnisse mit anderen Parteien zu schließen, und sorgfältig darauf achteten, die staatlichen Exekutivorgane, vor allem die Armee, niemals gegen sich zu haben, organisierten sie zugleich ihren illegalen bewaffneten Terror mit äußerster Präzision. Sie betrieben zugleich parlamentarische Politik und die illegale Aktion und erwiesen sich damit im Bereich der politischen Taktik als bessere Schüler Lenins als die italienische Linke, die seinen Namen ständig im Munde führte.

Aus der Niederlage der italienischen Arbeiterklasse, die beinahe exemplarischen Charakter hat, lassen sich einige Konsequenzen ableiten, die für den weiteren Kampf gegen den Faschismus entscheidende Bedeutung gewannen: Indem innerhalb der Sozialisten noch 1922 die Ansicht dominierte, die Machteroberung des Faschismus sei lediglich eine innere Angelegenheit bürgerlicher Poltikercliquen und der bürgerliche Staat müsse als der prinzipielle Feind kompromißlos bekämpft werden, wurde der qualitative Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur negiert. Zwar ist es richtig, daß es sich bei beiden Staatsformen um Varianten des bürgerlichen Staates handelt und daß beide darauf abzielen, Privateigentum und bürgerliche Gesellschaftsordnung zu erhalten. Die qualitative Differenz aber liegt darin, daß die bürgerliche Demokratie die Entfaltung der Opposition grundsätzlich zuläßt (wenn sie sie auch im einzelnen behindert), während der Faschismus die Arbeiterbewegung unterdrückt und vernichtet. Eine realistische antifaschistische Strategie hat also davon auszugehen, daß die Linke ein elementares Interesse an der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus haben und daß sie im Augenblick der Bedrohung durch den Faschismus nach einem Bündnis aller antifaschistischen Kräfte streben muß, die an der Bewahrung der bürgerlichen Demokratie interessiert sind. Denn diese ist die fundamentale Voraussetzung für die legale Existenz der Arbeiterbewegung — und damit auch die Bedingung für eine potentielle Weiterentwicklung zur sozialistischen Demokratie.

Ein solches Konzept konnte sich in der italienischen Linken nicht durchsetzen. Die Minimalisten plädierten für eine pragmatische Koalitionspolitik, ohne längerfristige, systemtranszendierende Perspektiven noch ins Auge zu fassen. Und die Maximalisten begnügten sich damit, diesen Kurs als revisionistisch abzukanzeln und sich selbst in verbalem revolutionärem Radikalismus zu bestätigen, ohne ein realpolitisches Konzept gegen den Faschismus anbieten zu können. So garan-

[24]) „Rassegna Comunista", 1922/2, vom 15. 4., S. 59; zit. nach Tasca, S. 210.

tierte der verbale Radikalismus zwar eine gewisse Popularität bei den Massen, aber er täuschte sie zugleich über die reale Lage; er reichte zwar aus, um die Furcht und die Revanchegelüste des 1919/20 gedemütigten und schockierten Bürgertums zu steigern, aber er ließ ihnen zugleich alle realen Machtmittel. Praktisch führte er zu einer Haltung politischer Abstinenz. Man stand trotzig abseits und konnte sich durch die wachsenden Erfolge des Faschismus noch bestätigt fühlen: da könne man nämlich sehen, wohin der Kapitalismus führe und was sein eigentliches Wesen ausmache.

Tatsächlich bedeutete die Abstinenz der Sozialistischen Partei, daß der für den Ausgang des Kampfes sehr wichtige Exekutivapparat den bürgerlichen und profaschistischen Kräften widerstandslos überlassen wurde. Und welchen Grund sollte die bürgerliche Demokratie haben, die sozialistischen Einrichtungen und Organisationen gegen den Terror der Faschisten zu schützen, da die Sozialisten immer noch unverdrossen erklärten, ihr wichtigstes Ziel sei die Zerschlagung eben dieser bürgerlichen Demokratie? So stand die Arbeiterschaft oft genug nicht nur den faschistischen Terrorbanden gegenüber, sondern auch der Polizei, dem Militär und den lokalen Verwaltungsbehörden. Angelo Tasca hat überzeugend nachgewiesen, daß der Faschismus nur im Bündnis mit diesen Kräften stark genug war, die Linke zu schlagen — und zwar nicht nur auf gesamtpolitischer Ebene, sondern gerade auch bei den lokalen Kämpfen, die den Sieg des Faschismus erst ermöglichten. Tasca hat zugleich Beispiele dafür gebracht, daß oft schon ein antifaschistischer kleiner Polizeioffizier genügte, um dem faschistischen Spuk ein Ende zu machen. Erst durch die Wucht des faschistischen Terrors wurde die Bevölkerung auf seine Seite gezwungen — sei es aus Angst, sei es aus Opportunismus. Sobald die Bevölkerung merkte, „daß die Faschisten nicht ... auf die Hilfe des Staates bauen können, ... entsteht eine Leere um den Faschismus; die Bürger sind nicht mehr bereit, sich den ‚Befehlen', den Erpressungen der Faschisten zu fügen" [25]). Eine Beteiligung der großen Sozialistischen Partei an der Regierung mit einer zielbewußten Personalpolitik auf allen Ebenen des Exekutivapparats hätte also den Vormarsch des Faschismus möglicherweise aufhalten können. Durch eine solche Regierungsbeteiligung hätten sozialistische Perspektiven keineswegs preisgegeben werden müssen, sondern im Gegenteil in ihren Realisierungschancen verbessert werden können.

Der Sieg des Faschismus in Italien führte zu teilweise recht realistischen Analysen in der Kommunistischen Internationale und ihren Parteien über das Wesen dieses neuen Phänomens und die Ursachen seines Erfolges [26]). Doch zu einer klaren antifaschistischen Strategie brachte es die europäische Linke nicht. Nachdem in Deutschland 1920 der Kapp-Putsch und 1923 der Hitlerputsch niedergeschlagen und die bürgerliche Demokratie stabilisiert worden war, hielt man die Gefahr des Faschismus für erledigt oder interpretierte ihn als ein typisch italienisches Phänomen, das anderswo keine Chancen habe — vor allem nicht in hochindustrialisierten Staaten wie Deutschland. Dabei wurde der Unterschied zwischen der konservativen Reaktion, die mit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 offensichtlich an Boden gewann, und der faschistischen Bewegung Hitlers von der KPD klar gesehen: „Der Hitlersche Faschismus war in seinem Wesen kleinbürgerlich, Hindenburg ist der Repräsentant des Großkapitals ... Hitler wollte die Republik mit bewaffneten Hundertschaften stürzen, Hindenburg wird sie mit der von ihm beschworenen Verfassung, gestützt auf

25) Tasca, S. 193.
26) Vgl. z. B. die Referate von Klara Zetkin von 1923, abgedruckt in: Th. Pirker (Hrsg.), Komintern und Faschismus 1920—1940, 2. Aufl. Stuttgart 1966, S. 115 ff., u. E. Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, Köln-Berlin 1967, S. 88 ff.

den Staatsapparat und die Reichswehr, liquidieren" [27]). Manchen war auch bewußt, daß die faschistische Gefahr mit dem Niedergang der NSDAP 1924 keineswegs überwunden war: „Wenn die deutsche Bourgeoisie in erneuten revolutionären Zeiten sich in ihren Grundfesten bedroht sieht, wird sie erneut alle Anstrengungen machen, ihn zum Leben zu erwecken" [28]). Doch das blieben Ansätze. So gelangte die Linke in Deutschland auch nach 1929, als die faschistische Bewegung sprunghaft anwuchs und schließlich zur stärksten Partei wurde, nicht zu einem realistischen Konzept. Wie in Italien war die Linke auch hier gespalten, und zwar in zwei große Parteien und eine Reihe kleiner Gruppen. Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen wären schon nach der Zahl ihrer Wähler selbst Ende 1932 noch stärker gewesen als die NSDAP — ganz abgesehen von den Millionen umfassenden Kampforganisationen Reichsbanner und Rotfrontkämpferbund, ihrem Rückhalt in den Gewerkschaften und abgesehen von der geringen Interessensolidarität und Konsistenz der faschistischen Massen, die schon Ende 1932, als die erhoffte „Machtergreifung" auszubleiben schien, wieder auseinanderzulaufen begannen. Doch aus einer Reihe von Gründen, die hier im Detail nicht erörtert werden können, kam es nicht zu einer gemeinsamen Frontstellung gegen den Faschismus. Im Gegenteil: man denunzierte sich gegenseitig als Bundesgenosse des Faschismus.

Die Kommunisten kamen zu diesem Resultat mit Hilfe ihrer Theorie vom „Sozialfaschismus": Der bürgerliche Staat sei spätestens 1929/30 faschistisch geworden, wie der Polizeiterror gegen demonstrierende und streikende Arbeiter und die Errichtung der Präsidialdiktatur Brünings beweise. Die SPD aber sei die Hauptstütze dieses Faschismus, denn sie verfüge über die preußische Polizei und toleriere die Brüning-Regierung. „Die Sozialdemokratie ist die beste Schutztruppe für die deutsche Bourgeoisie, ist der breite Sturmbock des Faschismus und des Imperialismus" [29]). „Der deutsche Faschismus trägt kein Schwarzhemd, sondern eine schwarz-rot-goldene Armbinde" [30]). Die Sozialdemokraten ihrerseits gingen von einer Art Totalitarismustheorie aus: Da sie die Weimarer Republik als ihren Staat begriffen, mit dem sie sich vollständig identifizierten, sahen sie in Kommunisten und Faschisten, in den „Extremisten von links und rechts" qualitativ gleiche Gegner, die es beide auf die Zerstörung der Republik abgesehen hatten und deshalb mindestens objektiv Bundesgenossen waren.

So kam es auch in Deutschland — von zaghaften und halbherzigen Angeboten der Kommunisten 1932/33 abgesehen — zu keiner gemeinsamen Aktion der Linken gegen den Faschismus. Erst die Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 bahnte die Wende an. Der faschistische Terror traf Sozialdemokraten und Kommunisten mit der gleichen Härte und machte ihnen so handgreiflich klar, daß sie mindestens gegenüber dem Faschismus die gleichen Interessen hatten. So bildete sich von unten her eine gemeinsame Widerstandsfront, die freilich zu spät kam, um den Faschismus in Deutschland noch ernstlich gefährden zu können. Aber auch die Führungsinstanzen der Linken zogen einige Folgerungen, die dann in Frankreich 1934 politisch relevant wurden: Als die faschistischen Gruppen im Februar 1934 in Paris einen — freilich schlecht vorbereiteten — Versuch unternahmen, das Parlament zu stürmen, schlossen sich Sozialisten und Kommunisten zu einer gemeinsamen Abwehrfront zusammen, die die faschistische Offensive schließlich zurückschlug und 1936 in eine Volksfrontregierung mündete [31]).

---

27) H. Neumann, Die Hindenburg-Ära, in: Die Kommunistische Internationale, Jg. 6, H. 5 (Mai 1925), S. 519.
28) H. Remmerle, Der Faschismus in Deutschland, in: Die Kommunistische Internationale, Jg. 7, H. 12 (Dez. 1926), S. 538.
29) „Die Rote Fahne" vom 13. 4. 1929.
30) „Die Rote Fahne" vom 10. 3. 1929.

Die politische Funktion faschistischer Bewegungen

Die politische Funktion der faschistischen Bewegungen läßt sich nach den bisherigen Analysen wie folgt charakterisieren: Der Weltkrieg hatte Millionenmassen auf die Bühne der Geschichte gestellt, die sich nach 1918 nicht mehr ohne weiteres in ein beschauliches privates Dasein zurückdrängen ließen. Die revolutionären Ereignisse von 1917 bis 1923 hatten den Massen demonstriert, daß die gesellschaftliche Ordnung veränderbar, daß der Kapitalismus nicht unangreifbar war. Selbst nach der Niederlage der sozialistischen Revolutionsversuche konnte die kapitalistische Ordnung nicht als gesichert gelten. Inflation, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zeigten in drastischer Weise, daß sie den Bedürfnissen der Gesellschaft nicht mehr genügte.

Angesichts solcher Umstände bestand wenig Aussicht, mit den herkömmlichen Mitteln noch eine Massenbasis für das System zu finden, die auch in Krisenlagen zuverlässig blieb. Unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts und der parlamentarischen Demokratie konnte sich eine konkrete Gefahr für die herrschende Klasse entwickeln. Es kam also darauf an, für diesen Fall mit neuen Methoden eine Massenbasis für die bestehende Gesellschaftsordnung zu schaffen. Diese neuen Methoden mußten der veränderten sozial-ökonomischen Situation und der veränderten Mentalität der Massen angemessen sein. Eben dieses ist die Leistung des Faschismus.

In einer Lage, in der das bestehende politische und gesellschaftliche System diskreditiert war, mußte eine politische Bewegung auftreten, die sich als dessen entschiedener Gegner ausgab, die bestehenden Parteien, ja Parteien im herkömmlichen Sinne überhaupt als unfähig, die parlamentarische Demokratie als korrupt, den Kapitalismus als überholt ausgab und alles völlig neu zu ordnen versprach. Sie mußte radikal und entschlossen auftreten, das Alte verdammen und das ganz Neue verheißen, mußte soziale Gerechtigkeit fordern und jene benennen, die an dem Übel schuld waren. Sie mußte die Massen aktivieren und ihrem Aktivitätsdrang Raum schaffen, mußte ihnen schmeicheln, ihnen Ziele setzen, für die sie zu kämpfen bereit waren. Bei alledem durfte die bestehende Gesellschaftsordnung nicht in Gefahr geraten, durften die Massen nicht wirklich zum Subjekt der Geschichte werden und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, mußte im Gegenteil der wirkliche Gegner dieser Ordnung, die sozialistische Linke, von den Massen selbst bekämpft werden. Das Volk mußte dazu gebracht werden, die Volksherrschaft, die Demokratie für unsinnig zu erklären und sich selbst für unfähig, politische Entscheidungen zu treffen; die Massen mußten fanatisch ihre eigene Entmündigung fordern und die Herrschaft einer Minderheit verlangen, der sie sich unterwerfen konnten. Diese äußerst prekäre Aufgabe, die ein hohes Maß demagogischer Kunst verlangte, wurde vom Faschismus gelöst. Die faschistischen Bewegungen stellen ihrer objektiven Funktion nach die „moderne, volkstümlich maskierte Form der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution" [32]) dar, d. h. jene politische Kraft dar, die dem Kapitalismus unter den veränderten Bedingungen für den Fall einer ernsten Krise eine neue Massenbasis lieferte. Die ideologischen Mittel und die politischen Umstände, unter denen das gelang, wurden hier dargestellt.

---

31) Im Jahre 1935 setzte sich die Politik der antifaschistischen Volksfront, des gemeinsamen Vorgehens von Kommunisten und Sozialdemokraten bei der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus, auch in der Kommunistischen Internationalen (und auf der sogenannten Brüsseler Konferenz der KPD, die tatsächlich vom 3.—15. Oktober 1935 in Moskau stattfand) offiziell durch, womit die Weichenstellung für die bis zum heutigen Tag von den Kommunistischen Parteien verfolgte Einheitsfrontpolitik gegenüber Rechtsentwicklung und Faschismusgefahr gegeben war.

32) A. Rosenberg, Der Faschismus als Massenbewegung, in O. Bauer/H. Marcuse, A. Rosenberg u. a., Faschismus und Kapitalismus, hrsg. v. W. Abendroth, Ffm. 1967, S. 78.

Soeben erschienen:

Werner Treuheit

Sozialismus in Entwicklungsländern

Ägypten — Burma — Indonesien — Tanganjika — Westafrika

SAMMLUNG JUNGE WISSENSCHAFT

240 Seiten, glanzkartoniert, DM 16,—

Über ihre politische Befreiung hinaus versuchen die Entwicklungsländer auch eine ökonomische und geistige Emanzipation. Ihre Ideologien sind aus vielen guten Gründen ihrem Selbstverständnis nach sozialistisch. Einer Reihe objektiver Notwendigkeiten, die sich aus dem gesteckten Ziel wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung ergeben, stehen Zwänge gegenüber, denen sich die Politiker in den zum großen Teil noch traditionalistischen Gesellschaften der jungen Nationen ausgesetzt sehen. Im Ergebnis ihrer Funktion als geistige Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft haben sich sozialistische Ideologien mit z. T. erheblichen inneren Widersprüchen herausgebildet.

In der Darstellung und Analyse der Entwicklung solcher vermischter Ideologien eines religiös, traditionalistisch, volksdemokratisch oder vorwiegend wirtschaftspolitisch begründeten Sozialismus in Indonesien, Burma, Ost- und Westafrika und Ägypten hat der Verfasser viel interessantes und schwer zugängliches Material zu übersichtlicher Darstellung gebracht und eine Reihe von kritischen Einsichten zutage gefördert.

Diese Arbeit ist die erste deutschsprachige Analyse von Ideologien in Entwicklungsländern, die nicht von Vergleichen zu bestimmten anderen Sozialismus-Begriffen ausgeht und Wert und Unwert der neuen Theorien an ihnen mißt, sondern die sozialistischen Ideologien in Entwicklungsländern an sich zum Gegenstand gemacht hat. Sie stellt beim heutigen Stand der Diskussion einen wichtigen Beitrag zur Erweiterung unserer Kenntnisse und zur Verbesserung unseres Verständnisses dieser komplexen Probleme dar.

Pahl-Rugenstein

Zur Lage in Bolivien

Von Dieter Boris

I

Anfang Oktober 1970 schienen sich für einen Augenblick die spontanen Massenerhebungen des Jahres 1952, die Bolivien die bislang bedeutendsten Umwälzungen brachten, zu wiederholen. Mit Dynamit ausgerüstete Arbeiterzüge marschierten auf La Paz, alte Flinten tragende Bauern eilten herbei, die Studenten forderten Waffen und machten sich daran, politische Gefangene zu befreien. Durch diese Aktionen sollte der Vorstoß des Generals Juan José Torres, der einen Gegenputsch gegen die gerade etablierte rechte Militärjunta, die ihrerseits vier Tage zuvor den gerade der Hauptstadt fernen General Alfredo Ovando für abgesetzt erklärt hatte, unterstützt werden. Nach einigem, zumeist lokal begrenztem Widerstand einiger Offiziere und ihrer Einheiten gelang es Torres alsbald, sich als Präsident vereidigen zu lassen, nicht ohne vorher und bei der Amtsübernahme mehrfach versichert zu haben, er werde ein „Arbeiter- und Bauernpräsident" sein und den unter Ovando zwar zunächst elanvoll begonnenen, aber dann seit Frühjahr 1970 zusehends abgeminderten bzw. aufgegebenen Kampf gegen den Imperialismus fortsetzen.

Ein Jahr zuvor hatte Ovando, der sich mit dem Anfang 1969 tödlich verunglückten Barrientos schon seit 1964 die Macht geteilt hatte, mit „nationalrevolutionärem" und „anti-imperialistischem" Impetus die Regierung übernommen. Tatsächlich begann er seine Regierungsperiode mit der spektakulären Enteignung der US-amerikanischen Bolivian Gulf Oil Co., der Einführung einer Devisenkontrolle, der Verstaatlichung des Außenhandels mit Bergbauprodukten und anderen fortschrittlichen Maßnahmen [1]). Der hierdurch ausgelöste Gegendruck von seiten der USA, der internationalen Kreditinstitutionen und der konservativen Offiziersclique im Lande ließ ihn im Laufe des Jahres 1970 Schritt für Schritt zurückweichen. Die Entschädigungssumme für die Bolivian Gulf Oil Co. wurde auf die für Bolivien außerordentlich ungünstige Summe von 78 Mio. $ festgesetzt, die linken Minister (für Information und Bergbau/Erdöl) wurden aus dem Kabinett entfernt, Torres — als Exponent der Linken — seines Postens als Oberkommandierender der Armee enthoben und schließlich der Kampf gegen demonstrierende Studenten erheblich verschärft. Als hierbei mehrere Studenten erschossen wurden und die Regierung sich weigerte, ihre Leichen herauszugeben (da sie vermutlich — ebenso wie Guevara — erst nach der Gefangennahme ermordert worden waren), traten fünf Priester in den Hungerstreik; auf Grund eines eigens durchgebrachten Gesetzes gegen Selbstmordversuche wurden die Priester verurteilt und sofort nach Argentinien ausgeflogen. Zu diesen inneren Spannungen, die durch die subversiven Aktivitäten des US-Botschafters Siracusa und seiner ansehnlichen „Beraterschar" verstärkt wurden, kam Anfang September d. J. die Nachricht vom Wahlsieg Allendes im Nachbarland Chile hinzu. Dies alarmierte die Rechte und veranlaßte sie, gegen den — nach ihren Vorstellungen — einen

---

1) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion, Polen und der CSSR, Annäherung an Cuba, Abzug der Repressionstruppen aus dem Minengebiet, Aufhebung gewerkschaftsfeindlicher Gesetze, Liberalisierung der Presse, Alphabetisierungskampagne nach kubanischem Muster. Siehe Süddeutsche Zeitung (SZ) v. 17. 4. 1970.

viel zu gemäßigten Rechtskurs steuernden Ovando vorzugehen. Der überstürzt begonnene Putsch hatte trotz CIA-Beratung keinen Erfolg, da er weder die Stimmung im Lande noch die Tatsache in Rechnung stellte, daß Torres Kontakte zu den Gewerkschaften und den Studenten aufgenommen hatte und sich obendrein auf die — für die Beherrschung der Situation in Bolivien ausschlaggebende — Luftwaffe stützen konnte.

Der neue Präsident Torres kündigte zunächst weitere Verstaatlichungen in- und ausländischer Monopole, Verschärfung der Devisenkontrolle, Entmachtung der rechten Militärs und Weiterführung der Agrarreform an. Seine Macht werde auf das feste Bündnis zwischen Arbeitern, Bauern, Studenten und fortschrittlichen Militärs gegründet sein und nicht nur eine Fortsetzung des ursprünglichen Kurses Ovandos, sondern dessen „endgültige Vertiefung" anstreben. Als sich indessen nach einigen Tagen ein neuer Putsch rechter Offiziere abzeichnete und die in viele Gruppen zerspaltene Linke nicht zu einheitlichen Forderungen und Aktionen zusammenfinden konnte, nahm Torres bereits die ersten Abstriche am Programm des „revolutionären Nationalismus" vor: Im Kabinett Torres sitzen außer einigen gemäßigten Linken und politisch schwer einzuschätzenden Offizieren mehrere ausgesprochen rechtsorientierte Militärs wie z. B. der Verteidigungsminister Lafuente, der bereits Mitglied des Kabinetts Ovando war und als Vertrauensmann der konservativen Mehrheit der Generalität gilt [2]). Auch die angekündigten Säuberungen im höheren Militärapparat blieben weitgehend aus [3]). Es ist klar, daß bei diesem Kurs der Vermeidung einer offenen Konfrontation mit den rechten Militärs auch die Ausgabe von Waffen an die Trägergruppen der „Revolution" ausblieb und daß Torres kaum eine der Minimalforderungen der spontan gebildeten Volksfront erfüllte. Die Anhebung der Löhne der Minenarbeiter auf das Niveau von vor 1965 wollte die Regierung zunächst nicht zugestehen. Inzwischen haben die Minenarbeiter an manchen Orten das Verwaltungspersonal verjagt und die Minen besetzt, worauf Torres Verhandlungsdelegationen in diese Gebiete sandte. Auch soll es bei der hohen Entschädigungssumme für die Bolivien Gulf Oil Co. bleiben und außerdem ein Gesetz geschaffen werden, das die Auslandsinvenstitionen ermutigt. Offenbar geht es Torres genau wie seinem Vorgänger Ovando darum, einen Beweis der Mäßigung zu geben und nicht die ausländischen Kapitalisten zu verschrecken [4]). So ließ auch die Anerkennung des neuen Regimes durch die USA nicht lange auf sich warten. Das State Departement teilte mit, daß die wirtschaftliche und militärische „Hilfe" im geplanten Umfang fortgesetzt werden soll [5]).

Die Hoffnungen auf das Entstehen einer neuen anti-imperialistischen Macht im Andengebiet scheinen mithin verfrüht zu sein. Bolivien steht jetzt da, wo Ovando vor einem Jahr einsetzte, und es ist keineswegs auszuschließen, daß unter Torres sich zunächst eine ähnliche Entwicklung anbahnen wird. Das Versprechen von jeweiligen Präsidenten und Machthabern, einen „nationalen" und „revolutionären" Kurs zu steuern, ohne daß sich aber grundsätzlich etwas ändert, ist dem bolivianischen Volk seit rund 20 Jahren nur allzu bekannt. Immerhin bleibt die starke Mobilisierung von großen Teilen der Bevölkerung in La Paz, Cochabamba,

---

2) „Das Kabinett von Präsident Torres läßt nach Ansicht von Beobachtern eine Politik erwarten, die längst nicht so radikal ist wie zunächst nach den Revolten der Streitkräfte zu erwarten war. Hatte Torres zunächst in seinem Bemühen um Unterstützung bei der Arbeiterschaft zur Niederschlagung des konservativen Militärputsches der kommunistisch geführten Zentralgewerkschaft die Hälfte der Ministersessel in seinem Kabinett zugesagt, so war nicht mehr die Rede davon, als er die Lage gemeistert hatte", Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) v. 13. 10. 1970.
3) Siehe die Berichte in Le Monde v. 25./26. 10. 1970 und in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) v. 10. 10. 1970.
4) Siehe Le Monde v. 13. 10. 1970.
5) Siehe NZZ v. 16. 10. 1970.

Oruro und anderen Orten ein neuer Faktor in der bolivianischen Entwicklung, der vermuten läßt, daß eine weitergehende Entscheidung in dieser oder jener Weise näher herangerückt ist.

II

Bolivien [6]), mehr noch als andere lateinamerikanische Staaten ein „reicher Bettler" [7]), ist trotz mehrerer Gebietsabtretungen im 19. und 20. Jahrhundert das fünftgrößte und zugleich — nach Haiti — das zweitärmste Land Lateinamerikas (Jahresprokopfeinkommen rund 100 Dollar). Die knapp 5 Mio. Einwohner, von denen rund 60 Prozent Indios, 30 Prozent Mestizen und 10 Prozent Weiße sind, leben in der Mehrzahl im westlichen Hochland zwischen den beiden Kordillerenrücken, auf dem Altiplano, während die Bevölkerungsdichte nach Osten hin, sowohl in den subtropischen Zentraltälern (Yungas) als auch in den tropischen Tiefebenen (Llanos) des Ostens und des Nordostens, die bereits dem Amazonasbecken zugehören, stark abnimmt. Seit der Gründung der Republik Bolivien (1825) haben sich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs die typischen Züge der bolivianischen Gesellschaft und des politischen Herrschaftssystems — trotz der über 100 Umstürze, Militärputsche und vieler Kriege — als überaus stabil erwiesen: Unumschränkte Macht der Land- und Minenoligarchie inländischer und ausländischer Provenienz, Herrschaft von Caudillos und lokalen Kaziken, Fraktionalismus, Verrat, Gewalt und vor allem unerbittliche Ausbeutung der Indios und (in etwas geringerem Maße) der Cholos (Mestizen) [8]). Erst in den dreißiger Jahren begann sich bei Teilen der „städtischen Mittelklassen", der Intelligenz und verschiedenen Gruppen des Militärs die Ideologie des „sozialrevolutionären Nationalismus" herauszubilden. Dies geschah vor allem unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und des Chaco-Krieges (1932—1935) gegen Paraguay. In diesem Krieg, der zu einem weiteren Gebietsverlust führte, offenbarte sich die Morbidität der fast unverändert gebliebenen Kolonialgesellschaft, die auch nicht dadurch kompensiert werden konnte, daß die Masse der Indios nun erstmals als „Soldatenmaterial" in den politischen Prozeß einbezogen wurde und sich sterbend der „bolivianischen Nation" zugehörig fühlen durfte. Die danach in Bolivien an die Regierung gelangten Führer, zumeist jüngere Offiziere, steuerten einen nationalistischen und sozialreformerischen Kurs, verfolgten die Opposition von rechts und links mit großer Schärfe und versuchten gleichzeitig, ihren Rückhalt im Militär und bei den von ihnen „geförderten" Gewerkschaften zu verstärken. Vertreter der Anfang der vierziger Jahre gegründeten Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR), die sich zunächst aus den oben genannten Gruppen rekrutierte, arbeiteten eng mit diesen — fälschlicherweise als faschistisch bezeichneten — Diktatoren zusammen [9]). Nach dem 1946 eintretenden konterrevolutionären Rück-

---

[6]) Es kann hier keine genaue Analyse der bolivianischen Entwicklung geliefert werden; hierzu wären Ortskenntnisse unbedingt vonnöten. Entgegen einem soziologischen Vorurteil, nach welchem vor allem die „entwickelten Industriegesellschaften" differenziert sind, muß z. B. die bolivianische Gesellschaft schon allein von ihren extrem unterschiedlichen geographischen und klimatischen Bedingungen her, die sich viel unmittelbarer als bei uns in sozial sehr unterschiedliche Sachverhalte umsetzen, als sehr differenziert angesehen werden. Z B. ist folgendes zu berücksichtigen: „Die ökonomische und soziale Lage eines ‚Kleinbauern' " z. B. mit gleichgroßem Flächenbesitz gestaltet sich auf dem Altiplano völlig verschieden von der des ‚Kleinbauern' im Cochabamba-Tal oder im Osten; sogar zwei Bauern auf dem Altiplano, deren Betriebe in verschiedenen Höhen liegen, sind nicht ohne weiteres vergleichbar . . ." Hieraus wird deutlich, „wie sehr in diesem Land soziale Tatsachen, die abstrakt übereinstimmen, je nach den geographischen, technischen und infrastrukturellen Möglichkeiten differieren. Das gilt nicht nur für die objektive Seite der sozialen Differenzierungen. Auch jene Schichtungskriterien, die subjektiver . . . Selbst- oder Fremdeinschätzung unterliegen, weichen in den verschiedenen Regionen stark voneinander ab" (H.-J. Puhle, Tradition und Reformpolitik in Bolivien. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in einem südamerikanischen Entwicklungsland, Hannover 1970, S. 35).

[7]) Bolivien verfügt über eine Fülle sehr wertvoller Rohstoffe: Zinn, Erdöl, Eisenerz, Antimon, Uran, Kupfer, Thorium, Kadmium, wobei bis jetzt nur die ersten beiden in nennenswertem Maße ausgebeutet werden.

[8]) Siehe den Uberblick bei H.-J. Puhle, a.a.O., und bei M. Niedergang, Les vingt Amériques latines, 2. Bd., 2. Aufl. Paris 1969, S. 43—86.

[9]) Vgl. zu dieser Phase: H. S. Klein, Parties and Political Change in Bolivia 1880—1952, Cambridge 1969.

schlag gelang es der verfolgten MNR, bei den Wahlen von 1951 die meisten Stimmen zu erringen. Die Weigerung der herrschenden politischen Kräfte, den Kandidaten der MNR, Victor Paz Estenssoro, zum Präsidentenamt zuzulassen, löste zunächst einen „linken" Militärputsch aus, der jedoch angesichts der Übermacht der traditionellen „Ordnungskräfte" keine Überlebenschancen gehabt hätte. Entscheidend war das Eingreifen der Minenarbeiter, die seit den Massakern von Catavi (1942 und 1949) immer energischer zur bewaffneten Selbstverteidigung gegenüber den „Straffeldzügen" der Armee bei Streiks übergegangen waren. Einer Gruppe von Arbeitern gelang es, ein Waffenlager in Besitz zu nehmen und die Waffen an das Volk zu verteilen. „Die nationalistische Revolution, die von ihren Trägern zunächst als Putsch einer Minderheit konzipiert und ausgelöst worden war, transformierte sich in eine gewaltsame Volks-Revolution" [10]).

Die heftigen Kämpfe in der Hauptstadt dauerten drei Tage und forderten über 3000 Todesopfer; sie griffen rasch auf die Provinzstädte und die dichtbesiedelten ländlichen Regionen über, da hier die Masse der Indios, die sich seit Ende der dreißiger Jahre — unter Führung von Arbeitern [11]) — in „sindicatos campesinos" zusammengeschlossen hatten, nun energisch den Kampf gegen die hacienderos und ihren Status als Leibeigene oder de-facto-Sklaven („pegujaleros"; Institut der „pongueaje") erstmals organisiert und überlokal aufnahmen. Das unmittelbare Resultat dieser seit der mexikanischen Revolution zu den gewaltigsten Volksmobilisierungen auf dem lateinamerikanischen Kontinent zu rechnenden Entwicklung war die Regierungsbildung unter Führung der MNR und Paz Estenssoros und unter Beteiligung der Vertreter der Minen- und Landarbeitergewerkschaften („Co-Gobierno"), die Auflösung der traditionellen Armee (an ihre Stelle traten Arbeiter- und Bauernmilizen), die vollkommene Entmachtung der „Zinnbarone" und die erhebliche Schwächung der traditionellen Landoligarchie. Doch zeigte sich der entscheidende Widerspruch innerhalb der „Regierungskoalition" bereits in den ersten Monaten nach der Machtübernahme gleichsam im embryonalen Zustand, und er bestimmte die gesamte politische Auseinandersetzung bis 1964 bzw. praktisch sogar bis heute: Paz Estenssoro war nur durch die massive Unterstützung der Arbeiter und Bauern an die Macht gekommen, wollte aber auf der anderen Seite lediglich die — fast nicht vorhandene — nationale Bourgeoisie Boliviens entwickeln, d. h. die demokratische und bürgerliche Revolution nachholen und die Industrialisierung des Landes einleiten. „Er wollte mit dem Imperialismus verhandeln, um mit ihm zu einem günstigeren Übereinkommen zu gelangen, ihn aber nicht aus dem Lande entfernen. Um diese Ziele zu erreichen, mußte er sich auf die Revolution stützen. Aber er mußte sich auch auf die Revolution stützen und an ihrer Spitze stehen, um zu verhindern, daß sie über diese Ziele hinausschießt. Und um dahin zu gelangen, mußte er sie eine gewisse Zeit lang vorantreiben" [12]). Die Nationalisierung der Zinnminen nahm Estenssoro erst nach entschiedenem Drängen der (nun gebildeten) zentralen Gewerkschaftsorganisation (COB) vor; und die erst im August 1953 offiziell durchgeführte (von der MNR zunächst gar nicht vorgesehene) Agrarreform stellte lediglich die Bestätigung eines Zustands dar, da die campesinos in wesentlichen Teilen des Landes die Güter ihrer Herren besetzt und diese vertrieben hatten. Die Aufforderung Estenssoros, die Waffen nach „Beendigung der Revolution" abzugeben, wurde vor allem von den Minenarbeitern nicht befolgt. Gemäß einem 1947 unter trotzki-

---

10) A. Gilly, Bolivie, revolution des mineurs, in: Partisans No. 17, Oct.- Nov. 1964, S. 29—38; hier: S. 33.
11) Siehe hierzu: R. W. Patch, The Bolivian Revolution. United States Assistance in a revolutionary setting, in: Latin American Politics. Studies of the contemporary scene, ed. by R. D. Tomasek, Garden City-New York 1966, S. 310—346; hier: S. 320 ff.
12) A. Gilly, a.a.O., S. 33 f.

stischem Einfluß zustandegekommenen Beschluß der Minenarbeitergewerkschaft, der sog. „These von Pulacayo" [13]), hielten sie am Prinzip der gewerkschaftlich organisierten Miliztruppe fest und setzten für den Minenbereich die Arbeiterkontrolle (Control Obrera) und das Vetorecht des Arbeitervertreters in den Führungsgremien der Betriebe und dem gesamten Unternehmen (COMIBOL) durch. Ohne Zweifel stellten diese Ergebnisse der Revolution wie auch die Gewährung von Bürger- und Wahlrecht an die Indios und Analphabeten eine bedeutende Veränderung der bolivianischen Gesellschaft dar. Auf Grund der Tatsache jedoch, daß sie den Kompromiß- und Übergangscharakter einer bestimmten Konstellation des politischen Kräfteverhältnisses widerspiegeln, kam es in der darauffolgenden Zeit immer wieder zu sehr verschiedenen realen Inhalten dieser rechtlichen Fixierungen, d. h. zu jeweils linken bzw. scheinlinken und rechten Tendenzen in der politischen Entwicklung bis heute, wobei allerdings langfristig die Tendenz der Entfernung von den einstigen Revolutionszielen eindeutig überwogen hat. Diese Tatsache ist zunächst dadurch begründet, daß die neue bolivianische Regierung sich schon sehr früh — teils durch Druck, teils auf eigenen Wunsch — in die außenwirtschaftliche und außenpolitische Abhängigkeit von den USA begab. Schon ab Ende 1953 gelang es den USA — nach anfänglichem Zögern —, Bolivien durch „Wirtschafts- und Militärhilfe" fest in das antikommunistische Blocksystem der Dulles-Ära einzubeziehen und die MNR-Regierung zu zwingen, „ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele in der Praxis erheblich zurückzustecken" [14]).

So z. B. wurde die Agrarreform, die mit massenhaften Landbesetzungen und heftigen sozialen Kämpfen begonnen hatte, nur sehr schleppend, unkoordiniert und beschränkt durchgeführt [15]). Zwar ist es zu relativ großen Landumverteilungen gekommen (bis 1967: 8 Mio. ha), die meisten (feudalistisch) bewirtschafteten Latifundien wurden abgeschafft und die persönlichen Dienstleistungen ohne Arbeitsvertrag verboten. Doch die Aufsplitterung in zahllose Minufundien, das Fehlen eines einheitlichen Entwicklungsplans sowie einer zentralen Behörde, die einen solchen hätte durchsetzen können, die fehlenden Investitionen und geringen Kreditmöglichkeiten haben die Produktivkräfte weithin fast völlig unverändert gelassen; die meisten Bauern arbeiten noch mit primitiven Holzpflügen und Grabstöcken. Demzufolge ist die Produktion von über zwei Dritteln der bolivianischen Bevölkerung, die in der Landwirtschaft arbeiten, sehr gering und die Produktivität niedrig. Nach einem starken Rückgang der agrarischen Produktion in den Jahren nach der Revolution (in den Städten und Bergbauzentren kam es zu Hungersnöten), stieg sie in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre wieder an, um dann in den sechziger Jahren die völlig ungenügende durchschnittliche Wachstumsrate von 2 bis 3 Prozent zu erreichen. Da die landwirtschaftliche Produktion dem gegenwärtigen Bedarf nicht entspricht, muß Bolivien noch heute in größerem Umfang Nahrungsmittel, vor allem Getreide und Fleisch, importieren [16]). Durch den spontanen Charakter des ersten (und eigentlich auch letzten) Aktes der Revolution haben sich die alten Machtverhältnisse und Abhängigkeiten zwischen den Bauern teilweise perpetuiert: im Norden z. B. wurde das Land nach Maßgabe des früheren Status an Primär-, Sekundär- oder Tertiärpächter verteilt, manche bürokratischen Bauerngewerkschaften sind mit den alten Aufsichtshierarchien der Fincas identisch, und Mischformen zwischen Natural- und Geldentlohnung haben

13) Näheres bei B. Goldenberg, Gewerkschaften in Lateinamerika, Hannover 1964, S. 66 f.
14) H.-J. Puhle, a.a.O., S. 66; genauere Angaben über die Funktion und Wirkung der US-Aktivitäten in Bolivien sind in dem Aufsatz von R. W. Patch, a.a.O., S. 342 ff. enthalten.
15) Siehe hierzu vor allem: A. García, Bolivia. La Reforma Agraria y el Desarrollo Social, in: O. Delgado (ed.), Reformas Agrarias en la América Latina, Proceso y Perspectivas, Mexico 1965, S. 403—445.
16) Siehe: Länderkurzbericht Bolivien 1970, hrsg. v. Stat. Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart-Mainz 1970, S. 7.

sich in manchen Gebieten — trotz des Verbots — weitgehend erhalten. Wenn dies alles auch — ebenso wie die als Ergänzung zur Agrarreform geplante, aber kaum vorankommende Kolonisierung des Ostens Boliviens — kaum etwas an der objektiven Lebenslage der Indios und der Landbevölkerung geändert hat, so sind doch andererseits die Veränderungen im Selbstbewußtsein der Indios — gegenüber ihrem vorherigen Status als abhängig Arbeitende und ihrem fast sklavenhaften Dasein — zumindest in manchen Regionen nicht zu unterschätzen. In der Tat ist es nach dem Rechtsputsch von 1964 Barrientos gelungen, Teile der Bauern bzw. der Bauerngewerkschaften, vor allem aus der Gegend um Cochabamba, für sich zu mobilisieren [17]).

Das zweite wichtige Resultat der Revolution von 1952 war die Verstaatlichung der Minen der drei „Zinnbarone" Patiño, Hochschild und Aramayo, die das Land jahrzehntelang ausgebeutet, jedoch nichts zur Entwicklung einer nationalen Industrie beigetragen hatten und zu den reichsten Männern der Welt aufgestiegen waren. Die erst auf entschiedenes Drängen der Minenarbeiter vorgenommene Enteignung (später wurden 20 Mio. $ Entschädigung gezahlt) hatte für Bolivien zentrale ökonomische und politische Bedeutung. Obwohl der Bergbau insgesamt nur etwa 11 Prozent zum BIP beiträgt und nur ca. 4 Prozent der ökonomisch aktiven Bevölkerung in ihm beschäftigt sind, muß er doch bis auf weiteres als die wichtigste Akkumulationsquelle des Landes, dessen Exporte zu 90 Prozent aus Bergbauprodukten bzw. zu 70 Prozent aus Zinn besteht, angesehen werden. Gleichzeitig ist das Minenproletariat mit 30 000 bis 40 000 Mann — weit vor dem der verarbeitenden Industrie und den Eisenbahnern (je rd. 10 000) — die stärkste, konzentrierteste und kampferfahrenste Gruppe der nichtagrarischen Bevölkerung. Sowohl auf Grund objektiver Umstände wie auch wegen der Maßnahmen der Regierung hat die Verstaatlichung der Minen nur begrenzte Erfolge aufweisen können. Der starke Preisfall des Zinns [18]) nach dem Koreakrieg, die geringe Kapitalausstattung der Minen (die meisten Maschinen stammen dort aus den 20er und 30er Jahren) und die Entschädigungssummen können nur Teilerklärungen dafür liefern, daß die Gesellschaft (Compania de Mineria Boliviana = COMIBOL) seit ihrer Existenz mit Verlust arbeitet und — ebenso wie die staatliche Erdölgesellschaft (im Gegensatz zu den stark expandierenden privaten ausländischen Erdölgesellschaften!) — keine die Gesamtwirtschaft stimulierende Funktion hat übernehmen können. Auch kann keineswegs — wie immer wieder in der bürgerlichen Presse

---

17) Vgl. H. J. Puhle, a.a.O., S. 44, 70 und Che Guevaras Urteil über die „barrientistischen" Führer der Bauerngewerkschaften und die mehrfache Feststellung der Isolierung von der im Operationsgebiet ohnehin nur spärlich vorhandenen ländlichen Bevölkerung (Bolivianisches Tagebuch, München 1968, S. 140 f., S. 126, 111). — „Das Beispiel Bolivien zeigt, wie durch die Landverteilungen, so unvollkommen sie auch waren . . ., die Kampfentschlossenheit der Bauern gebrochen werden konnte. — 1950 überschritten 77 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe nicht die Größe von 20 ha. Ihnen gehörten aber nur 0,7 Prozent des Bodens. 1963 war die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe bis 20 ha auf 98 Prozent gewachsen. Ihr Anteil am Boden betrug nunmehr 20 Prozen. Diese Zunahme des Kleinbesitzes war aufgrund der Einschränkung des Großgrundbesitzes erfolgt. Besonders umfangreich war die Enteignung des Großgrundbesitzes in den Kampfgebieten (Altiplano, Valles, Yungas). Während sich von 1950 bis 1963 bei der Erhöhung des Kleinbesitzes und der Abnahme des mittleren Besitzes keine Unterschiede dieser Gebiete zu Gesamtbolivien ergaben, hat sich der Großgrundbesitz in den ersteren um 73 Prozent reduziert, in Gesamtbolivien aber um 67 Prozent." (W. M. Breuer, B. Hartmann, H. Lederer, Revolution in Lateinamerika, Köln 1969, S. 40 f., Anm. 72.) Im übrigen war die Verteilung des Bodens sehr ungleich: „Von 7 Mio. ha wurden 4 Mio. an etwa 13 000 alte Besitzer verteilt, während die anderen 3 Mio. unter mehr als 400 000 Bauern verteilt wurden." (Le Monde v. 9. 12. 1970) — Was die Kampfentschlossenheit und den Grad der Politisierung der Bauern anlangt, so ist gleichwohl — außer aus Gründen der regionalen Differenzierung — auch ansonsten vor Generalisierungen zu warnen. Neuere Detailuntersuchungen zeigen, daß auch die Bauern aus traditionell relativ „ruhigen" Gebieten ihre Interessen im Kampf gegen ihre alten Herren (die sich nun z. T. als wucherische Zwischenhändler betätigen) und in der Abwehr von Rechtsputschen durch kollektive Aktionen zu wahren verstehen. Siehe hierzu: D. B. Heath, Bolivia: Peasant Syndicats among the Aymara of the Yungas — A view from the Grass Roots, in: Latin American Peasant Movements, ed. by H. A. Landsberger, Ithaca-London 1969, S. 170—209, hier bes.: S. 191, 199.

18) Von 1956 bis heute haben sich die Zinnpreise allerdings verdoppelt, so daß dieser Faktor, selbst wenn man die in Bolivien relativ ungünstigen Abbaubedingungen, Transportnotwendigkeiten, die Erzhaltigkeit der Gesteine etc. in Rechnung stellt, gegenüber der miserablen Investitionspolitik in den Hintergrund tritt (vgl. FAZ v. 27. 10. 1970).

— hierfür der Umstand angeführt werden, daß die Sozialleistungen und die Löhne der COMIBOL zu hoch seien und die Zahl der Beschäftigten in den Minen zu groß sei; Faktoren, die man wegen des zu starken Gewerkschaftseinflusses auf die Führung der Minen nicht habe beseitigen können. Zwar sind die Sozialleistungen in den Minen für bolivianische Verhältnisse theoretisch recht fortschrittlich, aber in den meisten Fällen weit von ihrer Realisierung entfernt. Der durchschnittliche Tageslohn der Mineros beläuft sich auf ca. 3 DM, im Monat knapp 100 DM, während das Monatsgehalt der Angestellten, die ein knappes Drittel der Belegschaft stellen, etwa viermal so hoch ist und die Gehälter des recht ansehnlichen Führungsstabes bei rd. 4000 DM liegen [19]). Auf diese Weise wanderten die Erträge der Gesellschaft in die Taschen der MNR-Bürokratie, die sich zur konsumfreudigen Ersatzbourgeoisie mauserte, ohne dabei an Investitionen im Bergbausektor [20]) oder in der stagnierenden verarbeitenden Industrie [21]) zu denken. Nur auf diese Weise hätten neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, um die tatsächliche oder vorgegebene Überbeschäftigung bei COMIBOL ohne Existenzgefahr für die Mineros abzubauen. Von daher ist es von seiten der Minenarbeitergewerkschaft völlig legitim, sich energisch gegen Massenentlassungen zu wenden. Das Nebeneinander von Verstaatlichungen und Liberalisierung der Binnenwirtschaft und der außenwirtschaftlichen Beziehungen, das Ausbleiben einer geplanten, die Unterschichten begünstigenden Steuerreform, die galoppierende, alle sozialen Errungenschaften zunichte machende Inflation kennzeichnen die Widersprüche der nachrevolutionären ökonomischen Entwicklung, die eine Industrialisierung einleiten sollte, deren soziale Basis ungeklärt war. Auf Grund der Fixierung des Kompromisses und des Klassengleichgewichts von 1952 versuchten alle am Staat irgendwie teilhabenden Gruppen möglichst viel aus dem staatlichen Sektor für eigene Zwecke herauszuholen. Es ist klar, daß hierbei die Funktionäre der MNR in weit höherem Maße als die einer ständigen Kontrolle von unten unterliegenden Gewerkschaftsspitzen und Führungsgremien der Kooperativen von staatlichen Konzessionen und Privilegien profitierten. Die differenzierten Wechselkurse z. B. (180 Bolivianos = 1 Dollar bzw. 12 000 Bolivianos = 1 Dollar), die als Instrument der Entwicklungsförderung gedacht waren, begünstigten in hohem Maße Spekulation und Korruption. Die als Kredite an Private vergebenen Devisen zu außerordentlich günstigem Kurs dienten in der Regel nicht dem Import von Maschinen, sondern dem Import von Luxusgütern oder der Anlage von Bankkonten im Ausland [22]).

---

[19]) Siehe hierzu den Bericht über die Lage der Minenarbeiter von K. Val, Bolivien. Vie et Mort dans les mines de Siglo, in: Africasia No. 27 (23. Nov. 1970), S. 38—41. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Mineros liegt bei 35 Jahren, die eines dinamiteros in den Minen bei sechs Arbeitsjahren; diejenigen, die nicht in den Minen umkommen, sterben in der Regel früh an Silikose und Tuberkulose. „Tuberkulose und Silikose (bei Bergleuten), Darmparasiten, Keuchhusten, Kropferkrankungen, Lepra, Beulenpest und Typhus treten noch häufig auf . . . Statistische Untersuchungen haben ergeben, daß 70 Prozent der im Hochland und den Bergbaugebieten lebenden Bevölkerung unter 20 Jahren tuberkulosekrank waren" (Länderkurzbericht Bolivien 1970, a.a.O. S. 7). Die oben erwähnten eklatanten Einkommensunterschiede, die die Herrschaftsverhältnisse in den staatlichen Unternehmen widerspiegeln, sind soeben wieder in Erinnerung gerufen worden. Nicht ohne Ironie schreibt der Korrespondent von Le Monde, das nach der rd. 40tägigen Herrschaft von Torres eine seiner „revolutionären" Maßnahmen darin bestand, ab 1. Dez. ein Höchstgehalt für Funktionäre von COMIBOL in Höhe von 5500 F, wovon 250 Angestellte betroffen werden, festzusetzen. „Ein Gehalt von 5500 F. pro Monat ist umso schockierender, als das durchschnittliche jährliche Einkommen in Bolivien weniger als 1000 F. beträgt. Oder ein anderes Beispiel schockierender Ungleichheit: der Leiter der staatlichen Erdölgesellschaft verdient im Jahr ungefähr 170 000 F. Alle Funktionäre dieser Gesellschaft erhalten 17 Monatsgehälter im Jahr" (Le Monde v. 21. 11. 1970).

[20]) Es „widersetzen sich die bisherigen Abnehmer der Erze in den USA und in Europa, aus verständlichen Gründen, und die CMB-Leitung einer weitergehenden Verarbeitung der Erze in Bolivien" (H.-J. Puhle, a.a.O., S. 16, Anm. 63).

[21]) Der Anteil der verarbeitenden Industrie am BSP ist seit fast 15 Jahren etwa konstant 12 Prozent geblieben. Dieser Sektor besteht im wesentlichen aus einigen Nahrungsmittel-, Getränke- und Textilbetrieben. Investitionen bleiben in diesem Sektor weitgehend aus. In den letzten fünf Jahren (1963—67) wurden hier ca. 200 Mio. Pesos (15 Mio. Dollar) investiert. Siehe hierzu: Revista de Planification y Desarollo. Cuentas nacionales 1950—1969, ed. v. Ministerio de Planification y Coordination, La Paz 1970, S. 21 ff.

[22]) Siehe A. García, a.a.O., S. 409—417.

Die „Auslandshilfe", insbesondere der USA, hatte trotz ihres Umfangs nur punktuelle Erfolge, erhöhte die Auslandsschuld Boliviens auf gegenwärtig ca. 350 Mio. $ (= 40 Prozent des BIPs) und bereicherte einzelne Bolivianer und US-Exporteure. J. Gerassi faßt die Ergebnisse eines Untersuchungsausschusses des US-Senats von 1961 mit folgenden Worten zusammen: „Millionen sind durch Diebstahl, Verderben der Lebensmittel beim Transport nach Bolivien, durch falsche Anlage von Bewässerungsprojekten und Fabriken und durch Geschenke an reiche Bolivianer und noch reichere Amerikaner verlorengegangen" [23]).

III

In der Zeit der zweiten Präsidentenschaft der MNR von 1956—1960 setzte unter Hernán Siles eine allgemeine Rechtsentwicklung ein, die sich in einem sozialpolitisch rückschrittlichen Stabilisierungsprogramm, in der Niederschlagung von Bergarbeiterstreiks, der Freigabe von Erdölkonzessionen an ausländische Gesellschaften, den Wiederaufbau einer von den Milizen getrennten Armee und schließlich in der (seit 1929 unterbrochenen) Wiederaufnahme des Schuldendienstes an das Ausland manifestierte. In dieser Phase spaltete sich allein die MNR in fünf verschiedene Fraktionen auf, neue Parteien auf der Rechten und Linken wurden gegründet. Juan Lechin, einer der Führer der Minengewerkschaft und Gründer der Confédéracíon Obrera Boliviana (COB, die seit 1952 besteht), hatte sich dem linken Flügel der MNR angeschlossen, in der er die Position des Vermittlers zwischen Arbeitern und Regierung — also zwischen linker und zentristischer MNR-Fraktion — übernahm; eine Funktion, die Paz Estenssoro für das Verhältnis zwischen der MNR-Rechten und der zentristischen Regierungsfraktion erfüllte. Nun organisierte Lechin die Opposition von links. Diese Differenzierung und Polarisierung setzte sich auch unter der zweiten Präsidentenschaft von Paz Estenssoro (1960—1964), während der J. Lechin Vizepräsident war, fort, als Paz die gewerkschaftsfeindliche Restriktionspolitik seines Vorgängers wieder aufnahm und hart gegen Bergarbeiterunruhen im Dezember 1963 einschritt. Das Bündnis Paz-Lechin zerbrach hieran endgültig; und mit dem Ausscheiden der COB aus der Regierung war das Ende des 1952 eingeführten Systems des „Co-Gobierno" gekommen. Das wesentliche Merkmal dieser ganzen Epoche war der dauernde und progressive Autoritätsverlust der MNR und die zunehmende Konfrontation der Regierung mit den Wünschen der Massen. Gleichzeitig war die Situation eine doppelte: angesichts von Putsch- und Staatsstreichversuchen, die Vertreter der traditionellen Oligarchie — unterstützt von den USA — immer wieder unternahmen, wurden die Milizen aktiv, um die Regierung der MNR zu verteidigen. Aber im Falle von wichtigen Streiks verteidigten diese Milizen — tatsächlich oder potentiell — die Streikenden gegen die Regierung [24]). Wenn auch der Massenanhang der MNR

[23]) J. Gerassi, The great Fear in Latin America, 4. Aufl. New York-London 1968, S. 290; der Anfang 1969 beinahe zur Einstellung der „Auslandshilfe" der USA an Bolivien führende Konflikt beleuchtet den Charakter der Beziehungen deutlich: Um die zunehmenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten einzudämmen, sollte Bolivien — wie andere Entwicklungsländer — ab 1969 Käufe in den USA tätigen, die genau der von ihnen eingeräumten Kreditsumme entsprachen, was also eine extreme Verschärfung der schon immer geltenden „By-American"-Klausel bedeutete. Hierdurch wäre Bolivien, das ohnehin schon 60 Prozent seiner Importe zu hohen Preisen aus den USA beziehen muß, gezwungen gewesen, Ausrüstungsgegenstände für den Bergbau und die Erdölförderung zu kaufen, die dreimal mehr als die gleichen Gegenstände aus Belgien oder Argentinien gekostet hätten. Hierdurch wird nicht nur die ständige Rede von der notwendigen Verbesserung der Rentabilität der staatlichen Unternehmen in Bolivien ad absurdum geführt, sondern es werden gleichzeitig der damals noch in Bolivien operierenden US-amerikanischen Bolivian Gulf Oil Co. erhebliche Kostenvorteile gegenüber dem staatlichen Erdölunternehmen Boliviens verschafft, nicht zuletzt deswegen, um wieder auf die Überlegenheit des „private business" hinweisen zu können. Ferner: „Aus Gründen des Zahlungsbilanzgleichgewichts erhalten die USA tatsächlich zwei Dollar für jeden geliehenen zurück — einen unmittelbar beim Kauf amerikanischer Güter und den anderen, wenn der Kredit zurückgezahlt wird" (P. L. Montgomery in: The New York Times v. 3. 2. 1969).

[24]) Vgl. A. Gilly, a.a.O., S. 35.

ständig abnahm — sie hatte 1963/64 nur noch Unterstützung von Teilen der Bauernschaft und der Armee (Barrientos, ein Fliegergeneral wurde zunächst Vizepräsident nach Lechin) —, so gelang es andererseits der Linken nicht, eine oppositionelle und handlungsfähige Einheitsfront aufzubauen. Sie war durch ihre ungeheure Zersplitterung in etwa 15 Parteien, deren jede aus mehreren sich bekämpfenden Fraktionen besteht, zu völliger Ohnmacht verurteilt: Neben den traditionellen Gegensätzen zwischen moskauorientierten Kommunisten, die sich 1950 aus taktischen Gründen unter neuem Namen als Partei wiedergründeten (PCB) und ihrerseits in mehrere Fraktionen auseinanderfallen, und den in Bolivien relativ starken Trotzkisten (POR), die seit 1952/53 in drei Hauptgruppen gespalten sind, bewirkten die seit 1955 unter dem alten Namen der KP (PIR) existierende Sammlungsbewegung rechtsrevisionistischer Kräfte und die ebenfalls rechte Anhängerschaft Juan Lechins (PIRN) sowie in den letzten Jahren die Aktivitäten prokubanischer und prochinesischer Gruppen neue Konflikte in der bolivianischen Linken.

„In der Zeit zwischen 1952 und 1955 hat das MNR sowohl in der Realisierung der drei großen Reformprojekte (Agrarreform, Verstaatlichung der großen Minen, Gewährung der Bürgerrechte an die Indios) als auch in der Verbreitung seiner Mitgliederbasis und deren Organisation in Gewerkschaften und Bauernmilizen in der Tat Anzeichen aufgewiesen, die aus der ‚apristischen' Mittelklassenpartei mit sozialrevolutionären Zügen eine entschieden sozialrevolutionäre Partei hätten machen können. In der zweiten Phase der Revolution jedoch, der Etappe der Konsolidierung, haben in der Politik des MNR die Tendenzen zur Anpassung und zur Durchdringung mit traditionalen Elementen überwogen ... Die Tatsache, daß das MNR weder eine konsequente sozialrevolutionäre Politik durchführen noch eine monolithische Struktur (wie etwa der mexikanische PRI) entwickeln konnte, hatte zur Folge, daß sich große Teile der Bewegung zur Reformpartei nach ‚apristischem' Vorbild zurückentwickelten und der Rest sich in Fraktionskämpfen aufrieb, bis die Armee das entstandene Machtvakuum auffüllte" [25]). Mit anderen Worten: „Mit der Beseitigung der linken Opposition rutschte die MNR immer mehr nach rechts, was die Rekonsolidierung der oligarchischen Kräfte erleichterte. Die nicht sozialistisch gewordene Revolution wird 1964 von rechts überholt" [26]).

Ohne große Schwierigkeiten gelang es Barrientos im November 1964, Paz Estenssoro und weitere MNR-Führer abzusetzen und ins Exil zu schicken, da er hierbei sowohl von der Rechten und der Armee direkt wie auch von der Linken indirekt unterstützt wurde. Obgleich Barrientos seine — zeitweilig mit parlamentarischen Fassaden ausgestattete — Militärdiktatur (1964—1969) mit den für die bolivianische Politik üblichen Bekenntnissen zu den alten Zielen der Revolution von 1952 und dem Versprechen eines „nationalistischen" und „anti-oligarchischen" Kurses begann, brachte seine Regierungsperiode eine deutliche Rechtswendung, die in einer noch engeren militärischen und ökonomischen Bindung an den US-Imperialismus und vor allem einer Terrorwelle gegenüber den Gewerkschaften und den Minenarbeitern zum Ausdruck kam, welche alle Auseinandersetzungen mit dem Minenproletariat seit 1952 in den Schatten stellte. Nachdem es im Mai und September 1965 im Gefolge von Lohnreduktionen und Massenentlassungen in den Minen zum unbegrenzten Generalstreik gekommen war, ließ Barrientos die Minenarbeitersiedlungen durch die Luftwaffe bombardieren und hernach die Bergbaugebiete durch die Armee besetzen. Nach schweren Kämpfen, die auf sei-

25) H.-J. Puhle, a.a.O., S. 67 f.
26) I. Sotelo, Der historische Ort des Marxismus in Lateinamerika, in: Marxismusstudien, 6. Folge, Tübingen 1969, S. 104.

ten der Arbeiterschaft weit über tausend Tote forderten, wurden die Arbeitermilizen entwaffnet, die gewerkschaftseigenen Sender und Presseorgane von der Armee übernommen, die Minenarbeitergewerkschaft illegalisiert und über hundert ihrer Führer in Konzentrationslager deportiert oder ermordet [27]). Trotz dieser außerordentlich schweren Niederlage der Minenarbeiter kam es schon Anfang und Mitte 1967 zu ähnlichen Kämpfen in den Minengebieten, worauf nicht unerhebliche Teile der Armee dort stationiert wurden.

In dieser Situation wurde die Guerrilla-Gruppe von Che Guevara entdeckt und dadurch gezwungen, ihre Kampfhandlungen vorzeitig zu beginnen. Wie immer man den Beginn und das Scheitern dieses Unternehmens im einzelnen politisch und militärisch einschätzen mag (was hier nicht geschehen kann), es war offenbar keineswegs so vollkommen aussichtslos, wie es heute manchen scheinen will. Die Art und Weise, wie die bolivianische Regierung und das Pentagon auf das Erscheinen von 40 bis 50 von Hunger, Krankheiten und Märschen geschwächten Guerrilleros reagierte, zeigt, für wie brisant man die Lage gehalten hat. In einem US-Senatsbericht heißt es dazu: „Da die regulären Truppen sich als unfähig erwiesen hatten, die Guerrillas zu besiegen, reagierten die USA dadurch rasch auf die bolivianischen Nöte, daß sie ein „Trainings-Team" („Special Forces") schickten und die im Militärhilfeprogramm vorgesehenen Ausrüstungsgegenstände sofort lieferten . . . Falls die (bolivianische) Regierung gezwungen worden wäre, große Truppenteile für einen langanhaltenden Guerilla-Krieg zu verwenden, hätte sie sich einer ernsten Bedrohung durch die übrige Opposition des Landes ausgesetzt" [28]). Am Ende der Barrientos-Herrschaft, der im April 1969 tödlich verunglückte, hatte die Unruhe im Lande erheblich zugenommen. Zu den fast alltäglichen Attentaten, der Unzufriedenheit der Minenarbeiter, der Agitation der zum Großteil verbotenen oppositionellen Parteien, den Studentendemonstrationen kam nun noch hinzu, daß sich Differenzen innerhalb der Armee (zwischen Barrientos und Ovando) anbahnten und daß außerdem die Bauern, von denen bestimmte Teile (vor allem in den Zentraltälern um Cochabamba) zu den einzigen Stützen des Barrientos-Regimes zählten, gegen die geplante Einführung einer neuen Einheitssteuer zu opponieren begannen. Nach einer kurzen Übergangsperiode übernahm General Ovando nach einem unblutigen und von allen erwarteten Putsch die Macht und entsprach mit seinen anfänglichen anti-imperialistischen Maßnahmen und Konzessionen an die Gewerkschaften — womöglich nur zum Zweck der Machtsicherung — einer weitverbreiteten Stimmung unter den Massen.

IV

Die Geschichte Boliviens der letzten zwanzig Jahre lehrt, daß den Regierungs-Parolen vom „revolutionären Nationalismus" und vom „Anti-Imperialismus" (welche beide zum „Sozialismus" hinführen sollen [29])) zu mißtrauen ist. Neben gewissen Ähnlichkeiten in der Art der Machtübernahme von Paz Estenssoro vor 18 Jahren und der Torres' bleibt auch der alte Widerspruch zwischen verbal-radikalen anti-imperialistischen Äußerungen und Maßnahmen, die sehr große Rücksicht auf die alteingesessenen einheimischen und ausländischen Interessen ver-

27) Noch durch die zynisch-brutale Sprache der NZZ schimmert etwas vom Grauenhaften dieser Ereignisse durch: „Von 1964 bis zum vergangenen Jahr waren alle großen Minen militärisch besetzt, und heute noch befinden sich die größten und bestbewaffneten Garnisonen der Armee in der Nähe der Bergwerke. Mit Schaudern sprechen die Bolivianer heute noch von der ‚Nacht von San Juan' im Jahre 1965, in der 3000 unbotmäßige Bergleute (!) der Grube San Juan im Feuer der angreifenden Truppen den Tod fanden" (NZZ v. 4. 4. 70).

28) Committee on Foreign Relations. United States Senate: Insurgency in Latin America. A Study, Washington 1968, S. 25.

29) Siehe die Wiedergabe eines Interview mit Torres in Le Monde v. 22. 10. 1970.

raten. Es muß als ausgeschlossen gelten, daß die fast völlig unveränderte Armee bzw. die Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung und der entsprechend schwankenden Politik willens und imstande ist, über Einzelmaßnahmen hinaus konsequent eine längerfristig konzipierte sozialrevolutionäre Politik einzuleiten. Die zentralen Widersprüche der Torresregierung liegen darin, sich zwar im wesentlichen auf die Arbeiter-, Bauern- und Studentenschaft zu stützen, ohne aber eine Arbeiter- und Bauernregierung bzw. eine wirkliche Volksregierung zu sein; und: eine nachholende (staats-)kapitalistische Industrialisierung vollziehen zu wollen, die mit den Interessen der Arbeiter und Bauern, die diesen Prozeß tragen sollen, notwendig immer wieder in Konflikt geraten muß [30]). Diese Momente hat die jetzige Situation mit der Periode von 1952—1964 gemeinsam. Auf der anderen Seite wiederholt sich die Geschichte nicht einfach. Ähnliches bedarf in einem anderen Kontext einer besonderen Interpretation. Angesichts der Erfahrungen mit der MNR und dem System des „Co-Gobierno" ist es schwer vorstellbar, daß die Arbeiter und Bauern sich erneut auf eine Regierungsbeteiligung einlassen werden, die letztlich darauf abzielt, sie in ihren Forderungen zu „zähmen" und politisch zu schwächen. Neu ist ferner an der gegenwärtigen Situation die Tatsache, daß fast im ganzen Land eine — schon seit langem nicht mehr eingetretene — gemeinsame Mobilisierung von Arbeitern, Bauern und Studenten zur Abwehr des Rechtsputsches von General Miranda bzw. des Militärtriumvirats stattgefunden hat und zunächst gemeinsame Forderungen erhoben wurden. „Sie forderten an erster Stelle die Anerkennung eines ‚politischen Kommandos', das sich aus Arbeitern, Studenten und den Parteien der Linken zusammensetzt und ein ‚Volksparlament' konstituieren soll. Kurzum, sie wollen eine Art ‚Doppelherrschaft' . . ." [31]). Diese Übergangslosung, die schon in den fünfziger Jahren gewisse Erfolge gezeitigt hat [32]), scheint neuerdings wieder — erstmals seit den Niederlagen von 1964 und den folgenden Jahren — an manchen Orten in die Tat umgesetzt zu werden [33]). Außerdem kann natürlich die veränderte Lage in Chile und Peru eine tatsächliche Linksentwicklung in Bolivien stabilisieren helfen.

Es scheint unter den gegebenen Umständen und vor allem nach der Ablehnung der Minimalforderungen der „Volkskräfte" (oder: „politischen Kommandos") durch Torres richtig gewesen zu sein, auf eine Regierungsbeteiligung zu verzichten und eine — an konkreten Tendenzen der Regierung sich orientierende — „bedingte Unterstützung" zuzusagen. Während diese Position von der COB und der Minenarbeitergewerkschaft auch gegenwärtig noch eingenommen wird, hat kürzlich der 4. Arbeiterkongreß von La Paz eine Resolution angenommen, in der die Torresregierung als einfache Fortsetzung des Barrientosregimes und als „Gorilla-Diktatur" qualifiziert wird. Diese simplifizierende und falsche Einschätzung ist insofern gefährlich, als sie zu kurzschlüssigen Aktionen und außerdem

30) Siehe zur theoretischen Einschätzung der Lage die Erklärung der Bolivianischen Befreiungsarmee (ELN) in: Granma, Weekly Review v. 1. 11. 1970.
31) Le Monde v. 13. 10. 1970.
32) Siehe A. Gilly, a.a.O., S. 36 ff.
33) So berichtet die NZZ — vielleicht nicht ohne Übertreibungen —: „In der Provinz Santa Cruz wurden Landgüter von bewaffneten Landleuten besetzt, die Hacienda „Chane' . . . sogar von Guerilleros, die zwei Personen als Geiseln dafür nahmen, daß der Betrieb in eine Kooperation umgewandelt werde. Bauernführer riefen die ‚Agrarrevolution' — nicht mehr ‚Agrarreform — aus und forderten die Landarbeiter auf, sich — wenn nötig mit Gewalt — aller Ländereien zu bemächtigen, die Privatpersonen oder Privatbetrieben gehören. Die Bauern sind bewaffnet (noch immer sind es die Waffen von 1952), und die lokalen Behörden berichteten nach La Paz, daß anscheinend Berufsagitatoren in der Gegend eifrig tätig seien. In der Minenstadt Oruro tun die Gewerkschaftsführer bereits so, als wären sie dort die Herren eines eigenen, linksdirigierten Staates. Aus eigener Machtvollkommenheit ernannten sie den Journalisten Javier Echenique zur obersten Autorität der Provinz, also zu einer Art Präfekten, den Bergarbeiter Jorge Calvimontes hingegen zum Bürgermesiter der Stadt. Man geht nun daran, die Richter durch andere Personen zu ersetzen. Den im Lande noch geltenden Ausnahmezustand haben die ‚Behörden' von Oruro für ihren Bereich einfach aufgehoben, obgleich eine derartige Maßnahme verfassungsmäßig nur vom Innenministerium verfügt werden kann. Da man nicht weiß, wie La Paz auf all das reagieren wird, arbeiten die selbsternannten Behörden unter dem Schutz bewaffneter Studenten, Minen- und Landarbeiter" (NZZ v. 10. 11. 1970).

zum Verlust der gerade wieder erreichten Aktionseinheit führen kann. Dagegen hat die COB anläßlich ihrer Wiedergründung im Jahre 1969 folgenden Beschluß gefaßt: „Der fundamentale Antagonismus ist (gegenwärtig für Bolivien) der von Imperialismus und ‚unterdrückter Nation'. Daher ist es notwendig, eine breite nationale Front unter Führung der Arbeiterklasse und unter Beteiligung des Kleinbürgertums und der anti-imperialistischen Teile der Armee zu bilden" [34]). Dieses Nahziel ist durch die jüngsten Veränderungen in Bolivien noch nicht erreicht worden. Aber die Bedingungen für seine Realisierung haben sich verbessert. Durch eine von der Torresregierung unabhängige Politik der geeinten „Volkskräfte", die sich insbesondere der Strategie der Errichtung lokaler und regionaler Machtzentren bedient, könnte schließlich in absehbarer Zeit eine anti-imperialistische Volksregierung unter Führung der Arbeiterklasse errichtet werden. Als Alternative zu dieser Entwicklung ist nur eine scharfe und vollkommen reaktionäre Militärdiktatur denkbar, was aber gegenwärtig als relativ unwahrscheinlich angesehen werden muß. Es scheint jedoch sicher zu sein, daß die Regierung Torres in ihrer augenblicklichen Zusammensetzung und widersprüchlichen Orientierung nicht allzu lange Bestand haben wird. In der Tat hat Torres anfangs Dezember eine umfassende Kabinettsumbildung angekündigt und wiederum eine Regierungsbeteiligung von Arbeitern und Studenten in Aussicht gestellt. Die in den letzten Wochen getroffenen Entscheidungen: Anhebung der Bergarbeiterlöhne, Verstaatlichung zweier im ausländischen Besitz befindlichen Zuckerrohrplantagen, Ankündigung eines auf zwanzig Jahre bemessenen Entwicklungs- und Industrialisierungsplanes, einer neuen Alphabetisierungskampagne und einer „Kulturrevolution, durch die der Unterricht von Ketschua und Aymara (der vom überwiegenden Teil der Bevölkerung gesprochenen Indianersprachen) verbindlich gemacht werden soll, und schließlich die Freilassung von Régis Debray und anderen politischen Gefangenen [35]) — sollen die bislang unzufriedene und auf einschneidende Änderungen drängende Linke versöhnen bzw. sie enger an den Kurs Torres' heranführen. Obzwar Torres gleichzeitig alles unternimmt, die einheimischen und ausländischen bürgerlichen Interessen soweit als möglich zu beruhigen und zu umwerben (z. B. Versprechen hoher Entschädigungen, großer zukünftiger Gewinnmöglichkeiten, Gewährenlassen der Armee beim Ermorden von politischen Gefangenen oder der Rückeroberung von besetzten Landgütern), kann nicht übersehen werden, daß viele der getroffenen Maßnahmen nahe an die ursprünglich gestellten und zunächst nicht erfüllten Minimalforderungen der „Comandos Políticos" heranreichen. Daher reißen die Gerüchte um einen neuerlichen Rechtsputsch, die vor allem im Zusammenhang mit der lange erwogenen Freilassung von Debray und der dagegen gerichteten lautstarken Opposition vieler Offiziere an Wahrscheinlichkeit gewannen, in La Paz und anderen Orten nicht ab. In dem Maße, in dem Torres bei der tatsächlichen Durchführung seiner Ankündigungen noch stärker mit den einheimischen Geschäftsleuten, den US-Amerikanern, der Kirche und vor allem bedeutenden Teilen des Offizierskorps in Konflikt gerät und daher um so mehr der permanenten und aktiven Unterstützung der Linken bedarf, wird es zu weiteren — in ihren jeweiligen politischen Ausformungen noch nicht absehbaren — Polarisierungsprozessen in der bolivianischen Gesellschaft kommen.

---

34) Frei wiedergegeben in Le Monde v. 21. 11. 1970; siehe auch die ähnliche Einschätzung der Lage und Perspektiven durch die PCB kurz nach Beginn der Ovando-Regierung in: Informationsbulletin Nr. 4 (Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien), Wien 1970, S. 38—40.

35) Zu den hier summarisch aufgeführten Ereignissen der letzten Woche siehe: NZZ v. 12. 12. 1970, Le Monde v. 9. 12., 12. 12. und 26. 12. 1970, Latin America. A weekly political and economic report v. 4. 12. 1970 (London) und N. Kasij, Bolivie: entre la Chévre et le chou, in: Africasia, No. 30 (21. Dez. 1970), S. 45.

Bericht über die Frauenbewegung in den USA

Von Sigrid Kubale

Die „Zweite Frauenemanzipationsbewegung" ist eines der wichtigsten Phänomene innerhalb der in den letzten Jahren in den USA neuentstandenen politischen Gruppen. Es ist deshalb notwendig, einen Bericht über diese Frauenbewegung und die Situation, aus der heraus sie entstanden ist, zu geben. Diese Arbeit stellt sich ausdrücklich die Aufgabe, eine bestehende Informationslücke aufzufüllen, nicht, eine Wertung zu vollziehen. Der Versuch, Informationen zu vermitteln und die kritische Auseinandersetzung zu führen, müßte, da der zur Verfügung stehende Raum begrenzt ist, an der dann notwendig werdenden Oberflächlichkeit scheitern. Außerdem würde er der auch in bezug auf andere Fragen in der Linken weitverbreiteten Tendenz Vorschub leisten, zu be- (oder auch ver-)urteilen, ohne ausreichende Informationen zu haben.

I

Die Festlegung des Mädchens auf eine bestimmte Rolle beginnt bereits bei der Geburt, da — in der Regel — ein Junge einem Mädchen vorgezogen wird. Schon beim Säugling fängt dann die geschlechtsspezifische Erziehung an: der Psychologe Bronfenbrenner hat festgestellt, daß amerikanische Mütter die Tendenz haben, den weiblichen Säugling nach Zeitplan, den männlichen aber auf sein Schreien hin zu füttern, das heißt, daß das kleine Mädchen bereits zu passiver Anpassung erzogen wird, während der kleine Junge schon lernt, daß er durch eigene Aktivität etwas erreichen kann [1]).

Später bekommt das Mädchen Puppen zum Spielen und wird gelobt, wenn es sauber und adrett aussieht. „Sein Leben ist bereits determiniert ... Sein Bruder spiel Astronaut, Doktor, Wissenschaftler, Rennfahrer. Es selbst spielt kleine Hausfrau, Mutter (Puppen) und Krankenschwester (Helferin des Doktors). Sein Bruder erhält Spielsachen, die zur Aktivität anregen, es selbst bekommt Spielsachen, die zum Dienen erziehen" [2]).

In den Büchern für die ersten Schulklassen werden Frauen in der Regel als Mütter dargestellt, gelegentlich noch als Lehrerinnen, Krankenschwestern oder Sekretärinnen. Später werden im Geschichtsunterricht — wenn überhaupt — Frauen gezeigt, die durch Manipulationen und Tricks Einfluß auf große Männer gewinnen und so ihre Ziele durchsetzen.

In einer als progressiv geltenden Vorlesung der Universität Boston wurde folgende Weisheit verkündet: „Kleine Jungen lernen, indem sie Dinge auseinandernehmen, sie möchten wissen, wie etwas funktioniert. Lesen lernen sie am besten, indem man ihnen ein Objekt zeigt, z. B. einen Lastwagen, und ihnen die

---

1) U. Bronfenbrenner, Wandel der amerikanischen Erziehung, in: Friedeburg, Jugend in der modernen Gesellschaft, 1964.
2) Politics of the Ego: A Manifesto for N.Y. Radical Feminists, in: Notes from the Second Year: Women's Liberation, New York 1970, S. 125.

Namen der einzelnen Teile beibringt... Kleine Mädchen lernen besser durch Auswendiglernen, deshalb lernen sie schneller als kleine Jungen. Am besten zeigt man ihnen Lesekärtchen" [3]).

Nach einer Untersuchung von Eleanor Maccoby [4]) bestehen in den ersten Schuljahren so gut wie keine Unterschiede zwischen den Leistungen von Jungen und Mädchen; das ändert sich in der Oberstufe zunächst in bezug auf einige Fächer wie Arithmetik, und noch später nimmt das Leistungsniveau der Mädchen insgesamt immer weiter ab [5]).

In der Oberstufe wird die kanalisierende Funktion der Schule dann auch ganz deutlich: während für die Jungen berufsvorbereitende Kurse angeboten werden, sind für die Mädchen hauswirtschaftliche auf Kosten der berufsvorbereitenden obligatorisch. Auch die Stundenpläne von reinen Jungen- und Mädchenschulen unterscheiden sich in typischer Weise voneinander: in Jungenschulen werden Kurse in Holzarbeit, Elektroinstallation, Radiotechnik usw. angeboten, in Mädchenschulen stehen etwa folgende Fächer auf dem Stundenplan: Kosmetik, Nähen, Servieren, Krankenpflege, Mode, Stenographie. Ähnlich wie die Schulen drängen die Berufsberatungen Mädchen in bestimmte Berufe. „Wofür immer ein Mädchen sich interessieren mag, die Berufsberatung wird einen entsprechenden ‚weiblichen' Beruf vorschlagen: Medizin? Werden Sie Krankenschwester! Naturwissenschaften? Werden Sie Lehrerin! Industrie? Werden Sie Sekretärin! Keine besonderen Interessen? Lernen Sie Schreibmaschine — für alle Fälle" [6])!
Der Erfolg dieses intensiven Druckes ist nicht zu übersehen: 98 Prozent aller Haus- und Büroangestellten, 72 Prozent aller im Hotel- und Gaststättengewerbe auf der untersten Stufe Angestellten sowie 66 Prozent der Lehrer unter Collegeniveau sind Frauen, aber nur 22 Prozent der Collegedozenten, 7 Prozent der Ärzte, 3 Prozent der Juristen und 1 Prozent der Techniker. 66 Prozent aller Frauen, die Arbeiterinnen sind, arbeiten in zurückgehenden Industrien wie der Textil- oder der Tabakindustrie, 75 Prozent der Arbeiter in der Textilindustrie sind Frauen [7]).

Nichts kennzeichnet die Stellung der Frau in der amerikanischen Gesellschaft deutlicher als die Tatsache, daß sich ihr sozialer Status nach dem des Mannes richtet, mit dem sie verheiratet ist, d. h. eine nichtverheiratete Frau hat keinen Status, keine Identität. So erklärt sich die hektische Jagd auf den Freund und Ehemann, die dazu führt, daß Mädchen sich in erster Linie gegenseitig als Rivalinnen sehen und Freundschaften zwischen ihnen selten, angeblich sogar unmöglich sind.

Um einen Mann zu bekommen, muß man attraktiv sein. „Uns ist beigebracht worden, daß unsere einzige Trumpfkarte unsere physische Erscheinung sei, daß das alles sei, was andere von uns wahrnehmen... Ein Pickel, Übergewicht, eine komische Nase, ein zu großer Busen können Tage oder Jahre ruinieren durch das ständige Bewußtsein gerade dieses Makels. Die ganze Welt starrt nur auf diesen einen Pickel" [8])!

---

3) Meredith Tax, Woman and Her Mind: The Story of Everyday Life, a.a.O., S. 14.
4) Vgl. Naomi Weisstein, Kinder, Küche, Kirche as Scientific Law: Psychology Constructs the Female, in: Motive, Vol. XXIX, Nos. 6/7, Nashville 1969, S. 84.
5) Siehe hierzu auch „Der Spiegel", 24. Jg., Nr. 23/1970, S. 184: Die Psychologin Matina Horner stellte kürzlich in einer Untersuchung fest, daß Studentinnen tendenziell den Erfolg fürchten („er paßt nicht zum konventionellen sozialen Rollenschema der Frau") und gleichzeitig Angst vor dem Versagen haben. Dieser Konflikt wirkt sich so aus, daß sie die besten Leistungen erreichen, wenn sie allein arbeiten, die schlechtesten, wenn sie mit Männern konkurrieren müssen.
6) Carol Rosenbaum, Sex Segregation: On the Job and in the Schools, in: International Socialist, Febr. 1970, S. 9.
7) Vgl. Irene Winkler, The Hidden Proletariat, in: International Socialist, Oct. 1969, S. 13 f.
8) M. Tax, a.a.O., S. 11.

Wie man attraktiv wird und bleibt, lehren u. a. die Frauenzeitschriften, die ca. zwei Drittel der an einem beliebigen Zeitungsstand ausgelegten Schriften ausmachen. Viele dieser Zeitschriften haben Kinderseiten, so werden bereits kleine und ganz junge Mädchen auf ihre spätere Rolle als Konsumentin von Mode und Schönheitsartikeln vorbereitet. Die amerikanische Frau verbringt im Durchschnitt zwei Stunden täglich mit Körper- und Schönheitspflege. Diese Zeit enthält noch nicht die endlosen Stunden, die gebraucht werden, um Modezeitschriften und Schaufenster zu betrachten, einzukaufen und nachzudenken über Kleider, Frisuren, Schlankheitsdiäten und Make-up [9]).

Auch das Dating-System mit seinen extrem repressiven Regeln ist ein weiterer Faktor, der in diesem Zusammenhang erwähnt werden muß. Manche der Regeln variieren, aber die beiden wichtigsten und einheitlichsten sind wohl die, daß 1) ein Mädchen durch die Art und Häufigkeit seiner Dates permanent seine „Beliebtheit" beweisen muß, um „in" zu bleiben, und 2) daß ein Mädchen von sich aus niemals aktiv sein Interesse an einem Date mit einem bestimmten jungen Mann bekunden darf. Hier wird ganz deutlich, worauf es für ein Mädchen in erster Linie ankommt, wenn es „erfolgreich" sein will: es muß in der Konkurrenz mit anderen Mädchen diese möglichst ausstechen, und es muß sich selbst und seinen (potentiellen) Partner möglichst perfekt manipulieren können. Die beste Möglichkeit, dem Zwang zur Beteiligung am Daten zu entgehen, ist, einen festen Freund, Verlobten oder Ehemann zu finden [10]).

Auch von der Psychologie, der Soziologie und der Anthropologie wird die Frau auf die „weibliche" Rolle festgelegt. Katastrophal hat sich in dieser Hinsicht der immense Einfluß ausgewirkt, den Freud und seine Schüler auf die amerikanische Psychologie ausgeübt haben und immer noch ausüben. „Die treibende Kraft bei der Frau war (nach Freuds Theorie) ihr Neid auf den Penis ... Was bei normalen weiblicher Veranlagung zum Wunsch nach dem Penis ihres Mannes führt, einem Wunsch, der niemals wirklich erfüllt wird, bis sie durch die Geburt eines Sohnes einen Penis erhält. Kurz, die Frau ist ein ... mißglückter Mann, dem etwas fehlt" [11]). Für Freud war der Neid der Frauen auf die Männer nichts weiter als eine sexuelle Krankheit. Auch Freuds Nachfolger sehen die Frau nur als sexuelles Wesen, das menschliche Erfüllung nicht anders als durch sexuelle Erfüllung finden kann. Die Idee, daß sich im sogenannten Penisneid möglicherweise der berechtigte Neid auf die in jeder Hinsicht privilegierte Stellung des Mannes ausdrückt, ist ihnen bisher nicht gekommen.

Nur so kann z. B. Bruno Bettelheim — der in der gegenwärtigen amerikanischen Psychologie eine große Rolle spielt — noch 1965 behaupten: „Wichtig vor allem ist die Erkenntnis, daß, so sehr Frauen auch immer danach streben, gute Wissenschaftlerinnen oder Technikerinnen zu sein, sie sich doch zuerst und vor allem anderen wünschen, frauliche Begleiterinnen ihrer Männer und Mütter zu sein" [12]). Auch die unbestreibar sehr einflußreiche Margaret Mead äußert sich in „Mann und Weib" entsprechend: „Es ist das immerwiederkehrende Problem der Kultur, die Rolle des Mannes — mag er nun Gartenbau treiben, Vieh züchten, Wild oder Feinde töten, Brücken bauen oder mit Bankaktien handeln — so zufriedenstellend festzulegen, daß der Mann im Laufe seines Lebens jenes

9) Vgl. Beverly Jones and Judith Brown, Toward a Female Liberation Movement, publ. by New England Free Press, Boston o. J., S. 9 f.
10) Zur Institution des Dating vgl.: The Dating Game, in: So What Are We Complaining About? A Collection of Women's Articles from the Old Mole 1968—1970, publ. by The Old Mole and Bread and Roses, Cambridge 1970, S. 5 f., und Reimut Reiche, Sexualität und Klassenkampf, Frankfurt/M., 1968, S. 107 ff.
11) Betty Friedan, Der Weiblichkeitswahn, Hamburg 1970, S. 74, vgl. außerdem S. 74 ff., zur Frage des Penisneids.
12) Zitat nach N. Weisstein, a.a.O., S. 78.

sichere Gefühl von unwiderruflich sicherer Leistung erreichen kann, von dem er durch sein Kinderwissen um die Befriedigung des Kindergebärens einen Hauch verspürte. Damit die Frauen das Gefühl für endgültige Leistung bekommen, ist lediglich nötig, daß ihnen durch die vorliegenden sozialen Einrichtungen nicht verwehrt wird, ihre biologische Rolle durchzuführen. Sind Frauen selbst angesichts des Kindergebärens ruhelos und suchend, dann müssen sie durch die Erziehung dazu gemacht worden sein" [13]).

Daß sich diese Sicht der Frau massiv auswirkt auf den gesamten Bereich der Ehevorbereitung und Beratung, kann hier nur noch konstatiert werden, wobei daran erinnert werden muß, daß ehevorbereitende Kurse auch in den Schulen und an den Universitäten durchgeführt werden.

Die amerikanischen Ehepaare heiraten früh. „Der mittlere Wert des Heiratsalters bei den Männern fiel von 24,3 Jahren 1940 auf 22,3 Jahre 1956. Bei den Frauen betrugen die Vergleichszahlen 21,5 und 20,2 Jahre" [14]). An dem Heiratsalter dürfte sich seit 1956 nichts Wesentliches geändert haben. Die Hochzeit ist ein großes Ereignis, für das viel Geld ausgegeben wird. Die lokalen Zeitungen bringen bebilderte Berichte über jede Hochzeit, und auch die großen Zeitungen bringen Berichte über Hochzeiten von Mädchen aus gehobeneren Kreisen; der Ausstattung der Braut wird dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Kaufhäuser veranstalten laufend „bridal fairs" (= Brautmessen), auf denen allen jungen Mädchen und Frauen ausführlich demonstriert wird, was alles für eine Hochzeit und die Gründung eines eigenen Haushaltes notwendig sei. Das „Heim" hat zukünftig der Mittelpunkt des Lebens der Frau zu sein. Das Wort „Heim" (home) ist ein wahres Kultwort. Makler bieten z. B. nicht Häuser oder Wohnungen an, sondern „homes".

Frauenzeitschriften, Eheberater und Reklame versuchen der Frau einzureden, daß, um ein richtiges „Heim" zu schaffen, mehr Fähigkeiten nötig seien als für die meisten anderen Berufe: „Eine tüchtige Hausfrau muß etwas von Unterricht, Innendekoration, Kochen, Diätküche, Warenkunde, Psychologie, Physiologie, Geselligkeit, Kommunalpolitik, Kleidung, hauswirtschaftlichen Geräten, Hausbau und einer Vielzahl anderer Dinge verstehen" [15]).

Das Bild der Hausfrau in den Magazinen hat sich in den letzten 20 Jahren in bezeichnender Weise verändert. Direkt nach dem Kriege, als die Frauen zugunsten der zurückkehrenden Männer aus der Wirtschaft gedrängt werden mußten und das Problem der Absatzmärkte noch relativ unwichtig war, wurde das „Heimchen am Herd" propagiert, das inzwischen abgelöst wurde von der Frau, die zeitweise — vor der Geburt der Kinder und nach deren Aufzucht — berufstätig ist, der Frau, die eine allem Neuen aufgeschlossene, „moderne Partnerin" ist. Allerdings, es werden ihr gerade nur soviel Modernität, Aktivität und Aufgeschlossenheit zugestanden, wie nötig sind, um sie zu einer guten Konsumentin zu machen, die auch vor Neuheiten im Angebot nicht zurückschreckt. Immerhin machen Frauen 75 Prozent aller privaten Einkäufe.

Die oberste moralische — übrigens auch juristische — Pflicht der Frau bleibt es nach wie vor, den Mann und die (möglichst zahlreichen) Kinder zu versorgen. Daß sie das frohgemut und mit Hingabe tut und dabei ständig jugendlich und hübsch bleibt, ist selbstverständlich. Politische und soziale Konflikte oder auch solche von Frauen, die dem propagierten Bild nicht entsprechen — z. B. alternde Frauen oder berufstätige in Rollenkonflikten —, kommen nicht vor [16]).

---

[13]) Zitat nach B. Friedan, a.a.O., S. 94.
[14]) Gabriel Kolko, Besitz und Macht, Edition Suhrkamp, Bd. 239, Frankfurt/M. 1969, S. 99.
[15]) Zitat nach B. Friedan, a.a.O., S. 84.
[16]) Zum Bild der Frau in den Frauenzeitschriften vgl. B. Friedan, a.a.O., S. 27 ff.
Susan Sutheim, The Subversion of Betty Crocker, in: Motive, a.a.O., S. 43 ff.

II

Zunächst sollen nun einige der Widersprüche zwischen der Realität und dem Bild, das den Frauen ständig vorgehalten wird, angedeutet werden:

1) 1966 sind 39 Prozent aller Frauen über 14 Jahren berufstätig, das sind 36 Prozent aller Berufstätigen; zur Zeit stellen Frauen 48 Prozent der Berufstätigen.

2) 1965 sind 62 Prozent aller berufstätigen Frauen verheiratet, oder 34 Prozent aller verheirateten sind berufstätig.

3) 1936 standen 3,6 Prozent aller Haushalte Frauen vor, 1956 waren es 8,5 Prozent, Zahlen für 1970 liegen bei 10 Prozent. Ursache sind in erster Linie die immer schneller steigenden Scheidungsziffern.

4) 1955 betragen die durchschnittlichen Frauenlöhne 64 Prozent der durchschnittlichen Männerlöhne, 1965 nur noch 60 Prozent.

5) 1966 arbeiten 45 Prozent aller schwarzen Frauen mit Kindern unter 6 Jahren und 37 Prozent aller weißen Frauen mit Kindern unter 6 Jahren.

6) 1966 steht nur für 2 Prozent aller berufstätigen Frauen ein Platz in einem mit öffentlichen Mitteln geförderten Kindergarten zur Verfügung.

7) 1969 beträgt das jährliche Durchschnittseinkommen weißer Männer 7164 Dollar, schwarzer Männer 4528 Dollar, weißer Frauen 4152 Dollar, schwarzer Frauen 2949 Dollar.

8) 1968 ist das jährliche Durchschnittseinkommen für Hausangestellte 1200 Dollar.

9) 1965 liegen 58 Prozent der von schwarzen Frauen unterhaltenen Familien unter der offiziellen Armutsgrenze, 30 Prozent der von weißen Frauen unterhaltenen Familien, 29 Prozent der von schwarzen Männern unterhaltenen und 8 Prozent der von weißen Männern unterhaltenen Familien.

10) 1967 arbeiten 62 Prozent der berufstätigen Frauen aus ökonomischer Notwendigkeit, d. h. nicht für den zusätzlichen Erwerb von „Luxusgütern" [17]).
Diese Zahlen sprechen für sich. Die Frage ist, warum die Frauen sich dieser Situation widerspruchslos fügen. Hierzu ist zu bedenken: Frauen werden dazu erzogen, Männer zu bedienen und sich Männern anzupassen, was sie dann auch in der von Männern beherrschten Arbeitswelt tun. Darüber hinaus haben sie gelernt, sich mehr mit Männern als mit anderen Frauen zu identifizieren; das erschwert auch die Möglichkeit zu solidarischem Verhalten gegenüber anderen Frauen am Arbeitsplatz.

Frauen werden für „weibliche" Berufe erzogen und ausgebildet, wenn sie überhaupt eine Ausbildung erhalten; diese Berufe werden generell schlechter bezahlt als „Männerberufe" — in der Theorie sind Frauen nicht auf einen für mehrere Personen ausreichenden Verdienst angewiesen. Dazu kommt noch, daß in vielen Frauenberufen ein Überangebot an Arbeitskräften besteht; das trifft besonders für Frauenberufe mit akademischer Ausbildung zu, so daß gerade diese Frauen häufig in irgendeiner Stellung landen, die nicht ihrer Ausbildung entspricht. In den USA gibt es bereits ein weibliches akademisches Proletariat.

17) Diese Zahlen wurden aus folgenden Publikationen zusammengestellt: 1) und 8) aus: Sondernummer der New Left Notes zum International Women's Day 1969, S. 3, und Vicki Breitbart, Day-Care — Who Cares?, in: Leviathan, Vol. 2, 1. 5. 1970, S. 27, 2), 4), 5), 6) und 9) aus: I. Winkler, a.a.O., S. 13, 3) aus: G. Kolko, a.a.O., S. 98, und Jenny Mathews, Women's Liberation, in: Worker's Power, No. 5, Apr. 1970, S. 4, 7) aus: The New Feminism, A Special Section Prepared for the Ladies' Home Journal, by the Women's Liberation Movement, in: Ladies' Home Journal, Aug. 1970, Vol. LXXXVII, No. 8, S. 65, 10) aus: Marlene Dixon, Why Women's Liberation, publ. by Bay Area Radical Education Project, San Francisco 1970, S. 10.

Mindestens zu Beginn ihrer Berufstätigkeit halten viele Frauen diese für vorübergehend, was sicher mit ein Grund dafür ist, daß sie sich bereitwilliger als gleichaltrige Männer mit schlechten Bedingungen am Arbeitsplatz abfinden. Später fehlen ihnen dann u. U. die Jahre, während derer sie nur Hausfrauen waren, bei Beförderungen, Gehaltserhöhungen, Prämien für Betriebszugehörigkeit usw. Anders als in der Bundesrepublik gibt es nur in vier Staaten irgendeine Form von Mutterschutzgesetzen, d. h. daß in der Regel auch eine Schwangerschaft ein Kündigungsgrund sein und die Frau um Rechte bringen kann, die sie durch längere Betriebszugehörigkeit erworben hat.

Die alleinstehenden Frauen, die Kinder zu unterhalten haben, sind unter allen Arbeitnehmern diejenige Gruppe, die den Arbeitnehmern am meisten ausgeliefert ist. Gleichzeitig drücken die schlechten Bedingungen, die man ihnen aufzwingen kann, auch die Bedingungen für alle anderen Frauen.

Auf Grund der geringen Beiträge, die Frauen zu zahlen in der Lage sind, sind viele Gewerkschaften nicht daran interessiert, sie zu organisieren. Dazu kommt, daß viele Frauen auf Grund ihres isolierten Arbeitsplatzes — z. B. als Hausangestellte — schwer organisatorisch erfaßbar sind. Im übrigen sehen auch die Gewerkschaften berufstätige Frauen weniger als Arbeiterinnen denn als Frauen von Arbeitern.

Berufstätige Hausfrauen und Mütter werden allein aus Zeitmangel kaum zu aktivem politischen Engagement in der Lage sein, wenn ihre Männer sie nicht konsequent dazu ermutigen und ihnen bei der Hausarbeit und der Versorgung der Kinder regelmäßig helfen. In der Regel wird eher das Gegenteil der Fall sein. Die entsprechenden Hilfen werden bisher von keiner Seite angeboten. Auch die Experimente, die darauf beruhen, daß sich mehrere Eltern abwechselnd um die gemeinsamen Kinder kümmern, sind nur für Studenten oder nicht Berufstätige praktikabel. Die in der letzten Zeit in Zusammenarbeit von Industrie und Bundesregierung entwickelten Kindertagesstättenprogramme (Child-Care oder Day-Care programs) werden die gegenwärtige Situation der Frauen auch kaum verändern, da mit der Unterbringung von Kindern im Rahmen dieser Programme in der Regel die Arbeit an ganz bestimmten Arbeitsplätzen oder die Ausbildung für ganz bestimmte Tätigkeiten verbunden ist. So können Frauen hier wieder Bedingungen am Arbeitsplatz aufgezwungen werden, die sonst niemand akzeptieren würde.

Viele Frauen, besonders schwarze, sind selbst über die ihnen zustehenden minimalen Rechte nicht informiert [18]).

III

Welchen Nutzen zieht die herrschende Klasse aus der gegenwärtigen Stellung der Frau?

Die ungleichen Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer schwächen die Arbeiterklasse insgesamt. Arbeitende Frauen haben durch Streiks weniger zu gewinnen und — auf Grund ihrer ungünstigeren Ausgangsposition — relativ mehr zu verlieren als Männer. Deshalb und auf Grund ihrer allgemein größeren Anpas-

18) Literatur zum vorangegangenen Abschnitt: Kathy McAfee and Myrna Wood, Bread and Roses, in: Leviathan, Vol. 1, No. 3, June 1969; Carol Rosenbaum, Sex Segregation, a.a.O.; Irene Winkler, The Hidden Proletariat, a.a.O.; Marilyn Salzmann Webb, Woman as Secretary, Sexpot, Spender, Sow, Givic Actor, Sickie, in: Motive, a.a.O.

sungsbereitschaft sind sie noch weniger als Männer zu militanten und längerdauernden Arbeitskämpfen bereit, bzw. neigen sie eher als Männer dazu, Streiks vorzeitig abzubrechen.

Die schlechtere Bezahlung der Frauen kann ganz konkret die Löhne der Männer drücken: an allen Arbeitsplätzen, an denen Männer und Frauen austauschbar sind, können Forderungen der Männer mit der Drohung beantwortet werden, Frauen einzustellen, die die Arbeit auch für weniger Geld machen werden.

Frauen sind ein wichtiger Bestandteil der industriellen Reservearmee. Einmal werden sie z. B. in Kriegszeiten gebraucht, um dann wieder aus der Wirtschaft herausgedrängt zu werden. Zum anderen sind sie wichtig in zurückgehenden und in arbeitsintensiven Industrien, in denen es rentabler ist, mit un- oder angelernten Arbeitskräften zu arbeiten, als zu automatisieren. Frauen haben den großen Vorteil, daß sie — außer in Fällen äußerster Notlagen — weniger deutlich als Männer gegen ihr schließliches Herausgedrängtwerden aus der Wirtschaft protestieren. Ihre eigene „eigentliche" Aufgabe, die Familie, bleibt ihnen ja noch.

Frauen werden dazu erzogen, ihre eigene Familie für den Nabel der Welt zu halten. Sie wenden sich deshalb häufig gegen Streiks oder andere politische Aktionen ihrer Männer, die die Familie unmittelbar in Schwierigkeiten bringen könnten. Gerade in diesem Zusammenhang hat die Erziehung der Frau auf die eigene Familie hin mit Sicherheit eine besonders systemstabilisierende Funktion.

Indem die untergeordnete Stellung der Frau (und der Kinder) in der Familie Männern eine allgemein akzeptierte Möglichkeit schafft, andere Menschen herumzukommandieren und zu drangsalieren, werden diese ihrerseits von ihren eigentlichen Unterdrückern abgelenkt. Der Zorn, der sich gegen diese richten sollte, kann gefahrlos an den noch Schwächeren abreagiert werden.

Frauen haben — nach der herrschenden Ideologie — die Aufgabe, ihren Mann durch ein „gemütliches Heim" immer wieder für den Einsatz „draußen" fit zu machen und seinem Leben einen Inhalt zu geben, für den es sich zu kämpfen lohnt; das impliziert, daß es andere lohnende Ziele für einen Kampf nicht gibt, außer denen natürlich, die die Familie in direkter Linie fortsetzen, nämlich: Heimat, Volk, Vaterland, Nation — und die „Werte", für die die Nation steht.

Durch die verschiedenen, kaum miteinander zu vereinbarenden Rollen, die die Frauen zu erfüllen haben, oder durch die nichterfüllbaren Anforderungen, die durch ein irreales Mutter-, Frauen- und Familienideal an sie gestellt werden, geraten sie in einen permanenten Zustand schlechten Gewissens. Genau dieser Zustand aber erhöht ihre Manipulierbarkeit noch über das anerzogene Maß hinaus. Je weniger sie das Gefühl haben, den an sie gestellten Ansprüchen zu genügen, desto mehr werden sie das Bedürfnis entwickeln, Sauberkeit und Ordnung zu verteidigen und sich zur Stützung ihres schlechten Selbstbewußtseins mit den sich jeweils anbietenden Autoritäten zu identifizieren. Außerdem sind sie in diesem Zustand auch ein besonders geeignetes Objekt für die Werbung. Vor allem zwei Formen des „notwendigen" Konsums können ihr so besonders gut suggeriert werden: 1) Der Konsum bestimmter Güter, die der Steigerung des Prestiges der Familie dienen und damit deren Wohlergehen, für das sie verantwortlich ist, fördern. 2) Der Konsum von Produkten, die sie als Sexualobjekt begehrenswerter machen. Nach „Newsweek" vom 3. Juni 1968 wächst die Kosmetikindustrie unabhängig von Rezessionen jährlich um etwa 10 Prozent.

Die der mangelnden Emanzipation der Frau entsprechende mangelnde Emanzipation der Sexualität macht, da der Körper der Frau die Sexualität symbolisiert, diesen Körper besonders leicht ausbeutbar zum Zwecke des Verkaufs jeglicher Ware bis hin zu „linker" Politik [19]).

Durch das Ausmaß an unentgeltlicher Arbeit, das die Frauen für die Reproduktion der Arbeitskraft leisten, wird der Wert der Ware Arbeitskraft enorm gesenkt, die Zeit, während der der Arbeiter für seine eigene Reproduktion arbeiten muß, und damit die Rate des Mehrwertes, erhöht.

Wegen der notwendigen Kürze des Textes kann hier nicht darauf eingegangen werden, inwieweit manche Gruppen von Frauen von einigen der geschilderten Aspekte der Ausbeutung mehr betroffen sind als andere. Es bestehen Unterschiede in der Intensität der Ausbeutung; das heißt nicht, daß nicht alle Frauen zumindest von einigen Aspekten der spezifischen Ausbeutung der Frau betroffen wären [20]).

IV

Die gegenwärtige Frauenbewegung hat zwei Wurzeln. Die erste geht auf Betty Friedans Buch „Der Weiblichkeitswahn" zurück, das 1963 erschien. Die Autorin wendet sich in diesem Buch gegen die von Männern beherrschte, konsumorientierte Gesellschaft, die Frauen zu kinderproduzierenden Müttern und mit Trivialitäten kämpfenden Hausfrauen degradiert. Die Ursache für die unterpriviligierte Stellung der Frau ist der sogenannte Weiblichkeitswahn, der die Frau ausschließlich als Sexualwesen definiert. Als Ursache für die Entstehung des Weiblichkeitswahnes, der eine Erscheinung der Nachkriegsjahre ist, sieht Betty Friedan, 1) daß es den Frauenrechtlerinnen der zwanziger Jahre nicht gelungen sei, ein neues Leitbild für die Frauen zu schaffen, 2) daß als Reaktion auf die komplizierten politischen Probleme des Krieges und der Nachkriegszeit ein erhöhtes Bedürfnis entstand, sich auf die private Sphäre zurückzuziehen, 3) daß mit diesem Bedürfnis ein Aufblühen der psychoanalytischen Schule freudischer Provenienz zusammenfiel, bedingt durch die Immigration zahlreicher Freudschüler und -anhänger aus Europa, 4) schließlich wird auch das Interesse der Wirtschaft an erhöhtem Absatz erwähnt. „Irgendwann muß irgend jemand darauf gekommen sein, daß Frauen mehr Dinge kaufen werden, wenn sie unterbeschäftigte, ewig von Sehnsucht erfüllte und mit überschüssiger Energie geladene Hausfrauen sind. Ich habe keine Ahnung, wie es geschah ... es war einfach etwas, das den Frauen widerfuhr, als man begann, das Produzieren und Verkaufen und gewinnbringende Investieren mit dem Zweck und Ziel unserer Nation gleichzusetzen" (S. 136 f). Zur Lösung des Problems schlägt sie vor, daß die einzelne Frau beginnt, auf ihre „innere" Stimme zu hören, einen Lebensplan aufzustellen, der es ihr ermöglicht, die Rolle der Hausfrau und Mutter mit Berufstätigkeit zu verbinden. Berufstätigsein heißt, an der Gestaltung dieser Gesellschaft, ihrer Ziele und ihrer Zukunft mitzuarbeiten, und spielt sich in erster Linie in den Bereichen Medizin, Jura, Architektur, Naturwissenschaften, Kunst und Politik ab. Das kulturelle Leitbild der Frau muß sich ändern, dazu sind Anstrengungen nötig von Eltern, Erziehern, Pfarrern, Zeitschriftenredakteuren, Werbepsychologen und Berufs-

19) Hier ist gedacht an Zeitschriften wie Paul Krassners ‚Realist', der etwa wie ‚Konkret' aufgemacht ist. Siehe zu dieser These besonders Hubert Bacia und Jürgen Werth, Sexualität und Klassenkampf, in: Konkret, Nr. 9, 22. 4. 1969.

20) Literatur zu Abschnitt III: Margaret Benston, The Political Economy of Women's Liberation, publ. by Bay Area REP, San Francisco o. J., K. McAfee/M. Wood, Bread and Roses, a.a.O.; J. Mathews, Women's Liberation, a.a.O.; C. Rosenbaum, Sex Segregaton, a.a.O.; M. Salzmann Webb, Woman as . . ., a.a.O.; S. Sutheim, The Subversion of B. Crocker, a.a.O.; I. Winkler, The Hidden Proletariat, a.a.O.

beratern. D. h. eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes — sowie dieser selbst — sind abhängig von den Entschlüssen und dem Willen einzelner Individuen — nicht von der Analyse und Veränderung bestimmter Strukturen und Voraussetzungen. „Der Schlüssel, der das Gefängnis aufschließt, ist natürliche Bildung" (S. 228). Durch sie muß die Frau befähigt werden, sich im allgemeinen Wettbewerb als Mensch und nicht als Frau zu beteiligen, „denn bei jedem ernsthaften Unterfangen in unserer Gesellschaft ist Konkurrenz im Spiel" (S. 236).

Betty Friedans Buch wurde ein Bestseller, 1966 gründete sie NOW, die National Organization of Women, deren Vorsitzende sie seitdem ist. NOW besteht zur Zeit aus ca. 35 Gruppen, Männer können Mitglied werden. NOW versucht bestimmte Ungerechtigkeiten wie Lohn- und Chancenungleichheit für die berufstätige Frau, Nichtzulassung von Frauen in bestimmten Klubs und Lokalen, Unterrepräsentierung von Frauen in politischen Gremien in erster Linie durch Strafanzeigen, Einflußnahme auf politische Gremien und Parteien zu verändern. In letzter Zeit greift auch NOW zu unkonventionelleren Mitteln wie Sit-ins, Demonstrationen und Streiks, z. T. werden diese gemeinsam mit radikaleren Frauengruppen durchgeführt. Kürzlich deutete Betty Friedan an, daß die Gründung einer Frauenpartei erwogen werde für den Fall, daß den Forderungen von NOW nicht mehr Rechnung getragen würde. NOW tritt auch ein für kostenlose Kindertagesstätten, allgemein zugängliche Geburtenkontrolle, straffreie Abtreibung sowie den Titel „Frau" für alle Frauen, ob verheiratet oder nicht.

Die meisten Forderungen Betty Friedans und von NOW haben eine Relevanz, allerdings nur für die relativ am wenigsten ausgebeuteten Gruppen von Frauen, ihre Erfüllung würde für diese Frauen bessere Chancen bei der Teilnahme am allgemeinen Wettbewerb bedeuten — insofern erinnern die Forderungen von NOW an die Forderungen nach schwarzem Kapitalismus.

Betty Friedans Buch hat aber sicher entscheidend dazu beigetragen, Frauen, die bereits politisiert waren, ihre spezifische Unterdrückung als Frau in der Gesellschaft und auch in der Linken bewußt zu machen. Aus Protest gegen die Rolle, die die Frauen in der Linken zu spielen hatten, entstanden die Gruppen, die sich zur Zeit als die Bewegung zur Befreiung der Frau — Women's Liberation Movement — verstehen. Hier liegt die zweite Wurzel der gegenwärtigen Frauenbewegung.

Die Rolle der Frau in der Linken entspricht mehr oder weniger der Rolle der Frau in der übrigen Gesellschaft. Auch in der Linken fungieren die Frauen als Sexualobjekte, Sekretärinnen, Verdienerinnen, die die politische Aktivität oder das Studium ihrer Männer oder Freunde ermöglichen.

Frauen, die während ihres Sozialisationsprozesses dazu gebracht wurden, Aggressivität zu fürchten und von sich selbst zu glauben, daß sie zu abstraktem Denken unfähig seien, haben in der Linken keine Chance. Ihre Stellung hängt nach wie vor von ihrer physischen Attraktivität oder von der Stellung des Mannes ab, dessen Freundin oder Verhältnis sie gerade sind. Viele der Fähigkeiten, die nötig sind, um in einer linken Gruppe als vollwertig akzeptiert zu werden — wie z. B. die Fähigkeit, laut, schnell und aggressiv zu argumentieren, hervorstechen zu können in Diskussionen im „ich-bin-revolutionärer-als-Du-Stil" —, sind Züge, die diese Gesellschaft konsequent von Männern verlangt. Viele Frauen in der Linken halten es für persönliches Versagen, wenn es ihnen nicht gelingt, sich diesem Stil anzupassen und von den Genossen anders als mit Herablassung behandelt zu werden. Sie werden häufig immer schweigsamer und unsicherer,

viele bleiben eines Tages einfach weg. Auf diese Weise wiederholt sich in der Linken der gleiche Teufelskreis von Entmutigung—Mißerfolg—Entmutigung, dem die Frauen auch sonst ausgesetzt sind, wenn sie versuchen, die gewohnten Bahnen zu verlassen. Ausnahmen dienen lediglich dazu, die tatsächlichen Zustände zu verschleiern, da die Tatsache, daß einige Frauen es offensichtlich schaffen, als (fast) gleichberechtigt anerkannt zu werden, die anderen nur um so fester davon überzeugt, daß sie selbst eben zu blöd sind.

Zunächst versuchten die Frauen vereinzelt, sich gegen diese Situation zu wehren. Die erste Frau, die nachhaltig und öffentlich gegen die Rolle der Frau in der Linken protestierte, war Ruby Doris Smith Robinson, eine Schwarze. Sie gehörte zu den Gründungsmitgliedern von SNCC und war Referentin für Personal- und Finanzfragen. Auf der SNCC-Konferenz im Oktober 1964 legte sie ein Papier vor: „Die Situation der Frauen in SNCC". Stokeley Carmichael reagierte mit folgender Bemerkung: „Die Position der Frauen in SNCC ist auf dem Rücken liegend". Die allgemeine Reaktion war Gelächter, das Papier wurde nicht diskutiert. Auf der Bundeskonferenz des SDS im Dezember 1965 wurde die Rolle der Frau in der Gesellschaft und im SDS zum ersten Male öffentlich diskutiert, ähnliche Diskussionen in anderen Gruppen folgten. Allmählich begannen die ersten vorsichtigen Versuche, Frauengruppen innerhalb der bestehenden Organisationen zu bilden. Die Frauen hatten noch Angst, durch deutlichen Protest die Linke insgesamt zu schwächen. Die Männer reagierten mit Verwunderung, Hilflosigkeit und häufig mit Aggressivität.

Ab 1966 begannen Frauen, zunächst Männer von ihren Sitzungen auszuschließen und dann organisatorisch unabhängige Frauengruppen zu bilden, diese Gruppen nannten sie „Women's Liberation". („Das erste, was Frauen normalerweise fühlen, wenn sie sich unter sich treffen, ist eine enorme Erleichterung, der die Freisetzung ungeheurer Energie folgt. Frauen beginnen zu reden, die in gemischten Gruppen nie einen Ton gesagt haben. Frauen, die unter der erzwungenen Passivität in den gemischten Gruppen gelitten haben, übernehmen plötzlich die Verantwortung. Nach Jahren ritualisierter Teilnahme an Sitzungen haben wir nun das Gefühl, einen Grund für unser Zusammensein zu haben" [21].) Erst in den Frauengruppen erkannten viele Frauen das Gemeinsame ihrer Situation und die politische Bedingtheit ihres persönlichen „Versagens".

Zu den ehemaligen Mitgliedern anderer linker Gruppen kamen schnell weitere Frauen, vor allem Hausfrauen, Schülerinnen und Studentinnen. Die Zahl und Größe der Gruppen nahm rapide zu. Anfang 1968 erschien in Chicago die erste radikale Frauenzeitung „Voice of Women's Liberation Movement". Die erste Bundeskonferenz mit ca. 200 Vertreterinnen von über 30 Gruppen fand im Oktober 1968 in der Nähe von Chicago statt.

Die anderen linken Gruppen begannen daraufhin, den Frauen einige Zugeständnisse zu machen, wie Artikel von und über Frauen in ihren Zeitschriften, Resolutionen zu „Frauenfragen", Referenten für „Frauenfragen" und mehr Berücksichtigung der Frauen bei der Besetzung von Posten. In einer ganzen Reihe von Gruppen ist es inzwischen auch nicht mehr möglich, offen sexistische Bemerkungen zu machen, ohne deshalb auch von Männern angegriffen zu werden. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein paar Renommierzugeständnisse noch keine grundlegende Änderung bedeuten.

21) Marcia Salo and Kathy McAfee, A Caucus Race and a Long Tale, in: Leviathan, Vol. 2, No. 1, May 1970, S. 18.

Inzwischen gibt es eine große Zahl von Gruppen und Grüppchen in allen Teilen des Landes, die sich zum Teil einfach „Women's Liberation" nennen, zum Teil aber auch weitergehende, programmatische Namen gegeben haben wie zum Beispiel: „Bread and Roses", „Older Women's Liberation", „Black Women's Alliance", „Radical Lesbiens", „Radical Feminists", „W.I.T.C.H." (Abkürzung für „Women's International Terrorist Conspiracy from Hell"; „witch" ist die englische Vokabel für „Hexe").

Als Folge des in der Neuen Linken erworbenen Mißtrauens gegen jegliche Hierarchie sind viele dieser Gruppen offiziell völlig unstrukturiert, andere haben Organisationsprinzipien entwickelt, die jedes Entstehen hierarchischer Strukturen möglichst weitgehend verhindern sollen, so z. B. die New Yorker Gruppe „The Feminists". Diese Gruppe hat ein System entwickelt, nach dem sämtliche Funktionen und zu übernehmende Aufgaben ausgelost werden, wobei Mitglieder, die eine bestimmte Funktion oder Aufgabe schon einmal zu übernehmen hatten, an der entsprechenden Auslosung solange nicht teilnehmen, bis alle einmal dran waren. Wenn eine Frau durch ein Los eine Aufgabe übernehmen muß, der sie sich nicht gewachsen fühlt, darf sie nicht ablehnen, kann aber andere Mitglieder um Hilfe bitten, die ihrerseits diese Bitte nicht ablehnen dürfen.

Auch untereinander haben die Gruppen in der Regel nur lose organisatorische Kontakte. Lediglich in einigen größeren Städten wie New York und Chicago wurden übergreifende Organisationen gebildet. Inzwischen gibt es auch eine Reihe von Zeitschriften, eine wachsende Zahl von Publikationen und ein feministisches Theater in New York. Zahlreiche Aktionen wurden durchgeführt: z. B. Störungen von Miß-Wahlen, „bridal fairs" und parlamentarischer Hearings zur Frage der Abtreibung, Besetzungen und zeitweise Übernahme von Zeitschriftenredaktionen und Rundfunksendern, Sit-ins mit schreienden Kindern bei Abgeordneten und in kommunalen Behörden als Protest gegen die zu geringe Zahl an Kindertagesstätten sowie zahlreiche Demonstrationen aus den verschiedensten Anlässen.

Die WLM besteht zur Zeit überwiegend aus jungen weißen Schülerinnen, Studentinnen und Berufstätigen oder verheirateten Akademikerinnen. Daß sich die neue Bewegung bisher in erster Linie aus diesen Frauen konstituiert, ist nicht verwunderlich. Die Frau aus einer Arbeiterfamilie oder die schwarze Frau können z. B. viel eher glauben, daß ihre persönliche Misere an der fehlenden Berufsausbildung oder an der falschen Hautfarbe liegt. Aber die Frau, die merkt, daß sie trotz der „richtigen" Herkunft, Hautfarbe und Ausbildung benachteiligt wird, kommt viel eher darauf, daß diese Benachteiligung etwas damit zu tun haben könnte, daß sie eine Frau ist. Darüber hinaus gehörten viele der Frauen, die sich jetzt zur WLM zählen, zu einer bereits politisierten Studentengeneration und waren deshalb eher als andere Frauen in der Lage, auch das spezifisch eigene Unterdrücktsein als eine politische Frage zu begreifen [22]).

V

Der unmittelbare Anlaß für den „Auszug" der Frauen aus den bestehenden linken Gruppen war der auch dort vorherrschende männliche Chauvinismus oder Sexismus — wie viele Frauen in bewußter Anspielung auf den Terminus Rassis-

[22]) *Literatur zu Abschnitt IV:* B. Jones and J. Brown, Towards a Female Liberation Moverment, a.a.O.; K. McAfee and M. Wood, Bread and Roses, a.a.O.; M. Salo and K. McAfee, A Caucus Race, a.a.O.; Marge Piercy, The Grand Coolie Dam, Leviathan, Vol. 1, No. 6, Oct./Nov. 1969; Linda Seese, You've Come a Long Way Baby — Women in the Movement, in: Motive, a.a.O.

mus sagen. Sexismus heißt, daß der Frau auf Grund bestimmter physischer Merkmale eine bestimmte Rolle zugeschrieben wird, aus der es (fast) unmöglich ist auszubrechen, und die denjenigen, die ihr diese Rolle zuweisen, eine Reihe von Vorteilen bringt. Die Unterdrückung der Frau durch den Sexismus weist die besondere Komponente auf, daß die Frau auf Grund der spezifischen Natur dieser Unterdrückung besonders eng an ihre Unterdrücker gebunden ist. Auch dieser Aspekt ihrer Unterdrückung setzte sich in der Linken fort. Durch die im Zuge der sogenannten Liberalisierung der sexuellen Moral entstandenen neuen Normen wurde er sogar eher noch verschärft. Diese neuen Normen verpflichten die linke Frau dazu, permanent zum Beischlaf (mit möglichst vielen Männern) bereit zu sein, wenn sie nicht als altmodisch oder unemanzipiert gelten will, d. h. das verfügbare Potential an Bettgespielinnen für die Männer wurde vergrößert, und die Frau wurde noch mehr zum Objekt des Mannes gemacht, als sie es vorher ohnehin schon war. Bezeichnend ist, daß es bereits ein ganzes Arsenal an Schimpfworten gibt für Frauen, die sich diesen neuen Normen widersetzen [23]). Die Auseinandersetzung mit dem Sexismus findet in den Gruppen innerhalb der organisatorisch selbständigen Frauenbewegung allerdings auf sehr unterschiedliche Weise statt. Es lassen sich — wenn man diese Auseinandersetzung als Kriterium für die Unterscheidung nimmt — drei Haupttendenzen feststellen: 1) Therapiegruppen, 2) radikal-feministische Gruppen, 3) sozialistisch-feministische Gruppen [24]).

Die Therapiegruppen wollen Frauen eine Möglichkeit geben, sich ohne Angst über ihre Probleme und Erfahrungen auszusprechen. Außerdem geht es hier um die Entwicklung von Möglichkeiten eines individuell freieren Lebensstiles. Die Beziehungen zu Männern werden als Problem gesehen, allerdings nur auf einer ausschließlich persönlichen Ebene — repressive werden sie durch das persönliche Geltungsstreben des einzelnen Mannes. Eine mögliche Politisierung einzelner Mitglieder ist als Nebeneffekt denkbar, da das Allgemeine bestimmte Erfahrungen ja auch in diesen Gruppen deutlich machen könnte und der Schritt von der Erkenntnis der Allgemeinheit dieser Erfahrungen zu der ihrer sozialen Bedingtheit dann der nächste sein könnte; häufig ist es allerdings so, daß durch ständiges Kreisen um die private Sphäre diese Gruppen eine eher entpolitisierende Wirkung haben.

Die radikalen Feministinnen halten ihre persönliche Unterdrückung für ein politisches Problem. Sie sind der Ansicht, daß — nach den bisherigen Erfahrungen — die Rolle der Frau sich auch in den sozialistischen Ländern nur unwesentlich geändert hat, daß auch dort die eigentlichen Macht- und Entscheidungszentren nach wie vor von Männern beherrscht werden, daß der männliche Chauvinismus kein entscheidendes Merkmal des Kapitalismus und dessen Überwindung daher für eine radikale Veränderung der Situation der Frau nicht von entscheidender Bedeutung sei. „Eine antikapitalistische, antiimperialistische Analyse ist für unsere Zwecke nicht ausreichend. Die Unterdrückung der Frau ist mehr als 2000 Jahre älter als der Kapitalismus und hat diesen auch in den sozialistischen Ländern überlebt" [25]). Frauen waren auf Grund ihrer Stellung im Reproduktionsprozeß die erste Klasse, und da sich diese Stellung nicht geändert hat, d. h. da nach wie vor der Mann die Reproduktionsfunktion der Frau ausnutzt, um diese

23) Vgl. Shulamith Firestone, Love, in: Notes from the Second Year, a.a.O., S. 25.

24) Obwohl es in dieser Arbeit um die selbständige Frauenbewegung geht, muß darauf hingewiesen werden, daß es jetzt innerhalb der meisten linken Gruppen auch Frauengruppen gibt, die bewußt und gezielt versuchen, die Politik dieser Gruppen zu beeinflussen, was in einigen Fällen auch gelungen ist. Allerdings sind auch viele dieser Frauen der Ansicht, daß eine organisierte Arbeit von Frauen innerhalb gemischter Gruppen nur mit dem starken Rückhalt selbständiger Frauengruppen möglich ist. Andere Frauen aber lehnen selbständige Frauenorganisationen ganz ab mit der Begründung, daß diese in die Gefahr geraten könnten, sich von der linken Bewegung zu isolieren und die klassenkämpferische Perspektive zu verlieren.

25) Ellen Willis, Women and the Left, in: Notes from the Second Year, a.a.O., S. 56 f.

zu beherrschen, sind sie bis heute eine Klasse geblieben. Die materielle Basis der Gesellschaft besteht sowohl aus den Mitteln der Produktion wie aus den Mitteln der Reproduktion. Das Mittel der Reproduktion ist die Familie, in der die Männer die herrschende Klasse sind. Unter Klasse wird hier in der Regel eine Gruppe von Menschen verstanden, die von einer anderen Gruppe, die dann ebenfalls eine Klasse ist, unterdrückt und für deren Zwecke ausgenutzt wird.

In diesem Zusammenhang muß kurz darauf hingewiesen werden, daß die Auseinandersetzung mit der „Institution Liebe" einen relativ breiten Raum ein nimmt. Die „Liebe" ist ein Werkzeug zur Perfektionierung der Unterdrückung bzw. zu deren Verschleierung. Für die Frau ist sie ein Mittel, ihre Unterwerfung zum Ausdruck zu bringen und damit die männliche Aggressivität zu reduzieren, sie beruht also auf Angst. Liebe „ist ein euphorischer Zustand der Phantasie, in dem das Opfer seinen Unterdrücker zum Erlöser macht" [26]). Gegenwärtig gibt es für eine Frau keine Möglichkeit, eine nicht-repressive sexuelle oder „Liebes"-beziehung zu einem Mann aufzunehmen, da aber das Bedürfnis nach irgendeiner Form von körperlichen, menschlich-warmen Kontakten nicht eindeutig verneint werden kann, wird die Möglichkeit lesbischer Beziehungen relativ ausführlich diskutiert.

Als ihr Ziel sehen viele radikale Feministinnen die Befreiung der Frau aus den zwangsläufig repressiven heterosexuellen Beziehungen an. Vorschläge zur Errichtung von Frauenkommunen und anderen Gegeninstitutionen bis hin zur instutionalisierten lesbischen Liebe und der Forderung nach beschleunigter Entwicklung eines Systems zur extra-uterinen Zeugung des Embryos gehen in diese Richtung. Es scheint, daß zur Zeit viele radikale Feministinnen ihr Ziel für erreicht ansehen, wenn Frauen weder aus wirtschaftlichen, emotionalen, sexuellen oder aus Gründen der Fortpflanzung gezwungen werden können, persönliche Beziehungen zu einem Mann aufzunehmen. Andere halten den Kampf für dieses Ziel für vordringlich, ohne auszuschließen, daß der Kampf der Frauen zu einem späteren Zeitpunkt auch ein antikapitalistischer Kampf sein könnte.

Eine wichtige Variante innerhalb des radikalen Feminismus ist folgende: der männliche Chauvinismus ist die Basis eines Klassensystems, in dem die Männer insgesamt die Frauen insgesamt unterdrücken; die Unterdrückungsmechanismen sind in erster Linie die Institutionen, die mit der sexuellen Funktion der Frau zusammenhängen. Der männliche Chauvinismus dient dazu, dem einzelnen Mann ein Höchstmaß an Bestätigung und Machtgefühl zu geben. Alle gesellschaftlichen Institutionen — auch der Kapitalismus — sind Funktionen des männlichen Chauvinismus. Sie sind zusätzliche Mittel, die Abhängigkeit der Frau zu verstärken. Die Konsequenz ist die Forderung nach der Revolution der Frauen (feminist revolution), die das männliche Supremat stürzen und eine neue Gesellschaft schaffen muß — ohne männliche Institutionen wie Kapitalismus, Kriege, Vergewaltigung der Erde mit Folgen wie vergiftetes Wasser und Autobahnen, die zu Todesfallen geworden sind. Diese Revolution kann nicht auf dem Weg über Reformen durchgeführt werden, sondern nur im bewaffneten Kampf. Vorerst muß aber die Wut noch gezähmt und viele der noch notwendigen Beziehungen zu Männern müssen ertragen werden. „Da noch so wenige von uns organisiert sind, würde jede Form von bewaffnetem Kampf Selbstmord bedeuten ... Unsere Aufgabe ist es jetzt, so viele Frauen wie möglich zu erreichen, wir brauchen jede einzelne. Als nächstes müssen wir anfangen, die Fähigkeit zu trainieren, die für den bewaffneten Kampf notwendig sind" [27]).

[26]) Ti-Grace Atkinson, Radical Feminism, a.a.O., S. 36.

Die Frage, ob selbständige Organisationen der Frauen gerechtfertigt sind, stellt sich für die radikalen Feministinnen gar nicht: „Eine separate Frauenbewegung kann gar nicht diese neue Teilung schaffen. Frauen und Männer, genau wie Schwarze und Weiße, sind längst voneinander isoliert worden, durch die weißen Männer" [28]). Auch die Zurechnung zur Linken ist nicht mehr selbstverständlich: „Herkömmliche Radikale sehen Women's Lib als einen Teil der Linken ... Viele von uns lehnen diese Einschätzung unserer Bewegung inzwischen als gegen uns selbst gerichtet (anti-woman) ab. Wir sind dazu gekommen, WL als eine selbständige, revolutionäre Bewegung zu sehen, die potentiell die halbe Bevölkerung repräsentiert. Wir sind entschlossen, unsere eigene Analyse des Systems zu erarbeiten und unsere eigenen Interessen dabei in den Vordergrund zu stellen, ob das der männerbeherrschten Linken paßt oder nicht. Obwohl wir möglicherweise mit radikalen Männern an Punkten von gemeinsamem Interesse zusammenarbeiten können, sind wir nicht einfach ein Teil der Linken. Wir gehen weder davon aus, daß radikale Männer unsere Verbündeten sind, noch davon, daß wir dasselbe meinen wie sie, wenn wir von Revolution reden" [29]).

Auch für die sozialistischen Feministinnen war der Sexismus in der Linken der unmittelbare Anlaß für organisatorische Selbständigkeit, aber er hat einen anderen Stellenwert in der theoretischen Diskussion als bei den radikalen Feministinnen. Die sozialistischen Feministinnen sehen einen engen Zusammenhang zwischen dem brutalen kapitalistischen System und dem Sexismus. Dem Sexismus entsprechen in anderen Bereichen Rassismus, Nationalismus und Imperialismus. Der Kampf gegen den Sexismus muß gleichzeitig ein antikapitalistischer Kampf sein, andererseits kann dieser wirkungsvoller geführt werden, wenn gleichzeitig Sexismus, Rassismus, Nationalismus und Imperialismus bekämpft werden. Da Frauen am unmittelbarsten vom Sexismus betroffen sind, ist es an ihnen, diesen unmittelbar zu bekämpfen. Die Frage nach der Berechtigung oder der Notwendigkeit selbständiger Frauengruppen spielt in der Diskussion eine wichtige Rolle.

Da Frauen 50 Prozent der Menschheit ausmachen, bilden sie ein ungeheures revolutionäres Potential. Auch die sozialistische Feministinnen gehen davon aus, daß jede Frau zumindest unter einigen Aspekten der Ausbeutung der Frau zu leiden hat und daß diese Ausbeutung zusätzlich zu der Ausbeutung stattfindet, unter der jeder einzelne in dieser Gesellschaft, der nicht zu den Herrschenden gehört, leidet. Aber: bisher war noch kein Aspekt der Unterdrückung der Frau Anlaß für eine Kampagne oder eine Aktion irgendeiner maßgeblichen linken Gruppe; rassistische Bemerkungen, die den sexistischen, die immer noch gemacht werden können, ohne überhaupt bemerkt zu werden, entsprächen, werden von weißen Linken wie Liberalen mit einem Sturm der Entrüstung quittiert.

Statt dessen wird das Aufbegehren der Frauen immer noch häufig als bourgeois und konterrevolutionär abqualifiziert. Gerade die in keinem Verhältnis zum eigentlichen Anlaß stehende Heftigkeit, mit der viele linke Männer auf die Forderungen der Frauen und die Bildung selbständiger Frauengruppen reagieren, zeigt sehr deutlich, daß es den Männern bei der Ablehnung der Forderungen der Frauen nicht nur um die „reine revolutionäre Linie" geht — was um so mehr für eigene Frauenorganisationen spricht. Denn in den von Männern beherrschten Organisationen werden sie neben dem permanenten Kampf gegen den

27) Dieses Zitat stammt aus einem unveröffentlichten Aufsatz (ohne Titel) von Lynn O'Connor, in dem diese versucht, eine radikal-feministische Theorie zu entwickeln. Das Paper wird von radikalen Feministinnen für sehr wichtig gehalten.
28) Sue Katz, Men Don't Get Raped, in: So What Are We Complaining About, a.a.O., S. 43.
29) E. Willis, Women and the Left, a.a.O., S. 55.

Sexismus kaum Zeit und Kraft für effektive politische Arbeit erübrigen können. Der einzige Weg für die linken Frauen ist, selbst so stark zu werden, daß die Männer nicht umhin können, einzusehen, daß sie mit den Frauen zusammenarbeiten müssen.

Linke Männer akzeptieren zwar weitgehend das Autonomiebedürfnis der schwarzen Befreiungsbewegung, meinen aber weiterhin, sie könnten die Frauen darüber belehren, in welcher Weise sie unterdrückt werden und wie sie sich dagegen zu wehren hätten. Gerade gegen diesen Paternalismus wehren sich die Frauen: „Es ist Sache der Frauen, festzustellen, was sie unterdrückt — und unsere Unterdrückung ist nicht unser persönliches Problem" [30]).

Auch das Argument, daß es nötig sei, den Kampf gegen die eigene Unterdrükkung solange zurückzustellen, bis wichtigere Probleme gelöst bzw. noch unterdrücktere Gruppen befreit seien, übersieht die Einheitlichkeit des Systems, in dem die verschiedenen Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismen voneinander abhängen und sich gegenseitig verstärken. Nach dieser Logik müßten außerdem die Schwarzen in den USA ihren eigenen Kampf solange zurückstellen, bis in Indien niemand mehr hungert. „Auch hier wird Unterdrückung zu etwas, wovon bestimmte, von Professionellen als unterdrückt klassifizierte Gruppen durch eben diese Professionellen befreit werden" [31]).

Von den sozialistischen Feministinnen wird die Notwendigkeit betont, die proletarischen und die schwarzen Frauen zu erreichen, die von allen Aspekten der Unterdrückung der Frau im Kapitalismus am stärksten betroffen sind. Ihrer Meinung nach muß ohne diese Frauen eine Frauenbewegung auf die Dauer wirkungslos bleiben. Andererseits wird auch der Kampf der proletarischen Männer erfolglos bleiben, wenn ihre eigene Klasse auf Grund der sexistischen Politik der Herrschenden gespalten bleibt. Gerade die proletarischen Frauen aber brauchen, um sich gegen ihre Superausbeutung (superexploitation) als Arbeitskraft und als Sexualwesen wehren zu können, die Unterstützung einer radikalen Frauenbewegung, die es nicht für konterrevolutionär hält, bestimmte Forderungen zu stellen. Im Hinblick auf die große Mehrzahl der Frauen erhalten alle Forderungen, die die Frau überhaupt erst in die Lage versetzen, sich politisch aktiv zu engagieren, ein völlig neues Gewicht. Solche Forderungen müssen zum gegenwärtigen Zeitpunkt sein: für alle Frauen zugängliche, kostenlose Geburtskontrolle und Abtreibung; von den Eltern kontrollierte und von der Industrie bezahlte Kindertagesstätten; Bezahlung der Hausarbeit, soweit sie nicht auf öffentliche Einrichtungen übertragen werden kann; gleiche Ausbildungs- und Berufschancen und gleiche Bezahlung für Frauen; bezahlter Urlaub für Schwangere und für Mütter, die im ersten Jahr nach der Geburt eines Kindes nicht arbeiten wollen. Die Kontrolle über den eigenen Körper, die relative finanzielle Unabhängigkeit und die Aufhebung der alleinigen Verantwortung der Frau für die Versorgung der Kinder sind für die Masse der Frauen die Grundlage, auf der ihnen weitergehendes politisches Engagement und von Unterdrückung freie Beziehungen zu Männern überhaupt erst möglich werden. Die Erfüllung dieser Forderungen ist nicht das Ziel des antikapitalistischen Kampfes der Frauen, sondern seine Voraussetzung [32]).

---

30) Diane Baker, Trude Bennett, Sandy Grove u. a., Two Letters on Male Supre macy, in: So What Are We Complaining About?, a.a.O., S. 35.
31) M. Piercy, The Grand Coolie Dam, a.a.O., S. 22.
32) Weitere Literatur zu Abschnitt V: Leviathan, Vol. 2, No. 1, May 1970, K. McAfee and M. Wood, Bread and Roses, a.a.O.; M. Salzmann Webb, Woman as . . ., a.a.O.; I. Winkler, The Hidden Proletariat, a.a.O.

Zur Kontroverse Hans Albert – Jürgen Habermas

Von Thomas Müller

Die methodologische Debatte in der Kontroverse Albert-Habermas erweist sich, genau genommen, als Abbild der Widersprüche innerhalb der bürgerlichen Klasse, die sich in ihrer Ideologie über sich selbst verständigen und gleichzeitig den Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft vertuschen will. In seiner Reduktion der Geschichte auf die Ontogenese des Subjekts sowie durch eine aus der Totalität der Gesellschaft ausgesparte Technik vermeidet Habermas die Analyse des gesamtgesellschaftlichen Prozesses. Sein Ziel ist nicht eine Analyse des spätbürgerlichen Anti-Humanismus; vielmehr werden Technik und Wissenschaft durch eine philosophische Anthropologie auszuschalten versucht, die den gesellschaftlichen Menschen der Entwicklung seiner Wesenseigentümlichkeiten beraubt und mit dem Fallenlassen der Gesellschaftsordnung auch Eigentumsverhältnisse und Klassen nivelliert und ausschaltet. Von einem eingeengten mechanistisch-naturwissenschaftlichen Methodologismus aus gelangt Hans Albert gleichfalls zu einer prinzipiellen Verneinung der Erfassung gesamtgesellschaftlicher Tatbestände. Weder Habermas noch Albert gelingt es letztlich, auf Grund ihres weltanschaulichen Konzepts und ihrer Klassenposition den anvisierten Systembereich, nämlich die gesamtgesellschaftliche Veränderung und Entwicklung, die Geschichte und damit die historischen Möglichkeiten der Klassen in den Griff zu bekommen. Das angesprochene Problem erfordert zunächst eine kurze Bemerkung zum Ansatzpunkt von Hans Albert.

I

Gegenüber der „Frankfurter Schule" besteht Albert zunächst auf der Notwendigkeit, „für alle Bereiche des Wissens die Anwendung der naturwissenschaftlichen Methode zu akzeptieren" [1]). Allerdings bezieht er sich bei diesem akzeptierten Erkenntniswert nicht auf die von Friedrich Engels getroffene Feststellung des Erkenntniswertes der Naturwissenschaften für den Materialismus und dessen Entwicklung. Vielmehr engt er das Verständnis dieser Methode sofort mit dem Hinweis auf ihre Anwendung durch ein Denken ein, das durch Eliminierung aller persönlichen und politischen Elemente einen gegen das übrige soziale Leben isolierten Bereich methodisch sicherbarer Erkenntnis zu fördern habe [2]). Das durch naturwissenschaftlichen Denkstil und Objektivitätsstreben gekennzeichnete analytische Denken sei unvereinbar mit Dialektik und Hermeneutik, die beide mit einer Art Heils- und Erlösungswissen identifiziert werden müßten.

Die damit ausgesprochene mechanistische Konzeption naturwissenschaftlicher Methodik weist auf die innerlich widerspruchsvolle Position Alberts hin. So hebt er die Funktion aller Naturwissenschaft „für die Erkenntnis der Realität und damit auch für die Gestaltung unseres Weltbildes" [3]) hervor, desgleichen fordert er mit Karl Popper eine Konzeption von Rationalität, die sich nicht auf einen

[1]) Hans Albert, Plädoyer für kritischen Rationalismus, in: Das 198. Jahrzehnt. Eine Teamprognose für 1970 bis 1980, Hamburg 1969, S. 284. Ebenso in seinem Beitrag „Aspekte eines modernen Kritizismus" in: Soziologie zwischen Theorie und Empirie, herausgegeben von Willy Hochkeppel, München 1970, wo er die Verneinung der Anwendbarkeit von naturwissenschaftlicher Methode als ein Kennzeichen der „Frankfurter Schule" ansieht (S. 83 ff.).
[2]) Hans Albert, a.a.O., S. 282.
[3]) Hans Albert, a.a.O., S. 286.

bestimmten Bereich einschränken läßt [4]). Zugleich aber sucht Albert eine Strenge des theoretischen Denkens, die in allen empirischen Disziplinen einschließlich der gesellschaftswissenschaftlichen nicht verwirklicht ist, da in ihrem materiellen Gegenstandsbereich die Einheit von Einzelnem und Allgemeinem real verwirklicht ist. Wenn nach Albert bestimmte gesellschaftliche Systeme, bezogen auf ein spezielles Raum-Zeit-Gebiet, nur Quasigesetze und Quasikonstanten enthalten können, so bedeutet dies letztlich den Verzicht auf eine Erkenntnis der laufend sich verändernden sozio-ökonomischen Formationen, da ja unter diesen Bedingungen die Konsequenzen aus der Anwendung der mathematisch formulierten Gesetze ausbleiben [5]). Fordert Albert demnach eine selbst in den empirischen Naturwissenschaften kaum zu verwirklichende Situation (völlig konstante Bedingungen unter langen Zeiträumen), dann ist damit prinzipiell der Verzicht eines wissenschaftlichen Zugriffs auf die Gesamtgesellschaft ausgesprochen.

Albert postuliert und hält zugleich für erwiesen, daß zwischen Wissenschaft und Technik einerseits und Politik und Moral andererseits eine unüberbrückbare Kluft existiert. Er spricht in diesem Zusammenhang ausdrücklich von der Autonomie dieser Sphären bzw. von der Illegitimität jener Bewertungen, die die gezogenen Grenzen verletzen [6]). Politik und Moral müssen, nach Albert, in Konsequenz dessen als das Reich vorwiegender Irrationalität angesehen werden, womit jede Geschichtsphilosophie, betrieben in praktischer Absicht, identifiziert ist. Gegen Habermas und Apel explizit (gemeint ist vor allem Marx) behauptet Albert mit Ernst Topitsch, eine gesamtgesellschaftliche Untersuchung der Geschichte sei Theologie. Wissenschaftliche Teilprognosen und erst recht die Darstellung vergangener, gegenwärtiger und sich vorbereitender künftiger gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen erscheinen so als unmöglich.

Fallen Struktur und Erscheinung der Totalität der zu untersuchenden Objekte auseinander, so erhält eine Abbildung im Modell der Totalität nur eines Teils der in der gesellschaftlichen Wirklichkeit auftretenden Objektsystems gegenüber dem im kritischen Rationalismus durchgehaltenen Anspruch auf eine alle Komponenten der Wirklichkeit umfassende Abbildung bestenfalls den Rang einer wissenschaftlich unverbindlichen Beobachtung. Versteht man unter Rationalität eine gezielte Berechenbarkeit aller Ereignisse (Albert beruft sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf Max Weber [7]), dann ist die Geschichte gesellschaftlicher Strukturen nicht miteinbezogen, bleibt gegenüber der Behauptung der Rationalität stets nur eine Theorie der Fehlbarkeit menschlicher Vernunft, erscheint jedes mögliche Geschehen unter dem Blickwinkel einer nur beschränkt wirksamen Rationalität. Möglich sind allenfalls kausale und funktionale Analysen bestimmter, bereits existierender Problemlösungen in einem streng eingegrenzten Bereich. Der wissenschaftliche Zugriff auf die Gesellschaft wird indessen gerade durch den bewußten Verzicht auf die Erfassung aller, das Objektsystem bestimmenden Parameter zugunsten einer bewußt nur auf die entscheidenden Parameter desselben zielenden Modellbildung erreicht. Bierlein bezeichnet dies als einen Verlust an Information, der zugunsten einer Konzentration der verfügbaren Information in einer übersichtlicheren und geordneteren Form wirke. Verfahren und Methoden, die zusammengefaßt als operations research bezeichnet werden, zeigen, daß im Bereich der Mikro- und Makroökonomie gerade durch Verzicht auf

4) Hans Albert, a.a.O., S. 294.
5) Hermann Ley weist in diesem Zusammenhang auf Norbert Wiener hin, der die Anwendung des von ihm entwickelten mathematischen Apparates auf soziologische und wirtschaftliche Probleme vereinte (Hermann Ley, Philosophische Probleme der wissenschaftlichen Leitung des gesamtgesellschaftlichen Lebensprozesses der sozialistischen Gesellschaft, in: DZfPh., Sonderheft 1969, Berlin 1969, S. 147 ff.).
6) Hans Albert, a.a.O., S. 278.
7) Hans Albert, a.a.O., S. 293 ff.

die Berechenbarkeit jedes Ereignisses und durch Einbeziehen der das zu untersuchende System bestimmenden Randbedingungen bestimmte Teilprognosen über künftiges Verhalten desselben möglich werden.

Nun ist ein Modell „immer nur ein teilweises Abbild der Wirklichkeit" [8]; quantitative Begriffe bilden die Struktur des tatsächlichen Systems ab, mit deren Hilfe die tatsächlichen Verhältnisse simuliert und dem Wissenschaftler es ermöglicht wird, gleichsam auf abstrakter Ebene veränderte Verhaltensweisen des tatsächlichen Systems experimentell zu erproben.

Erklärt Albert einen so und so spezifisch bestimmten Bereich der Realität für das theoretische Denken für unerheblich, so zeigt sich am Beispiel der Entscheidungsproblematik, daß mathematische Modelle in ihrer Aufstellung immer an den Konstitutionsprozeß des allgemeinen, auf empirischer Ebene erarbeiteten, deskriptiven Modells gebunden sind, in das wesentliche Determinanten einer ganz speziellen realen Entscheidungssituation eingehen (Deskription bezieht sich immer auf die Außenwelt). Damit ist der Platz für mit Hilfe der mathematischen und statistischen Analyse erarbeiteten Modelle genau umrissen: sie untersuchen im Rahmen eines bestimmten deskriptiven Modells einer wirklichen Entscheidungsproblematik ganz spezielle Klassen von Entscheidungssituationen, bleiben jedoch zu jedem Zeitpunkt an die reale Entscheidungssituation mit allen Komponenten gebunden [9]). Verallgemeinernd könnte man sagen: Nicht alle Komplexitäten der realen Welt sind abzubilden, sondern die wesentlichen Komplexitäten sind hervorzuheben [10]).

Berücksichtigt man bewußt bei der Modellbelegung diesen aufgewiesenen Sachverhalt, dann wird eine effektive Nutzung desselben möglich: mit Hilfe der in quantitativen Begriffen erfaßten wesentlichen Strukturen das Verhalten eines bestimmten real existierenden Systems in eine neue Verhaltensweise zu überführen bzw. die Wirkungszusammenhänge der Systemkomponenten so zu verändern, daß die angestrebte neue Verhaltensweise erreicht wird.

Daß in einer sozialistischen Gesellschaft in das gesamtgesellschaftliche deskriptive Modell Parameter eingehen können, deren Benutzung unter monopolkapitalistischen Bedingungen aus Klasseninteresse unterbleiben muß, und daß die hieraus resultierende Effektivität durch eine bewußte Zuordnung der Untersysteme im sozialistischen Gesamtsystem letztlich dessen Überlegenheit kennzeichnet, sei hier als Konsequenz nur angemerkt.

Die Arbeit mit Modellen dient sowohl der Abbildung von verwirklichten als auch dem Entwurf in der Wirklichkeit noch nicht existierender Systeme. Wissenschaftliches Arbeiten ist heute weitgehend durch die Anwendung von Methoden der Modellbildung bestimmt. Wenn wir mit Steinbuch festhalten, daß die Anwendung eines Denkmodells bestimmt ist durch die Realität, die das Modell abbilden soll, durch das Bewußtsein respektive durch dessen Vorrat an verfügbaren Modellen, sowie durch das Problem, zu dessen Lösung das Modell benutzt wird [11]),

---

8) Churchmann/Ackoff/Arnoff, Operations research, München—Wien 1968, S. 23.

9) Den Nachweis der genauen Daten und Beziehungen, die in das Modell auf deskriptiver Ebene eingehen, findet man bei Horst Rittel, „Zur wissenschaftlichen und politischen Bedeutung der Entscheidungstheorie", in: Forschungsplanung. Eine Studie über Ziele und Strukturen amerikanischer Forschungsinstitute, München—Wien 1966, S. 114—128.
Ackoff und Rivett machen diesen Bezug noch deutlicher: „Daher muß der OR-Mann einen Weg finden, mit abstrakten Begriffen zu experimentieren, und immer danach trachten, zwischen der angenommenen Situation seines Experiments und der wirklichen Situation eine enge Beziehung aufrechtzuerhalten, ohne dabei die wirkliche Situation durch dieses Experiment in irgendeiner Weise zu beeinflussen" (Ackoff/Rivett, Industrielle Unternehmensforschung. Ein Leitfaden für Führungskräfte, München—Wien 1966, S. 42).

10) Hermann Ley, a.a.O., S. 155.

11) Karl Steinbuch, Realität und Modell, in: Philosophie und Kybernetik, herausgegeben von Karl Steinbuch und Simon Moser, München 1970, S. 139 ff.

somit „die Auswahl der ... interessierenden Objekte bereits historisch und gesellschaftlich bedingt ist" [12]), dann wird die Unmöglichkeit sichtbar, wissenschaftliche Arbeit bewußt gegen die Wirklichkeit abzugrenzen, sie allein als möglich durch den Verzicht auf die Annäherung an die gesellschaftliche Wirklichkeit zu erklären. Es „muß wohl unterstellt werden, daß beim Entstehen ebenso wie bei der Modifikation oder Konservierung bestimmter Denkmodelle überwiegend gesellschaftliche Prozesse wirksam sind" [13]).

II

Unter dem Begriff „Interaktion" bringt Habermas in der Hauptsache eine Theorie der „Sozialisation", wobei das Rollenkonzept des Sozialisationsvorgangs von ihm, umfassender als bei Talcott Parsons, auf die psychoanalytische Begründung ausgedehnt wird. An die Stelle theoretisch und praktisch relevanter sozialökonomischer Kategorien und sozialer Klassen setzt Habermas interiorisierte Motivationen, Geschlechtsrollenidentifikation und den Reifungsaspekt der Piaget'schen Entwicklungspsychologie. Da nach Habermas sich libidinöse und aggressive Triebansprüche zu den Erfordernissen der organisierten Selbsterhaltung dysfunktional verhalten [14]), müssen Institutionen in einem vorgegebenen Rahmen die Triebansprüche kanalisieren, woraus das Grundmodell einer Repression von Triebbefriedigung abgeleitet wird.

Mit der Annahme eines dadurch gekennzeichneten gesellschaftlichen Bereiches, — Habermas nennt ihn den institutionellen Rahmen einer Gesellschaft oder die sozio-kulturelle Lebenswelt [15]), durch kommunikatives Handeln [16]) charakterisiert — und dessen Kennzeichen Autonomie gegenüber dem Bereich „Arbeit" (Produktion) ist, entfallen Exploitation und Klassenunterdrückung als gesellschaftliche Kategorie und konkreter gegenwärtiger Sachverhalt. Sie werden gleichsam enthistorisiert und entbehren so der sozialökonomischen Begründung, die teilweise bei Parsons noch vorhanden ist.

Der mit der Kategorie „Arbeit" bezeichnete Bereich wird definiert durch „Sub-Systeme zweckrationalen Handelns", im weiteren Sinne von instrumentalem und strategischem Handeln [17]). Wirft Albert gelegentlich der „Frankfurter Schule" vor, eine rein instrumentalistische Deutung der Wissenschaft zu geben [18]), so trifft dies bei Habermas auf den von ihm mit „Arbeit" umschriebenen Bereich nicht zu. Bereiche, in denen Tätigkeiten nach Mustern zweckrationalen Handelns geregelt werden, erscheinen, von der Kategorie der „Interaktion" aus gesehen, als in sich geschlossen, autonom, als „black box". Die Frage nach dem Instrumentalcharakter wird hier völlig sekundär; für Habermas vornehmlich entscheidend bei der Einschätzung der Sub-Systeme zweckrationalen Handelns ist, daß der Funktionskreis des zweckrationalen Handelns nach und nach den Funktionskreis des kommunikativen Handelns absorbiert [19]). Es dominiert eindeutig eine Zwecksetzung dergestalt, daß die Verwissenschaftlichung der Produktion

12) Hermann Ley, Zu einigen Problemen inhaltlicher Informationsverarbeitung, in: DZfPh, Berlin, 4/1970, S. 425.
13) Karl Steinbuch, Realität und Modell, a.a.O., S. 143.
14) Jürgen Habermas, Praktische Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in: Gesellschaft, Recht und Politik. Wolfgang Abendroth zum 60. Geburtstag, Neuwied/Westberlin 1968, S. 141.
15) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", Frankfurt/Main 1968, S. 65.
16) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 62.
17) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 92.
18) So sieht Albert als eine der wichtigsten Komponenten im Denken der „Frankfurter Schule" die „ ... instrumentalistische Deutung der erklärenden Wissenschaft, die die Wissenschaft zu einem bloßen Kalkül im Dienste der Technik ohne tiefere Bedeutung für das menschliche Leben und die menschliche Erkenntnis herabwürdigen möchte" (Hans Albert, Aspekte eines modernen Kritizismus, a.a.O., S. 90).
19) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 83.

sowie die wachsende Verfügbarkeit ihrer Verfahren ausschließlich unter dem Blickwinkel der Gefahr einer kontrollierten Anpassung der soziokulturellen Umwelt an eben diese technischen Prozesse [20]) gesehen wird.

Das was Habermas den „Gesellschaftsprozeß" nennt, wird demnach durch „verdinglichte Modelle" — in sich geschlossen, unabhängig strukturiert, verselbständigt — umgestaltet. Diese Umgestaltung oder, wie Habermas sagt, „... die verdinglichten Modelle der Wissenschaften wandern in die soziokulturelle Lebenswelt ein ..." [21]), ist im Sinne von Repression des Menschen durch sein Produkt zu verstehen [22]); die Modelle gewinnen über das Selbstverständnis objektive Gewalt [23]). An die Vorstellung von „verselbständigten Systemen zweckrationalen Handelns" [24]) knüpft sich die Schlußfolgerung, daß diese Prozesse hingenommen werden müßten, jeglicher Kontrolle entzogen seien. In Konsequenz dessen sei inzwischen eine „gläserne Hintergrundideologie, welche die Wissenschaft zum Fetisch mache" [25]), dominant geworden. Wissenschaft und Technik würden diese Ideologie gleichsam zwangsläufig produzieren, die Auflösung der Herrschaft über den Menschen in eine wissenschaftlich betriebene Administration sei unmittelbar die Folge davon. Durch die Auslöschung „des Unterschieds von Praxis und Technik" [26]) sei das emanzipatorische Gattungsinteresse als solches getroffen. Habermas kann sich so mit Marcuse einverstanden erklären, wenn dieser Technik mit Produktionsverhältnis gleichsetzt bzw. davon spricht, daß die technisch fortschreitenden Systeme immer mehr der Kontrolle der gesellschaftlichen Subjekte entgleiten.

Mit der Feststellung der Undurchschaubarkeit der „verdinglichten Modelle der Wissenschaften" ist jede unterentwickelte Produktionsweise hochgelobt. Offensichtlich geht Habermas von der Vorstellung aus, eine unterentwickelte Produktionsweise gestatte den Durchblick durch ihre Strukturen. Auf dieser Stufe sei es eben dem einfachen Warenproduzenten möglich, das Sub-System zu wählen, das die Bedürfnisse seiner Existenz befriedige. So gelte im Bereich des institutionellen Rahmens eine allgemeine und herrschaftsfreie Interaktion, durch die jederzeit eine Kontrolle der der Produktionsstufe eigenen technischen Systeme gewährleistet ist.

Gerade dies aber soll nun auf dem gegenwärtigen Stand der Produktionsweise nicht mehr zutreffen. Angesichts der fortschreitenden Verselbständigung von Wissenschaft und Technik (nach Habermas ausgedrückt durch deren Ablösung vom kapitalistischen Produktionsrahmen) erscheint es konsequent, unter dem Begriff einer „Entschränkung der Kommunikation" [27]) eine „Praxis" vorzuschlagen, die als Reservat eines weder nach Begriffen noch nach Zwecken verstandenen Handelns angesehen wird. Demgegenüber wird Rationalität einer Kategorie von Arbeit zugeordnet, die keine Beziehung zu der Gesamtheit gesellschaftlicher Beziehungen besitzt. Durch das Medium der sprachlich vermittelten Interaktion, durch Relexion — nichts anderes besagt die „Praxis" — sollen Grundsätze und Normen zum Handeln erarbeitet werden [28]). Nicht die Beherrschung

---

20) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 91.
21) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 91.
22) Hierfür nur zwei Beispiele, die Habermas anführt: „Die Führung der Mensch-Maschine-Systeme ist auf die Maschine übergegangen." „Segmente menschlichen Verhaltens sind ... auf die Ebene von gesteuerten Maschinenteilen herabgesetzt worden." Aus: Praktische Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, a.a.O., S. 125.
23) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 91.
24) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 91.
25) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 88 ff.
26) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 91.
27) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 98.
28) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 98.

der in Natur wie Gesellschaft vordringenden wissenschaftlich-technischen Strukturen auf der Basis einer gesamtgesellschaftlich verstandenen Rationalität kann dabei das Ziel sein. Habermas geht es um das im Miteinandersprechen zusammenlebender Bürger entstehende historisch bestimmte und gesellschaftlich normierte Vorverständnis des in konkreter Lage praktisch Notwendigen [29]), in dem jene Wertorientierungen entstehen, an denen der Kommunikationsprozeß der wissenschaftlichen und politischen Experten „festgemacht" [30]) ist. Jenes Vorverständnis eröffnet die Möglichkeit, dasjenige wissenschaftlich-technische Potential auszuwählen, „das wir zum Zwecke der Befriedigung und der Befriedigung der Existenz wollen können" [31]) — jedoch nicht von der Beschränkung der gesellschaftlichen Tätigkeit auf symbolische Interaktionen ablenken kann [32]).

III

Als möglich erscheint demnach allenfalls ein „pragmatistisches Modell" [33]), das eine Beratung politisch Verantwortlicher durch Wissenschaftler gestattet. Daß diese Möglichkeit den konstatierten Gegensatz von Technik und Praxis, instrumentalem und kommunikativem Handeln keineswegs aufhebt, macht Habermas selbst deutlich: „Eine Zurückführung der Interaktion auf Arbeit oder eine Ableitung der Arbeit aus Interaktion ist nicht möglich" [34]). Der ausdrücklichen Beschränkung der ratio auf bestimmte Teilbereiche der gesellschaftlichen Tätigkeit (Rationalität im Sinne von Max Weber als Quantifizierung, die zudem noch an die Gesellschaftsform des Kapitalismus gebunden ist) steht eine ebenso ausdrücklich von der Rationalität distanzierte Reflexion gegenüber, deren Aufgabe sich im Sichtbarmachen wertorientierter Bedürfnisse erschöpft.

Daß Wissenschaft und Technik indessen keineswegs durch eine wie immer geartete Tendenz zur Verselbständigung (emanzipatorischer Charakter der Produktivkräfte) gekennzeichnet sind bzw. die Möglichkeit, sie „bewußt in Regie zu nehmen" [35]), ausschließlich an ein traditionsabhängiges Selbstverständnis im Sinne von nur hermeneutisch aufzuklärendem Bewußtsein [36]) gebunden ist, wie Habermas postuliert, läßt sich gut am Beispiel konzerneigener Forschung und Entwicklung zeigen. Alle wissenschaftliche Arbeit erhält hier ihre Zielsetzung durch die spezifische Interessenlage des Konzerns; allgemein gilt, daß „eine Qualitätskontrolle über Arbeitsvollzüge von einer höheren Ebene des Managements innerhalb der Organisation aus vorgenommen wird, statt auf Grund allgemeiner berufsspezifischer Normen und Gesetze geregelt zu werden" [37]). Forschung ist ausschließlich dann von Bedeutung, wenn die Ergebnisse dieses Produktionsprozesses das Gewicht (im Sinne von Macht) der betreffenden Organisation in ihrer Umwelt erhöhen. Die anscheinend unabdingbare Freiheit bei der Auswahl von Forschungsproblemen kollidiert unausweichlich mit der Interessen-

---

29) Jürgen Habermas, Verwissenschaftliche Politik in demokratischer Gesellschaft, in: Forschungsplanung. Eine Studie über Ziele und Strukturen amerikanischer Forschungsinstitute, München—Wien 1966, S. 135.
30) Jürgen Habermas, ebenda.
31) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 99.
32) Hermann Ley verdeutlicht diese Beschränkung: „Wird die ratio auf Quantifizierung . . . beschränkt, dann erfolgt mit dem Annehmen einer als notwendig erachteten Technokratisierung eine Verarmung der Vernunftanwendung und eine Beschreibung der Tätigkeit der menschlichen Gesellschaft, die die Beziehungen der Menschen untereinander nicht ausnutzt, die Revolutionierung und Evolution dieser, wesentliche Potenzen der Produktivität setzenden, Strukturen ausschließt." Aus: Hermann Ley, Philosophische Probleme der wissenschaftlichen Leitung . . ., a.a.O., S. 150 ff.
33) Jürgen Habermas, Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft, a.a.O., S. 133.
34) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 33.
35) Jürgen Habermas, Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft, a.a.O., S. 141.
36) Jürgen Habermas, ebenda, S. 135.
37) Stewart P. Blake, Forschung, Entwicklung und Management. Ein praktischer Leitfaden, München—Wien 1969, S. 81.

setzung der Organisation, die „nicht in der Förderung der Wissenschaft um ihrer selbst willen besteht, sondern in der Verteidigung oder Versorgung des Landes oder in der Herstellung von Konsumgütern" [38]).

Wird damit bereits ein sehr „bewußtes in Regie nehmen" von Wissenschaft durch eine genau definierte Gruppe — fernab von jeder symbolischen Interaktion — sichtbar, so gehen deren Zielsetzungen in den Prozeßverlauf der Forschung selbst ein: „Wissenschaftler haben gelernt, Grundlagenforschung höher einzuschätzen als angewandte Forschung — die angewandte Forschung aber bringt Geld" [39]). Wie überträgt man Forschungsergebnisse auf wirkliche Anwendungsmöglichkeiten — mit dieser Frage ist jede wissenschaftliche Arbeit im Konzern unausweichlich konfrontiert. Will Habermas von jedem Klassenbegriff abstrahieren [40]), Wissenschaft und Technik allein im Rahmen eines — vorsichtig ausgedrückt — reichlich unbestimmten „Vorverständnisses" reflektieren, so begreift der Ideologe des Konzernkapitals Blake ungleich schärfer den konkreten Stellenwert der vordringenden Verwissenschaftlichung von Strukturen für die Durchführung der Ziele seiner Klasse. Geht Habermas hinter jedes historisch bestimmte Klasseninteresse zurück [41]), so stellt Blake umgekehrt das spezielle Klasseninteresse des Konzernkapitals in den Mittelpunkt, wenn er nach der Methodik der Adaption von Wissenschaft zum Zwecke der optimalen Erfüllung von Konzernzielen sucht.

Liefert das angeführte Beispiel bereits einen eindeutigen Hinweis auf den Instrumentalcharakter von Wissenschaft zur Beherrschung der natürlichen und sozialen Umwelt durch eine bestimmte Gruppe, so läßt sich weiter an Hand der Modellbetrachtung zeigen, daß kein Ereignis oder Geschehensbereich innerhalb eines Systems (im umfassendsten Sinn) als autonom aufgefaßt werden darf, sie zwar innerhalb desselben einen objektiven, aber keinen absoluten Wert darstellen [42]). Eröffnete bei der Betrachtung der Albert'schen Position gerade der bewußte Verzicht auf die Einbeziehung aller Parameter in das Modell die Möglichkeit der Abbildung und des Entwurfs von gesellschaftlichen Strukturen, so ist gegen Habermas unbedingt auf der als Grundvoraussetzung in das Modell eingehenden Abhängigkeit desselben von der natürlichen und gesellschaftlichen Außenwelt zu insistieren. Ein Computer-Programm beispielsweise kann nach Simon gerade nicht unter dem Verzicht auf Stimuli aus der Umwelt und der zu lösenden Aufgabe aufgebaut werden. „Es ist vielmehr ein Programm, das das Verhalten des Systems weitgehend von der Aufgabenumwelt abhängig macht (Sperrung v. Verf.), von den gesteckten Zielen und von aus der Umwelt gewonnenen Anhaltspunkten, die anzeigen, ob man diesen Zielen näherkommt" [43]). In den aufeinanderfolgenden drei Phasen der Modellbildung (Bierlein) läßt sich gut die unbedingte Abhängigkeit des wissenschaftlichen Modells von beliebiger hierdurch abgebildeter Realität als Grundvoraussetzung überhaupt ablesen [44]).

Entfällt so bei Habermas die Abbildung natürlicher und gesellschaftlicher Prozesse, damit die Erfassung der Übergänge in den Erscheinungen, ihrer Ver-

---

38) Stewart P. Blake, ebenda, S. 82.
39) Stewart P. Blake, ebenda.
40) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 91.
41) Jürgen Habermas, ebenda.
42) Hermann Ley, Zu einigen Problemen inhaltlicher Informationsverarbeitung, a.a.O., S. 428.
43) Herbert A. Simon, Perspektiven der Automation für Entscheider, Quickborn 1966, S. 95 ff.
44) Mit der Kategorie „Ordnungsaspekt" ist das Bemühen gekennzeichnet, schon in den Modellansatz nur eine unter bestimmtem Gesichtspunkt interessierende Information über einen bestimmten Abschnitt der Realität eingehen zu lassen — immer auf der Grundlage von sogenannten „Reaktionsprotokollen" über diese Realität. Vgl. hierzu Dietrich Bierlein, Bemerkungen zum Thema „Realität und Modell", in: Philosophie und Kybernetik, herausgegeben von Karl Steinbuch und Simon Moser, München 1970, S. 153 ff.

änderung und Entwicklung, dann bleibt auch der Entwurf möglicher, künftiger Strukturen verweigert, gilt die bewußt in Regie genommene Entfaltung der Produktivkräfte als Kennzeichen einer sogenannten „post-histoire" [45]). Der damit ausgesprochenen Abwertung einer künftiges Wissen produzierenden Schicht stellt er die Aufklärung der politisch Handelnden über das Selbstverständnis ihrer Interessen und Ziele [46]) angesichts des Potentials von Sub-Systemen zweckrationalen Handelns entgegen, die sie zugleich befähigen soll, auf Grund der neu interpretierten Bedürfnisse die Richtung ihres künftigen technischen Wissens zu bestimmen [47]).

Die beschleunigte Verwissenschaftlichung der Produktion ist „Nicht-Geschichte", in der jeder mögliche Handlungsspielraum vernichtet erscheint; möglich ist nur eine Qualifizierung der bestehenden Herrschaftsstruktur im Rahmen eines „pragmatistischen Modells". Was anders wird damit ausgesprochen als die Überzeugung, eine andere als die kapitalistische Gesellschaftsformation sei unfähig, mit der Verwissenschaftlichung auszukommen.

45) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 88.
46) Jürgen Habermas, Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft, a.a.O., S. 141.
47) Erich Hahn merkt hier treffend an: „Also Politikberatung zur Perfektionierung des Herrschaftssystems, Qualifizierung der Machtausübung, ohne deren Klassencharakter in Frage zu stellen, Reformen zur Verbesserung, nicht zur schrittweisen Änderung der Gesellschaftsordnung." Vgl. hierzu Erich Hahn, Die theoretischen Grundlagen der Soziologie von Jürgen Habermas, in: Die Frankfurter Schule im Lichte des Marxismus, Frankfurt/Main 1970.

Bücher

Zur Frage der ausländischen Arbeiter

Leben als Gastarbeiter, Geglückte und mißglückte Integration, Hrsg. von Karl Bingemer, Edeltrud Meistermann-Seeger und Edgar Neubert. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1970, 235 Seiten, 28 DM.

Paolo Cinanni, Emigration und Imperialismus, Zur Problematik der Arbeitsemigranten. Mit einer Einleitung der Verlagskooperative. Trikont-Verlag, München 1970, 216 Seiten, 12,80 DM.

Eine seichte Welle deskriptiver Berichte, die sich in ihrer Mehrheit weder um empirische Ergebnisse noch um theoretischen Tiefgang bemühen, verwässerte in der letzten Zeit die Problematik der ausländischen Arbeitskräfte derartig, daß man selbst in der Linken über eine zwar vollauf berechtigte, den Einzelfall aber nicht überschreitende Kritik der üblen Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht hinauskam und somit fast unvermeidlich die ausländischen Arbeiter zu einem Objekt der Caritas und Mitmenschlichkeit degradierte.

Die vorliegenden Bücher leisten auf sehr verschiedene Weise einen Beitrag zur theoretischen und empirischen Untersuchung dieses Problemkreises.

Die von einem Kölner Psychologen- und Soziologen-Team nach einer dreijährigen Untersuchungsarbeit über vier Gruppen (Italiener, Spanier, Griechen und Türken) vorgelegte Schrift „Leben als Gastarbeiter" fand in den verschiedensten Zeitungsrezensionen eine sehr positive Würdigung, die bis zur begeisterten Zustimmung reichte [1]). Dies ist nur erklärbar aus der bisweilen behaupteten Zielrichtung des Buches, näm-

1) Eberhard Nitschke, „Spanier leben auf dem Land, Griechen bringen ihre Frauen mit", in: „Die Welt", 14. 3. 1970; Ulla Schickling, „So gut wie kein einziges Klischee stimmt", in: „Frankfurter Rundschau", 6. 6. 1970; H. Jürgen Gießler, „Gastarbeiter in der Bundesrepublik", in: „Deutsche Volkszeitung", 19. 6. 1970.

lich den Abbau von Vorurteilen bei Deutschen und Ausländern und die Integration der letzteren zu beschleunigen; in dieser Absicht wird z. B. die Kriminalitätsquote der Gastarbeiter untersucht, wobei man zu dem Ergebnis kommt, daß „die Delinquenz von Kölnern und Gastarbeitern ungefähr gleich hoch ist" (S. 164) und daß unter Einbeziehung der Eigentumsdelikte die Kriminalitätsziffer der Kölner fast dreimal so hoch wie die der Gastarbeiter ist (S. 163). Vermutlich wertete man dieses Buch deshalb so hoch, weil in solchen Aussagen die Lösung der Gastarbeiterfrage vermutet wird.

Offensichtlich war das Ziel der Verfasser jedoch weitreichender, was auch aus dem Titel geschlossen werden kann. Kapitelüberschriften wie „Arbeit und Beruf", „die soziale Situation der Gastarbeiter", „das Heim" indizieren den mißlungenen Versuch, am Beispiel der Situation in Köln eine Fallstudie über „das Leben als Gastarbeiter" zu erstellen. Zu bemängeln ist an dieser Arbeit nicht nur der vollständige Verzicht auf jeden expliziten theoretischen Bezugsrahmen, die auch im Nachwort hervortretende „Ideologie der Ideologielosigkeit" und darüber hinaus eine völlige Negation sozio-ökonomischer Data, sondern die unproblematisch bezogene Betrachtungsposition von Unternehmern, die immer wieder zu vermerken ist.

Der Rest ist die Registration von bloßen Erscheinungsformen, die mit wirren psychologischen Deutungen durchsetzt werden. So kommt beispielsweise Karl Bingemer zu der Erkenntnis, daß ausländische Arbeiter nicht etwa deshalb ihre Heimat verlassen, weil sie im Zuge der Einführung kapitalistischer Produktionsmethoden in den zumeist agrarischen Gebieten Südeuropas und Kleinasiens arbeitslos werden, sondern weil „Gastarbeiter mit ihrem Ausreißer-Ich der strengen Gesetzlichkeit ihrer Väter entkommen wollen." (S. 29) Der Hungertod in Sizilien ist wahrlich nicht so aufregend, aber die Ödipalkonflikte sind nicht mehr erträglich. Dieses Argument wird nicht etwa als Komponente der Emigrationsursachen, sondern durchaus monokausal verwandt.

Im wesentlichen untersuchen die Autoren die „Einstellung der Gastarbeiter zu den folgenden fünf Bereichen: 1) Arbeit, insbesondere Arbeitnehmer, Fluktuation am Arbeitsplatz, Einkommen, Sparen und Geld; 2) Herkunft, insbesondere Ursprungsland, Motiv zur Aufnahme ihrer Arbeit in Deutschland, historische und politische Zusammenhänge; 3) Familie, das Verhältnis zu Kindern, Jugendlichen, Frauen und Sexualität im allgemeinen; 4) Soziales Feld, insbesondere Wohnen, Gemeinschaftsräume, Heime, Schulen, Sprachen, Information und Fürsorge; 5) Krisen, insbesondere Krankheit und Kriminalität." (S. 41)

Dieser Themenkatalog nimmt sich nicht schlecht aus, verspricht jedoch weitaus mehr als er hält. Dort wo die Beschreibung der „Charakterstrukturen" den anekdotischen Rahmen verläßt, verfällt man in übelsten Positivismus, und das sicherlich nicht ungewollt: die Tatsache etwa, daß „für 62 Prozent der Griechen Industrielle, Fabrikanten, Reeder und Bankiers (in ihrer Heimat) die Macht in der Hand haben" (S. 52), eine durchaus realistische Einschätzung also, bei der allenfalls der CIA noch vergessen wurde, und die konstatierte „Feindseligkeit gegenüber dem Obristen-Regime" wird ohne jeden Kommentar vermerkt, ja es wird damit sogar die „intensivere polizeiliche Überwachung" (eine sehr gelinde Umschreibung für den Terror des griechischen Geheimdienstes in der BRD) legitimiert.

Der apologetische Charakter des Buches entpuppt sich zusehends, wenn z. B. von der „Partnerschaft zwischen deutschen Unternehmern und ausländischen Arbeitskräften" gesprochen wird und Ausländer nur deshalb beschäftigt werden, weil „der primäre Zweck deutscher Unternehmer die Steigerung des Sozialproduktes" ist. (S. 87) Bedauernd wird vermerkt, daß die ausländischen Arbeitskräfte „die integrationspositiven (sic!) deutschen Freizeitmuster" noch nicht übernommen haben (S. 122), obwohl „die Freizeit die große Chance bietet, sich in die Gesellschaft aktiv einzugliedern." (S. 113) Von kritischer Betrachtung oder gar Distanz zur „Freizeitindustrie", die die im Arbeitsprozeß erfahrene Entfremdung verlängert, ist nichts zu spüren.

Kein Wort der Kritik fällt zur Repression in den Firmenheimen und über die unverschämte Ausbeutung der ausländischen Mieter. Zwar fordert man den Ausbau des sozialen Wohnungswesens, dies aber aus funktionellen Überlegungen, denn „die

Wirtschaft (hat) eine zunehmende Nachfrage nach weiblichen Gastarbeitern, was die Familienzusammenführung fördert." (S. 138) Die Empörung und der Protest gegen die Praktiken der Vermieter erklärt man durch die mangelnde Vertrautheit mit den deutschen Wohnungspreisen. „Wenn sich Gastarbeiter dennoch darüber beklagen, daß sie unter dem Wucher deutscher Vermieter zu leiden haben, so ist das neben ihrem begründeten Mißtrauen vor Ausnutzung eine Folge der von ihnen aus der Heimat mitgebrachten Preisvorstellungen, nach denen nur ein Bruchteil der hier aufzuwendenden Summen für Mietzins auszugeben wäre." (S. 136)

Welchen Kreisen dieses Buch gewidmet ist, soll abschließend am deutlichsten Beispiel gezeigt werden: die geforderte Familienzusammenführung. Hierfür werden drei Argumente angegeben: Erstens braucht die „deutsche Wirtschaft" zunehmend extrem billige weibliche Arbeitskräfte aus dem Ausland; zweitens wird damit der Devisenabfluß gestoppt; drittens ist „die Familie das integrativste Mittel überhaupt". (S. 191) Worauf sich die letzte Bemerkung bezieht, wird dem Leser freigestellt; sie kann sicherlich bezogen werden auf die psychischen und sexuellen Defekte, die durch langjährige Trennung verursacht werden können, obwohl die Verfasser dies mit keinem Wort erwähnen; darüber hinaus meint man, so dem gefürchteten „politischen Linksextremismus" vorbeugen zu können.

Ein Beitrag ganz anderer Art ist die im Trikont-Verlag erschienene Studie Paolo Cinannis, der sich aus italienischer Sicht um eine Klärung der „Problematik der Arbeitsemigranten" bemüht. Darüber hinaus hat die Verlagskooperative das Buch mit einer Einleitung versehen, in der m. E. zum ersten Mal versucht wird, das Problem der ausländischen Gastarbeiter in der BRD mit marxistischen Kategorien anzugehen. Die Funktion der ausländischen Arbeiter wird insbesondere in der Ausdehnung der industriellen Reservearmee gesehen, die aus verschiedenen Gründen in der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg stark dezimiert war. Seit 1959 ist so eine sprunghafte Zunahme ausländischer Arbeiter in der BRD zu beobachten. Zwar ist der Gesamtanteil der ausländischen Arbeitskräfte in der BRD mit 8 Prozent der produktiven Bevölkerung noch relativ niedrig; die Bedeutung des enormen Anstiegs nach 1959 geht jedoch aus einer anderen Relation klarer hervor. Der Anteil der ausländischen Arbeiter am Zuwachs der produktiven Bevölkerung betrug 1959 32,5 Prozent; 1962 45,1 Prozent und 1965 sogar 61,4 Prozent. Mit leider wenig empirischem Material formuliert man so die wohl korrekte Einschätzung, die die ausländischen Arbeiter als Teil der Arbeiterklasse betrachtet und nicht als ihren Wurmfortsatz, als ein Subproletariat, das beliebig beschäftigt und entlassen wird. Die Analyse der Entwicklung während der Rezession 1966/67 zeigt deutlich, daß zwar ein unverhältnismäßig hoher Anteil ausländischer Arbeiter ihre Arbeitsverträge nicht mehr verlängern konnte (1966 1,313 Mio. ausländische Arbeiter in der BRD; 1967 nur noch 991 Tsd.), daß „sich aber kein ökonomisches Gesetz ableiten (läßt), daß die ausländischen Arbeiter im Falle einer Krise oder eines Konjunkturrückganges zuerst und allein betroffen sind." (S. 9) Tendenziell profitiert das deutsche Kapital eindeutig von der verstärkten Konkurrenz unter den Arbeitern [2]). Die Herausgeber behandeln in der Einleitung besonders die Probleme der politischen Organisation und Tätigkeit ausländischer Gastarbeiter, die sich durch die Spaltung der Arbeiterklasse in nationalistische Fraktionen sehr schwierig gestaltet. „Die Strategie des Kapitals, die die Arbeitsemigranten zielbewußt als Streikbrecher, zur Drückung des Lohnes und zur Intensivierung des Leistungszwanges und der Ausbeutung einsetzte, wurde nicht mit einer qualitativ gleichwertigen internationalistischen Agitations- und Aktionsstrategie beantwortet, sondern ... verwandelte sich gegenüber dieser Frage traditionellerweise letztlich in eine national bestimmte

[2]) Rolf Weber, Leiter der Abteilung für Arbeitsmarkt, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung beim Bund Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) formulierte diesen Tatbestand auf dem Höhepunkt der Rezession folgendermaßen: „Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß gerade die Betriebe, die durch eine Verschlechterung der Auftragssituation einer gewissen Belastung ausgesetzt sind, in erster Linie daran interessiert sein müssen, die besten Kräfte zu halten. Das bedeutet, daß Qualität vor Nationalität geht. Erfahrungsgemäß haben sich die Betriebe, wenn man einmal von strukturbedingten Entlassungen absieht, in erster Linie von den„ Fußkranken des Arbeitsmarktes" getrennt. Das brauchen also nicht ausländische Arbeitskräfte zu sein. Es waren Arbeitskräfte, die in den zwei Jahren der Hochkonjunktur durch besonders große Fehlzeiten, Disziplinlosigkeit und starke Fluktuationsneigung aufgefallen waren." (Strukturfragen der Ausländerbeschäftigung, Hrsg. von Joh. Chr. Papalekas, Herford, 1969, S. 57 f.)

Strategie gegen die Arbeitsemigranten als „Konkurrenten" der eigenen „nationalen Arbeiterklasse".

Cinanni untersucht nicht zufällig die Auswirkungen der Emigration auf Italien. Er stellt fest, daß im „Laufe der letzten neunzig Jahre — von 1876 bis 1965 — in Italien insgesamt 24,675 Mio. Auswanderer registriert" wurden, im Jahresdurchschnitt des Zeitraumes 1946—1965 jährlich etwa 292,7 Tsd. Menschen. (S. 50 f.) Dadurch wird der natürliche Bevölkerungszuwachs Italiens, der in dieser Zeit 32,168 Mio. betrug zu 75 Prozent ausgeglichen. Die Zahl der Auswanderer aus dem Mezzogiorno, also Calabrien, Sizilien, Sardinien usw. stieg dabei ständig an und betrug 1958—1968 bereits 69,9 Prozent der gesamten Auswandererzahl, wobei noch zu bemerken ist, „daß die Auswanderung aus dem Industriedreieck (gemeint ist das Gebiet Mailand, Turin, Genua) traditionellerweise hauptsächlich auf europäische Länder gerichtet ist und im Vergleich mit der Auswanderung nach Übersee mehr temporären Charakter hat: diese Tradition wird auch durch die Daten der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bestätigt." (S. 53) Als negative Folgen der Emigration für Italien, die Cinanni mit einer schon fast ermüdenden Materialfülle belegt, bezeichnet er vor allem die zahlenmäßige Abnahme der Männer gegenüber den Frauen (1881 kamen auf 100 Frauen 100,5 Männer; 1961 nur noch 96) und die starke Verringerung der Altersgruppen zwischen 16 und 45. Weiter trägt nach Cinannis Meinung die Emigration zur Vertiefung des Gegensatzes zwischen Süd- und Norditalien bei, denn im Süden mangelt es nach seiner Meinung nicht nur an industriellen Unternehmen, sondern besonders an qualifizierten Arbeitskräften. Wenn man dieser Argumentation auch nicht vollständig folgen kann, scheint das leider nur angeschnittene Problem der politischen Kastration, des Verlustes an politischer Kraft durch die starke Emigration im Süden bedeutend zu sein.

Bevor Cinanni auf die positiven Auswirkungen der Emigration für die Gastländer am Beispiel von Frankreich, der BRD, den Niederlanden, Belgien, Luxemburgs, der Schweiz und den USA im einzelnen untersucht, faßt er die dort belegten Ergebnisse in einem Kapitel über die „Vorteile der Immigration" zusammen. Neben der bereits konstatierten Auswirkung, nämlich der

Frieden für Europa

Gedanken zur
europäischen Sicherheit
Herausgegeben
und eingeleitet
von Herbert Oberste-Lehn

In diesem Taschenbuch wird aus verschiedenen sozialdemokratischen Positionen die Problematik der europäischen Sicherheit erörtert.

Beiträge von Frank Allaun, Abgeordneter, England; Prof. Finocchiario, Abgeordneter, Italien; K. H. Hansen, MdB, Bundesrepublik; Prof. G. Klein, Niederlande; R. Paasio, Abgeordneter, Finnland; Prof. Rolin, Staatsminister, Belgien; und als Gast Dr. P. Klein, Berlin, DDR.

Im Anhang ein Dokumententeil mit Auszügen aus Erklärungen und Programmen sozialdemokratischer Parteien Europas sowie Auszüge aus Regierungserklärungen und Memoranden der NATO und des Warschauer Paktes zum Thema europäische Sicherheit.

112 Seiten 4,90 DM

W. Runge-Verlag
2 Hamburg 26, Postf. 260 546

verstärkten Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse, der Erhöhung des produktiven Bevölkerungsanteils im Alter von 16—45 Jahren, bezeichnet er den entscheidenden Vorteil: „Im Wettbewerb der Ökonomien der verschiedenen EWG-Länder werden jene bestimmend sein, die die höchste Produktionsrate und Kapitalakkumulation erreichen. Durch die Einsparung der Ausbildungskosten der eingewanderten Arbeitskräfte und durch die Möglichkeit über eine höhere Zahl von Arbeitskräften als sie das eigene System hervorgebracht hat, zu verfügen, können die Immigrationsländer ihre Produktionsrate und Kapitalakkumulation beträchtlich erhöhen." (S. 105) Wenn dies terminologisch auch unsauber formuliert ist, so kann man doch festhalten, daß einfache und qualifizierte Arbeitskräfte in einen gesellschaftlichen Produktions- und Ausbeutungsrahmen integriert werden, in dem zuvor die Produktions- und möglicherweise die Ausbildungskosten nicht aufgebracht werden mußten. Darüber hinaus ist der einer anderen historischen Umgebung entsprechende Preis der ausländischen Arbeitskräfte häufig niedriger als derjenige der inländischen: „Der unterschiedliche Zivilisationsgrad und folglich auch die unterschiedlichen täglichen Bedürfnisse der aus unterentwickelten Gebieten importierten Arbeitskräfte (die zumindest in der ersten Zeit die Gewohnheiten und Bedürfnisse des Herkunftslandes beibehalten) bilden für den kapitalistischen Importeur einen ersten Vorteil und ermöglichen es, eine Arbeitskraft auszubeuten, die ihm gesteigerten Mehrwert garantiert." (S. 182)

Besonders wichtig erscheint auch die Behandlung der „Rimessen", also der überführten Ersparnisse der Arbeitsemigranten. „Emigrationsapostel stellten die Rimessen schon immer als positives Ergebnis hin", die Emigration „verwandle also arme Emigranten aus dem Süden in eine Klasse von Kleinkapitalisten." (S. 188) Gegen diese Behauptungen führt Cinanni zunächst einmal an, daß sich an den Besitz- und Eigentumsverhältnissen im Süden durch die hundertjährige Geschichte der Emigration nichts geändert habe, um danach den offenen Zynismus dieser Argumentation zu entlarven: „Die Rimessen sind Ergebnis der Aufopferung, des Verzichts und der Mehrarbeit des Emigranten: er versagt sich alles, was die elementarste Bedürfnisbefriedigung übersteigt und macht außerdem Überstunden ... Der Emigrant reduziert seinen Lebensstandard auf die Befriedigung physiologischer Bedürfnisse und verlängert seinen anstrengenden Arbeitstag; nur deshalb kann er am Monatsende seine kleinen Ersparnisse nach Hause schicken ... Die Rimessen sind also keine Entschädigung; sie stellen nur die Differenz dar zwischen den normalen Lebenshaltungskosten des einheimischen Arbeiters, die sich im Durchschnittslohn niederschlagen und den stark reduzierten Lebenshaltungskosten der Emigranten ... Wer seine Familie nachholt und sich allmählich dem lokalen Lebensstandard anpaßt, kann nichts mehr sparen und daher auch keine Rimessen schicken." (S. 191)

Wenn auch die empirischen Untersuchungen Cinannis nur begrüßt werden können, so ist jedoch eine Kritik an seinen politischen Schlußfolgerungen nötig, die z. T. auch in der Einleitung geübt wird. So wie Cinanni fälschlich und undifferenziert konstatiert, daß z. B. der „Schweizer Bevölkerung" die enorme Ausbeutung der Arbeitsemigranten zugute kam (S. 200), und es damit unterläßt, das Kapital als Profiteur dieser Situation zu bezeichnen, fordert er umgekehrt, wobei er ebenso von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen abstrahiert, die „Redistribution des Superprofites" (S. 136), Entschädigungsleistungen der Industriestaaten, die an den kapitalistischen Staatsapparat Italiens zu entrichten wären. Abgesehen von der idealistischen Komponente dieser Forderung beruht sie auf falschen ökonomischen Überlegungen. Cinanni stellt diese Forderung in der Hoffnung, der italienische Staat werde solche Gelder für die Entwicklung des Südens investieren. Er übersieht dabei, daß dies eine Entwicklung und Unterstützung der kapitalistischen Entwicklung wäre und das Volk wohl kaum davon profitierte und daß der italienische Staat und das Kapital überhaupt nicht daran denken, eine größere Industrialisierung dieses Raumes anzugehen. Weiter wird in der Einleitung darauf verwiesen, daß solche Entschädigungsleistungen zwischen kapitalistischen Staaten wohl nicht denkbar sind. (S. 25) Darüber hinaus kann auch der einleitenden Kritik darin beigepflichtet werden, daß Cinanni dazu tendiert, die Bedeutung der Arbeitsemigranten zu überschätzen, wenn er z. B. das „deutsche Wirtschaftswunder" allein auf die Beschäftigung ausländischer Arbeiter zurückführt (S. 127). Aus solchen Sätzen entsteht

der Eindruck, als beruhe der durch den Imperialismus aufgehäufte Reichtum wesentlich auf der Verwertung von Arbeitskräften aus den europäischen Peripherieländern. Daß das Emigrationsproblem nur eine spezifische Ausdrucksform des Imperialismus ist, kommt bei Cinanni zu kurz." (S. 28)

Die Empfehlung des Cinanni-Buches beruht demnach nicht nur auf dem wesentlich erschwinglicheren Preis, sondern insbesondere darauf, daß der Verlag zu Recht vermutete, daß der Text Cinannis ein „wichtiger Beitrag zur Diskussion der bundesrepublikanischen Linken" ist.

Uwe Krombach

Soziologie der Landjugend

Ulrich Planck, Landjugend im sozialen Wandel — Ergebnisse einer Trenduntersuchung über die Lebenslage der westdeutschen Landjugend. Juventa Verlag, München 1970, 296 Seiten, broschiert, DM 22,80.

Jugend ist in Mode gekommen, dennoch — besser: deshalb — ist es sicherlich notwendig, gesicherte Informationen über ihre Einstellungen und Verhaltensweisen zu erhalten. Aufgrund ihrer Zusammensetzung aus verschieden strukturierten Gruppen sind entsprechende empirisch-soziologische Untersuchungen, die als Zielgruppe die gesamte bundesrepublikanische Jugend zu erfassen suchen, nicht möglich. Also hat auch Ulrich Planck, Professor und Leiter der Abteilung für ländliche Sozialforschung an der Universität Hohenheim, sein Untersuchungsthema begrenzt auf die Landjugend. Als solche wurden alle 17- bis 28jährigen definiert, die in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern leben. Ein zeitlicher Vergleich mit Ergebnissen einer fast gleich angelegten Untersuchung von 1955 — die neuerliche wurde 1967/68 durchgeführt — sollte gleichzeitig Aufschluß geben über die Weise, in der die Landjugend den sozialen Wandel zu bewältigen versuchte.

Weitere Einzelheiten zur Methode: Insgesamt wurden „977 (plus 176 zusätzliche Landwirte)" (S. 247) Jugendliche beiderlei Geschlechts interviewt. Sie rekrutieren sich aus den Jahrgängen 1939 bis 1950. „Die Zielpersonen wurden ... als Zufallsstichprobe aus den amtlichen Einwohnerkarteien gezogen." (S. 247) Die Verteilung der Gemeinden, in denen die Befragten leben, zeigt ein Schaubild an: in Schleswig-Holstein waren es 7 Gemeinden, in Niedersachsen 23, Nordrhein-Westfalen 9, Hessen 12, Rheinland-Pfalz 12, Baden-Württemberg 16 und Bayern 35. Das Saarland blieb unberücksichtigt, da auch 1955 nicht dabei gewesen.

„Die Interviewer waren an ein detailliertes, im Fragebogen und der Intervieweranweisung festgelegtes Schema gebunden." (S. 247) Die Interviews sollten „aus fragetechnischen und finanziellen Gründen die Dauer von einer Stunde nicht überschreiten, was zu erheblichen Abstrichen im Fragenkatalog zwang", (S. 249) — kein Wunder, umfaßt dieser doch 132 Fragen, darunter 77, die aus der 1955er Untersuchung wörtlich übernommen worden sind. Eine kritische Analyse des Fragebogens ist dem Leser nicht möglich, da die Fragen nicht wörtlich abgedruckt sind. Auch mehrere Tabellen im Anhang sind ohne die entsprechende Frage widergegeben. Ein Grund für deren Fehlen wird nicht genannt.

Überhaupt bleibt einiges ungeklärt: etwa, warum nur Gemeinden bis 5000 Einwohner berücksichtigt, nach welchem Modus in welchen Gemeinden wieviel Jugendliche befragt worden sind, und wieviel Jugendliche wieviel Fragen nicht beantwortet haben. Nicht ausreichend geklärt ist die Frage, warum ausgerechnet die 17- bis 28jährigen als Jugendliche eingestuft wurden: „Die obere Grenze wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit mit der Repräsentativerhebung 1955 bei 28 Lebensjahren gezogen." (S. 21) Daß dies einen Kompromiß bedeutet, konzediert der Autor, doch was soll's? Ungeklärt auch, warum 15- bis 17jährige nicht befragt worden sind.

Fragen und Zweifel also, die bei der Lektüre erheblich verstärkt und erweitert werden: wichtige Aufschlüsselungen bleiben

ruhigen, wird goutiert, weil hier die Innenfeind-Produktion schwieriger ist. Vester: „Denn in dem Moment macht man etwas, was überhaupt noch nicht ganz durchdacht ist. Man nimmt dem Kind die Möglichkeit, seine Angst selber zu bekämpfen, und ersetzt das durch die Chemie. Und das ist meiner Ansicht viel unmenschlicher. Ich glaube, daß in Praxis heute in allen Kliniken laufend irgendwelche Beruhigungsmittel gegeben werden, sei es auch nur eine Schlaftablette. Und dies nicht zuletzt aus dem Grunde, damit die Patienten nicht so viel fragen, damit alles schön läuft..." Wenn Vester die Maßnahmen der Menschenzucht und genetischen Manipulation mit der Frage nach dem Gesellschaftssystem verknüpft, so zeigen jüngste Äußerungen des ehemaligen Präsidenten der Arbeitgeber, Prof. S. Balke, wie brutal und bürokratisch das biologische Management kapitalistischer Provenienz aussehen kann.

Balke in der „Welt": „Bedarfskomplexe werden in nicht zu ferner Zukunft wahrscheinlich mitbestimmt durch die Möglichkeiten genetischer Manipulationen am Menschen, was die Frage aufwirft, welcher Art die biotechnisch beeinflußbaren Menschen der Zukunft sein werden." Qualitative Impulse seien für die Art der Bedarfskomplexe ebenso maßgebend wie die quantitativen der Bevölkerungsexplosion. „Wenn sich etwa die Staatsgewalt ganz allgemein der Biotechnik ebenso bedient wie heute schon vielfach in der Bevölkerungspolitik, so wird die Frage, wer ‚the race between the pill and the bomb' gewinnt, zu einem Führungsproblem." Es ist gewiß nicht vermessen, wenn Balke bei Bedarfskomplexen auch an Führungskräfte der Wirtschaft und deren Fortpflanzung denkt.

Die Professoren Wilbrandt (Bevölkerungsexplosion), Steinbuch (Informationstechnik und Gesellschaft), Lüst (Weltraumforschung), Bahrdt (Weltgesellschaft?), Weizsäcker (Internationalisierung der Wissenschaft) und Hartmut v. Hentig (Reflexionen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge von Arbeit, Bildung und Freizeit) runden die Interview-Sammlung geschickt und anregend ab.

Der US-Historiker Frank E. Manuel legt mit einem linksliberalen Panorama von 13 Autoren die meines Wissens wichtigste Schrift zur gesellschaftlichen Funktion der Utopie vor. Erfrischend die Überlegungen des 72-jährigen Fachkollegen Crane Brinton zum Thema „Utopie und Demokratie": als Musterbeispiel futurologischer Ohnmacht verweist Brinton darauf, daß „der Einfluß der literarischen Utopie nicht bis zum sozialen Experiment gereicht habe". Die Harvard-Professorin Judith Shklar verweist auf einen anderen politisch deprimierenden Aspekt utopischer Erkenntnis: „Ihre (der Utopie) ästhetische und intellektuelle Spannung entsteht gerade aus dem Gegensatz zwischen dem, was sein könnte, und dem, was sein wird." Dennoch: im Umkehrschluß vermögen die Beiträge, so unterschiedlich ihr Erkenntnisniveau ist, demokratische Phantasie zu mobilisieren — so ausgegoren ist das Problembewußtsein zur Eugenik und zum „Nutzen der Utopie für Reformer" ja noch nicht. Es bleibt zu hoffen, daß sich bald ein liberaler Taschenbuch-Verlag des reichlich teuren Bandes annimmt.

Ein zynischer futurologischer Erguß ist derweil zum Anpassungs-Bestseller gediehen: „Der Zukunftsschock". Und selten hat ein Autor aus dem systempädagogischen Sinn seiner Gedanken weniger Hehl gemacht als Alvin Toffler: „Dieses Buch zeigt, wie es Menschen ergeht, die von Veränderungen überrumpelt werden." Mir ist bereits nach einigen Dutzend Seiten ziemlich dumm ums Hirn geworden, und als ich auf Seite 42 las: „Ein Großteil menschlichen Verhaltens beruht darauf, daß der einzelne den Lebensrhythmus, den ihm die Gesellschaft oder Gruppe, der er angehört, aufzwingt, begrüßt oder ablehnt", hab ich das Wünschelrutengehen vorgezogen. Soviel Spott auf kritische Sensibilität ist Zeitverschwendung.

Ulrich Greiwe

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Karl Marx, Ökonomische Schriften. Herausgegeben von Karl Kühne. Kröner Verlag, Stuttgart, LXXXVII, 392 S., Ln. 19,80 DM (Kröners Taschenausgabe, Bd. 411).

Maurice Dobb, Entwicklung des Kapitalismus. Vom Spätfeudalismus bis zur Gegenwart. Deutsche Ausgabe von „Studies in the Development of Capitalism". Aus dem Englischen von Franz Becker. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 329 S., br. 28,— DM, Ln. 38,— DM (Studien Bibliothek).

Hans Heinz Holz, Widerspruch in China. Politisch-philosophische Erläuterungen zu Mao Tse-tung. Hanser Verlag, München, 121 S., br. 7,80 DM (Reihe Hanser, Bd. 27).
Friedenspädagogik. Herausgegeben von H. Röhrs. Akademische Verlagsgesellschaft, Frankfurt, XII, 186 S., Paperback 9,80 DM (Erziehungswissenschaftliche Reihe, Bd. 1).

Paul Noack, Internationale Politik. Eine Einführung. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 317 S., Kunststoffbd. 5,80 DM (DTV / Wissenschaftliche Reihe / Bd. 4060). — Jedem Kapitel ist eine Zeittafel vorangestellt und ein Literaturnachweis beigegeben. Eigene Kapitel sind den internationalen Organisationen (Völkerbund und UNO), den Regionalpakten und dem Problem der Abrüstung gewidmet.

Alva und Gunnar Myrdal, Ansprachen anläßlich der Verleihung des Friedenspreises. Bibliographie der Preisträger. Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Frankfurt, 104 S., br. 5,80 DM.

Geschichte und Zeitgeschichte

DTV-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts / Bd. 5: Hermann Graml, Europa zwischen den Kriegen. 400 S., br. 6,80 DM / Bd. 6: Gottfried-Karl Kindermann, Der Ferne Osten in der Weltpolitik des industriellen Zeitalters. 528 S., br. 6,80 DM / Bd. 9: Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. 473 S., br. 6,80 DM / Bd. 12: John Lukacs, Konflikte der Weltpolitik nach 1945. Der Kalte Krieg. 307 S., br. 4,80 DM (Deutscher Taschenbuch Verlag, München (DTV Bd. 4005/4006/4009/4012). — Die Sammlung, zunächst auf 15 Bände angelegt, wird nun mit 14 Bänden abgeschlossen. Von den letzten Ausgaben dürfte die umfassende und materialreiche Arbeit von Prof. Kindermann ganz besonderes Interesse finden. Auf die früheren Bände wurde an dieser Stelle („Blätter", Heft 11/1966, S. 1048 f., Heft 12/1967, S. 1311 und Heft 1/1969, S. 105) schon hingewiesen.

Markus Bolliger, Die Basler Arbeiterbewegung im Zeitalter des ersten Weltkrieges und der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei. Verlag Helbing & Lichtenhahn, Basel/Stuttgart, 379 S., br. 38,— DM (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 117).

Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933—1945. Kalkül oder Dogma? Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 186 S., kart. 16,80 DM.

Charles Bloch, Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 177 S., br. 4,— DM (edition suhrkamp, Bd. 434). — Der Autor versteht die Ereignisse um den 30. Juni 1934 („Röhm-Putsch") als den „Höhepunkt einer tiefgehenden Krise, die das Dritte Reich in seinem Anfangsstadium durchmachte".

Aktuelle Themen

Der Fischer Weltalmanach 1971. Herausgegeben und verfaßt von Gustav Fochler-Hauke. Fischer Bücherei, Frankfurt, 414 S., br. 4,80 DM. — Der Almanach (jetzt im 12. Jahrgang) stellt die neuesten Zahlen, Daten und Fakten aus Politik, Wirtschaft und Kultur zusammen. Fortgesetzt werden die „Weltchronik" (Herbst 1969 bis Herbst 1970) sowie die Rubrik „Kurzbiographien ausländischer Staatsoberhäupter und Politiker".

Harold Rasch, Politik mit dem Osten. Von der Abschreckung zum Frieden. Fischer Bücherei, Frankfurt, 207 S., br. 3,80 DM (Fischer Bücherei / Informationen zur Zeit / Bd. 1165). — Mit einem Dokumenten-Anhang zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion vom 12. August 1970.

Bonns Graue Eminenzen. Aktuelle Beiträge zum Thema Ministerialbürokratie und sozialdemokratische Reformpolitik. Herausgegeben und eingeleitet von Rolf Seeliger. Selbstverlag des Autors, München (13, Gernotstr. 4), 157 S., br. 6,20 DM.

Literatur-Verzeichnis der Politischen Wissenschaften 1970. Herausgegeben von der Hochschule für Politische Wissenschaften, München. Bearbeitet und zusammengestellt von Hermann Berber. Kommissionsverlag: Günter Olzog Verlag, München, 399 S., kart. 9,80 DM. — Auswahl der wichtigsten Neuerscheinungen aus dem deutschen Sprachraum (Bundesrepublik, DDR, Österreich und Schweiz). Verzeichnet werden auch die gegenwärtig erscheinenden Periodika.

der Eindruck, als beruhe der durch den Imperialismus aufgehäufte Reichtum wesentlich auf der Verwertung von Arbeitskräften aus den europäischen Peripherieländern. Daß das Emigrationsproblem nur eine spezifische Ausdrucksform des Imperialismus ist, kommt bei Cinanni zu kurz." (S. 28)

Die Empfehlung des Cinanni-Buches beruht demnach nicht nur auf dem wesentlich erschwinglicheren Preis, sondern insbesondere darauf, daß der Verlag zu Recht vermutete, daß der Text Cinannis ein „wichtiger Beitrag zur Diskussion der bundesrepublikanischen Linken" ist.

Uwe Krombach

Soziologie der Landjugend

Ulrich Planck, Landjugend im sozialen Wandel — Ergebnisse einer Trenduntersuchung über die Lebenslage der westdeutschen Landjugend. Juventa Verlag, München 1970, 296 Seiten, broschiert, DM 22,80.

Jugend ist in Mode gekommen, dennoch — besser: deshalb — ist es sicherlich notwendig, gesicherte Informationen über ihre Einstellungen und Verhaltensweisen zu erhalten. Aufgrund ihrer Zusammensetzung aus verschieden strukturierten Gruppen sind entsprechende empirisch-soziologische Untersuchungen, die als Zielgruppe die gesamte bundesrepublikanische Jugend zu erfassen suchen, nicht möglich. Also hat auch Ulrich Planck, Professor und Leiter der Abteilung für ländliche Sozialforschung an der Universität Hohenheim, sein Untersuchungsthema begrenzt auf die Landjugend. Als solche wurden alle 17- bis 28jährigen definiert, die in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern leben. Ein zeitlicher Vergleich mit Ergebnissen einer fast gleich angelegten Untersuchung von 1955 — die neuerliche wurde 1967/68 durchgeführt — sollte gleichzeitig Aufschluß geben über die Weise, in der die Landjugend den sozialen Wandel zu bewältigen versuchte.

Weitere Einzelheiten zur Methode: Insgesamt wurden „977 (plus 176 zusätzliche Landwirte)" (S. 247) Jugendliche beiderlei Geschlechts interviewt. Sie rekrutieren sich aus den Jahrgängen 1939 bis 1950. „Die Zielpersonen wurden ... als Zufallsstichprobe aus den amtlichen Einwohnerkarteien gezogen." (S. 247) Die Verteilung der Gemeinden, in denen die Befragten leben, zeigt ein Schaubild an: in Schleswig-Holstein waren es 7 Gemeinden, in Niedersachsen 23, Nordrhein-Westfalen 9, Hessen 12, Rheinland-Pfalz 12, Baden-Württemberg 16 und Bayern 35. Das Saarland blieb unberücksichtigt, da auch 1955 nicht dabei gewesen.

„Die Interviewer waren an ein detailliertes, im Fragebogen und der Intervieweranweisung festgelegtes Schema gebunden." (S. 247) Die Interviews sollten „aus fragetechnischen und finanziellen Gründen die Dauer von einer Stunde nicht überschreiten, was zu erheblichen Abstrichen im Fragenkatalog zwang", (S. 249) — kein Wunder, umfaßt dieser doch 132 Fragen, darunter 77, die aus der 1955er Untersuchung wörtlich übernommen worden sind. Eine kritische Analyse des Fragebogens ist dem Leser nicht möglich, da die Fragen nicht wörtlich abgedruckt sind. Auch mehrere Tabellen im Anhang sind ohne die entsprechende Frage widergegeben. Ein Grund für deren Fehlen wird nicht genannt.

Überhaupt bleibt einiges ungeklärt: etwa, warum nur Gemeinden bis 5000 Einwohner berücksichtigt, nach welchem Modus in welchen Gemeinden wieviel Jugendliche befragt worden sind, und wieviel Jugendliche wieviel Fragen nicht beantwortet haben. Nicht ausreichend geklärt ist die Frage, warum ausgerechnet die 17- bis 28jährigen als Jugendliche eingestuft wurden: „Die obere Grenze wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit mit der Repräsentativerhebung 1955 bei 28 Lebensjahren gezogen." (S. 21) Daß dies einen Kompromiß bedeutet, konzediert der Autor, doch was soll's? Ungeklärt auch, warum 15- bis 17jährige nicht befragt worden sind.

Fragen und Zweifel also, die bei der Lektüre erheblich verstärkt und erweitert werden: wichtige Aufschlüsselungen bleiben

unerwähnt, so z. B. die nach der Bundeslandzugehörigkeit, obgleich der Autor auch die Auseinandersetzung mit Traditionen zu klären beabsichtigt, diese aber wohl kaum für die gesamte BRD einheitlich sind. Wo eine Aufschlüsselung erfolgt, bleibt sie völlig irrelevant, z. B.: „Gesichert ist, daß die uneheliche Mutterschaft eines Mädchens in bayerischen Landgemeinden gelassener hingenommen wird, in hessischen dagegen strenger verurteilt wird als anderwärts. Daraus lassen sich freilich noch keine endgültigen Schlüsse ziehen auf das regionale Maß an örtlicher, sozialer Kontrolle. Denn es ist durchaus möglich, daß uneheliche Mutterschaft in hessischen Dörfern zur Diskriminierung führt, während anderes Fehlverhalten (!) toleriert wird, das vielleicht in bayerischen Dörfern einen Entrüstungssturm hervorrufen würde." (S. 193)

Abgesehen von der (entlarvenden) Sprache des Autors (dafür gibt's anschaulichere Belege), abgesehen von dem könnerhaften Umgehen mit Zahlen und Rückschlüssen daraus (auch dafür gibt's anschaulichere Belege) — hier findet sich auch ein indirektes Eingeständnis, daß die vorliegende Untersuchung zumindest in einigen Bereichen keinen Aufschluß geben kann. Diese Einsicht fehlt allerdings u. a. bei der Erkundung der politischen Informiertheit der Befragten (Tab. 54, S. 280). Hierüber sollten die Fragen Aufschluß geben, ob der Jugendliche den Namen des Bundespräsidenten, den des jugoslawischen Staatspräsidenten und des englischen Außenministers nennen könne. Eine solch obskure Fragestellung paßt in den Rahmen fehlender Ausführungen über die politische Einstellung der Landjugend überhaupt — nicht ein Kapitel oder Abschnitt ist diesem Thema gewidmet.

Dennoch kommt der Autor zu der Feststellung: „Zum Glück ist die junge Generation auf dem Lande längst nicht so konservativ eingestellt, wie dies häufig dem Landvolk nachgesagt wird." (S. 241) Rückschlüsse dieser Art, die — voreilig gezogen — zu Kurz- und nicht selten zu Trugschlüssen führen, stellen in diesem Buch keine Ausnahme dar. Ein anderes Beispiel: Über die — möglicherweise spezifische — Situation der weiblichen Landjugendlichen findet man allenfalls sporadische Sätze, etwa diesen: „Im Regelfall erhalten jedoch die Töchter weniger Taschengeld als die Söhne. ... Es ist nicht nur das Einkommensniveau der weiblichen Landjugend allgemein niedriger als das der Männer, sondern der Anteil derer, die überhaupt kein Bareinkommen beziehen, ist auf seiten der Frauen auch sehr viel höher. Außerhalb der Gruppe der Einkommensbezieher befanden sich 6 bis 7 Prozent der Männer und 31 bis 33 Prozent der Frauen. Merkwürdigerweise haben sich diese Raten in der Berichtszeit (seit 1955 — K. J. P.) nicht verändert." (S. 43)

Merkwürdig auch die folgende Schlußfolgerung: Die Landfrauen und Landmädchen „akzeptieren ... auch die traditionelle Rolle der Frau, in deren Mittelpunkt die Versorgung und Erhaltung der Familie steht." (S. 230) Es paßt durchaus in dieses Bild von der Stellung der Frau, daß neben Schülern, Studenten, Soldaten und Rentnern auch Hausfrauen in die Gruppe der Berufslosen einbezogen werden. (S. 58)

Die an Blut-und-Boden-Zeiten erinnernden ideologischen Vorurteile des Autors, die so manche Erkenntnis verhindern, äußern sich in Wendungen wie den folgenden: „Das elementare Erlebnis des Bauern, von der Schöpfung und überirdischen Mächten in seinem Berufsleben abhängig zu sein, fehlt dem Industriearbeiter und dem Bauarbeiter." (S. 210) Frage: Dem Handwerker nicht? — Und: „Eine Bastion ländlicher Kirchlichkeit und Religiosität ist immer noch das bodenständige, alteingesessene Bauerntum." (S. 210) Das ganze gipfelt dann in der Feststellung: „Von einer biologischen Überlegenheit der Bauern kann angesichts der Tatsache, daß sie hinsichtlich der ehelichen Fruchtbarkeit auf gleicher Stufe wie die ländlichen Arbeiter stehen, nicht mehr die Rede sein." (S. 163)

Die Biologie scheint den Autor zu faszinieren, etwa wenn er „Biologische Leitbilder" zu erforschen sucht — durch die Frage nach der richtigen Kinderzahl und der Einstellung zu vorehelichem Geschlechtsverkehr;. (S. 176) Mit letzterer Frage möchte Planck „ein erstes Licht in das Halbdunkel ländlicher Sittlichkeit" werfen. (S. 176)

Was hier an methodischen und theoretischen Schwächen angedeutet wurde, zeigt: die vorliegende Untersuchung hält nicht das, was sie verspricht. Um so dringender wird die Aufgabe, endlich wissenschaftliche Untersuchungen über die Landjugend durchzuführen — ohne ideologische Vernebelung der Sachverhalte. K. Josef Pieper

fessor Herbert Marcuse, der auf ihr Denken einen nachhaltigen Einfluß ausübte. Sie wechselte ihr Arbeitsgebiet und ging von der Literatur zur Philosophie über. Nach einem weiteren Jahr an der Brandeis-Universität ging sie zu abschließenden Studien an das Institut für Sozialforschung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

1967 kehrte Angela Davis in die USA zurück. Professor Marcuse lehrte inzwischen am Campus der Universität von Kalifornien in San Diego. Dort begann sie mit der Arbeit an ihrer Dissertation „Kants Analyse der Gewalt in der Französischen Revolution". Gleichzeitig wurde Angela im schwarzen Studentenrat aktiv. Sie half bei der Ausarbeitung von Richtlinien für Kurse, die sich besonders mit Fragen der Minderheiten und ihrer Kultur befaßten. Dennoch war der bisherige Werdegang von Angela Davis bis 1969 in keiner Weise verschieden von dem irgendeiner begabten schwarzen Studentin. In diesem Jahr suchte die Abteilung Philosophie des Campus von Los Angeles nach einem Philosophiedozenten, und Angela Davis' Empfehlungen entsprachen genau dem, was man suchte: jemanden, der mit der europäischen philosophischen Tradition, mit Kant, Hegel und Nietzsche vertraut war. „Newsweek" zitierte dazu einen Professor aus Los Angeles: „Wir alle stehen unter dem Einfluß des britischen Empirismus und der analytischen logischen Positivisten. Ihr Plus bestand darin, daß sie eine wirkliche Lücke im Angebot der Abteilung schließen konnte".

Hier war also ein perfektes Beispiel für eine junge schwarze Intellektuelle, die es geschafft hatte, das doppelte Handicap zu überwinden, eine Schwarze und eine Frau zu sein, die im akademischen Leben Erfolg gehabt hatte; jemand, der eine Karriere von der Art vor sich zu haben schien, auf die Liberale zum Beweis dafür hingewiesen hätten, daß in Amerika mit all seinen Vorurteilen eine junge, guterzogene schwarze Frau in jedem Beruf Erfolg haben kann, welchen sie sich auch immer aussucht.

Es sollte nicht dazu kommen. Heute kämpft diese sanfte und hübsche Frau um ihr Leben. Sie wurde mit genau der Brutalität in eine abgekartete Mordanklage hineingetrieben, die in der langen Reihe politischer „frame-ups" in der amerikanischen Geschichte immer wieder praktiziert worden ist, von Tom Mooney bis zu Sacco und Vanzetti, bis hin zu den Rosenbergs, zu Bobby Seale und vielen, vielen anderen.

Aber Angela Davis darf nicht sterben. Sie muß ihre Freiheit wieder erhalten, damit sie ihrem Lande und der Welt den Beitrag geben kann, für den sie so hervorragende Qualifikationen mitbringt. Schon jetzt ist die Reaktion auf diese unglaubliche politische Machenschaft in ganz Amerika überwältigend. Komitees für die Freiheit von Angela Davis schießen in allen Teilen der USA aus dem Boden. In weniger als zwei Monaten ist ihr Name für Millionen auf der ganzen Welt ein Begriff geworden, ein Symbol für den gerechten Kampf des schwarzen Amerika um seine Rechte. Ihr Anwalt John Abt erklärte auf einer Pressekonferenz in Los Angeles: „In der langen Geschichte der Verteidigung von politisch Inhaftierten habe ich noch keine Massenbewegung erlebt, die mit der Bewegung zur Verteidigung von Angela Davis verglichen werden könnte. Die Breite der Unterstützung unter Schwarzen und unter Weißen ist ein außerordentlich bemerkenswertes Phänomen."

Die Chicanos, Amerikaner mexikanischer Abstammung, die gerade jetzt eine dramatische Phase politischer Bewußtwerdung durchmachen — unter den Bedingungen eines Polizeiterrors, der genau dem Terror gegen die engagierten Schwarzen entspricht —, haben zur Rettung von Angela Davis aufgerufen. Unter den weißen Organisationen, die sich zur Rettung von Angela Davis engagiert haben, befindet sich auch die

angesehene Christliche Vereinigung Junger Frauen, deren Bundesleitung zum ersten Mal in der Geschichte dieser Organisation in einem derartigen Fall tätig geworden ist. Von den gemäßigten Führern der schwarzen Gemeinschaft hat Mel King, Leiter der Urban League in Roxbury, Massachussetts, das ausgedrückt, was mehr und mehr Amerikaner aller Rassen und aller Lebensbereiche fühlen: „Wenn mit Angela so etwas geschehen kann, dann kann es jeden von uns auch treffen."

Im heutigen Amerika ist man sich wesentlich stärker der Gefahr bewußt, die die Freiheit aller Amerikaner bedroht, als das der Fall war, als die Rosenbergs trotz einer weltweiten Kampagne zu ihrer Rettung den elektrischen Stuhl besteigen mußten. Erst vor ein paar Wochen wurde eine Gruppe von Chicanos aus Kalifornien befreit. Auch sie waren fälschlich des Mordes angeklagt worden, aber eine Jury stellte das Verfahren gegen sie ein. Dieser Sieg konnte als Ergebnis aktiver Proteste der Bevölkerung errungen werden. Angela Davis muß durch eine weltweite Kampagne für Gerechtigkeit gerettet werden!

Martin Hall, Los Angeles

Zur Situation in Pakistan

In Pakistan wird gegenwärtig der Versuch unternommen, erneut ein parlamentarisch-demokratisches System zu etablieren. Die erste parlamentarische Periode endete 1958. Korruption und Unfähigkeit der politischen Führung hatten damals einen derartigen Umfang angenommen, daß die Machtübernahme der Armee in der Bevölkerung auf wohlwollende Zustimmung stieß. Doch das Regime Ayub Khans erwies sich schließlich ebenfalls als nicht hinreichend fähig, mit den Problemen des Landes fertig zu werden. Als sich der Mann, auf den einst große Hoffnungen gesetzt wurden, nach zehneinhalb Jahren von seinem Amt zurückzog, war angesichts ausgedehnter Streiks und Unruhen nicht nur das wirtschaftliche Leben gelähmt, vielmehr war auch der Zusammenhalt des durch die Landmasse Indiens getrennten Staatswesens ernsthaft bedroht.

Sein Nachfolger Yahya Khan begegnete dieser Situation psychologisch äußerst geschickt. Die Verkündung des Ausnahmezustandes verband er mit der Mitteilung, nur für eine Übergangszeit regieren zu wollen, um dann einem frei gewählten Parlament Platz zu machen. Dieses Parlament wurde am 7. 12. 1970 gewählt. Es erhielt vom Präsidenten die Auflage, nach seiner Konstituierung innerhalb von 120 Tagen eine Verfassung zu verabschieden. Ist es hierzu nicht in der Lage, soll es wieder aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden.

Die neue Nationalversammlung besteht aus insgesamt 313 Abgeordneten. Aufgrund seines zahlenmäßigen Übergewichts an der Gesamtbevölkerung erhielt Ostpakistan 162 Mandate gegenüber 138 des flächenmäßig weitaus größeren Westpakistan. Zusätzlich werden 13 Frauen durch das Parlament berufen. Eine gesamtpakistanische Fraktion ist nicht in die Nationalversammlung eingezogen. Die für eine weitgehende Autonomie Ostpakistans eintretende Volksliga (Awami League/AL) Sheik Mujibur Rahmans gewann von den in diesem Landesteil bisher gewählten 153 Mandaten allein 151. In den 9 von der jüngsten Flutkatastrophe verwüsteten Wahlkreisen muß nachgewählt werden; sie dürften sich ebenfalls für die Partei Rahmans entscheiden. Zusammen mit den 7 auf Ostpakistan entfallenden weiblichen Abgeordneten wird sie über eine — wenn auch nur knappe — absolute Mehrheit verfügen. Dieser eindeutige Erfolg der AL würde allerdings nicht dieses Ausmaß angenommen

haben, wenn sich die linkssozialistische Nationale Volkspartei (National Awami Party/NAP) des 88jährigen Moslempriesters (Maulana) Abdul Hamid Bashani nicht von der Wahl zurückgezogen hätte. Die NAP besitzt ihre Anhänger hauptsächlich unter den Pächtern und Landarbeitern, als deren Sprecher sie sich betrachtet. Nach dem Rücktritt Ayub Khans hat sie sich jedoch mehr und mehr zerstritten. Während Bashani Islam und Sozialismus als geistige Grundlage seiner Partei betrachtet und ursprünglich für eine Beteiligung an den Wahlen plädierte, lehnt der Generalsekretär der NAP, Mohammed Toaha, jede ideelle Verbindung des sozialistischen Gedankenguts mit dem des Islam ab. Ebenso entschieden ist er gegen jede Teilnahme an den Parlamentswahlen. Sein Bestreben, einen Guerillakrieg zu entfachen, verdient durchaus ernst genommen zu werden, wenngleich in nächster Zeit kaum mit seinem Beginn gerechnet werden kann.

In Westpakistan war das Ergebnis nicht ganz so eindeutig, aber doch deutlich genug. Durchgesetzt hat sich die „islamisch-sozialistisch" firmierende Pakistanische Volkspartei (Pakistan Peoples Party/PPP) Zulfikar Ali Bhuttos mit 82 Mandaten. Alle anderen Parteien blieben bedeutungslos. Die einst allmächtige Moslemliga trat mit drei rivalisierenden Gruppen an; jede von ihnen nimmt natürlich für sich in Anspruch, allein das Erbe des Staatsgründers Mohammed Ali Jinnah zu vertreten. Lediglich 2 Mandate erhielt die Convention Moslemliga der früheren Anhänger Ayub Khans. Etwas erfolgreicher war die Council Moslemliga Mian Mumtaz Daultanas mit 7 Mandaten. In der Ära Ayub Khans bildete sie das Sammelbecken jener Kräfte der „grand old Party", die ihm ihre zeitweilige Verbannung aus dem politischen Leben nicht verziehen und ihn erbittert befehdeten. Ebenfalls 7 Sitze erhielt die Quayd-i-Azam Moslemliga des früheren Chefministers der Nordwestprovinz, Qayum Khan. 4 Sitze errang schließlich die Nationale Volkspartei des ebenfalls in der Nordwestprovinz agierenden Wali Khan. Ebenso mager war die Ausbeute der religiös-orthodoxen Gruppen. Die Islamische Sammlung (Jamaat-i-Islam) Maulana Maudoodis entsendet lediglich 4 Abgeordnete ins Parlament. Je 7 Mandate errangen zwei rivalisierende Fraktionen des Islamischen Bundes (Jamaat-Ulema-i-Islam). Der Rest entfällt auf parteipolitisch unabhängige Kandidaten.

Die beinahe ausschließliche Besetzung der ostpakistanischen Mandate durch die AL zeigt, daß sich die aus der geographischen Lage des Landes ergebenden Probleme seit seiner staatlichen Geburt eher verschärft haben. Pakistan ist eine künstliche Schöpfung. 1947, als Großbritannien seine Kolonie Indien in die Unabhängigkeit entließ, wurden die Gebiete, in denen die Bevölkerung mehrheitlich dem islamischen Glauben anhängt, vom indischen Kernland abgetrennt und zu einem eigenen Staatswesen zusammengefaßt. Die Idee hierzu wurde von der im Jahre 1906 ursprünglich als Interessenvertretung der indischen Moslems innerhalb der Kongreßpartei gegründeten Allindischen Moslemliga entwickelt. Bis 1940 war ihr Einfluß auch bei der islamischen Bevölkerung äußerst gering. Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges versuchte die Führung der Kongreßpartei, in der sich die indische Unabhängigkeitsbewegung vereinigte, für ihre Billigung zur Verwendung indischer Soldaten auf dem europäischen Kriegsschauplatz die feste Zusage der britischen Regierung zu erlangen, nach dem Krieg Indien in die Unabhängigkeit zu entlassen. Hierauf wurden ihre gesamten Kader ins Gefängnis geworfen, die Partei hörte damit praktisch vorübergehend auf zu existieren. Erst jetzt, nachdem ihre Konkurrenz ausgeschaltet war, konnte die von der Kolonialverwaltung nicht behinderte Moslemliga die Mehrheit ihrer islamischen Landsleute für sich gewinnen.

Mit ihrer Hinwendung zu dieser Partei, die ihrerseits nichts unversucht ließ, den latent vorhandenen religiösen Fanatismus zu schüren, erreichten sie zwar die Errichtung eines eigenen Staates, keineswegs jedoch eine Verbesserung ihrer materiellen Situation. Das durchschnittliche Einkommen der Pakistaner gehört auch heute noch zu den niedrigsten der Welt. Dies, obwohl besonders der Regierung Ayub Khan nicht abgesprochen werden kann, sich energisch um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bemüht zu haben. Der Umfang der Industrie hat sich seit 1947 mehr als verfünffacht. Ihr Anteil am Nationaleinkommen erhöhte sich von 0,7 auf etwa 12 Prozent. Im Gegensatz zu vielen in ähnlicher Lage befindlichen Ländern hat sich Pakistan jedoch voll dem kapitalistischen Entwicklungsweg verschrieben. Ausländisches, besonders britisches, aber auch US-amerikanisches und westdeutsches Kapital ist in beträchtlichem Umfang in der Wirtschaft des Landes investiert. Britisches Privatkapital nimmt z. B. im Kohlenbergbau, der Erdöl- und teilweise auch in der chemischen Industrie Schlüsselstellungen ein. Ferner sind etwa 30 Prozent des Bankkapitals britisch. Weitere Zweige mit starker britischer Beteiligung sind die Versicherungsgesellschaften und der Exporthandel.

In der Landwirtschaft sind trotz der Bodenreformgesetze, die in den Jahren 1950/52 in Ost- und 1959 in Westpakistan in Kraft traten, die halbfeudalen Verhältnisse nicht verschwunden. Diese Gesetze beschränken den Besitz auf 400 Hektar unbewässerten oder 200 Hektar bewässerten Boden. Sie wurden von den Großgrundbesitzern jedoch zum großen Teil dadurch umgangen, daß sie ihre Latifundien formell unter ihre Familienangehörigen aufteilten. Diejenigen, die Teile ihres Bodenbesitzes verloren, erhielten durch staatliche Entschädigungszahlungen die Gelegenheit, sich im industriellen Sektor zu betätigen. Insgesamt gesehen macht Pakistan gegenwärtig die Entwicklungsstufe des Frühkapitalismus mit sämtlichen Schattenseiten durch. Die materielle Situation der Bevölkerung hat sich seit 1947 geringfügig gebessert, der Einkommensunterschied zwischen der Geld- und Landaristokratie und der restlichen Bevölkerung ist jedoch sehr verschärft. Unbefriedigend ist auch das allgemeine Bildungsniveau. Immer noch sind 80 Prozent der Bevölkerung ohne Schulbildung. Bis jetzt ist noch keine allgemeine Schulpflicht eingeführt worden.

Die weitere politische Entwicklung Pakistans ist vorerst noch ungewiß. Neben den sozialen Gegensätzen macht sich das gespannte Verhältnis zwischen beiden Landesteilen immer stärker bemerkbar. Der Ostteil des Landes mit dem dichtbesiedelten Ganges- und Brahmaputradelta stellt zwar nur ein Sechstel der Gesamtfläche Pakistans, auf ihr leben jedoch beinahe 60 Prozent der pakistanischen Bevölkerung. Auch das Steuer- und Devisenaufkommen des Staates wird zum größeren Teil von Ostpakistan aufgebracht. Dennoch wird das Land seit seinem Bestehen vom Westteil aus regiert. Für dessen Entwicklung wurden seitens der Regierung auch die größeren Energien aufgewandt, während Ostpakistan stark vernachlässigt wurde. Erst in den letzten Jahren trat in dieser Beziehung ein vorsichtiger Wandel ein.

Der starke Zulauf zur Awami Liga ist vor diesem Hintergrund durchaus natürlich. Nach den Vorstellungen Rahmans soll Pakistan lediglich als lockere Konföderation weiterbestehen. Die Zentralregierung würde nur noch für die Fragen der Verteidigung und der Außenpolitik zuständig sein. Wirtschafts-, Finanz- und Außenhandelspolitik sollen ausschließlich in die Kompetenz der Provinzregierungen fallen. Letztere sollen auch das Recht erhalten, eigene Territorialtruppen aufzustellen, die der Befehlsgewalt der zentralen Armeeführung nicht unterstehen.

Wieweit er derart weitgehende Forderungen in der Verfassungsgebenden Versammlung — als welche die Nationalversammlung in den ersten Monaten fungiert — durchsetzen kann, steht dahin. Ebenso, wieweit sich Präsident Yahya Khan hierauf einläßt. Letzterer hat in einigen Punkten den Rahmen der Verfassung schon vorgezeichnet. Zu den von ihm aufgestellten Kriterien gehört neben der Wiederherstellung der von Ayub Khan aufgelösten Provinzen Westpakistan (Pandschab, Sind, Belutschistan und Nordwestprovinz) auch die Einheit des Staates in den Grenzen von 1947. Bis jetzt ist es keineswegs sicher, ob er einer Verfassung zustimmen wird, die zu einer innenpolitisch nahezu machtlosen Zentralregierung führt.

Klaus Elliesen

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Die nächsten Aufgaben

Von Harold Rasch

I

Einer der besten ausländischen Kenner unserer neuesten Geschichte, Alfred Grosser, meint am Schluß seines letzten Buches, „in der Bundesrepublik müßte man sich die Frage vorlegen, wann endlich und wie dieses Deutschland, statt sich einfach absorbieren zu lassen, einen wirklich schöpferischen Beitrag zur Gegenwart leisten könnte" [1]).

Die Antwort scheint mir, ganz allgemein gesprochen, nicht schwer zu sein: Durch eigene konstruktive Schritte zur Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa beizutragen, das ist unsere Aufgabe im kommenden Jahrzehnt.

Zwanzig Jahre hindurch haben die Regierungen der Bundesrepublik unter Führung der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen-Union und unter dem Beifall der Mehrheit des Bundestages unser Volk in der Hoffnung gewiegt, der von uns begonnene und verlorene Zweite Weltkrieg sei vielleicht doch nicht ganz verloren, die 1945 „unter polnische Verwaltung" gelangten preußischen Provinzen im Osten des früheren Reiches würden eines Tages wieder deutsches Land werden, die „sowjetisch besetzte Zone", von ihren Machthabern befreit, der Aufforderung des Grundgesetzes folgen können, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden". Zwar gab es zu keiner Zeit seit dem Ende des Krieges auch nur die geringste objektive Chance, die auf der Konferenz von Potsdam 1945 beschlossene neue deutsche Grenze im Osten, die Oder-Neiße-Grenze, zu verändern, zwar war auch die Aussicht, die kommunistische Herrschaft in der Deutschen Demokratischen Republik zu beseitigen, selbst in den frühen fünfziger Jahren nur minimal, aber das hinderte die Politiker nicht, unaufhörlich alte Illusionen weiter am Leben zu erhalten und neue zu erzeugen. Sogar nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 und der fast vollständigen Abriegelung der DDR gegen die Bundesrepublik Deutschland, was eigentlich dem letzten Träumer die Augen hätte öffnen müssen, dauerte es noch Jahre, bis einzelne Politiker sich nicht nur zu der Erkenntnis, sondern auch zu dem ersten vorsichtigen Eingeständnis bequemten, daß ihre Gaukeleien uns in eine Sackgasse geführt hatten, daß der Traum von der „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" und von den „Grenzen von 1937" endgültig ausgeträumt war.

Erst die aus den Wahlen vom 28. September 1969 hervorgegangene Regierung einer SPD/FDP-Koalition hat den Mut gehabt, mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages, der Anerkennung des Charakters der DDR als eines souveränen Staates und vor allem dem Abschluß der Verträge von Moskau (12. August 1970) und Warschau (7. Dezember 1970) wirklich neue Schritte zu tun. Vor allem die beiden letzteren eröffnen eine grundlegende Wende in der Geschichte der außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik.

[1]) Alfred Grosser, Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, 1970, S. 499.

II

Wesentlicher Inhalt des Vertrages von Moskau ist die Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges für Mitteleuropa als „der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage" (Art. 1), der Verzicht auf die Ausübung von Gewalt und Drohung mit Gewalt (Art. 2) und die Verpflichtung zur Achtung der gegenwärtigen Staatsgrenzen in unserem Erdteil (Art. 3). Im Kern dasselbe besagt der Vertrag von Warschau, nur daß hier, den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechend, die Anerkennung der westlichen Staatsgrenze der Volksrepublik Polen, der Oder-Neiße-Grenze, im Vordergrund steht. Man hat deshalb das Abkommen von Moskau einen Gewaltverzichtsvertrag mit Grenzklauseln, den Vertrag von Warschau einen Grenzanerkennungsvertrag mit Gewaltverzichtsklausel genannt.

Nun stellt aber die Anerkennung der bestehenden staatlichen Machtstrukturen und Grenzen in Mitteleuropa 25 Jahre nach dem Ende des Krieges im Grunde nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit dar. Sie zieht die völkerrechtlichen Folgen aus dem militärischen Zusammenbruch des Reiches und den in Auswirkung dieses Zusammenbruchs veränderten tatsächlichen Verhältnissen. Sie bringt in juristische Form, was materiell ohnehin rechtens geworden war, und schafft, damit die Voraussetzung für jede in eine bessere Zukunft weisende Politik. Aber sie ist für sich allein noch keine konstruktive Konzeption, sondern nur der erste, freilich unerläßliche Schritt.

Daß es mit der Aufnahme eines formellen diplomatischen Verkehrs nicht getan ist, beweist nichts besser als die Geschichte des deutsch-sowjetischen Verhältnisses nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit 1955 hatten Bundesrepublik und UdSSR Botschafter in Moskau und Bonn, aber bis zum Jahre 1969 waren die Beziehungen zwischen beiden Staaten nie mehr als kühl, meist ausgesprochen frostig und nicht selten stark gespannt; auch der überaus rührige Botschafter Hans Kroll (1958—1962) konnte daran nichts ändern, weil die Bundesregierung eine Änderung gar nicht wollte. Entscheidend sind eben nicht die diplomatischen Beziehungen als solche, sondern das, was die beteiligten Staaten aus ihnen zu machen bereit sind.

Was können wir aus unseren Beziehungen zur UdSSR und Polen (und demnächst hoffentlich auch der CSSR) machen, nachdem die Lage in Mitteleuropa vertraglich befriedet ist? Wie können wir diese Befriedung praktisch nutzen, festigen, vertiefen? Welche politische Haltung sollen wir auf längere Sicht gegenüber den Staaten Osteuropas einnehmen?

In Ziffer 9 des sogenannten „Bahr-Papiers" [2]), in dem die zukünftigen Absichten der Partner des Moskauer Vertrages vom 12. August 1969 umrissen sind, heißt es, daß „die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken die wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und sonstigen Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR im Interesse beider Staaten und der Festigung des Friedens in Europa fortentwickeln" werden. Diese Formulierung ist so allgemein gehalten, daß vernünftigerweise niemand Einwendungen gegen sie wird erheben können. Was bedeutet sie in der Praxis?

Beginnen wir mit den einfachsten Kontakten, denen auf dem weiten Feld des Sports. Überall in der Welt lieben die Massen den Fußballsport, auch bei uns und auch in Osteuropa. Möge man so oft wie möglich internationale Wettkämpfe

[2]) „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 7/1970, S. 773 f., 774.

zwischen Mannschaften der Bundesrepublik, der UdSSR, Polens und der Tschoslowakei organisieren, das ist nur zu begrüßen, das führt am Fernsehschirm jedermann vor Augen, daß auch der Gegner Leistungen vollbringt. Aber menschliche Beziehungen entwickeln sich aus solchen Kontakten schon wegen der sprachlichen Schwierigkeiten kaum, und ihr politischer Wert für die Beziehungen der Staaten untereinander ist naturgemäß auch nur minimal.

Auf höherer Ebene ähnlich liegt es mit dem Austausch künstlerischer Leistungen. Gustaf Gründgens, die Berliner Philharmoniker haben in der kulturell wahrhaftig verwöhnten Sowjetunion Triumphe gefeiert, die musikalische Welt der Bundesrepublik bewundert die begnadeten Künstler David Oistrach, Svatoslav Richter, Mstislav Rostropowitsch. Doch das berührt nur eine sehr kleine Schicht, gesamtpolitisch ist es fast ohne Bedeutung.

Wichtiger schon ist der Ausbau der wissenschaftlich-technischen und namentlich der wirtschaftlichen Beziehungen. Erste Ansätze zu einer deutsch-sowjetischen Großforschung (Plasmaphysik, Ionenforschung, Hochenergiephysik) sind bei dem Besuch von Bundeswissenschaftsminister Leussink in der UdSSR geschaffen worden [3]), aber das Problem ist schwierig, praktische Lösungen werden vielleicht auch von der beiderseitigen Furcht belastet sein, der andere Teil könnte „Geheimnisse" erfahren, die er nicht erfahren sollte. Dagegen dürfte der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen erheblicher Wert beizumessen sein, nicht nur im Interesse der Großkonzerne, die naturgemäß in erster Linie an ihr Geschäft denken. Lieferungen und Leistungen der Bundesrepublik sind für Osteuropa gewiß nicht lebenswichtig, aber doch sehr nützlich und werden ein Klima der Entspannung und Befriedung sicherlich fördern. Ständige geschäftliche Beziehungen führen zu ständigen Kontakten von Kaufleuten, Ingenieuren, Finanzmännern und helfen, bestehendes Mißtrauen abzubauen. Die langfristige Kreditierung unserer Lieferungen andererseits, die ja aus dem Sozialprodukt abgezweigt werden müssen und damit volkswirtschaftlich in Konkurrenz zu einer anderweiten desselben für Konsum oder Investition treten, wird die Politiker vor ernste Überlegungen stellen, und das ist gut. Jede Deutsche Mark kann nur einmal ausgegeben werden, entweder für die Ausrüstung eines Traktorenwerks in der UdSSR, also als Investition für die Zukunft, oder für den Ankauf amerikanischen Kriegsmaterials, das bald wieder schrottreif ist. Die Entscheidung hierüber zwingt zu ihrem Teil zum Nachdenken über unseren außenpolitischen Kurs in der Zukunft, auch zur öffentlichen Diskussion. Wer überhaupt einer rationell begründeten Politik das Wort redet, muß das begrüßen.

Aber alles dies rührt nicht an den eigentlichen Kern der Probleme. Ein blühender Welthandel hat den Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht verhindert, ein noch so gut abgewickelter Waren- und Leistungsverkehr zwischen der Bundesrepublik und Osteuropa wird auch den dritten Krieg nicht verhindern, wenn nicht die Ursachen der weltpolitischen Spannungen beseitigt oder doch eingedämmt werden. Daran kann kein Zweifel bestehen. Die Frage ist nur: Was kann die Bundesrepublik in dieser Hinsicht tun?

Wir behaupten: sehr viel mehr, als sie bisher getan hat und auch zur Zeit tut.
Die Bundesrepublik kann, selbst wenn sie es wollte, keine weltweite Abrüstung erzwingen, sie hat nicht die geringste Möglichkeit, auf den Gang der zwischen den USA und der UdSSR geführten Rüstungsbegrenzungsverhandlungen (SALT) Einfluß zu nehmen, sie ist überhaupt nicht in der Lage, irgend etwas außerhalb

[3]) Claus Grossner, „Die Zeit" vom 4. 12. 1970, Nr. 49.

ihres eigenen Gebiets zu tun. Aber sie könnte sehr wohl, und zwar in weitaus stärkerem Maß als bisher, durch eine eigene konsequente Friedenspolitik zum Abbau der Spannungen in Mitteleuropa beitragen.

III

Die gegenwärtige Lage in Europa ist durch die Erhaltung eines „Gleichgewichts des Schreckens" im Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR gekennzeichnet. Zwar kann niemand beweisen (und natürlich auch niemand widerlegen), daß nur dieses „Gleichgewicht" uns 20 Jahre einen Zustand äußeren Friedens erhalten hat; immerhin: wir haben in diesem Erdteil wenigstens keinen heißen Krieg geführt. Man könnte sich mit der Praxis einer derart „organisierten Friedlosigkeit" (Dieter Senghaas) abfinden, könnte die ungeheuren Lasten, die sie den Völkern aufbürdet, hinnehmen, wenn es sich wirklich um ein Gleichgewicht des Rüstungspotentials bei den beiden Atom-Großmächten handelte. Gerade das aber ist nicht der Fall und kann nicht der Fall sein. Die These vom „Gleichgewicht des Schreckens" beruht auf falschen Voraussetzungen [4]). Generäle wollen nicht „gleichgewichtig" mit dem Feind, sondern ihm überlegen sein, sonst wären sie keine Soldaten. Und wenn schon das nicht, dann fürchten sie wenigstens oder behaupten zu fürchten, daß der Feind das Übergewicht erlangen könne, und finden mit dieser Behauptung stets die Zustimmung der fachlich ahnungslosen Politiker. Hinzu kommt, wenigstens in der westlichen Welt, das eindeutige Interesse der Rüstungsindustrie und ihrer Anhängsel an der Erhaltung und Erhöhung ihres Umsatzes und ihrer Gewinne. Das Wettrüsten für Angriff und Abwehr geht also weiter, die Kosten dieses Wahnsinns wachsen immer mehr, aber die Gefahr einer Weltkatastrophe wird dadurch nicht geringer, sondern größer. Darüber gibt es ernstlich überhaupt nichts zu diskutieren.

Doch was könnte die Bundesrepublik, nach Franz Josef Strauß „wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg", hiergegen tun?

Die Bundesrepublik kann militärisch sinnvoll nicht verteidigt werden. Das empfindet nicht nur der kleine Mann, das wissen alle Kenner, auch die Politiker, auch die Militärs. „In jedem denkbaren atomaren Kriegsbild ... wird die Bundesrepublik zerstört werden. Fällt die Bundesrepublik in einem Überraschungsvorstoß in die Hände der Russen, werden die NATO-Verbände atomare Sprengköpfe einsetzen, um die Russen am Überschreiten des Rheins zu verhindern. Gelingt eine Vorwärtsverteidigung, werden die Russen die Aufmarsch- und Nachschubbasen der NATO zerstören" [5]). „Sinnentleert wie der Begriff der militärischen Überlegenheit werden auch die Begriffe ‚Verteidigung der Heimat', ‚Verteidigung der Freiheit ...' In einer Atomwüste bleibt Spielraum weder für persönliche noch für demokratische Freiheit. Dasselbe gilt von der Familie, der Heimat, die zu schützen man atomar wettrüstet: die Zivilbevölkerung, die in Jahrhunderten gewachsene Kultur der Heimat, des Vaterlandes sind die Opfer" [6]). „Es genügt nicht aufzuzeigen, daß die Hoffnung auf eine Begrenzungsmöglichkeit eines einmal ausgebrochenen Krieges irreal ist — es muß auch klar sein, daß angesichts des seit 1945 eingetretenen technischen Fortschritts selbst ein mit herkömmlichen Waffen geführter Krieg für Deutschland die Auslöschung der Zivilisation bedeuten müßte —, selbst wenn er tatsächlich begrenzt bliebe" [7]). Auch

4) Hierzu jetzt auch Bruno Fritsch, in: Die vierte Welt. Modell einer neuen Wirklichkeit, 1970, S. 54 ff.
5) Peter Menke-Glückert, Friedensstrategien, 1969, S. 8.
6) Fritz Vilmar, Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, 4. Auflage 1969, S. 203 f.
7) Fritz Vilmar, a.a.O., S. 214 f.

der Militärsachverständige der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Adelbert Weinstein, sieht die Dinge völlig klar. Ein atomarer Krieg in Europa, sagt er [8]), bedeute „in seiner Anfangsphase keineswegs eine Vernichtung der USA oder der Sowjetunion. Die Giganten könnten wohl Teile ihrer Truppen einbüßen. Dieser partielle Verlust braucht aber nicht der Kriegsgrund zu werden, der zwangsläufig zur gegenseitigen Vernichtung der Atommächte führte. Zerstört würde Europa". Aber wir wollen ja gar keinen Krieg, hält man uns immer wieder entgegen, wir wissen so gut wie Ihr, daß wir dabei nur zu verlieren haben. Was wir wollen, ist nur Sicherheit vor einem etwaigen Angriff des Feindes. Wir wollen Abschrekkung des Gegners, um den Frieden und unsere Freiheit zu erhalten. Erst auf der letzten NATO-Tagung in Brüssel wieder haben sich die Verteidigungsminister im Defense Planning Committee (DPC) der These der NATO-Studie AD (Allied Defense) 70 angeschlossen, in der die Soldaten wieder einmal zu dem Ergebnis gelangt waren, daß angesichts der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts die NATO-Streitkräfte den untersten Rand der Glaubwürdigkeit als Abschreckungsmacht erreicht hätten, daß das Gleichgewicht des Schreckens zur Wahrung der kollektiven Sicherheit gehalten und mehr getan werden müsse, um die militärische Leistung und Qualität des Bündnisses zu erhöhen. Demgemäß haben sie erneut zusätzliche Aufwendungen für „Verteidigungszwecke" beschlossen, an denen die Bundesrepublik mit einem beträchtlichen Anteil wird partizieren müssen [9]).

Nun, was immer „Abschreckung" im Verhältnis der beiden Weltmächte zu einander bedeuten möge, für die Bundesrepublik ist sie, über gewisse enge Grenzen hinaus, sinnlos. Wenn die Bundesrepublik Deutschland militärisch nicht verteidigt werden kann — und das ist unbestreitbar und unbestritten —, dann kann sie, allein oder im Verband der NATO, einen potentiellen Angreifer auch nicht wirklich abschrecken. Wer abschrecken will, ohne entschlossen zu sein, im Ernstfall mit den Waffen zu kämpfen, blufft bewußt und kann damit nur solange Erfolg haben, wie der Gegner den Bluff annimmt. Wer aber gegebenenfalls mit der Verteidigung Ernst machen will, handelt zwar seinem Abschreckungsvorsatz entsprechend konsequent, im übrigen aber wider bessere Überzeugung, denn auch er weiß, daß durch Krieg nichts Vernünftiges erreicht werden kann. Wie immer man das Blatt wenden möge, die „Abschreckung" eines politischen Gegners durch die Bundesrepublik ist entweder unglaubwürdig oder die Bereitschaft zum Selbstmord. Da der „Feind" eine solche Bereitschaft nicht als gegeben ansehen wird, kann er diese Abschreckung mit Recht als unglaubwürdig betrachten und danach handeln. Wer will, mag auf den „Atomschirm" der USA vertrauen.

Damit soll freilich nicht gesagt werden, daß jede Verteidigungsanstrengung der Bundesrepublik wertlos, eine Bundeswehr überflüssig sei. Wohl aber ergibt sich, daß es vernünftigerweise einzige Aufgabe der Bundeswehr sein kann, dem Gegner zu zeigen, daß ein Angriff auch für ihn nicht ohne Verluste ausgehen würde. Das würde einen wirklich entschlossenen Gegner kaum abhalten. Um so wichtiger ist es, eine Politik zu treiben, die den Nachbarn jedes Interesse an einem Angriff auf die Bundeswehr nimmt.

IV

Nachdem die Regierung der SPD/FDP-Koalition mit den Verträgen von Moskau und Warschau die revisionistische, reaktionäre Politik ihrer Vorgänger endgültig

8) Abwarten und rüsten, in: Wie gefährlich ist Moskau für Europa?, 1969, S. 74.
9) Vgl. den Bericht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 3. 12. 1970, Nr. 280, S. 3.

aufgegeben und sich zu einer Politik des Friedens und der Zusammenarbeit der Völker bekannt hat, gilt es nunmehr, den Zustand der bloßen Erhaltung des Friedens durch ein „Gleichgewicht des Schreckens" allmählich abzubauen und durch eine wirkliche Befriedung unseres Kontinents abzulösen. Dazu bedarf es, neben der längst fälligen Ratifizierung des bereits Ende 1969 unterzeichneten Atomwaffensperrvertrages,

1) der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch den Bundestag,

2) des Abschlusses entsprechender Verträge mit der CSSR und der DDR,

3) der tatkräftigen Mitwirkung der Bundesregierung an der Vorbereitung der von den Staaten des Warschauer Paktes vorgeschlagenen internationalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit.

Zu 1): Es war ein nur scheinbar naheliegender, im Grunde aber wenig glücklicher Gedanke, die Ratifizierung des Vertrages von Moskau mit dem Ziel einer „befriedigenden Regelung der Berlin-Frage" zu verknüpfen. Zwar hat sich die Bundesregierung auf diese Weise ihre Arbeit innerpolitisch-taktisch zunächst einmal erleichtert. Daß sie dabei in der Sache viel gewonnen hat, muß bezweifelt werden. Frieden und Zusammenarbeit mit dem Osten zu ermöglichen, ist eine so große, in die Zukunft weisende, in unser aller Interesse liegende Aufgabe, daß schon deshalb eigentlich kein Schritt in dieser Richtung von Bedingungen abhängig gemacht werden sollte. Die überaus komplizierte Problematik West-Berlins andererseits ist im wesentlichen in der Insellage der Stadt begründet, die durch keinerlei vertragliche Regelung aus der Welt zu schaffen ist. Natürlich wären — obwohl Berlin unmittelbar gar nicht ernstlich bedroht ist —, viele Verbesserungen des derzeitigen Zustandes erwünscht und bei gutem Willen aller auch erreichbar. Aber bestand und besteht wirklich mehr Aussicht, diesen guten Willen durch Druck auf die Gegenseite herbeizuführen, als durch vorbehaltlose Bestätigung der Friedenspolitik der Bundesregierung auch durch die Mehrheit des Parlaments? Wir haben Grund, das zu bezweifeln. Eine Ratifizierung des Vertrages von Moskau abzulehnen, nur weil in Berlin nicht alles erreicht wird, was wir selbst als „befriedigend" betrachten, würde uns teuer zu stehen kommen. Selbstverständlich sollte kein Schritt ohne Abstimmung mit unseren Verbündeten geschehen, die ja in Berlin sowohl unsere wie eigene Interessen vertreten. Auf einem wie immer gearteten Junktim zwischen der Berlin-Frage und der Ratifizierung des Vertrages von Moskau hätten diese indessen gegen unseren Wunsch schwerlich bestanden.

Erste und dringendste Aufgabe der Bundesregierung ist es heute, neben dem Atomsperrvertrag die Verträge von Moskau und Warschau dem Bundestag unverzüglich zur Ratifizierung vorzulegen und sich mit aller Energie für diese einzusetzen. Sicher wäre es erstrebenswert, auch innerhalb der CDU/CSU-Opposition Bundesgenossen hierfür zu gewinnen. Das dürfte auch möglich sein, da es keinerlei ernsthaft vertretbare Alternative gibt und die Fraktion ja nicht nur aus Barzel, Kiesinger und Strauß besteht, sondern auch Männer wie Schröder und Dichgans aufweist. Aber der Kampf um die Abstimmung muß durchgefochten, die Entscheidung darf nicht mit Hilfe taktischer Kompromisse auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden. Es wäre auch nicht richtig, wie zeitweise erwogen, den später abgeschlossenen Vertrag von Warschau früher ratifizieren zu lassen als das Abkommen von Moskau. Frieden mit Polen ist wahrhaftig notwendig, aber er darf nicht mit einer offenen Brüskierung der Sowjetunion

verbunden werden. Dazu besteht auch nicht die geringste Veranlassung, denn beide Verträge stehen sachlich in engstem Zusammenhang miteinander, und in Ziffer 5 des „Bahr-Papiers" heißt es ausdrücklich, daß der Moskauer Vertrag und entsprechende Abkommen der Bundesrepublik mit anderen sozialistischen Ländern, auch der Volksrepublik Polen, „ein einheitliches Ganzes bilden". Erfreulicherweise sind sich die führenden Männer der Volksrepublik Polen hierüber völlig im klaren und begehren selbst keine Ratifizierung des Warschauer Vertrages vor dem des Vertrages von Moskau. Wir hoffen, daß die Bundesregierung, die nach außen hin mit mutigen Schritten endlich neue Wege gegangen ist, nun auch innerpolitisch mit voller Kraft für das eintreten wird, was sie als richtig erkannt hat.

Zu 2): Die Befriedung unserer Beziehungen zur CSSR wird leichter sein als der Friedensschluß mit Polen, weil ein Grenzproblem hier nicht existiert. Der zeitweise mit einem beträchtlichem Aufwand an historischer Gelehrsamkeit und völkerrechtlichem Scharfsinn geführte Streit um die Gültigkeit des Münchner Abkommens von 1938 ist nicht wert, von den Politikern auch nur einen Tag lang fortgesetzt zu werden. Möge die Bundesregierung das Abkommen ruhig als von Anfang an nichtig erklären und damit moralisch eindeutig von Hitlers Erpressungen abrücken, im übrigen aber nach einer brauchbaren Regelung der anstehenden Probleme suchen. Internationale Verhandlungen werden ja letzten Endes nicht geführt, um Kontroversen der Historiker oder einen Streit über abstrakte Rechtsfragen auszutragen, sondern um praktische Lösungen zu erreichen.

In ihrer Haltung zur DDR hat sich die Bundesregierung trotz richtiger Einsicht in die Dinge leider immer noch nicht zu dem entscheidenden Schritt einer völkerrechtlichen Anerkennung durchgerungen. Daß sie um ihn nicht herumkommt, weiß sie natürlich so gut wie jeder politisch Denkende. Da wir sachlich durch eine Verzögerung nichts zu gewinnen haben, sollte sie, obwohl oder besser gerade weil sie zur Zeit vom Osten nicht besonders gedrängt wird, das letztlich Unvermeidliche aus eigener Einsicht bald tun. Sie sollte auch genügend Möglichkeiten finden können, dabei nicht — schrecklicher Gedanke für einen Politiker — „das Gesicht zu verlieren". Man wird, alles in allem, in dieser Frage zuversichtlich sein dürfen. Schließlich können wir wenig einwenden, wenn der Osten der These „Keine Ratifizierung des Moskauer Abkommens ohne vorherige befriedigende Regelung der Berlin-Frage" die These „Keine Regelung der Berlin-Frage ohne vorherige völkerrechtliche Anerkennung der DDR" entgegensetzt. Welche Reihenfolge man schließlich für die erforderlichen Rechtsakte: Anerkennung der DDR, Regelung der Berlin-Frage, Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau wählt, ist im Grunde eine reine Prestigefrage; zwei Wochen nach dem letzten Schritt fragt kein Mensch mehr danach.

Zu 3): Aber Grenzanerkennungs- und Gewaltverzichtsvereinbarungen sind, wie wir sahen, nur der erste unerläßliche Schritt einer Befriedung Mitteleuropas, noch keine langfristig konzipierte konstruktive Politik. Eine solche erfordert heute, den trotz aller Verträge nach wie vor bestehenden Zustand einer — vermeintlichen — Friedenssicherung durch Aufrechterhaltung des Gleichgewichts des Schreckens durch eine wirkliche Europäische Friedensordnung zu ersetzen. Der Gedanke, zu diesem Zweck eine internationale Konferenz einzuberufen, die, wie immer man sie nennen möge, in der Sache so etwas wie eine verspätete „Friedenskonferenz" oder doch der Beginn einer solchen wäre, ist gar nicht so sensationell, wie er manchem immer noch erscheinen mag. Schon in ihrer ersten Erklärung vom 28. Oktober 1969 hat die Bundesregierung anerkannt, daß eine

Konferenz, die der europäischen Sicherheit dienen solle, „eine wichtige Etappe auf dem Wege zu größerer Sicherheit bei geringerer Rüstung und zu Fortschritten zwischen den Partnern Ost- und Westeuropas werden" könne. Ende Dezember 1969 haben die Außenminister der NATO-Staaten bei ihrer Zusammenkunft in Brüssel erklärt: „Der Nutzen der Tätigkeit der Allianz könnte gesteigert werden, wenn sie zur Basis einer umfassenden Zusammenarbeit würde. Dies könnte und sollte Nahziel sein, zumal die Regierungen des Warschauer Paktes Interesse daran bekundet haben". Und in Ziffer 10 des „Bahr-Papiers" heißt es ausdrücklich: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken begrüßen den Plan einer Konferenz über Fragen der Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und werden alles von ihnen Abhängende für ihre Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung tun".

„Umfunktionierung" der NATO also von einem Instrument der Drohung und Abschreckung zu einem Werkzeug friedlicher Zusammenarbeit? Nun, auf der Grundlage der tatsächlichen Gegebenheiten muß man schließlich beginnen. Daß das Endziel die Auflösung der militärischen Machtblöcke zu Gunsten einer besseren Sicherung des Friedens sein sollte, ist klar.

Der bloßen Erweiterung der bestehenden Grenzanerkennungs- und Gewaltverzichtsverträge zu einem oder mehreren multilateralen Abkommen ist dabei die geringste Bedeutung beizumessen. Der eigentliche Krisenherd Europas waren in den letzten 20 Jahren die beiden deutschen Staaten und ihre Grenzen; ihn zu beseitigen, ist ein guter Anfang gemacht. Darüber hinaus sind die staatlichen Grenzen in Europa kaum umstritten, und soweit Spannungen bestehen, etwa in Nordirland oder um Triest, geht es um Fragen, die die unmittelbar Beteiligten allein lösen müssen. Die Hauptaufgabe für die Zukunft liegt nicht in neuen völkerrechtlichen Konstruktionen. Es gibt andere Probleme, die anzupacken sehr viel wichtiger ist. Man erkennt sie am deutlichsten, wenn man den Widerstand betrachtet, der von verschiedenen Seiten dem Plan einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entgegengesetzt wird.

Sehen wir von den allem Neuen gegenüber üblichen phrasenhaften Einwendungen ab (hier: die Zeit für eine internationale Konferenz sei noch nicht reif, diese müßte jedenfalls sorgfältig vorbereitet werden), so geht das Hauptargument der Gegner einer solchen Konferenz dahin, sie könnte, ja würde mit einiger Sicherheit zu einer Zurückdrängung des Einflusses der Vereinigten Staaten von Amerika in Europa und zu einer Stärkung der Position der UdSSR führen, und dies mit der Folge einer Schwächung der Verteidigungskräfte des Westens, aber auch der Gefahr unübersehbarer innenpolitischer Entwicklungen. Der Hauptwiderstand gegen die Einberufung der Konferenz geht denn auch von den führenden Kreisen der USA aus, die besorgt sind, eine derartige Versammlung könnte zu einer permanenten Institution werden. „In ihr könnten sich westliche, östliche und neutrale europäische Nationen mit wechselnden Mehrheiten ständig als Verbündete gegen die amerikanische Politik zusammenfinden. Dahinter würde immer der Wille der Sowjetunion stehen, die Amerikaner aus Europa zu vergraulen" [10]).

So ernst diese gewiß ehrlichen Sorgen zu nehmen sind, so wenig können sie überzeugen. Besagen sie im Grunde doch nichts anderes, als daß kein Versuch unternommen werden sollte, den Wahnwitz des Wettrüstens zu beenden, bevor

[10]) Adelbert Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 10. 12. 1970, Nr 286.

der Westen, d. h. die NATO, militärisch erneut stärker geworden ist; Fortsetzung also des längst gescheiterten widersinnigen Rezepts: Aufrüstung zwecks Abrüstung. Unter dieser Devise werden wir niemals weiter kommen, sondern nur die Interessen der Militärs und der Rüstungswirtschaft fördern.

Die unter der Bezeichnung SALT geführten Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR mögen Fortschritte bringen und zu einem guten Ende führen oder nicht, es besteht kein Grund, die Bemühungen um die Erhaltung des Friedens allein den beiden Weltmächten zu überlassen. Insbesondere die Bundesrepublik, Glied einer geteilten Nation, hat unbeschadet ihrer engen Bindungen an die Vereinigten Staaten alle Veranlassung, die — nach Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau — vertraglich befriedete Lage in Mitteleuropa durch eine konsequente Friedenspolitik in der Richtung intensiver, materiell friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen fortzuentwickeln. Auch rein ökonomische Überlegungen drängen dahin. Aber was nützen langfristige kommerzielle Verträge mit den Staaten Osteuropas, wenn sich die Truppen der NATO und des Warschauer Paktes weiterhin an Elbe und Werra gegenüber stehen?

Sicher kann es nicht Aufgabe einer internationalen Konferenz für Europa sein, wenigstens nicht in ihrem ersten Stadium, konkrete Abrüstungsvereinbarungen für alle Beteiligten zu erreichen. Aber das ist keine Rechtfertigung dafür, nicht wenigstens einmal anzufangen. Schon die Vereinbarung eines Rüstungsstops für die Staaten Mitteleuropas, etwa im Sinn der früheren Pläne Rapackis, wäre ein Gewinn. Zugleich könnten zeitliche Stufen für den Rückzug ausländischer Truppen aus diesem Raum und der Beginn einer Abrüstung hier festgelegt werden; mit der Ausarbeitung der Einzelheiten wäre eine ständige Arbeitsgruppe zu beauftragen, in der militärische Experten der NATO und des Warschauer Paktes zusammenzuwirken hätten. Dabei käme selbstverständlich der alte Einwand zur Erörterung, die sowjetischen Truppen würden auf diese Weise bestenfalls bis zur Ostgrenze Polens zurückgehen, die der USA aber über den Atlantik. Es wäre zu prüfen, ob dieser Einwand, wenn jemals, auch heute noch durchschlägt. Das ist gewiß ein heißes Eisen, zumal die Streitkräfte der UdSSR in der DDR, der CSSR und Polen — vielleicht auch die der USA bei uns? — ja auch Polizeifunktionen erfüllen. Aber einzelne Verschiedenheiten der Interessen unseres Staates und der USA sind nun einmal unbestreitbar und sollten nicht verheimlicht werden. Im Gegenteil, je offener wir sie aussprechen, desto besser. Wir importieren eben nicht nur Kapital und nützliche Technologie von drüben, sondern auch Inflation, Kriegsmaterial und sturen Antikommunismus. Daran sind wir nicht interessiert.

So wenig West-Berlin jemals die pathetische Rolle eines „letzten Bollwerks der Freiheit" anstand, so wenig darf die Bundesrepublik auf die Dauer ein vorgeschobener Außenposten der amerikanischen Militärmacht bleiben. Diese Forderung ist weder Undankbarkeit gegenüber den großartigen Leistungen der USA für Europa und besonders Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg noch feige Unterwürfigkeit gegenüber der Sowjetunion. Sie ist lediglich Ausdruck der nüchternen Erkenntnis, daß die Bundesrepublik von der Zerstörungsgewalt heutiger Waffen nichts, gar nichts zu gewinnen hat, daß ihre Zukunft im Osten allein in friedlichen, freundschaftlichen Beziehungen zu den Staaten Osteuropas liegt. Wir sind militärisch nicht mehr gefährdet als Finnland und Österreich, unser wirtschaftliches Gewicht ist um ein Vielfaches größer als das dieser Staaten. Wir könnten, wenn wir nur wollten, auf einer internationalen

Konferenz für Europa eine — möglichst wenig aufdringliche, aber — ebenso gewichtige wie segensreiche Rolle spielen. Das würde nicht ohne Einfluß auf unsere Position auch innerhalb der NATO bleiben.

Wieder einmal ist es neben vielen anderen Franz Josef Strauß, der — sicher zur Freude seines heutigen Nachfolgers im Amt des Bundesverteidigungsministers — davor warnt, durch mangelnde Verteidigungsanstrengungen die isolationistischen Tendenzen in den USA zu stärken, und auffordert, mehr zu rüsten. Aber genau die entgegengesetzte Argumentation ist angebracht, das Gegenteil entspricht unseren wahren Interessen: wir haben die Folgerung aus der Tatsache zu ziehen, daß schon die Überforderung der eigenen Kräfte, deren sich die Vereinigten Staaten seit Jahren schuldig machen, sie mit größter Wahrscheinlichkeit früher oder später zu einem Abbau ihres Engagements in Europa zwingen wird. Diesen Abbau können wir nicht aus eigener Kraft ersetzen, und deshalb sollten wir uns erst recht bemühen, unsere Beziehungen zum Osten nicht länger unter das Gesetz des „Gleichgewichts des Schreckens" zu stellen, sondern ein Höchstmaß friedlicher Zusammenarbeit mit ihm zu suchen.

Was solchen Bemühungen entgegensteht, ist vor allem die anscheinend unüberwindliche Angst vor dem Kommunismus, tief verwurzelt in unserem Volk seit mehr als 50 Jahren und von den verschiedensten Seiten immer wieder neu genährt. Wer am Stammtisch äußert, die Sowjets warteten nur auf die nächstbeste Gelegenheit, um ohne nennenswertes Risiko über uns herzufallen, kann immer mit fast einhelliger Zustimmung rechnen. Aber die Angst beherrscht nicht etwa nur den kleinen Mann, auch die geistig führenden Schichten teilen sie, vom Großbürgertum ganz abgesehen, das zwar gern Geschäfte mit dem Osten macht, aber ebenso gern wenigstens einen Teil seines Vermögens in Zürich, auf den Bermudas oder in Südafrika in „Sicherheit" bringt. Dabei steht durchaus nicht immer der Gedanke an einen unmittelbaren Schlag im Vordergrund der Besorgnis, im Gegenteil: ein solcher wird eigentlich für unwahrscheinlich gehalten und viel mehr mit kalter Erpressung auf Grund der dahinter stehenden Macht der Panzer und Raketen gerechnet. Adelbert Weinstein, Militärsachverständiger und begabter Journalist zugleich, bringt diese Sorge wie folgt zum Ausdruck: „Mit zunehmender militärpolitischer Schwäche der Europäer, bei der Möglichkeit schließlich eines amerikanischen Abzuges, würde das sowjetrussische Übergewicht zur einzigen politischen Realität werden. An Stelle des hypothetischen Gleichgewichts der Kräfte würde sich als politische Alternative des Westens nur noch anbieten, freiwillig andere politische Verträge setzen zu wollen. Die Sowjets könnten dann das dem Warschauer Pakt und der NATO übergeordnete Sicherheitssystem aushandeln, das ihnen die Kontrolle auch über den noch freien Westen zuspielt. Das wäre unsere Kapitulation ohne Krieg" [11]). Am Ende steht, darf man ergänzen, natürlich die Angst vor der „bolschewistischen Weltrevolution".

Vergessen sind, soweit noch selbst erlebt, die 20er Jahre, in denen das Deutsche Reich, wenn auch unter einer sehr anderen weltpolitischen Konstellation, durchaus befriedigende Beziehungen zur UdSSR hatte, vergessen vor allem die Tatsache, daß 1941 nicht die Sowjetunion uns, sondern wir sie angegriffen haben; vergessen, daß 20 Jahre hindurch alle Regierungen der Bundesrepublik die Rückgängigmachung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu Lasten des kommunistischen Herrschaftsbereichs auf ihre Fahnen geschrieben hatten, vergessen, daß gleichwohl auch vor der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik kein Macht-

11) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 17. 12. 1970, Nr. 292.

haber des Kreml je versucht hat, die politische Integrität der Bundesrepublik zu bedrohen. Die Angst vor dem Kommunismus, behaupten wir, ist in erster Linie ein Produkt der historisch-politischen Unbildung unseres Volkes. „Weil der Normal-Abiturient auf der Schule ... nicht Russisch lernt, weiß er schlechterdings nichts von der Sowjetunion, hat auch kein Verhältnis zu den slawischen Ländern, nimmt Balkan als Synonym für Unordnung, sieht beim Blick nach Osten Nebel" [12]).

Aber es ist nicht nur die weitverbreitete Unkenntnis der geschichtlichen Entwicklung, die die überwältigende Mehrzahl der Bundesbürger bei dem Gedanken an die — unbestreitbar ungeheure — militärische Macht der Sowjetunion erzittern läßt. Es ist zugleich die Unfähigkeit sowohl wie der mangelnde Wille, sich mit den aktuellen Problemen des Sozialismus ernstlich auseinanderzusetzen. Man braucht den Kommunismus als Bürgerschreck, um sich eigenen geistigen Bemühungen auf die bequemste Weise zu entziehen und unausweichlichen Reformen zu entgehen. Was für den Osten der Popanz des „Monopolkapitalisten" ist, der aufgebaut und gehegt wird, um freiheitliche Regungen zu unterdrücken, das ist für uns das Schreckgespenst des bis an die Zähne bewaffneten, nur auf den Raub unseres ehrlich erworbenen Eigentums bedachten Kommunisten.

Indessen gibt es keine Möglichkeit, der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Lehre auszuweichen. Keinerlei Art von „Friedensforschung", wie sie jetzt auch in der Bundesrepublik mit einiger Geschäftigkeit betrieben wird, ist ein Ersatz dafür, vor allem nicht, „solange die Bundesrepublik als Hauptexekutor der westlichen Hegemonialmacht der Stützpfeiler der Abschreckung in Europa sein will" [13]). Wer die Unzulänglichkeiten einer im bürokratischen Apparat erstarrten Praxis, die rücksichtslose Hintansetzung der Bedürfnisse des Einzelnen, die Mißachtung der geistigen Selbständigkeit, wie wir sie dort immer wieder erleben, näher kennt, hat diese Auseinandersetzung nicht zu fürchten, auch dann nicht, wenn er sich über die wahrhaftig ebenfalls nicht geringen Mängel der „freien" Gesellschaft keiner Täuschung hingibt. Angst brauchen wir nur dann zu haben, wenn wir die Dinge ewig treiben lassen, wenn wir, um Reformen zu entgehen, revolutionären Kräften Vorschub leisten, die, heute noch eine ohnmächtige Minderheit, sich eines Tages auch bei uns entladen könnten, ohne daß ein einziger sowjetischer Panzer die Grenze der Bundesrepublik überschreitet. Doch was will die Sowjetunion, wird man fragen, wenn sie ihr Rüstungspotential ständig verstärkt, wenn sie ihre Satelliten den Erdball umkreisen läßt und mehr und mehr auch auf allen Weltmeeren ihre Flagge zeigt, zugleich aber intensiv für eine internationale Konferenz über Europa wirbt? Niemand kennt die Ziele der heutigen oder gar der kommenden Machthaber im Kreml, und dennoch dürfte die Antwort aus der Interessenlage der östlichen Weltmacht nicht allzu fern liegen: die UdSSR will sich für den Fall einer irgendwann einmal kommenden Auseinandersetzung mit China wappnen und zugleich im Westen absichern, sie will in Mitteleuropa, wenn schon nicht Freunde, so doch jedenfalls keine Feinde haben, zum mindesten Nachbarn, die ihre Wünsche nicht gegen die der Sowjetunion verfolgen, sondern auch ihr durch ein Netz von vertraglichen Abmachungen verbunden sind [14]). Ein vernünftiges Interesse der UdSSR, sich Mitteleuropa durch Drohung mit Gewalt dienstbar zu machen, ist nicht zu erkennen.

[12]) Werner Ross in „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 2. 5. 1970, Nr. 101.
[13]) C. Koch, in: Friedensforschung und Gesellschaftskritik, herausgegeben von Dieter Senghaas, 1970, S. 81.
[14]) Diese Auffassung deckt sich weitgehend mit der von Botho Kirsch, Sturm über Eurasien. Moskau und Peking im Kampf um die Weltherrschaft, 1970, vertretenen Thesen, nur daß dieser Autor aus ihnen sehr andere Folgerungen zieht als der Verfasser des vorliegenden Aufsatzes.

Wenn es so liegt, dann ist nicht einzusehen, warum wir den Gedanken einer internationalen Konferenz zur Erörterung von Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nicht nach besten Kräften unterstützen sollten. Im Gegenteil: Eine vertraglich gesicherte Befriedung Europas, ein Abbau der militärischen Machtpositionen im Zentrum unseres Kontinents, letzten Endes militärische Neutralisierung der beiden deutschen Staaten liegt in unser aller Interesse. „Eine neue Ostpolitik ... kann unmöglich gleichzeitig Friedenspolitik nach Osten und Hochrüstungspolitik innerhalb der NATO betreiben" [15]). Das Schlagwort von der drohenden „Finnlandisierung" Europas ist nicht nur eine Beleidigung des tapferen kleinen Volks im Nordosten, sondern auch unsagbar dumm: Wer je den Ehrenfriedhof von Leningrad für die Opfer der 900tägigen Belagerung der Stadt besucht hat, sollte einiges Verständnis dafür haben, daß die Russen für dieses Grenzgebiet ihres Reiches besonders empfindlich sind. Und könnten wir nicht eigentlich ganz zufrieden sein, wenn es uns eines Tages gelänge, den völkerrechtlichen Status Österreichs, selbstverständlich unter Aufrechterhaltung unserer Bindung an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, zu erlangen, eine „Umrüstung auf soziale Verteidigung" [16]) zu vollziehen?

„Man muß ... nicht unbedingt ein Kommunist sein, um zu wissen, daß der Antisowjetismus ein Verbrechen gegen Frankreich und den Frieden ist", schreibt einer der klügsten, unabhängigsten und nobelsten Denker aus dem sozialistischen Lager, Roger Garaudy [17]). Wir zögern nicht hinzuzufügen, daß Antisowjetismus ein Verbrechen auch gegen unsere Interessen darstellt. Die Bundesregierung sollte das Ihre dazu beitragen, ihn zu überwinden helfen. Dann wird sie sich, von der breiten Öffentlichkeit in ganz Europa unterstützt, mit guten Aussichten der nächsten Bundestagswahl im Jahre 1973 stellen können.

Friedensforschung in der BRD

Von Wilfried v. Bredow

Werden die siebziger Jahre unseres Jahrhunderts im Gegensatz zu den Jahren davor eine Periode weltweiten Friedens werden, der die unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der immer drängender werdenden Probleme sowohl der Dritten Welt wie auch der hochindustrialisierten Länder ist? Ein Überblick über die Zahl und die Art der kriegerischen Konflikte zu Beginn dieses Jahrzehnts erschwert eine positive Antwort. Denn wenn auch die Führungsmächte der sozialistischen und der kapitalistischen Staaten, die UdSSR und die USA, sich unter dem Druck ihrer gemeinsamen Verantwortung für den Nicht-Einsatz von Atomwaffen trotz aller ideologischen und politischen Differenzen, die unverändert bestehen, zu partiellen Entspannungsmaßnahmen entschlossen haben, so flackern doch in weltpolitischen Randzonen im Gefolge der Entkolonisierungs-Prozesse

15) Friedhelm Baukloh, „Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 7/1970, S. 672 ff., 677.
16) Hierzu Theodor Ebert, Von aggressiver Drohung zu defensiver Warnung. Das Konzept der sozialen Verteidigung, in dem in Anm. 13 erwähnten Werk, S. 179 ff.
17) Roger Garaudy, Die große Wende des Sozialismus, 1970, S. 14.

immer neue Konflikte auf. Die Intensivierung des Vietnam-Krieges, die der amerikanischen Führungsschicht nicht nur eine wachsende Opposition im eigenen Lande, sondern auch einen fühlbaren Sympathieverlust in aller Welt eingebracht hat, macht deutlich, daß das gegenwärtige transnationale System voller Widersprüche ist, die nur schwer zu überwinden sein werden.

Ein neues Instrument zur wissenschaftlichen Erforschung dieser Widersprüche und damit — vielleicht — zur Erleichterung ihrer Auflösung im Sinne des Friedens könnte die im Bewußtsein der Öffentlichkeit in vielen westlichen Ländern populäre *Friedensforschung* sein. Ihre Popularität in den Bevölkerungen dieser Länder (und die Bundesrepublik Deutschland gehört seit einem Jahr auch dazu) verdankt sie dem tief empfundenen Wunsch der Menschen nach Frieden, nach einem Frieden jedoch, der mehr Sicherheit bietet als das augenblickliche „Gleichgewicht des Schreckens", das erkauft ist mit immensen Rüstungsausgaben, die anderen Bereichen, wie z. B. Bildung und Ausbildung oder Umweltschutz, entzogen werden. Dieser Wunsch nach Frieden äußert sich in der Bundesrepublik auf vielerlei Weise — zum Beispiel auch in der Zustimmung einer großen Mehrheit der Staatsbürger zu einer Politik des Ausgleichs mit den Völkern Osteuropas und auch und gerade der DDR, von der man zwar nicht sehr viel weiß, deren Eigenexistenz man jedoch zu respektieren gewillt ist. Die Friedensforschung, ihre Popularität und ihr rasches Wachstum können also als ein Symptom gewertet werden — das vor dem doch ziemlich düsteren weltpolitischen Hintergrund ein wenig hoffnungsfroh stimmt. Denn natürlich entspricht ihre Institutionalisierung auch dem immer bewußter werdenden Bedürfnis einer Reihe von demokratischen Wissenschaftlern und Politikern, die Möglichkeiten und den Nutzen einer friedlichen Politik zu erforschen und durchzusetzen.

I

Was ist Friedensforschung und wie ist sie in der Bundesrepublik Deutschland konzipiert? Die allgemeinste Definition beschreibt Friedensforschung als „wissenschaftliche Forschung über die notwendigen Voraussetzungen friedlicher Beziehungen zwischen Staaten und anderen Gruppen". Dabei zeichnet sich moderne Friedensforschung nach Karl Kaiser durch sechs Merkmale aus: 1) Friedensforschung wird getragen von einem Engagement zum Frieden; 2) sie muß von einer gesamt-systemaren Ansatzhöhe der Analyse ausgehen, d. h. ihre Analyse ist nur dann sinnvoll, wenn sie alle relevanten Dimensionen sozialen, politischen und ökonomischen Lebens miteinbezieht; 3) ihre Ergebnisse können nur dann gültig sein, wenn Friedensforschung inter- und multidisziplinär betrieben wird; 4) Friedensforschung hat notwendig eine wirklichkeitsverändernde Zielsetzung, denn sie kann ihr Engagement für den Frieden nur dann einlösen, wenn sie dazu beiträgt, ihn in der Praxis durchzusetzen; 5) Friedensforschung muß, soweit es überhaupt möglich ist, institutionell und finanziell unabhängig sein; 6) schließlich ist zu betonen, daß Friedensforschung in nationaler Regie ein Widerspruch in sich selbst bliebe. Mit den Worten Karl Kaisers: „Da es der Nationalstaat ist, in dessen Namen die größte Gewaltanwendung begangen wurde und begangen wird, und er immer noch die ausschlaggebende Einheit im internationalen Geschehen ist und noch einige Zeit bleiben dürfte, ist die Friedensforschung in besonderem Maße verpflichtet, die in den meisten wissenschaftlichen Bereichen stark ausgeprägte Unterwerfung unter das Nationalinteresse — besonders in Krisenzeiten — zu überwinden ... Vor allem die Zusammenarbeit

von Wissenschaftlern aus einander feindlichen politischen Systemen, z. B. aus Ost und West, könnte überfällige Lernprozesse in Gang setzen und neue Wege eröffnen" [1]).

Wie weitgespannt der Bogen der Forschungsthemen der Friedensforschung sein muß, läßt sich an dem Forschungsprogramm eines der beiden hervorragendsten Friedensforschungsinstitute der Welt, des International Peace Research Institute (PRIO) in Oslo, erkennen. Die Liste der Forschungsprogramme umfaßt folgende Themen: 1) Vorarbeiten zu allgemeinen Konflikttheorien; 2) soziale Aspekte technischer Hilfe; 3) institutionalisierte Konfliktregelungen; 4) persönliche Kontakte in Konfliktsituationen; 5) friedliche Verwendung von Streitkräften; 6) kulturelle Konflikte und sozialer Wandel; 7) Ursachen und Folgen von Rassenkonflikten; 8) Ursachen und Folgen ethnischer Konflikte; 9) Intra-Systemkonflikte; 10) Konflikte in Hierarchien; 11) Rüstung, Abrüstung und das Machtgleichgewicht; 12) innergesellschaftliche Folgen von Frieden und Krieg; 13) Struktur und Funktion der modernen Diplomatie; 14) Struktur und Funktion der Nachrichtenverbreitung; 15) Struktur und Funktion von Peace Corps; 16) öffentliche Meinung und internationale Beziehungen; 17) internationale Friedens-Streitkräfte; 18) Internationalismus; 19) Entscheidungsprozesse in der Außenpolitik; 20) nichtmilitärische Gewalt; 21) Struktur der Weltgesellschaft; 22) Muster übernationaler Integration; 23) Struktur und Funktion von Friedensforschung; 24) Struktur und Funktion von Friedensorganisationen; 25) das Image des Friedens; 26) Entwicklungs-Studien; 27) Imperialismus-Studien; 28) Revolutions-Studien; 29) Repräsentations-Studien; 30) Studien über die Zukunft [2]).

Diese Übersicht, obwohl sie noch lange nicht vollständig ist, zeigt, welch immense Ausdehnung das Arbeitsgebiet von Friedensforschern hat. Gleichzeitig betont sie auch den Integrationsaspekt der Friedensforschung: alle Sozialwissenschaften, ja in einem weiteren Sinne sogar auch alle Naturwissenschaften können und müssen etwas beitragen, soll Friedensforschung erfolgreich sein.

In der Bundesrepublik sind Begriff und Inhalt seit den wiederholten Hinweisen von Bundespräsident Gustav Heinemann bekannt geworden. Zwar gab es schon vorher Aktivitäten und Forschungen auf diesem Gebiet, aber entweder fanden sie mehr oder weniger isoliert von der Öffentlichkeit statt, oder sie bewegten sich vornehmlich im Rahmen der „strategischen Studien" mit dem Ziel etwa der Rüstungskontrolle (Arms Control). Auch sie jedoch blieben fast ohne Echo; so konnte z. B. die deutschsprachige Ausgabe der achtundzwanzig unter der Schirmherrschaft der American Academy of Arts and Sciences von Donald G. Brennan herausgegebenen Problemanalysen „Strategie der Abrüstung" (1962) die Diskussion in der Bundesrepublik kaum beleben. Die Ablösung der Großen Koalition von CDU/CSU/SPD durch eine sozial-liberale Koalition SPD/FDP im Herbst 1969 mag als eine Art Zäsur in der Entwicklung der Friedensforschung in der Bundesrepublik begriffen werden. Natürlich spielen andere Überlegungen und Faktoren ebenfalls eine wichtige Rolle: so die allenthalben in Europa sich durchsetzende Tendenz zu einer inner-europäischen Entspannung durch ein europäisches Sicherheitssystem, so die Einsicht einiger Politiker, daß bei unverändert rasch wachsenden Militärausgaben die anderen Probleme der Gesellschaften so stark vernachlässigt werden müßten, daß ihr Bestand und ihr Wohlergehen

[1]) Karl Kaiser, Friedensforschung in der Bundesrepublik. Gegenstand und Aufgaben der Friedensforschung, ihre Lage in der Bundesrepublik sowie Möglichkeiten und Probleme ihrer Förderung. Studie im Auftrag der Stiftung Volkswagenwerk, Göttingen 1970, S. 62. Dieser Arbeit Kaisers kommt nicht nur einige wissenschaftliche, sondern auch erhebliche wissenschaftspolitische Bedeutung zu.
[2]) Informationsschrift über PRIO, Oslo 1970, S. 5.

ernsthaft gefährdet würden, so schließlich der unüberhörbare, wenngleich sich oft mißverständlich formulierende Anspruch der Jugend Europas auf eine Welt ohne Drohung und Unterdrückung.

In seiner Ansprache anläßlich des 30. Jahrestages der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges sagte Gustav Heinemann u. a.: „Müßte nicht längst in aller Welt und besonders dringlich auch bei uns die wissenschaftliche Erforschung des Friedens, das heißt seiner Voraussetzungen einschließlich der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen sowie der psychologischen Faktoren die Grundlage aller Grundlagenforschung sein ... Wir brauchen eine Friedensforschung."

Seit dieser Rede ist in der Bundesrepublik viel von Friedensforschung gesprochen und viel darüber geschrieben worden. Vor allem die bereits ein Jahr zuvor gegründete „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung" (AFK), in der inzwischen fast alle westdeutschen Friedensforscher und auch andere Wissenschaftler vereint sind, hat sich zum Fürsprecher einer durch Mittel der öffentlichen Hand und gesellschaftlicher Gruppen regelmäßig unterstützten, fest institutionalisierten Friedensforschung gemacht. Sie hat damit bei der Bundesregierung zunächst ein offenes Ohr gefunden, wenngleich die Transponierung der Friedensforschung in die aktive Politik ihr zunächst einmal viel von ihrem anfänglichen Schwung genommen zu haben scheint. Nach zahlreichen Intrigen und Kämpfen hinter den Kulissen, wobei es einmal um die Kontrolle über die Verteilung der Geldmittel und weiter um die Kontrolle über die Auswahl der zu unterstützenden Forschungsvorhaben ging (um dasselbe Problem auf zwei verschiedenen institutionellen Ebenen also), wurde am 28. Oktober 1970 in Bonn die „Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung" feierlich gegründet. Sie ist nach den Worten eines der enttäuschten publizistischen Kommentatoren eine Art „Holding-Gesellschaft" geworden, „in der das Proporz-Denken und die Interessen gesellschaftlicher pressure-groups vorherrschen" [3]).

Dieser Eindruck wird durch einen Überblick über die Gründungsmitglieder und die verschiedenen Organe der Gesellschaft leider zunächst einmal bestätigt. Zu den Gründungsmitgliedern gehören: der Bund, die Länder, der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der DGB, die DAG, die Deutsche Bischofskonferenz, der Rat der EKD und der Zentralrat der Juden in Deutschland. Aus dem Kreis dieser Gründungsmitglieder, der nicht erweitert werden soll, erwartet man sich in den nächsten Jahren sechs bis acht Millionen DM pro Jahr.

Die Organe der Gesellschaft sind: ein Vorstand, d. h. ein auf fünf Jahre gewählter Geschäftsführer; ein Kuratorium, das zur Aufgabe hat, allgemeine Richtlinien zu geben, und aus 32 Mitgliedern besteht; die Hälfte davon sollen Wissenschaftler sein und vom Bundespräsidenten direkt berufen werden, während die andere Hälfte aus vom Bund, den Ländern, den Gewerkschaften und den Parteien vorgeschlagenen (und ebenfalls dann vom Bundespräsidenten berufenen) „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" bestehen wird. Schließlich gibt es ein aus 16 Wissenschaftlern bestehendes Konzil und eine aus 12 Mitgliedern bestehende Förderkommission, die personell, materiell und ideell engstens mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft verklammert ist.

Das allgemeine Echo in der Öffentlichkeit auf diesen Gründungsakt war nicht sehr positiv; es wäre in der Tat sehr bedauerlich, wenn durch diese sehr kom-

[3]) Claus Grossner, Geheimkrieg um Millionen. Die Rückzugsgefechte der deutschen Friedensforscher, in: Die Zeit, 30. 10. 1970, S. 11.

plizierte und anscheinend nicht sehr arbeitsfähige Konstruktion die wenigen brauchbaren Ansätze der Friedensforschung in der Bundesrepublik nicht nur nicht ermutigt, sondern gar wieder erstickt würden.

II

Eine Übersicht über das, was es an Friedensforschung in der Bundesrepublik gibt oder in Kürze geben wird, bleibt unvollständig ohne eine knappe Aufzählung der Institutionen, Persönlichkeiten und Publikationen, die sich auf diesem Gebiet bereits einen Namen gemacht haben.

Neben der bereits erwähnten „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung", zu deren Vorsitzendem kürzlich Prof. Karl Kaiser gewählt wurde (weitere Vorstandsmitglieder: Dieter Senghaas, W. Kewenig, Th. Ebert, P. Menke-Glückert, Pater P. Engelhardt und G. Zellentin), sind vor allem die Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler und die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg zu nennen. Beide Vereinigungen sind in den letzten Jahren mit einer Reihe von Veröffentlichungen hervorgetreten, die sich mit verschiedenen Aspekten der Friedensproblematik beschäftigen. Bis zum Ende des Jahres 1970 bereitet die Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler einen Sammelband mit Beiträgen westdeutscher Sozialwissenschaftler zu einem europäischen Sicherheitssystem vor; aus dem Kreis der Evangelischen Studiengemeinschaft ist eine Reihe von „Studien zur Friedensforschung" publiziert worden, die Themen wie z. B. „Frieden durch Integration und Assoziation" (von Eva Knoblock-Senghaas) oder die Problematik der Kriegsdienstverweigerung behandeln. Beide Vereinigungen verstehen sich weniger als feste Organisationen, vielmehr als lockere Diskussionskreise, deren Mitglieder sich durch ihr gemeinsames Engagement für eine friedliche Zukunft verbunden fühlen. Es ist übrigens kein Zufall, daß in beiden eine Reihe von protestantischen Wissenschaftlern die Initiative ergriffen hat: aus dem Bereich des selbstkritischen Protestantismus rekrutieren sich nicht wenige der aufrichtigen Verfechter von Friedensforschung.

Eine ähnliche, wenngleich über lange Zeit hin schwächer ausgebildete Entwicklung läßt sich innerhalb der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland konstatieren. Die Formierung einiger junger Katholiken um die Zeitschrift „Kritischer Katholizismus" und das zunehmende Problembewußtsein dieser Christen von der Zwiespältigkeit des Auftretens ihrer Kirche etwa in den Entwicklungsländern hat zur Folge gehabt, daß auch hier Friedensforschung als eine ernst zu nehmende Herausforderung betrachtet wird — zwar nur von einer Minderheit, aber sie ist doch stark genug, um die Diskussion in Gang zu halten.

Hervorzuheben ist auch die Arbeit der „Studiengesellschaft für Friedensforschung" in München, die sich unter der Leitung von Christel Küppers schon seit langem vor allem mit der pädagogischen Seite von Frieden und Friedensforschung befaßt. Neben einer ganzen Reihe von Universitäts-Instituten der Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie (Bonn, Marburg, Frankfurt, Hamburg, West-Berlin) soll auch das umstrittene „Internationale Institut für Friedens- und Konfliktforschung" in West-Berlin erwähnt werden, das im Rahmen des geplanten „Wissenschaftszentrums Berlin" vorgesehen ist. Umstritten ist das gesamte Projekt des Wissenschaftszentrums, weil es bewußt ohne Verbindung zur Universität geplant worden ist, weil die Finanzierung etwas undurchsichtig ist und weil schließlich und vor allem das gesamte Projekt in der Hauptsache

aus politischen Gründen verwirklicht wird, wie die Skeptiker behaupten. In der Tat wird man ihnen weitgehend recht geben müssen. Ohne daß man schon jetzt ein Urteil über die vielleicht doch noch zustande kommende wissenschaftliche Arbeit dieses Instituts fällen kann, läßt sich der Verdacht nur schwer entkräften, daß hier mit dem Etikett „Friedensforschung" gespielt wird.

Natürlich ist es nicht ganz leicht, auch unter dem Vorbehalt des einmal (und zu Recht) getroffenen Bescheids von den nur schwach ausgeprägten Ansätzen zur Friedensforschung in der Bundesrepublik eine Reihe von Wissenschaftlern zu benennen, die sich mit ihrer Arbeit oder durch ihr wissenschaftspolitisches Engagement für die Friedensforschung um deren Wachstum verdient gemacht haben. Es ist vor allem deshalb so kompliziert, weil recht unterschiedliche Vorstellungen über das herrschen, wie und mit welcher Perspektive Friedensforschung in der Bundesrepublik betrieben werden soll. Über die Spaltung in zwei einander feindlich gegenüberstehende „Schulen" der Friedensforscher wird noch zu sprechen sein, die folgende Aufzählung vereint zunächst einmal Namen und Publikationen, die sich an und für sich nur widerstrebend so eng versammelt sehen.

Die erste wissenschaftliche Arbeit, die in der Bundesrepublik Mitte der sechziger Jahre erschien und als authentische Leistung auf dem Gebiet der Friedensforschung angesehen werden kann, ist meines Wissens das Buch des wissenschaftlichen Außenseiters Fritz Vilmar, „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus. Eine sozioökonomische Analyse des Militarismus in unserer Gesellschaft". Daß dieses hochinteressante Buch im Jahre 1970 bereits die 5. Auflage erreicht hat, ist sehr erfreulich und macht auf das allgemeine Interesse aufmerksam, das solchen Fragen in der Bundesrepublik heute entgegengebracht wird. An den Universitäten in Frankfurt und West-Berlin fand sich in dieser Zeit eine Reihe von jüngeren Wissenschaftlern zusammen, die sich zum Ziel setzten, die verschiedenen neuen Methoden der Sozialwissenschaften, wie sie in den USA entwickelt worden sind (Systemtheorie, Kommunikationswissenschaft usw.) zu studieren und für friedensrelevante Forschung zu benutzen. Daraus entstand einmal der nützliche Sammelband, den Ekkehart Krippendorff 1968 unter dem Titel „Friedensforschung" herausbrachte und der die verschiedenen Ansätze und Methoden anhand von Einzelbeispielen demonstriert. Dieser Band machte aber auch deutlich, daß die sich institutionalisierende Friedensforschung noch weit davon entfernt ist, brauchbare Ergebnisse aufzuweisen. Die gesammelten Beiträge erbrachten ganze Kataloge von Prinzipien, Verallgemeinerungen usw., die sich auf die verschiedensten Arten von Frieden beziehen lassen. Bei fast allen von ihnen ist die Crux, daß inhaltliche Konkretionen entweder ganz fehlen oder stillschweigend „wertfrei" als modifizierte Bedingungen der industrialisierten Großgesellschaft westlichen Typs eingeführt werden. Die verschiedenen historisch, anthropologisch, psychologisch oder soziologisch orientierten Ansätze widersprechen sich zum Teil oder lassen sich zumindest nicht miteinander in Einklang bringen. Dennoch hat der von Krippendorff herausgegebene Band die Diskussion lebhafter werden lassen, was nicht zuletzt auf seine eloquente Einführung zurückzuführen ist, in der er nachdrücklich auf die innergesellschaftlichen Aspekte von Friedensforschung hinwies: „Friedensforschung muß nicht nur die Frage stellen und beantworten, welche gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Gruppen an der Aufrechterhaltung des hochgerüsteten Drohsystems internationaler Politik mit ihren innenpolitischen Konsequenzen — oder Ursachen — der Stabilisierung und tendenziellen Involution des sozialen Status

quo vital interessiert sind, sie muß auch die Frage stellen und beantworten, welche Gruppen, Schichten und Klassen potentielle Träger sind zur qualitativen Veränderung eben dieser Gesellschaften" [4]).

Solche Sätze könnten auch von Dieter Senghaas formuliert worden sein, der inzwischen wohl zum bekanntesten Friedensforscher in der Bundesrepublik geworden ist: die Zahl seiner öffentlichen Auftritte und Publikationen ist Legion. Senghaas, der längere Zeit in den USA studiert hat, hat sich auf eine rigorose Kritik der Doktrin der Abschreckung spezialisiert, für die er immer neue und oft sehr stichhaltige Argumente findet. Auch Senghaas nimmt dabei die Auswirkungen der internationalen Politik auf innergesellschaftliche Ereignisse in den Blick und konstatiert eine Art von „Autismus" im Verhältnis der Supermächte zueinander, d. h. einen Prozeß zunehmender Verzerrung der Informationen aus dem jeweils gegnerischen Lager. Diese Theorie hat einigen Widerspruch gefunden, und sie wird sich in der vorliegenden Form wohl auch nicht durchhalten lassen. Zweifelsohne jedoch sind von ihr zahlreiche Anregungen ausgegangen. Carl-Friedrich v. Weizsäcker, der im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik eine außergewöhnlich hohe Autorität genießt, hat mit seinen philosophisch gefärbten Überlegungen über die Notwendigkeit des Weltfriedens und vielleicht mehr noch durch seinen wissenschaftspolitischen Einsatz das Entstehen der Friedensforschung nachhaltig gefördert. Zu denjenigen, die ebenfalls mit dazu beigetragen haben, daß wenigstens einige wenige Ergebnisse westdeutscher Friedensforschung schon greifbar sind, gehören Robert Jungk, Peter Menke-Glückert, Alexander Mitscherlich, Karl Kaiser, Theodor Ebert, Christian Graf v. Krockow und einige mehr. Sie alle haben sich in der einen oder anderen Form mit dem Aufbau und dem Ausbau von Friedensforschung beschäftigt, und zwar so, wie sie sie verstanden. Daß es dabei oft genug zu harten Kontroversen gekommen ist, mag den naiven Beobachter überraschen und irritieren. Im Grunde geht es dabei jedoch, sieht man einmal von dem kaum vermeidbaren Maß an kollegialem Neid ab, um ein fundamentales methodologisches und politisches Problem.

III

Die Parteien dieser Kontroverse, die leider dazu geführt hat, daß eine die Vorteile beider Konzeptionen vereinigende und ihre jeweiligen Nachteile vermeidende Friedensforschung fast unmöglich wurde, sind mit Begriffen wie „Realisten" oder „mittelfristige Friedensforschung" auf der einen Seite und „Utopisten" oder „langfristige Friedensforschung" auf der anderen gekennzeichnet. Setzt man voraus, daß in der „Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung" ungefähr alle Friedensforscher oder in Friedensforschung Involvierte organisiert sind, dann kommt man bei der Gewichtung der Kräfte auf eine knappe Überlegenheit der „Realisten", was ihre Zahl anbetrifft, während auf dem Gebiet der Publikationen die „Utopisten" anscheinend weit in Führung liegen.

Worum geht es? Grob gesagt, um die Unvereinbarkeit zweier Konzeptionen von Friedensforschung, von denen die eine, die „realistische", die „mittelfristige", die „Erhaltung und Sicherung des Friedens primär von einer möglichst rationalen, den neuen Bedingungen des rationalen Zeitalters angepaßten Handhabung des Instrumentariums der klassischen Macht- und Interessenpolitik erwarten und daher strategischen Erwägungen gegenüber allen anderen den Vorzug geben (...)" (O. Schatz). Die Anhänger dieser Richtung der Friedensforschung

4) E. Krippendorff (Hrsg.), Friedensforschung, Köln/Westberlin 1968, S. 22 (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 29).

beschäftigen sich in erster Linie mit den aktuellen Konflikten der Gegenwart und nahen Zukunft. Probleme der Rüstungskontrolle, der Rüstungsbeschränkung, der stufenweisen Konflikt-Herabminderung gehören in den Umkreis ihres Forschungs-Interesses. Vor- und Nachteile dieses Ansatzes liegen auf der Hand: der umsichtigen und nüchternen Einbeziehung sehr vieler Faktoren in das Kalkül, dem Versuch also, wirklichkeitsbezogen zu bleiben, steht die bewußte und oft sogar mit einem gewissen Stolz empfundene Ignoranz gegenüber dem gesamtgesellschaftlichen und gesamtpolitischen Stellenwert dieser Forschung gegenüber. Realistische Friedensforschung in diesem Sinne bleibt systemimmanent, was ihr oft aufrichtiges Engagement in manchen Fällen verderben kann.

Vertreter der „langfristigen Friedensforschung" haben denn auch nicht zu Unrecht darauf hingewiesen, daß die rein strategische Variante der Friedensforschung, die die innergesellschaftlichen Ursachen von Konflikten nicht berücksichtigt, unbefriedigend bleibt. Nach ihrer Anschauung umfaßt der Aufgabenkatalog von Friedensforschung notwendig auch Themen wie die sozialen, psychischen und technischen Voraussetzungen der herrschenden Konflikte und Möglichkeiten zur Schaffung einer friedlichen Welt. Dies hat ihnen das Etikett „Utopisten" eingebracht, und in der Tat wird von ihnen sehr oft übersehen, daß sie sich in ihren Plänen und Vorstellungen so weit von der bestehenden Wirklichkeit entfernen, daß sie keinen Einfluß auf deren Entwicklung mehr ausüben können — auch das ist eine Verkehrung der Ziele richtig verstandener Friedensforschung.

Der Streit zwischen diesen beiden Richtungen wird in der Bundesrepublik Deutschland mit philosophischer Gründlichkeit und ganz unphilosophischer Erbitterung ausgetragen. Vermittlungsversuche wie etwa der von Karl Kaiser, der in seiner Position als Vorsitzender der AFK sowieso ein großes Maß an diplomatischem Geschick aufbringen muß, haben bislang noch keinen Erfolg gehabt. Das ist höchst bedauerlich, denn die inzwischen eingetretene Polarisierung erweist sich bei näherem Hinsehen als unnötig. Sie verdeckt eine andere, über die nicht gesprochen wird — vielleicht weil sie noch nicht erkannt ist, vielleicht aber auch, weil ihre offene Diskussion zur Folge hätte, daß sich ein großer Teil des Opportunismus, der heute leider in beiden Schulen der Friedensforschung zu finden ist, nicht mehr so einfach durchhalten ließe.

Man wird in der Tat nämlich der Masse der Studien über strategische Probleme oder über Modelle von institutionellen Konfliktregelungen usw. wie auch den angestrengten Reflexionen über das Unbehagen an der technischen Zivilisation und über das Wesen der Aggressivität ihre Berechtigung nicht streitig machen können oder wollen. Nur sind Zweifel daran erlaubt, daß es sich hierbei wirklich schon um Friedensforschung handelt. Nicht die Ausdehnung der Fristen, auch nicht die Verquickung von außenpolitischen mit innergesellschaftlichen Prozessen allein hat Einfluß auf den Wert und die Stringenz der Ergebnisse von Friedensforschung. Vielmehr scheint beides in erster Linie doch von dem zugrunde liegenden Begriff des wünschbaren und zu verwirklichenden Friedens seine Substanz zu beziehen. Hier, nach inhaltlichen Kriterien, scheiden sich die Geister. Hält man diese Unterscheidung für vernünftiger, so erkennt man mit Mißbehagen, daß um dieses Problem in den Schriften der Friedensforscher meist ein Bogen geschlagen wird. Die Differenzierung von „negativem Frieden" (Abwesenheit organisierter Gewalt zwischen Gruppen) und „positivem Frieden" (Zustand von Kooperation und Integration zwischen großen sozialen Gruppen), mit der man sich heute begnügt, ist recht oberflächlich, pragmatisch und verliert sofort ihre Eindeutigkeit, wenn man sich z. B. fragt, was denn in sozialen Beziehungen alles als „organisierte Gewalt" begriffen werden kann.

Ein Blick auf eine andere neue, ebenfalls inzwischen populär gewordene Wissenschaft verstärkt den Verdacht, daß ohne eine klarere Zielbestimmung Friedensforschung nichts anderes zu werden droht als das übliche Herrschaftswissen in Schönschrift. Die Zukunftsforschung (Futurologie), so wie sie von den großen Denkfabriken in den USA betrieben wird, ist nach ihrem Kritiker Claus Koch nichts anderes als die „Botschaft des aufgeklärten, organisierten Kapitalismus im Schatten der Bombe". Und Ossip K. Flechtheim, der sich seit den dreißiger Jahren für die Entwicklung der Futurologie eingesetzt hat, kann heute nur noch betrübt feststellen, daß sich ihrer immer mehr „Technokraten und Neokonservative" annehmen. Die Gefahr ist nicht zu unterschätzen, daß Friedensforschung, gleichviel ob „realistisch" oder „utopisch", in einem ganz anderen Sinne politisch aktiviert wird, als sich das die oft gutgläubigen Wissenschaftler vorstellen. Deshalb soll an dieser Stelle noch einmal auf den wichtigen Vorschlag von Karl Kaiser hingewiesen werden, der — nach dem Vorbild der Friedensforschungsinstitute in Stockholm und Oslo — die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern aus Ost und West als erstrebenswertes Ziel bei der Institutionalisierung angeführt hat. Nur auf diese Weise kann verhindert werden, daß die Friedensforschung als Institution eingekapselt bleibt in die Systemhülsen, die sie zwar nicht sprengen kann, über die sie jedoch hinaus greifen muß, will sie selbst ein Beitrag zum Frieden sein.

IV

Das Programm einer solchermaßen konzipierten Friedensforschung wäre kaum geprägt von einem Gegensatz zwischen langfristiger und mittelfristiger Reichweite. Diese Unterscheidung, die in einem anderen Zusammenhang von Robert K. Merton getroffen wurde, ist nie so recht aussagekräftig gewesen. Überblickt man noch einmal das 30-Punkte-Programm des Osloer Friedensforschungs-Instituts, so wird offenkundig, daß jedes einzelne Thema sowohl mittelfristige wie auch langfristige Aspekte hat, daß beide im Auge behalten werden müssen und daß, je nach dem betroffenen Thema, einmal der eine, dann wieder der andere Aspekt in der historischen Situation der Jahre 1970/71 wichtiger ist. Das ändert sich jedoch dauernd, und es wird deshalb immer auch die Aufgabe der Friedensforscher sein, trotz ihrer Unabhängigkeit von der Tagespolitik oder gerade deswegen die Prioritätenliste ihrer Forschungsthemen von Zeit zu Zeit zu revidieren. Natürlich sollte Friedensforschung immer realistisch sein. Das heißt aber nicht, daß sie konservativ oder gar reaktionär in dem Sinne sein dürfte, daß sie vorhandene und als friedensgefährdend erkannte Strukturen als unabänderlich hinnimmt. Im Gegenteil: wenn überhaupt je eine Wissenschaft die Möglichkeit hatte, für ihre Ziele und Auffassungen die kritische Öffentlichkeit zu mobilisieren, so ist es die Friedensforschung — wegen der Konformität ihrer Ziele mit denen der überwiegenden Mehrheit aller Menschen, die von diesen auch gespürt wird. Deshalb darf Friedensforschung keinesfalls zurückfallen in die üblichen Praktiken von Herrschaftswissen, das, esoterisch formuliert, nur einem kleinen Kreis von Eingeweihten verständlich ist. Die große Popularität der Friedensforschung ist auch ein Anspruch an sie — einer, den sie bislang kaum eingelöst hat. Zukünftige Aufgaben der Friedensforschung in der Bundesrepublik, die in der oben angedeuteten Form institutionalisiert ist (wobei der Vielzahl der bis jetzt bestehenden Einrichtungen kein Abbruch getan wird), gibt es viele. Den bis jetzt vorliegenden Veröffentlichungen läßt sich entnehmen, daß ein großer Teil der wissenschaftlichen Energien der Friedensforscher sich auf historische oder philosophische Betrachtungen bezogen hat. Studien wie etwa über den Friedensbegriff

im Alten Testament oder bei Kant oder die Deskription der Abrüstungsverhandlungen nach 1945 sind aber nur dann wichtig, wenn von ihnen Impulse ausgehen können in Richtung auf die Intensivierung aktueller Bemühungen für die Aufrechterhaltung und Verbesserung jetziger Friedens-Bemühungen. Nicht immer sind bisher solche Folgerungen aus dieser Art Forschung gezogen worden, ohne welche sie aber die Bezeichnung Friedensforschung nur mit vielen Einschränkungen verdient.

Weiterführend erscheint der Ansatz von Dieter Senghaas zu sein, der trotz einer gewissen Einseitigkeit aus der Kritik an der von ihm so genannten organisierten Friedlosigkeit des gegenwärtigen Abschreckungssystems heraus Einsichten über die Möglichkeit von mehr Frieden gewinnen will, wobei er sich an den Satz von Krippendorff hält: „Wenn du den Frieden willst, verändere jene gesellschaftlichen Voraussetzungen, die bisher immer zum Krieg geführt haben." Diesen Satz kann man anthropologisch (etwa im Sinne von Konrad Lorenz) interpretieren, dann ist er falsch. Trotz der etwas mißverständlichen Generalisierung, die daran denken läßt, daß es immer dieselben Ursachen gewesen sein könnten, auf die Krippendorff hier anspielt, enthält dieser Satz ein bedenkenswertes Programm. In der Tat wäre es angebracht, daß eine Friedensforschung in der Bundesrepublik sich dieses Programms annimmt und z. B. die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts unter ihren Gesichtspunkten und mit ihren Methoden untersucht. Die geistige und kulturelle Nähe, in der wir uns, ob wir es wünschen oder nicht, zur deutschen Geschichte der letzten siebzig Jahre und zu all ihren schrecklichen Einzelheiten befinden, sollte uns in die Lage versetzen, einen wichtigen Beitrag zur internationalen Friedensforschung zu leisten. Jedermann weiß, daß diese Geschichte nicht verarbeitet ist, daß sie uns — und nicht nur uns — noch im Nacken sitzt. Nicht zur Bewältigung von Vergangenheit ist Friedensforschung da, sondern zur Bereitstellung von Instrumenten für die Bewältigung der Zukunft. Ein Volk, in dessen Namen die beiden verheerendsten Kriege der Welt entfesselt wurden, hat nicht nur die Pflicht, sondern auch das Recht, sich jetzt mehr und konstruktiv mit den Möglichkeiten für den Frieden zu befassen.

Deshalb scheint es geraten, der Friedensforschung in der Bundesrepublik die Aufgabe zu stellen, all das zu erforschen, was in diesem Lande früher und jetzt an friedensgefährdenden Ideen und Strukturen bestand oder besteht, wie es wirkte, dank welcher Mechanismen welche gesellschaftlichen Kräfte mit welchen Zielen Herrschaft erstrebt und ausgeübt haben. Solche Friedensforschung hat nichts mit nationalem Masochismus zu tun, denn ihr Gegenstand ist nur ein Exempel. Allerdings eines, an dem sich vieles sehr deutlich studieren läßt, und deswegen ist die deutsche Geschichte ein so brauchbarer Gegenstand.

Komplementär zu solchen Untersuchungen über jene gesellschaftlichen Voraussetzungen, die bisher in Deutschland zum Krieg geführt haben, müßten Projekte geplant und gestaltet werden, die eine Erhöhung des Friedens-Potentials in unserer Gesellschaft anstreben. Hierbei ist in erster Linie an den weiten Bereich der Erziehung zum Frieden zu denken, die mit einer Revision der Schulbücher anfängt und möglicherweise bis zu einer grundlegenden Veränderung unserer gesamten Erziehungsmethoden führt. Drittens schließlich sollten jene praxisbezogenen Studien aus dem Bereich der internationalen Politik aus der Friedensforschung nicht ausgeschlossen werden, die, ausgehend von der Notwendigkeit der Verständigung und eines friedlichen Miteinanders von Ost und West, Wege aufzeigen für eine festere Verankerung und für eine Ausweitung solcher politischer Bestrebungen.

Hat solche Friedensforschung in der Bundesrepublik eine Chance? Verneinen läßt sich das nicht, wenngleich die augenblickliche Situation unerfreulich aussieht, weil über das Gerangel um gute Ausgangspositionen bei der Vergabe von Geldmitteln und um die Beteiligung bei dieser oder jener Publikation die Substanz dessen, was Friedensforschung sein muß, wenn sie das mit ihrem Namen verbundene Versprechen halten will, verschleudert zu werden droht. Trotzdem ist die Bilanz noch nicht negativ, denn es gibt genug hoffnungsvoll stimmende Ansätze. Noch ist, weil das gesamte Unternehmen bei uns noch blutjung ist, nichts endgültig verloren. Die weitere Entwicklung der Friedensforschung in der Bundesrepublik verdient volle Aufmerksamkeit.

Bedingungen für Aufstieg und Sieg des Faschismus

Von Reinhard Kühnl

In Heft 12/1970 veröffentlichten wir Beiträge von Gert Schäfer und Reinhard Opitz über Faschismus. Von unserem langjährigen Mitarbeiter Reinhard Kühnl erscheint in Kürze bei Rowohlt das Buch „Formen bürgerlicher Herrschaft — Liberalismus und Faschismus". Der nachstehende Vorabdruck ist dem Kapitel „Entwicklung und Struktur faschistischer Bewegungen" entnommen. D. Red.

Faschistische Bewegungen hat es in der Zwischenkriegsperiode zwar in allen kapitalistisch organisierten Staaten Europas gegeben, aber nur in wenigen Ländern konnten sie entscheidende politische Erfolge erringen. Es ist also zu unterscheiden zwischen solchen Ursachen, die in allen Ländern vorhanden waren und Entstehung und begrenzten Aufschwung des Faschismus bewirkten, und solchen, die vor allem in Italien und Deutschland vorhanden waren, und hier den Sieg des Faschismus begründeten. (Was es mit Spanien, Portugal und den Diktaturen der osteuropäischen Länder auf sich hat, soll im Kapitel über „Grenzprobleme" geklärt werden.)

Sozialökonomische Krisen

Die faschistische Bewegung wurde definiert als eine im Kern kleinbürgerliche Protestbewegung, die sich gegen die soziale Deklassierung der Mittelschichten, gegen den Sozialismus als vermeintliche Hauptgefahr und gegen die bürgerliche Demokratie als vermeintlichen Grund des Übels richtet, vermittels ihrer Ideologie aber in der Lage ist, auch andere wenig politisierte unzufriedene Sozialgruppen zu mobilisieren. Als eine wesentliche Ursache dieser Bewegung muß also eine sozialökonomische Krisenlage betrachtet werden, die bei breiten Schichten das Gefühl sozialer Unsicherheit und akuter Bedrohung hervorruft und das Vertrauen zur bürgerlichen Demokratie und ihren Parteien enrstlich erschüttert. An der Entwicklung des deutschen Faschismus läßt sich dieser Zusammenhang

exemplarisch demonstrieren. In der Tat konnte er — über seinen Grundbestand entlassener Offiziere und Soldaten hinaus — eine größere Anhängerschaft zum ersten Mal während der Inflation (1922/23) mobilisieren. Dieser Erfolg ermutigte ihn im November 1923 sogar zu einem Putschversuch. Während der Konjunkturperiode (1924—1928) fiel er auf das Niveau einer kleinen Sekte zurück, die freilich einen straff geführten Organisationsapparat bereithielt, der dann die Massen aufnehmen konnte. Während die NSDAP noch 1928 nur 2,6 Prozent der Stimmen gewinnen konnte, schwoll sie nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise gewaltig an: 1930 erhielt sie bereits 18,3 Prozent, und im Juli 1932 — auf dem Höhepunkt der Krise — erreichte auch die NSDAP mit 37,3 Prozent ihren Höhepunkt.

Auch in Italien ist der Zusammenhang zwischen Krise und faschistischem Erfolg nicht zu übersehen. Der Krieg hatte, wie in allen kapitalistischen Ländern, einen enorm erweiterten Produktionsapparat hinterlassen, dem eine stark verringerte Kaufkraft der Massen gegenüberstand. Überproduktion und Not, Inflation und Arbeitslosigkeit erreichte 1921/22 ihren Höhepunkt: die Zahl der Arbeitslosen stieg von rund 100 000 Ende 1920 auf über 600 000 im Januar 1922 [1]) (allerdings hatten die hungrigen Massen in manchen Städten schon 1919 die Lebensmittelläden geplündert). Eine so breite Massenbasis wie der deutsche Faschismus erreichte der italienische in seiner Aufstiegsphase jedoch nicht. Bei den letzten Wahlen vor dem „Marsch auf Rom" im Mai 1921 gewann er 35 Sitze (gegenüber 107 der katholischen Volkspartei und 123 der Sozialisten). Und auch der Zulauf bis zum Oktober 1922 war bei weitem nicht so stark wie 10 Jahre später in Deutschland.

In den anderen europäischen Ländern nahmen die faschistischen Bewegungen seit dem Beginn der dreißiger Jahre — offensichtlich im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise — einen deutlichen Aufschwung, wenn sie auch nirgends die Erfolge der NSDAP erreichten. In Holland, wo sich schon 1923 faschistische Gruppen gebildet hatten, verzeichnete die National-Sozialistische Bewegung Musserts um die Mitte der dreißiger Jahre einige Erfolge. Die belgischen Rexisten gewannen im Mai 1936 — wenige Monate nach ihrer Gründung — 11,5 Prozent und wurden im April 1939 auf 4 Prozent zurückgeworfen. Die britischen Faschisten, die zuerst 1923 hervorgetreten waren, formierten sich 1929 neu und verschafften sich in den Jahren von 1933 bis 1937 eine gewisse Position im politischen Kräftefeld Englands. Auch die Schweizer „Fronten" erzielten ihre größten Erfolge in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre. In Frankreich lieferte die Wirtschaftskrise den verschiedenen faschistischen Gruppen eine beachtliche Massenbasis, die sie im Februar 1934 zu dem Versuch ermutigte, das Parlament zu stürmen. Auch die finnische Lappo-Bewegung, die seit 1930 im Aufstieg begriffen war, unternahm im Februar 1932 einen Putschversuch. In Österreich schließlich kam der „Heimwehr-Faschismus" in Gestalt einer klerikal-konservativ orientierten Diktatur 1933 zur Macht [2]).

An dieser Stelle ist die Frage unumgänglich, warum trotz des generell feststellbaren Zusammenhangs zwischen sozialökonomischer Krise und politischem Aufstieg faschistischer Bewegungen gerade in Deutschland dieser Aufstieg besonders

---

1) A. Tasca, Glauben, gehorchen, kämpfen, Wien-Frankfurt-Zürich 1969, S. 219.
2) Zur Entwicklung der faschistischen Bewegungen in Europa vgl. F. L. Carsten, Der Aufstieg des Faschismus in Europa, Frankfurt 1968, u. E. Nolte, Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen, München 1968, die auch die Spezialliteratur zu den einzelnen Bewegungen nennen. Leider kommen beide Darstellungen über eine Erzählung des äußeren Hergangs nicht wesentlich hinaus. Es fehlt bisher nicht nur an einer brauchbaren Theorie über den internationalen Faschismus, sondern auch an vergleichenden empirischen Untersuchungen.

stark war. In einigen dieser Länder wirkte nämlich die „Machtergreifung" der Nationalsozialisten noch stimulierend, so daß der Primäreffekt der Krise noch geringer war, als es die Wahlergebnisse vermuten lassen. Beim „Frontenfrühling" in der Schweiz ist dies besonders deutlich. Vor allem auf drei Faktoren ist zur Erklärung der besonderen Erfolge der NSDAP hinzuweisen:

1) Deutschlands hatte — im Vergleich zu den westlichen Industriestaaten — eine Sonderentwicklung genommen, die dazu führte, daß hier der monarchische Obrigkeitsstaat stabiler blieb und länger herrschte. Infolge der langen Gewöhnung an obrigkeitsstaatliche Denk- und Verhaltensweisen und mangels liberaler und demokratischer Traditionen war das deutsche Bürgertum für autoritäre und faschistische Ideologien anfälliger als das englische, französische oder belgische Bürgertum. In abgeschwächter Form gilt das auch für Italien. Auch das italienische Bürgertum hat seinen Staat nicht primär durch einen revolutionären Akt sich selbst geschaffen, sondern durch die Niederlagen Österreichs (gegen Preußen 1866) und Frankreichs (gegen Preußen 1870/71) beinahe als Geschenk erhalten. Und „das Risorgimento vollendete sich in der Form einer ‚königlichen' Eroberung der Halbinsel durch das kleine Piemont, ohne aktive Teilnahme des Volkes, ja teilweise sogar gegen das Volk" [3]). Die nationale Einigung wurde — wie in Deutschland — von oben dekretiert, nicht von unten erkämpft.

2) Das Deutsche Reich hatte den Ersten Weltkrieg, den es mit der Hoffnung auf eine europäische Hegemonialstellung begonnen und bis 1918 mit einer Flut von Siegesmeldungen begleitet hatte, am Ende verloren. Die nationalistisch aufgepeitschten Massen sahen sich enttäuscht und betrogen und wandten sich — nachdem die Linke ihre Unfähigkeit zu einer grundlegenden Änderung der Verhältnisse 1918/19 bewiesen hatte und die bürgerliche Demokratie offensichtlich nicht imstande war, soziale Sicherheit zu gewährleisten — jener Bewegung zu, die ihnen Revanche für diese Niederlage versprach, nämlich der faschistischen. In der Agitation der Nationalsozialisten spielte dieses Motiv — neben dem Antikommunismus und dem Antisemitismus — eine zentrale Rolle.

Eine solche kollektive nationale Frustration hatten Engländer und Franzosen nicht erlitten. Sie waren als Sieger aus dem Krieg hervorgegangen und hatten ihre Machtstellung in Europa mindestens dem äußeren Anschein nach festigen können. Bürgerliche Regierungen der „gemäßigten Rechten" reichten hier im allgemeinen aus, um die autoritären und nationalistischen Bedürfnisse der bürgerlichen Mittelschichten zu befriedigen. Wohl aber gab es in Italien Stimmungen, die denen in Deutschland vergleichbar waren. Objektiv hatte Italien zwar seine Position verbessert: Es hatte Triest und Trient gewonnen und damit die nationale Einigung vollendet; sein unmittelbarer Gegner, die Habsburg-Monarchie, war zusammengebrochen und von der Landkarte verschwunden. Doch im Vergleich zu den hochfliegenden imperialistischen Versprechungen der Kriegspropaganda war das ein recht mageres Ergebnis, das von vielen Italienern als Niederlage empfunden wurde. „Dieses Gefühl der Ungerechtigkeit, der Verstümmelung ist eins der zentralen Themen, das Mussolini in kalter Berechnung ausbeutet, und es wird zu einer — vielleicht der wichtigsten — psychologischen Voraussetzung für den Erfolg des Faschismus" [4]).

3) Die Folgen der großen Wirtschaftskrise waren in Deutschland für die Massen der bürgerlichen Mittelschichten und der Arbeiterschaft härter als in den übrigen kapitalistischen Industrieländern Europas. Das Deutsche Reich war durch den

[3]) Tasca, S. 33.
[4]) A.a.O., S. 58.

Krieg und die Niederlage, durch Reparationen und Gebietsverluste in seiner wirtschaftlichen Kraft geschwächt. Der deutsche Mittelstand hatte durch Kriegsanleihen und Inflation seine finanziellen Reserven eingebüßt, so daß er durch die Wirtschaftskrise sofort unmittelbar in seiner sozialen Existenz bedroht war. Die übrigen Industriestaaten konnten auf die Wirtschaftskrise mit einer verstärkten Ausbeutung ihrer Kolonien antworten und so die Folgen der Krise für die eigene Bevölkerung mildern. Deutschland aber hatte seinen — ohnehin nicht sehr bedeutenden — Kolonialbesitz 1918 eingebüßt. Das deutsche Kapital war also, wenn es die Privatwirtschaft aufrechterhalten und die Profite wahren wollte, gezwungen, die Ausbeutung der Lohnabhängigen im eigenen Lande zu verschärfen. Auch diese Argumentation gilt teilweise für Italien, dessen Kolonialbesitz bedeutungslos, dessen Rohstoffquellen im eigenen Lande dürftig und dessen Bevölkerung arm war. Hinzu kam, daß die traditionellen Auswanderungswege, über die noch 1913 rund 900 000 Arbeiter und besitzlose Bauern das Land verlassen hatten, in wachsendem Maße verschlossen wurden, wodurch das allgemeine Elend und die inneren Konflikte sich noch steigerten.

Die Politik der herrschenden Klasse

Diese besondere Lage Deutschlands (und Italiens) bedeutete nicht nur größeres Massenelend, sondern auch ein höheres Potential an Unzufriedenheit, die sich leicht gegen das bestehende Gesellschaftssystem im ganzen — und nicht nur gegen seine politische Fassade — wenden konnte. Von der Interessenlage der herrschenden Klasse her war also die Notwendigkeit, die Unzufriedenheit der Massen aufzufangen und in Kanäle zu lenken, die für das Gesellschaftssystem ungefährlich waren, weit stärker als in den westlichen Ländern.

Eben diese Doppelfunktion nahm die faschistische Bewegung wahr. Einerseits artikulierte sie den Groll der Massen, indem sie gegen „das System" wetterte und den radikalen Kampf gegen Parlamentarismus und Parteienstaat, gegen Demokratie, Liberalismus und Kapitalismus proklamierte. Andererseits war sie für die bestehende Herrschaft doch relativ ungefährlich, weil sie erstens die Gesellschafts- und Eigentumsordnung nicht prinzipiell angriff, sondern nur gegen einzelnen Symptome polemisierte und das Privateigentum im ganzen entschlossen verteidigte, und weil sie zweitens den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Krise verschleierte und stattdessen den Zorn der Massen auf Minderheiten im Innern und andere Völker nach außen ablehnkte. Schließlich konnten diese Energien sogar zur aktiven Verteidigung des kapitalistischen Systems benutzt werden, indem der Kommunismus als der eigentliche Feind des Volkes und Grund des Übels angeprangert und die faschistische Bewegung als Terrorinstrument zur Zerschlagung der Arbeiterorganisationen eingesetzt wurde.

So klafften Selbstverständnis der faschistischen Anhängerschaft und objektive Funktion der faschistischen Bewegung weit auseinander. Während die dem Faschismus anhängenden Massen wähnten, damit „das System" grundsätzlich zu bekämpfen und nicht nur die bürgerliche Demokratie als Staatsform, sondern auch den Kapitalismus als den „Mittelstand" bedrohende Gesellschaftsform zu zertrümmern, dienten sie in Wirklichkeit zur Sicherung des kapitalistischen Systems und zur Vernichtung seines wahren Gegners: der Linken. Wie bei der Ideologie des Faschismus gezeigt, war dieser Zwiespalt, diese Möglichkeit der Irreführung in der Mentalität der faschistischen Anhängerschaft selber angelegt. Dennoch mußten daraus spätestens nach der „Machtergreifung", als die wirkliche Funktion des Faschismus offen zutage trat, Konflikte entstehen.

Zeitschrift für

Parlaments fragen

Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen

Die „Zeitschrift für Parlamentsfragen" — erstes Spezialorgan in der Bundesrepublik — gibt Daten und Analysen über die Bereiche Bund, Länder, Verfassungsfragen sowie Probleme des internationalen Parlamentsvergleichs.

Den bewußt vorangestellten Dokumentationen und Kurzanalysen schließen sich Aufsätze, Literaturhinweise und Mitteilungen an.

Durch ein umfangreiches Jahresregister wird die Zeitschrift zu einem Nachschlagewerk über den komplexen Problemkreis Parlamentarismus in der Bundesrepublik.

Bezugsbedingungen:

Die „Zeitschrift für Parlamentsfragen" erscheint vierteljährlich. Das Einzelheft kostet 3,50 DM, das Jahresabonnement 12,— DM, jeweils zuzüglich der Versandspesen.

Zum Geleit:
„Welchen Stellenwert haben Bundestag und Länderparlamente heute? Erfüllen sie noch die ihnen gestellten Aufgaben? Entspricht das Bild, das sich die Bürger im Land von ihnen machen, der Wirklichkeit?

Das sind wichtige Fragen. Auf sie eine Antwort zu finden, ist nicht allein Sache der Parlamentarier. Wir alle, zumal Wissenschaftler und Publizisten, sind aufgerufen, die Diskussion zu führen und gegebenenfalls Änderungen vorzuschlagen.

Wenn die „Zeitschrift für Parlamentsfragen" hier Forum sein will, dann hat sie meine uneingeschränkte Fürsprache."

Bundespräsident
Dr. Gustav Heinemann

Westdeutscher
Verlag

An den Westdeutschen Verlag, 567 Opladen, Postf. 1620:
Ich bitte um Zusendung eines Probeheftes der „Zeitschrift für Parlamentsfragen"
Adresse:

Die Geschichte hat gezeigt, daß sozialökonomische Krisen und Wahlerfolge faschistischer Parteien nicht ausreichen, um den Faschismus an die Macht zu bringen. Die Existenz einer faschistischen Massenbewegung ist nur eine Voraussetzung für die Errichtung eines faschistischen Herrschaftssystems. Ebenso notwendig ist es, daß diese Bewegung von der herrschenden Klasse unterstützt und zur Macht gebracht wird. Dem Angebot — eine aus sozialökonomischen Krisen resultierende faschistische Massenbewegung — muß eine entsprechende Nachfrage — der Wunsch der herrschenden Klasse nach einem faschistischen Herrschaftssystem — gegenüberstehen, damit eine „Machtergreifung" zustandekommen kann.

Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus für die Aufstiegsphase des Faschismus ist also nicht so unvermittelt, wie es manche vulgärmaterialistischen Theorien darstellen. Die faschistische Bewegung ist nicht nur und nicht einmal in der Hauptsache ein Produkt unmittelbarer kapitalistischer Hilfe. Sie formiert sich nicht in erster Linie deshalb, weil kapitalistische Unternehmen sie durch ihre finanzielle Hilfe aufpäppeln, um sie dann gegen die Arbeiterorganisationen einsetzen zu können. Sondern: aus einer sozialökonomischen Krise, die ihrerseits aus Reproduktionsschwierigkeiten des Kapitalismus hervorgeht, entsteht spontan eine faschistische Massenbewegung mit durchaus ambivalentem — sowohl gegen Sozialismus und Demokratie als auch gegen den Kapitalismus gerichtetem — Charakter. In einer Situation, in der die herkömmlichen bürgerlichen Parteien durch ihre Mitwirkung an der Politik des „Systems" diskreditiert sind und ihre Massenbasis an die faschistische Bewegung verlieren, in der die bürgerliche Demokratie nicht mehr ausreicht, um die ökonomischen Probleme und politischen Konflikte zu lösen, in der die kapitalistische Gesellschaft und die damit verbundenen sozialen Privilegien der Oberklassen also ernstlich gefährdet sind, verbünden sich maßgebliche Teile der herrschenden Klasse mit der faschistischen Bewegung. Sie stellen ihr Geldmittel und Propagandamöglichkeiten zur Verfügung und verlangen dafür, daß innerhalb der faschistischen Bewegung die antikapitalistischen Elemente unterdrückt und die geballte Kraft der Bewegung gegen die Linke eingesetzt wird.

Auch die Existenzgefährdung des Gesamtsystems, die von einigen Theoretikern mit Recht als eine wesentliche Ursache für das Bündnis der herrschenden Klasse mit der faschistischen Bewegung dargestellt wird, ist also mehr indirekter als direkter Art: Nicht so sehr durch die Stärke seines Gegners ist der Kapitalismus in diesem Augenblick in seiner Existenz bedroht, sondern vor allem durch die immanenten Schwächen und Widersprüche des eigenen Systems; nicht durch eine mächtige, im Aufstieg begriffene und die revolutionäre Umwälzung bereits in Angriff nehmende sozialistische Arbeiterbewegung, sondern durch die Unfähigkeit des Kapitalismus, den Wirtschaftsprozeß mit den Mitteln der Selbstregulierung und der parlamentarischen Demokratie in Gang zu halten.

Freilich kann sich aus einer solchen Lage eine starke sozialistische Bewegung entwickeln, die dann das kapitalistische System durch einen direkten Angriff bedroht. Es verdient aber betont zu werden, daß weder in Italien 1922 noch in Deutschland 1933 eine „kommunistische Gefahr" in diesem Sinne bestand. Es gehörte zwar später zum offiziellen Kult des Faschismus, das Land vor der kommunistischen Revolution gerettet zu haben, doch wie es sich tatsächlich verhielt, wußte man sehr wohl. Mussolini schrieb schon im Sommer 1921: „Wer behauptet, es gebe in Italien noch eine bolschewistische Gefahr, der verwechselt gewisse

schräge Ängste mit der Wirklichkeit. Der Bolschewismus ist geschlagen" [5]). Gleichsam als vorbeugende Maßnahme, um es zu einer revolutionären Lage gar nicht erst kommen zu lassen und das System schon vorher wieder funktionsfähig zu machen, wurde von der herrschenden Klasse der faschistischen Bewegung die politische Macht übergeben. Dabei spielte die Erinnerung an die prekäre Situation der Jahre 1918/20 zweifellos eine wesentliche Rolle. Der Faschismus kann demnach, sieht man ihn aus der Perspektive der herrschenden Klasse, als eine nachträgliche und zugleich präventive Konterrevolution gekennzeichnet werden [6]).

Aus dieser Analyse folgt, daß der Faschismus nicht als bloßer Büttel des Kapitals zu begreifen ist, sondern — als spontan entstandene Massenbewegung — einen selbständigen Machtfaktor darstellt. Das Verhältnis zwischen herrschender Klasse und Faschismus in der Phase vor der „Machtergreifung" ist also zu bestimmen als Bündnis zweier eigenständiger Partner, nicht als einseitiges Abhängigkeitsverhältnis, in dem der eine Faktor — die herrschende Klasse — den anderen nach Belieben produziert, aufbläst und als Instrument für die eigenen Zwecke einsetzt. Im bezug auf den italienischen Faschismus muß diese These freilich etwas eingeschränkt werden. In Italien waren die faschistischen Terrorgruppen in der ersten Phase (1919/20) tatsächlich in starkem Maße Instrumente der Großgrundbesitzer und der großen Unternehmer, die Geld, Waffen und Lastkraftwagen zur Verfügung stellten und oft genug die Bildung solcher Gruppen selber in die Wege leiteten [7]). Die solchermaßen ausgerüsteten faschistischen Banden wurden dann gezielt eingesetzt, um Gewerkschaftshäuser und Arbeiterheime, sozialistische Zeitungsgebäude und Genossenschaften zu verwüsten und Funktionäre der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften gewaltsam zu vertreiben, zu mißhandeln oder zu ermorden. Dennoch ist auch der italienische Faschismus schon in dieser Phase mehr als ein bloßes Instrument der herrschenden Klasse. Eine gewisse Eigenständigkeit ist ihm selbst in diesen Jahren nicht abzusprechen, wie die „linken" Elemente beweisen. Mit wachsender Massenbasis hat diese sich noch verstärkt. Das selbständige Gewicht des deutschen Faschismus hat der italienische allerdings in keiner Phase erreicht.

Wenn hier von der Unterstützung der herrschenden Klasse als einer notwendigen Voraussetzung für die „Machtergreifung" des Faschismus gesprochen wurde, so ist damit nicht nur die finanzielle Hilfe durch einige Industrielle gemeint. Gemeint ist vielmehr, daß die Polizei den faschistischen Terror duldet (wie in Italien und in einigen Ländern Deutschlands), daß die Justiz die Aktionen und Staatsstreichspläne der Faschisten nicht verfolgt, sondern deckt (wie in Italien und in Deutschland), daß das Militär die Faschisten mit Waffen versorgt (wie in Italien) oder die „Machtergreifung" wohlwollend toleriert (wie in Italien und in Deutschland), daß die bürgerliche Presse um Verständnis für die Faschisten und ihre Aktionen wirbt (wie in Italien und in Deutschland), daß Kirche und Monarchie zu einem Bündnis mit dem Faschismus bereit sind (wie in Italien) und vor allem: daß die einflußreichste Fraktion des Kapitals zu dem Ergebnis kommt, daß die bürgerliche Demokratie ihren Zwecken nicht mehr dient und daß deshalb ein faschistisches System errichtet werden müsse.

Eben dieses Stadium war, wie Eberhard Czichon nachgewiesen hat, im Herbst 1932 in Deutschland erreicht. Im November 1932 verlangten einflußreiche Industrielle, Bankiers und Großgrundbesitzer schriftlich vom Reichspräsidenten Hindenburg

5) „Popolo d'Italia" vom 2. 7. 1921, zit. nach Tasca, S. 367.
6) So auch Tasca, S. 109.
7) Tasca bringt dazu eine Fülle von Material.

die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler [8]). So kam es nach einem Zusammenspiel der großen Konzerne und Banken mit Teilen des Staatsapparats und der Führung der NSDAP am 30. Januar 1933 zur Bildung der Regierung Hitler-Hugenberg, in der neben der NSDAP auch Repräsentanten der Deutschnationalen und des Staatsapparats vertreten waren. In dieser Regierung, die nur das letzte Resultat einer seit 1929 sich verstärkenden Koalition zwischen der „gemäßigen" und der „extremen" Rechten darstellte, kommt in aller Klarheit zum Ausdruck, daß der faschistische Erfolg auf einem Bündnis der faschistischen Massenbewegung mit Teilen der Oberklassen beruhte. Um diesen Charakter noch zu unterstreichen, traf sich Hitler vier Tage nach der „Machtergreifung" — am 3. Februar — mit den Führern der Reichswehr und zweieinhalb Wochen später — am 20. Februar — mit den Repräsentanten der mächtigsten Unternehmen, um ihnen sein Regierungskonzept darzulegen und um Unterstützung zu bitten, die er denn auch erhielt.

In Italien war die Unterstützung des Faschismus durch den Staatsapparat, die sozialen Oberklassen und die politische Rechte noch stärker und offensichtlicher als in Deutschland. Schon bei den Wahlen 1919 bildeten Faschisten, Nationalisten und Konservative eine Nationale Allianz, die in den folgenden Jahren ausgebaut und gefestigt wurde und 1922 in der Regierung Mussolini kulminierte: an ihr waren — neben den Faschisten — alle bürgerlichen Parteien einschließlich der ursprünglich links orientierten katholischen Popolari beteiligt. Polizei und Militär lieferten den Faschisten nicht nur die Waffen, sondern beteiligten sich oft genug auch selbst an ihren Terrorfeldzügen gegen Sozialisten und Gewerkschaften. Im Oktober 1920 wurden sogar die vor der Entlassung stehenden Reserveoffiziere vom Kriegsminister zu den faschistischen Kampfgruppen geschickt, um diese nach militärischem Vorbild zu organisieren; der Staat zahlte ihnen dafür 80 Prozent ihres Gehalts [9]). Der Generalstreik, den die italienischen Arbeiter im Juli/August 1922 ausriefen, um den faschistischen Vormarsch in letzter Stunde noch aufzuhalten, wurde durch den gemeinsamen Terror von Faschisten und Polizei niedergeworfen.

Zugleich formierte sich jene Koalition, die dann im Oktober 1922 zur Machtübernahme durch die Faschisten führte: Großbanken, Schwerindustrie (besonders Rüstungsindustrie), Großgrundbesitz, Königshaus, Vatikan, Teile der Armee, Teile des Staatsapparats. „Die Leiter des Bankenverbandes, die zur Finanzierung des Marsches auf Rom 20 Millionen Lire auf den Tisch gelegt haben, wenden sich gemeinsam mit den Spitzen des Industriellen- und des Agrarierverbandes telegrafisch an Salandra, um diesem klar zu machen, daß in der gegebenen Lage nur eine Regierung Mussolini möglich ist" [10]). (Salandra war der Führer der Konservativen.) Der Staatsapparat schützt den faschistischen Terror, und als die Nachricht von der faschistischen Machtübernahme bekannt wird, „verwandelt sich alles in ein theatralisches, lärmendes Wettrennen: Jeder will zuerst im Lager der neuen Herren sein" [11]).

Wenn es um das Problem geht, warum der Faschismus gerade in Deutschland und Italien an die Macht kommen konnte, so ist — neben der besonderen Lage und Mentalität der bürgerlichen Mittelschichten, die die Stärke der faschistischen Bewegung bewirkten — auch nach dem besonderen Verhalten der sozialen Oberklassen in diesen Ländern zu fragen. Die prinzipielle Interessenlage — Bewah-

8) Text in: Internationales Militärtribunal, Bd. XXXIII, S. 531 ff., abgedruckt bei E. Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht, Köln 1967, S. 69 f.
9) Tasca, S. 127.
10) A.a.O., S. 336.
11) A.a.O., S. 338.

rung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der damit verbundenen sozialen Privilegien — hatten sie offenbar mit den Oberklassen der westlichen Länder gemein. Es müssen also andere Faktoren hinzugekommen sein, die gerade sie zum Bündnis mit dem Faschismus bewogen.

Italien und Deutschland hatten wesentliche Merkmale gemeinsam. Beide Länder hatten die nationale Einheit erst relativ spät herstellen können, waren deshalb auch verspätet in das Stadium der industriellen Revolution eingetreten und waren aus diesem Grunde auch bei der Verteilung der Kolonien zu spät gekommen. Das Deutsche Reich hatte jedoch nach 1870 einen gewaltigen Aufschwung genommen und um die Jahrhundertwende die Spitzenposition in der Skala der europäischen Industrienationen erreicht. Das verspätete, dann aber rapide Wachstum der Wirtschaft und der Bevölkerung in Deutschland zeigen die folgenden Tabellen [12]).

Bevölkerung (in Millionen):

	Deutschland	England	Frankreich
1870	41	31	37
1910	65	45	40

Anteil an der Weltindustrieproduktion:

	Deutschland	England	Frankreich
1870	13	32	10
1913	16	14	6

Als Deutschland in das imperialistische Stadium eintrat, hatten die übrigen Mächte ihre Kolonialreiche schon errichtet. Der Kolonialbesitz verteilte sich 1914 wie folgt [13]):

	Fläche (Mill. km²)	Einwohner (Mill.)
Deutschland	2,9	12,3
Frankreich	10,6	55,5
England	33,5	393,5

Da dem deutschen Kapital die Investitionsmöglichkeiten in den Kolonien Afrikas, Asiens und Australiens versperrt waren, mußte es den wesentlich schwierigeren Weg gehen und in formal selbständigen Ländern in Amerika und Europa Positionen erobern [14]):

Kapitalanlagen in Mrd. Mark vor 1914:

investiert in	England	Frankreich	Deutschland
Amerika	37	4	10
Asien	11	1	4
Afrika	10	7	2
Australien	8	0	1
Europa	4	23	18
Summe	70	35	35

12) Sachwörterbuch der Geschichte und der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1969, Bd. 1, Stichwort Imperialismus.
13) A.a.O., Stichwort Kolonialsystem des Imperialismus.
14) A.a.O., Stichwort Imperialismus.

Die ökonomische Macht des deutschen Kapitalismus stand vor 1914 also in einem krassen Mißverhältnis zu seinen Expansionsmöglichkeiten im Vergleich zu den anderen Industrieländern. Daraus resultierte das Verlangen des deutschen Imperialismus nach den gleichen Rohstoffquellen, billigen Arbeitskräften und günstigen Anlagemöglichkeiten, wie sie der englische, französische und belgische in seinen Kolonien besaß und die Forderung nach einer Neuaufteilung der Welt.

In Italien kam die Entwicklung zur Industrienation noch später als in Deutschland. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts steigerte sich das Tempo der Industrialisierung, blieb aber auf den Norden des Landes beschränkt. Wie rückständig Italien noch 1913 war, zeigen die folgenden Daten über das Nationaleinkommen [15]:

England	56
Deutschland	54
Frankreich	38
Italien	20

Immerhin bildeten sich in Norditalien mächtige Konzerne, die ebenfalls nach Expansion drängten, aber den Weltmarkt schon besetzt fanden. Die Eroberungen von Erythräa und einem Teil des Somalilandes (1882—1891) waren kaum etwas wert, der Versuch, Abessinien zu gewinnen, endete mit einer Niederlage (1896). Auch das italienische Kapital hoffte auf den großen Coup, zumal die inneren Schwierigkeiten und Gegensätze noch wesentlich stärker waren als in den übrigen europäischen Ländern. Der hochkonzentrierten Industrie Norditaliens stand die ungeheure Armut und Rückständigkeit der Massen — nicht nur in Süditalien — gegenüber: Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts durften etwa 40 Prozent der volljährigen männlichen Bevölkerung nicht wählen, weil sie Analphabeten waren. (In einigen südlichen Regionen waren es 80 Prozent, in der Hauptstadt Rom immerhin 44 Prozent.) [16] Von der Landbevölkerung, die bei der Volkszählung 1911 noch über die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachte, waren über 50 Prozent völlig eigentumslose Landarbeiter, 25 Prozent Pächter und Teilpächter und nur 19 Prozent Bodenbesitzer. Aber 90 Prozent dieser selbständigen Bauernwirtschaften waren nicht größer als 0,5 ha. Eine kleine Zahl von Großgrundbesitzern besaß also den größten Teil des Landes, während die Massen Frondienste zu leisten hatten und sich faktisch in ihrer Lebensweise — Abhängigkeit, Rechtlosigkeit, Elend — von Leibeigenen kaum unterschieden. Die sozialen Gegensätze im Innern und die fehlende Rohstoffbasis im eigenen Land — es fehlte an Erdöl, Kohle, Eisenerz, Bunt- und Edelmetallen und Holz — drängten auch die herrschende Klasse in Italien auf den Weg des Imperialismus.

Im Ersten Weltkrieg versuchte das Deutsche Reich, eine Neuverteilung der Welt durch militärische Gewalt herbeizuführen. Das Kriegszielprogramm sah umfangreiche Annexionen von ostfranzösischen Industriegebieten bis zum westlichen Rußland vor, die dem Deutschen Reich die Position der Hegemonialmacht in Europa und — in Verbindung mit einem mittelafrikanischen Kolonialreich — einer Weltmacht eingebracht hätte [17]. Dieser Versuch schlug fehl, schwächte aber den deutschen Imperialismus keineswegs so stark, daß er seine Ziele hätte völlig aufgeben müssen. Nachdem er 1918/19 die sozialistische Revolution niedergeschlagen und in der folgenden Periode seine Kräfte wieder konsolidiert hatte, konnte er einen neuen Versuch der militärischen Expansion ins Auge fassen.

---

15) M. Slobodskoj, Der italienische Faschismus und sein Zusammenbruch, Berlin 1948, S. 21.
16) R. Michels, Le prolétariat et la bourgeoisie dans le mouvement socialiste italien, Paris 1921, S. 134.

Italien hatte im Ersten Weltkrieg zwar — nach verspätetem Kriegseintritt 1915 — auf der Seite der späteren Sieger gekämpft, konnte aber dann bei den Friedensverhandlungen seine wichtigsten imperialistischen Ziele nicht durchsetzen. Auf Grund des Londoner Geheimvertrages, den Italien am 26. April 1915 mit den Ententemächten geschlossen hatte, rechnete es mit der Annexion von Istrien, Dalmatien, Teilen des türkischen Reiches, nord- und ostafrikanischen Kolonien und vielleicht einem Protektorat über Albanien. Doch beim Friedensschluß 1919 erhielt Italien im wesentlichen nur Südtirol, Triest und Istrien. Alle anderen Hoffnungen wurden enttäuscht. So suchte auch das italienische Kapital nach einer Möglichkeit, seine imperialistischen Ziele doch noch durchzusetzen.

Der bürgerlich-parlamentarische Parteienstaat war für eine entschlossene imperialistische Politik nach 1918 nicht mehr sonderlich gut geeignet. Der Kolonialimperialismus der Periode vor 1914 konnte in den westlichen Ländern mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie noch durchgeführt werden: die Arbeiterparteien besaßen keinen maßgeblichen Einfluß, und die Oberklassen hatten die Schalthebel der Macht noch fest in der Hand. Nach 1918 aber hatten sich die Gewichte verschoben. Wenn auch die sozialistischen Revolutionsversuche in den Jahren 1918—1923 in allen europäischen Ländern niedergeschlagen werden konnten, so blieben Arbeiterparteien und Gewerkschaften doch ein Machtfaktor von wesentlicher Bedeutung. Das gilt für die hier in Frage stehenden Länder Italien und Deutschland nicht minder wie für die übrigen kapitalistischen Länder. In Italien wie in Deutschland mußte bei der konsequenten Durchführung einer imperialistischen Politik mit starkem Widerstand der Arbeiterorganisationen gerechnet werden — gerade angesichts ihrer Erfahrungen im Ersten Weltkrieg.

Es blieb der herrschenden Klasse, wollte sie an ihren Zielen festhalten, also keine andere Möglichkeit, als diese Organisationen von vornherein auszuschalten. Das war für sie ein wesentlicher Grund, mit dem Faschismus ein Bündnis einzugehen, denn dieser versprach nicht nur die vollständige Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, sondern auch die totale Mobilisierung aller Kräfte für den imperialistischen Krieg. Das Expansionsprogramm, das Hitler seit 1925 ständig und für alle vernehmlich propagierte, ist bekannt genug. Es umfaßte neben den Staaten Ost- und Südosteuropas große Teile des westlichen Rußland und stimmte damit weitgehend mit den Kriegszielen des deutschen Imperialismus aus dem Ersten Weltkrieg überein. Auch Mussolini bekannte sich schon 1919 zum Imperialismus: „Der Imperialismus ist das Lebensfundament eines jeden Volkes, das wirtschaftlich und geistig expandieren will" [18]). Vor allem auf dem Gebiet der Kolonialpolitik seien „die Ansprüche und die Notwendigkeiten der Nation durchzusetzen" [19]).

Für die herrschende Klasse in den westlichen Ländern bestand ein Grund, sich aus solchen Erwägungen mit dem Faschismus zu verbünden, *offensichtlich nicht*. Die Mächte, die im 19. Jahrhundert die Welt unter sich aufgeteilt hatten, waren primär bestrebt, ihren Besitzstand gegen die zu spät gekommenen Konkurrenten zu wahren. Schon im Ersten Weltkrieg hatten sie um die Aufrechterhaltung des Status quo gekämpft, und dieses Ziel hatten sie im wesentlichen erreicht. Aus der

---

17) Zu diesem Komplex vgl. F. Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, dritte Auflage, Düsseldorf 1964.
18) B. Mussolini, Discorsi politici, S. 64 f., zit. nach Tasca, S. 62.
19) „Popolo d'Italia" vom 3. 7. 1920, zit. nach Tasca, S. 162.

unterschiedlichen Interessenlage zwischen den (relativ) saturierten Westmächten und den Ansprüchen Deutschlands, Italiens (und Japans) entwickelten sich schließlich Konflikte, die in den Zweiten Weltkrieg mündeten [20]).

Daß die herrschende Klasse in Deutschland und Italien sich anders verhielte als in den westlichen Industrieländern, dürfte — neben der konkreten Interessenlage — aber auch an den politischen und geistigen Traditionen gelegen haben. Wenn dieser Faktor auch nur sekundär im Spiele war, so könnte er doch modifizierend gewirkt haben und soll deshalb nicht unerwähnt bleiben.

Die obrigkeitsstaatliche Tradition des Deutschen Reiches formte nicht nur die Mentalität der mittleren und unteren Klassen, sondern beeinflußte auch das Denken und Verhalten der Herrschenden selbst. Auch in den westlichen Ländern hat die herrschende Klasse die parlamentarische Demokratie wegen der damit verbundenen Chancen für die Arbeiterparteien keineswegs gern gesehen. Schon die Behauptung, sie hätte sich an die bürgerliche Demokratie gewöhnt und sie deshalb toleriert, wäre — wie die Diktatur Napoleons III. beweist — eine Übertreibung. Dennoch stand sie infolge der langen liberal-demokratischen Tradition dieser Staatsform nicht mit einer so prinzipiellen Feindseligkeit gegenüber wie beträchtliche Teile der herrschenden Klasse in Deutschland. Diese waren bis 1918 an eine Staatsform gewöhnt, die ihnen als Unternehmer die Möglichkeit gab, ihre Arbeiter wie Rekruten zu kommandieren, die ihnen auf der Ebene politischer Entscheidungen eine unmittelbare Durchsetzung ihrer Interessen garantierte und die Arbeiterorganisationen notfalls mit staatlichen Mitteln unterdrückte, wie es durch das Sozialistengesetz 1878—1890 geschah. Daß sie nach 1918 gezwungen waren, auf die Wünsche der Gewerkschaften und die Ansichten der Linksparteien überhaupt einzugehen und gar mit der Möglichkeit rechnen mußten, daß auf dem Wege über eine parlamentarische Mehrheit die Änderung der Gesellschaftsstruktur in Angriff genommen werden könnte, war für ihre Vorstellungswelt unerträglich.

Auch Italien, Japan, Spanien, Portugal, Österreich und die Staaten Ost- und Südosteuropas hatten eine gefestigte bürgerlich-demokratische Tradition nicht aufzuweisen. Der Großgrundbesitz und die sich allmählich bildende Kapitalistenklasse waren an beinahe absolute Herrschaftsformen gewöhnt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß sie danach strebten, die schließlich errichteten Systeme des parlamentarischen Verfassungsstaates, die den unteren Klassen immerhin gewisse Grundrechte und politische Einflußmöglichkeiten gewährten, so rasch wie möglich wieder zu liquidieren. Das Resultat war — je nach dem Entwicklungsniveau eines Landes — die Militärdiktatur, die faschistische Diktatur oder eine Mischform aus beiden.

Was besonders Italien angeht, so hatte auch hier die ökonomische Rückständigkeit und politische Zersplitterung bewirkt, daß die nationale Einheit erst zu einem Zeitpunkt hergestellt werden konnte, als die Furcht des Bürgertums vor den Unterklassen schon stärker war als sein Offensivgeist gegen den Feudalismus. So erlebte auch das italienische Bürgertum keine liberale Phase, sondern lehnte sich — wie in Deutschland — sogleich an die feudale Oberklasse an, ließ den Großgrundbesitz bestehen und visierte einen „starken Staat" als Lösung der inneren Schwierigkeiten an.

[20]) Paul M. Sweezy betrachtet einen „erfolglosen Krieg der Umverteilung" sogar als eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg des Faschismus in einem bestimmten Land (vgl. Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Köln 1959, als Raubdruck o. O., o. J., neu erschienen, S. 262 f.). In dieser rigorosen Form kann das zwar nachträglich für den Faschismus der zwanziger und dreißiger Jahre festgestellt werden, nicht aber für den Faschismus generell. Es sind durchaus auch Krisenkonstellationen anderer Art denkbar, die für einen faschistischen Erfolg ausreichen.

Die Politik der Linken

Die Erfolgschancen des Faschismus hängen aber nicht nur davon ab, wie schwer die sozialökonomische Krise die Massen trifft, wie deren politisch-ideologische Traditionen beschaffen sind und wie die herrschende Klasse sich verhält. Eine solche Annahme wäre ein Plädoyer für einen fatalistischen Determinismus: Faschismus gleichsam als Naturereignis, das unter bestimmten Bedingungen unausweichlich eintritt, gegen das eine Gegenwehr also von vornherein sinnlos ist. Tatsächlich war der Faschismus Produkt einer Kräftekonstellation, in der auch die Arbeiterorganisationen einen wesentlichen Faktor darstellten. Sein Erfolg hing nicht nur von den Kräften ab, die ihn begünstigten, sondern auch von jenen, die ihn bekämpften. Deren Politik muß also in die Analyse einbezogen werden.

In Italien wie in Deutschland war nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eine revolutionäre Lage entstanden. Die Organisationen der Arbeiterklasse — wie die Massen generell — radikalisierten sich nach links und wuchsen auch zahlenmäßig enorm an: In Italien stiegen die „roten" Gewerkschaften (Confederazione Generale del Lavoro), die 1914 über 321 000 Mitglieder verfügt hatten, Ende 1920 auf 2,2 Millionen, in Deutschland von 2,5 auf 8 Millionen [21]). Nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch beträchtliche Teile des Kleinbürgertums drängten auf eine gesellschaftliche Neuordnung, und die alten Gewalten — Militär, Bürokratie, Unternehmer, Großgrundbesitz — waren zunächst ziemlich machtlos. Doch in beiden Ländern versagte die Linke. Das revolutionäre Potential wurde vertan.

In Deutschland verband sich der rechte Flügel der SPD, der die Werte von „Ruhe und Ordnung" vollständig verinnerlicht hatte und sich ein System jenseits der bürgerlichen Demokratie gar nicht mehr vorstellen konnte (obwohl sie das Programm der Partei zum Kampf für eine sozialistische Republik verpflichtete), mit den kaiserlichen Offizieren und warf die revolutionäre Bewegung gewaltsam nieder. Damit war nicht nur der Kampfgeist der Arbeiterschaft gebrochen. Auch die kleinbürgerlichen Schichten, die zunächst mit der Linken sympathisiert hatten, wandten sich nun, als sie bemerkten, daß alles beim alten blieb, wieder reaktionären Verhaltensformen zu — angezogen von der radikalen Agitation des Faschismus.

In Italien beherrschten nach 1918 die Sozialisten das politische Feld — vor allem in den industriell höher entwickelten nördlichen Teilen des Landes. Die Kampfbereitschaft der Arbeiter kam in einer Serie großer Streiks zum Ausdruck, auf dem Lande nahmen eigentumslose Bauern und kleine Pächter vielerorts das Land der Großgrundbesitzer spontan in Besitz. Die revolutionäre Welle erreichte ihren Höhepunkt im September 1920, als in den norditalienischen Industriestädten die Arbeiter die Fabriken besetzten und in eigene Regie übernahmen. Es schien, als sei die sozialistische Revolution schon gelungen und der Sieg müsse nur noch stabilisiert werden. Doch in dieser Lage erwies sich, daß die italienische Linke über kein Konzept verfügte, um die Revolution zu vollenden. Trotz scheinradikaler Agitation der Sozialisten waren weder Vorbereitungen für einen bewaffneten Aufstand noch für eine politische Machtübernahme getroffen. Die Revolution wurde lediglich gepredigt, während Großgrundbesitzer und Fabrikanten bereits zielbewußt die Gegenrevolution zu organisieren begannen. Der Erfolg zerbröckelte, die Arbeiter räumten ihre Positionen und zogen sich enttäuscht zurück, die Unternehmer nahmen ihre Fabriken wieder in Besitz. Nicht an der Stärke des Gegners, sondern an der eigenen Konzeptionslosigkeit war die italienische Linke gescheitert. Unter den vom Sozialismus enttäuschten Schichten des Kleinbürgertums gewann nun der Faschismus in wachsendem Maße Anhänger.

21) Tasca, S. 93; hier auch die entsprechenden Zahlen für Frankreich und England.

Die Entwicklung der revolutionären Bewegung in beiden Ländern zeigt, daß der Faschismus zwar als Reaktion auf den Sozialismus zu begreifen ist, aber nicht im Sinne eines Bollwerks gegen eine aufsteigende revolutionäre Bewegung, gegen eine wachsende „kommunistische Gefahr", wie er sich in seiner Rechtfertigungsideologie selbst versteht, sondern als Produkt eines abgeschlagenen Revolutionsversuchs, einer versickernden revolutionären Welle: Das Großbürgertum faßt wieder Mut und entschließt sich, in aller Härte zurückzuschlagen, um solche Versuche für die Zukunft unmöglich zu machen. Und die kleinbürgerlichen Massen, die mit der aufsteigenden revolutionären Bewegung sympathisierten, wenden sich wieder ab und gehen zum Faschismus über, der radikaler und entschlossener auftritt als die Linke und ihnen zugleich ermöglicht, an ihren hergebrachten Vorstellungen von Autorität, Ordnung und Privateigentum festzuhalten. „Der alte Haß des ‚Stehkragenproletariers' gegen den Proletarier im Arbeitskittel wird nicht länger durch die gewaltige Strömung gemeinsamer Hoffnungen aufgehoben" [22]). Die enttäuschte Sympathie für den Sozialismus schlägt um in fanatischen Haß. Da die kleinbürgerlichen Schichten gesellschaftlich schwach sind, entwickeln sie die Neigung, sich dort anzulehnen, wo sie die Macht vermuten und sich mit der Macht zu identifizieren. Diese Möglichkeit bietet ihnen nun der Faschismus. Hing also schon der Aufstieg des Faschismus unmittelbar mit dem Versagen der Linken zusammen, so gilt auch für den Sieg des Faschismus eine solche Kausalbeziehung. In Italien war die Linke gespalten in drei Richtungen, die sich über eine gemeinsame Strategie nicht einigen konnten. Innerhalb der Sozialistischen Partei drängten die „Minimalisten" auf eine Beteiligung an der Regierung, wobei sie zu wesentlichen Konzessionen an die bürgerlichen Parteien der Mitte bereit waren. Dagegen betrachteten die „Maximalisten", die die Führungsgremien beherrschten, eine Regierungsbeteiligung als Verrat an der Sache des Sozialismus. Sie bestanden darauf, den bürgerlichen Staat grundsätzlich zu bekämpfen und sich auf keinerlei Kompromisse einzulassen. Diesen Kurs behielten sie auch dann noch bei, als die Chancen der Revolution längst verspielt waren und die bürgerliche Demokratie unter den Schlägen des Faschismus schon bedrohlich wankte. Noch im Juli 1922 — drei Monate vor dem faschistischen „Marsch auf Rom" — beschloß ihr Parlamentskomitee: Die Sozialistische Partei „widersetzt sich jedem Programm für eine Kollaboration und Mitbeteiligung an der Regierung" [23]).

So war die zahlenmäßig starke und scheinbar so mächtige Sozialistische Partei, die fast ein Drittel der Abgeordneten stellte und durch ihr Bündnis mit den Gewerkschaften auch in den Betrieben eine Massenbasis besaß, praktisch handlungsunfähig. Sie war nicht in der Lage, eine konsequente revolutionäre Politik zu treiben und die Chance einer sozialen Revolution 1919/20 entschlossen zu nützen, sondern blieb bei revolutionären Deklarationen stehen. Sie war aber auch nicht fähig, gegen den illegalen faschistischen Terror den illegalen Widerstand zu organisieren, sondern tröstete sich und ihre Anhänger auch hier mit radikalen Parolen. Andererseits aber konnte sie auch die Möglichkeiten der Legalität nicht ausnützen, weil ihre maximalistische Führung an der These festhielt, daß die bestehende bürgerliche Demokratie als Feind zu gelten habe und zerschlagen werden müsse.

Die kleine Kommunistische Partei, die sich 1921 von den Sozialisten abgespaltet hatte, versuchte die Maximalisten an scheinradikaler Agitation noch zu übertreffen, erklärte die Zerstörung der bürgerlichen Demokratie zum vordringlichen

[22]) A.a.O., S. 123.
[23]) Zit. nach Tasca, S. 244.

Ziel, den Faschismus zu einer innerbürgerlichen Angelegenheit, die besonderes Interesse nicht verdiene, und die Sozialistische Partei zum Hauptgegner, der die Revolution verhindere. Die faschistische Machtübernahme und die Unterdrückung der Sozialisten werde die Revolution nur beschleunigen: „Sollte die Bourgeoisie wirklich ernst machen und die Sozialdemokratie durch die weiße Reaktion abwürgen, so wird sie damit — dies ist kein Paradoxon — die besten Voraussetzungen für die eigene rasche Niederlage und den Sieg der Revolution schaffen" [24]).

So leistete die Arbeiterschaft zwar von 1920 bis zum „Marsch auf Rom" 1922 einen heroischen und verlustreichen Widerstand, doch er blieb — im Gegensatz zur faschistischen Offensive — unkoordiniert, punktuell, ohne strategisches Konzept, auf den Mut und den Kampfgeist der regionalen und lokalen Arbeiterorganisationen angewiesen und deshalb hoffnungslos. Dagegen demonstrierten die durch Prinzipien politischer Moral nicht belasteten Faschisten, wie man sowohl die Möglichkeiten der Legalität wie die der Illegalität nützt. Während sie einerseits jede Chance wahrnahmen, politische Bündnisse mit anderen Parteien zu schließen, und sorgfältig darauf achteten, die staatlichen Exekutivorgane, vor allem die Armee, niemals gegen sich zu haben, organisierten sie zugleich ihren illegalen bewaffneten Terror mit äußerster Präzision. Sie betrieben zugleich parlamentarische Politik und die illegale Aktion und erwiesen sich damit im Bereich der politischen Taktik als bessere Schüler Lenins als die italienische Linke, die seinen Namen ständig im Munde führte.

Aus der Niederlage der italienischen Arbeiterklasse, die beinahe exemplarischen Charakter hat, lassen sich einige Konsequenzen ableiten, die für den weiteren Kampf gegen den Faschismus entscheidende Bedeutung gewannen: Indem innerhalb der Sozialisten noch 1922 die Ansicht dominierte, die Machteroberung des Faschismus sei lediglich eine innere Angelegenheit bürgerlicher Poltikercliquen und der bürgerliche Staat müsse als der prinzipielle Feind kompromißlos bekämpft werden, wurde der qualitative Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur negiert. Zwar ist es richtig, daß es sich bei beiden Staatsformen um Varianten des bürgerlichen Staates handelt und daß beide darauf abzielen, Privateigentum und bürgerliche Gesellschaftsordnung zu erhalten. Die qualitative Differenz aber liegt darin, daß die bürgerliche Demokratie die Entfaltung der Opposition grundsätzlich zuläßt (wenn sie sie auch im einzelnen behindert), während der Faschismus die Arbeiterbewegung unterdrückt und vernichtet. Eine realistische antifaschistische Strategie hat also davon auszugehen, daß die Linke ein elementares Interesse an der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus haben und daß sie im Augenblick der Bedrohung durch den Faschismus nach einem Bündnis aller antifaschistischen Kräfte streben muß, die an der Bewahrung der bürgerlichen Demokratie interessiert sind. Denn diese ist die fundamentale Voraussetzung für die legale Existenz der Arbeiterbewegung — und damit auch die Bedingung für eine potentielle Weiterentwicklung zur sozialistischen Demokratie.

Ein solches Konzept konnte sich in der italienischen Linken nicht durchsetzen. Die Minimalisten plädierten für eine pragmatische Koalitionspolitik, ohne längerfristige, systemtranszendierende Perspektiven noch ins Auge zu fassen. Und die Maximalisten begnügten sich damit, diesen Kurs als revisionistisch abzukanzeln und sich selbst in verbalem revolutionärem Radikalismus zu bestätigen, ohne ein realpolitisches Konzept gegen den Faschismus anbieten zu können. So garan-

[24]) „Rassegna Comunista", 1922/2, vom 15. 4., S. 59; zit. nach Tasca, S. 210.

tierte der verbale Radikalismus zwar eine gewisse Popularität bei den Massen, aber er täuschte sie zugleich über die reale Lage; er reichte zwar aus, um die Furcht und die Revanchegelüste des 1919/20 gedemütigten und schockierten Bürgertums zu steigern, aber er ließ ihnen zugleich alle realen Machtmittel. Praktisch führte er zu einer Haltung politischer Abstinenz. Man stand trotzig abseits und konnte sich durch die wachsenden Erfolge des Faschismus noch bestätigt fühlen: da könne man nämlich sehen, wohin der Kapitalismus führe und was sein eigentliches Wesen ausmache.

Tatsächlich bedeutete die Abstinenz der Sozialistischen Partei, daß der für den Ausgang des Kampfes sehr wichtige Exekutivapparat den bürgerlichen und profaschistischen Kräften widerstandslos überlassen wurde. Und welchen Grund sollte die bürgerliche Demokratie haben, die sozialistischen Einrichtungen und Organisationen gegen den Terror der Faschisten zu schützen, da die Sozialisten immer noch unverdrossen erklärten, ihr wichtigstes Ziel sei die Zerschlagung eben dieser bürgerlichen Demokratie? So stand die Arbeiterschaft oft genug nicht nur den faschistischen Terrorbanden gegenüber, sondern auch der Polizei, dem Militär und den lokalen Verwaltungsbehörden. Angelo Tasca hat überzeugend nachgewiesen, daß der Faschismus nur im Bündnis mit diesen Kräften stark genug war, die Linke zu schlagen — und zwar nicht nur auf gesamtpolitischer Ebene, sondern gerade auch bei den lokalen Kämpfen, die den Sieg des Faschismus erst ermöglichten. Tasca hat zugleich Beispiele dafür gebracht, daß oft schon ein antifaschistischer kleiner Polizeioffizier genügte, um dem faschistischen Spuk ein Ende zu machen. Erst durch die Wucht des faschistischen Terrors wurde die Bevölkerung auf seine Seite gezwungen — sei es aus Angst, sei es aus Opportunismus. Sobald die Bevölkerung merkte, „daß die Faschisten nicht ... auf die Hilfe des Staates bauen können, ... entsteht eine Leere um den Faschismus; die Bürger sind nicht mehr bereit, sich den ‚Befehlen', den Erpressungen der Faschisten zu fügen" [25]). Eine Beteiligung der großen Sozialistischen Partei an der Regierung mit einer zielbewußten Personalpolitik auf allen Ebenen des Exekutivapparats hätte also den Vormarsch des Faschismus möglicherweise aufhalten können. Durch eine solche Regierungsbeteiligung hätten sozialistische Perspektiven keineswegs preisgegeben werden müssen, sondern im Gegenteil in ihren Realisierungschancen verbessert werden können.

Der Sieg des Faschismus in Italien führte zu teilweise recht realistischen Analysen in der Kommunistischen Internationale und ihren Parteien über das Wesen dieses neuen Phänomens und die Ursachen seines Erfolges [26]). Doch zu einer klaren antifaschistischen Strategie brachte es die europäische Linke nicht. Nachdem in Deutschland 1920 der Kapp-Putsch und 1923 der Hitlerputsch niedergeschlagen und die bürgerliche Demokratie stabilisiert worden war, hielt man die Gefahr des Faschismus für erledigt oder interpretierte ihn als ein typisch italienisches Phänomen, das anderswo keine Chancen habe — vor allem nicht in hochindustrialisierten Staaten wie Deutschland. Dabei wurde der Unterschied zwischen der konservativen Reaktion, die mit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten 1925 offensichtlich an Boden gewann, und der faschistischen Bewegung Hitlers von der KPD klar gesehen: „Der Hitlersche Faschismus war in seinem Wesen kleinbürgerlich, Hindenburg ist der Repräsentant des Großkapitals ... Hitler wollte die Republik mit bewaffneten Hundertschaften stürzen, Hindenburg wird sie mit der von ihm beschworenen Verfassung, gestützt auf

25) Tasca, S. 193.
26) Vgl. z. B. die Referate von Klara Zetkin von 1923, abgedruckt in: Th. Pirker (Hrsg.), Komintern und Faschismus 1920—1940, 2. Aufl. Stuttgart 1966, S. 115 ff., u. E. Nolte (Hrsg.), Theorien über den Faschismus, Köln-Berlin 1967, S. 88 ff.

den Staatsapparat und die Reichswehr, liquidieren" [27]). Manchen war auch bewußt, daß die faschistische Gefahr mit dem Niedergang der NSDAP 1924 keineswegs überwunden war: „Wenn die deutsche Bourgeoisie in erneuten revolutionären Zeiten sich in ihren Grundfesten bedroht sieht, wird sie erneut alle Anstrengungen machen, ihn zum Leben zu erwecken" [28]). Doch das blieben Ansätze. So gelangte die Linke in Deutschland auch nach 1929, als die faschistische Bewegung sprunghaft anwuchs und schließlich zur stärksten Partei wurde, nicht zu einem realistischen Konzept. Wie in Italien war die Linke auch hier gespalten, und zwar in zwei große Parteien und eine Reihe kleiner Gruppen. Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen wären schon nach der Zahl ihrer Wähler selbst Ende 1932 noch stärker gewesen als die NSDAP — ganz abgesehen von den Millionen umfassenden Kampforganisationen Reichsbanner und Rotfrontkämpferbund, ihrem Rückhalt in den Gewerkschaften und abgesehen von der geringen Interessensolidarität und Konsistenz der faschistischen Massen, die schon Ende 1932, als die erhoffte „Machtergreifung" auszubleiben schien, wieder auseinanderzulaufen begannen. Doch aus einer Reihe von Gründen, die hier im Detail nicht erörtert werden können, kam es nicht zu einer gemeinsamen Frontstellung gegen den Faschismus. Im Gegenteil: man denunzierte sich gegenseitig als Bundesgenosse des Faschismus.

Die Kommunisten kamen zu diesem Resultat mit Hilfe ihrer Theorie vom „Sozialfaschismus": Der bürgerliche Staat sei spätestens 1929/30 faschistisch geworden, wie der Polizeiterror gegen demonstrierende und streikende Arbeiter und die Errichtung der Präsidialdiktatur Brünings beweise. Die SPD aber sei die Hauptstütze dieses Faschismus, denn sie verfüge über die preußische Polizei und toleriere die Brüning-Regierung. „Die Sozialdemokratie ist die beste Schutztruppe für die deutsche Bourgeoisie, ist der breite Sturmbock des Faschismus und des Imperialismus" [29]). „Der deutsche Faschismus trägt kein Schwarzhemd, sondern eine schwarz-rot-goldene Armbinde" [30]). Die Sozialdemokraten ihrerseits gingen von einer Art Totalitarismustheorie aus: Da sie die Weimarer Republik als ihren Staat begriffen, mit dem sie sich vollständig identifizierten, sahen sie in Kommunisten und Faschisten, in den „Extremisten von links und rechts" qualitativ gleiche Gegner, die es beide auf die Zerstörung der Republik abgesehen hatten und deshalb mindestens objektiv Bundesgenossen waren.

So kam es auch in Deutschland — von zaghaften und halbherzigen Angeboten der Kommunisten 1932/33 abgesehen — zu keiner gemeinsamen Aktion der Linken gegen den Faschismus. Erst die Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 bahnte die Wende an. Der faschistische Terror traf Sozialdemokraten und Kommunisten mit der gleichen Härte und machte ihnen so handgreiflich klar, daß sie mindestens gegenüber dem Faschismus die gleichen Interessen hatten. So bildete sich von unten her eine gemeinsame Widerstandsfront, die freilich zu spät kam, um den Faschismus in Deutschland noch ernstlich gefährden zu können. Aber auch die Führungsinstanzen der Linken zogen einige Folgerungen, die dann in Frankreich 1934 politisch relevant wurden: Als die faschistischen Gruppen im Februar 1934 in Paris einen — freilich schlecht vorbereiteten — Versuch unternahmen, das Parlament zu stürmen, schlossen sich Sozialisten und Kommunisten zu einer gemeinsamen Abwehrfront zusammen, die die faschistische Offensive schließlich zurückschlug und 1936 in eine Volksfrontregierung mündete [31]).

---

27) H. Neumann, Die Hindenburg-Ära, in: Die Kommunistische Internationale, Jg. 6, H. 5 (Mai 1925), S. 519.
28) H. Remmerle, Der Faschismus in Deutschland, in: Die Kommunistische Internationale, Jg. 7, H. 12 (Dez. 1926), S. 538.
29) „Die Rote Fahne" vom 13. 4. 1929.
30) „Die Rote Fahne" vom 10. 3. 1929.

Die politische Funktion faschistischer Bewegungen

Die politische Funktion der faschistischen Bewegungen läßt sich nach den bisherigen Analysen wie folgt charakterisieren: Der Weltkrieg hatte Millionenmassen auf die Bühne der Geschichte gestellt, die sich nach 1918 nicht mehr ohne weiteres in ein beschauliches privates Dasein zurückdrängen ließen. Die revolutionären Ereignisse von 1917 bis 1923 hatten den Massen demonstriert, daß die gesellschaftliche Ordnung veränderbar, daß der Kapitalismus nicht unangreifbar war. Selbst nach der Niederlage der sozialistischen Revolutionsversuche konnte die kapitalistische Ordnung nicht als gesichert gelten. Inflation, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zeigten in drastischer Weise, daß sie den Bedürfnissen der Gesellschaft nicht mehr genügte.

Angesichts solcher Umstände bestand wenig Aussicht, mit den herkömmlichen Mitteln noch eine Massenbasis für das System zu finden, die auch in Krisenlagen zuverlässig blieb. Unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts und der parlamentarischen Demokratie konnte sich eine konkrete Gefahr für die herrschende Klasse entwickeln. Es kam also darauf an, für diesen Fall mit neuen Methoden eine Massenbasis für die bestehende Gesellschaftsordnung zu schaffen. Diese neuen Methoden mußten der veränderten sozial-ökonomischen Situation und der veränderten Mentalität der Massen angemessen sein. Eben dieses ist die Leistung des Faschismus.

In einer Lage, in der das bestehende politische und gesellschaftliche System diskreditiert war, mußte eine politische Bewegung auftreten, die sich als dessen entschiedener Gegner ausgab, die bestehenden Parteien, ja Parteien im herkömmlichen Sinne überhaupt als unfähig, die parlamentarische Demokratie als korrupt, den Kapitalismus als überholt ausgab und alles völlig neu zu ordnen versprach. Sie mußte radikal und entschlossen auftreten, das Alte verdammen und das ganz Neue verheißen, mußte soziale Gerechtigkeit fordern und jene benennen, die an dem Übel schuld waren. Sie mußte die Massen aktivieren und ihrem Aktivitätsdrang Raum schaffen, mußte ihnen schmeicheln, ihnen Ziele setzen, für die sie zu kämpfen bereit waren. Bei alledem durfte die bestehende Gesellschaftsordnung nicht in Gefahr geraten, durften die Massen nicht wirklich zum Subjekt der Geschichte werden und ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, mußte im Gegenteil der wirkliche Gegner dieser Ordnung, die sozialistische Linke, von den Massen selbst bekämpft werden. Das Volk mußte dazu gebracht werden, die Volksherrschaft, die Demokratie für unsinnig zu erklären und sich selbst für unfähig, politische Entscheidungen zu treffen; die Massen mußten fanatisch ihre eigene Entmündigung fordern und die Herrschaft einer Minderheit verlangen, der sie sich unterwerfen konnten. Diese äußerst prekäre Aufgabe, die ein hohes Maß demagogischer Kunst verlangte, wurde vom Faschismus gelöst. Die faschistischen Bewegungen stellen ihrer objektiven Funktion nach die „moderne, volkstümlich maskierte Form der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution" [32]) dar, d. h. jene politische Kraft dar, die dem Kapitalismus unter den veränderten Bedingungen für den Fall einer ernsten Krise eine neue Massenbasis lieferte. Die ideologischen Mittel und die politischen Umstände, unter denen das gelang, wurden hier dargestellt.

---

31) Im Jahre 1935 setzte sich die Politik der antifaschistischen Volksfront, des gemeinsamen Vorgehens von Kommunisten und Sozialdemokraten bei der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus, auch in der Kommunistischen Internationalen (und auf der sogenannten Brüsseler Konferenz der KPD, die tatsächlich vom 3.—15. Oktober 1935 in Moskau stattfand) offiziell durch, womit die Weichenstellung für die bis zum heutigen Tag von den Kommunistischen Parteien verfolgte Einheitsfrontpolitik gegenüber Rechtsentwicklung und Faschismusgefahr gegeben war.

32) A. Rosenberg, Der Faschismus als Massenbewegung, in O. Bauer/H. Marcuse, A. Rosenberg u. a., Faschismus und Kapitalismus, hrsg. v. W. Abendroth, Ffm. 1967, S. 78.

Soeben erschienen:

Werner Treuheit

Sozialismus in Entwicklungsländern

Ägypten — Burma — Indonesien — Tanganjika — Westafrika

SAMMLUNG JUNGE WISSENSCHAFT

240 Seiten, glanzkartoniert, DM 16,—

Über ihre politische Befreiung hinaus versuchen die Entwicklungsländer auch eine ökonomische und geistige Emanzipation. Ihre Ideologien sind aus vielen guten Gründen ihrem Selbstverständnis nach sozialistisch. Einer Reihe objektiver Notwendigkeiten, die sich aus dem gesteckten Ziel wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung ergeben, stehen Zwänge gegenüber, denen sich die Politiker in den zum großen Teil noch traditionalistischen Gesellschaften der jungen Nationen ausgesetzt sehen. Im Ergebnis ihrer Funktion als geistige Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft haben sich sozialistische Ideologien mit z. T. erheblichen inneren Widersprüchen herausgebildet.

In der Darstellung und Analyse der Entwicklung solcher vermischter Ideologien eines religiös, traditionalistisch, volksdemokratisch oder vorwiegend wirtschaftspolitisch begründeten Sozialismus in Indonesien, Burma, Ost- und Westafrika und Ägypten hat der Verfasser viel interessantes und schwer zugängliches Material zu übersichtlicher Darstellung gebracht und eine Reihe von kritischen Einsichten zutage gefördert.

Diese Arbeit ist die erste deutschsprachige Analyse von Ideologien in Entwicklungsländern, die nicht von Vergleichen zu bestimmten anderen Sozialismus-Begriffen ausgeht und Wert und Unwert der neuen Theorien an ihnen mißt, sondern die sozialistischen Ideologien in Entwicklungsländern an sich zum Gegenstand gemacht hat. Sie stellt beim heutigen Stand der Diskussion einen wichtigen Beitrag zur Erweiterung unserer Kenntnisse und zur Verbesserung unseres Verständnisses dieser komplexen Probleme dar.

Pahl-Rugenstein

Zur Lage in Bolivien

Von Dieter Boris

I

Anfang Oktober 1970 schienen sich für einen Augenblick die spontanen Massenerhebungen des Jahres 1952, die Bolivien die bislang bedeutendsten Umwälzungen brachten, zu wiederholen. Mit Dynamit ausgerüstete Arbeiterzüge marschierten auf La Paz, alte Flinten tragende Bauern eilten herbei, die Studenten forderten Waffen und machten sich daran, politische Gefangene zu befreien. Durch diese Aktionen sollte der Vorstoß des Generals Juan José Torres, der einen Gegenputsch gegen die gerade etablierte rechte Militärjunta, die ihrerseits vier Tage zuvor den gerade der Hauptstadt fernen General Alfredo Ovando für abgesetzt erklärt hatte, unterstützt werden. Nach einigem, zumeist lokal begrenztem Widerstand einiger Offiziere und ihrer Einheiten gelang es Torres alsbald, sich als Präsident vereidigen zu lassen, nicht ohne vorher und bei der Amtsübernahme mehrfach versichert zu haben, er werde ein „Arbeiter- und Bauernpräsident" sein und den unter Ovando zwar zunächst elanvoll begonnenen, aber dann seit Frühjahr 1970 zusehends abgeminderten bzw. aufgegebenen Kampf gegen den Imperialismus fortsetzen.

Ein Jahr zuvor hatte Ovando, der sich mit dem Anfang 1969 tödlich verunglückten Barrientos schon seit 1964 die Macht geteilt hatte, mit „nationalrevolutionärem" und „anti-imperialistischem" Impetus die Regierung übernommen. Tatsächlich begann er seine Regierungsperiode mit der spektakulären Enteignung der US-amerikanischen Bolivian Gulf Oil Co., der Einführung einer Devisenkontrolle, der Verstaatlichung des Außenhandels mit Bergbauprodukten und anderen fortschrittlichen Maßnahmen [1]). Der hierdurch ausgelöste Gegendruck von seiten der USA, der internationalen Kreditinstitutionen und der konservativen Offiziersclique im Lande ließ ihn im Laufe des Jahres 1970 Schritt für Schritt zurückweichen. Die Entschädigungssumme für die Bolivian Gulf Oil Co. wurde auf die für Bolivien außerordentlich ungünstige Summe von 78 Mio. $ festgesetzt, die linken Minister (für Information und Bergbau/Erdöl) wurden aus dem Kabinett entfernt, Torres — als Exponent der Linken — seines Postens als Oberkommandierender der Armee enthoben und schließlich der Kampf gegen demonstrierende Studenten erheblich verschärft. Als hierbei mehrere Studenten erschossen wurden und die Regierung sich weigerte, ihre Leichen herauszugeben (da sie vermutlich — ebenso wie Guevara — erst nach der Gefangennahme ermordert worden waren), traten fünf Priester in den Hungerstreik; auf Grund eines eigens durchgebrachten Gesetzes gegen Selbstmordversuche wurden die Priester verurteilt und sofort nach Argentinien ausgeflogen. Zu diesen inneren Spannungen, die durch die subversiven Aktivitäten des US-Botschafters Siracusa und seiner ansehnlichen „Beraterschar" verstärkt wurden, kam Anfang September d. J. die Nachricht vom Wahlsieg Allendes im Nachbarland Chile hinzu. Dies alarmierte die Rechte und veranlaßte sie, gegen den — nach ihren Vorstellungen — einen

---

1) Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion, Polen und der CSSR, Annäherung an Cuba, Abzug der Repressionstruppen aus dem Minengebiet, Aufhebung gewerkschaftsfeindlicher Gesetze, Liberalisierung der Presse, Alphabetisierungskampagne nach kubanischem Muster. Siehe Süddeutsche Zeitung (SZ) v. 17. 4. 1970.

viel zu gemäßigten Rechtskurs steuernden Ovando vorzugehen. Der überstürzt begonnene Putsch hatte trotz CIA-Beratung keinen Erfolg, da er weder die Stimmung im Lande noch die Tatsache in Rechnung stellte, daß Torres Kontakte zu den Gewerkschaften und den Studenten aufgenommen hatte und sich obendrein auf die — für die Beherrschung der Situation in Bolivien ausschlaggebende — Luftwaffe stützen konnte.

Der neue Präsident Torres kündigte zunächst weitere Verstaatlichungen in- und ausländischer Monopole, Verschärfung der Devisenkontrolle, Entmachtung der rechten Militärs und Weiterführung der Agrarreform an. Seine Macht werde auf das feste Bündnis zwischen Arbeitern, Bauern, Studenten und fortschrittlichen Militärs gegründet sein und nicht nur eine Fortsetzung des ursprünglichen Kurses Ovandos, sondern dessen „endgültige Vertiefung" anstreben. Als sich indessen nach einigen Tagen ein neuer Putsch rechter Offiziere abzeichnete und die in viele Gruppen zerspaltene Linke nicht zu einheitlichen Forderungen und Aktionen zusammenfinden konnte, nahm Torres bereits die ersten Abstriche am Programm des „revolutionären Nationalismus" vor: Im Kabinett Torres sitzen außer einigen gemäßigten Linken und politisch schwer einzuschätzenden Offizieren mehrere ausgesprochen rechtsorientierte Militärs wie z. B. der Verteidigungsminister Lafuente, der bereits Mitglied des Kabinetts Ovando war und als Vertrauensmann der konservativen Mehrheit der Generalität gilt [2]). Auch die angekündigten Säuberungen im höheren Militärapparat blieben weitgehend aus [3]). Es ist klar, daß bei diesem Kurs der Vermeidung einer offenen Konfrontation mit den rechten Militärs auch die Ausgabe von Waffen an die Trägergruppen der „Revolution" ausblieb und daß Torres kaum eine der Minimalforderungen der spontan gebildeten Volksfront erfüllte. Die Anhebung der Löhne der Minenarbeiter auf das Niveau von vor 1965 wollte die Regierung zunächst nicht zugestehen. Inzwischen haben die Minenarbeiter an manchen Orten das Verwaltungspersonal verjagt und die Minen besetzt, worauf Torres Verhandlungsdelegationen in diese Gebiete sandte. Auch soll es bei der hohen Entschädigungssumme für die Bolivien Gulf Oil Co. bleiben und außerdem ein Gesetz geschaffen werden, das die Auslandsinvenstitionen ermutigt. Offenbar geht es Torres genau wie seinem Vorgänger Ovando darum, einen Beweis der Mäßigung zu geben und nicht die ausländischen Kapitalisten zu verschrecken [4]). So ließ auch die Anerkennung des neuen Regimes durch die USA nicht lange auf sich warten. Das State Departement teilte mit, daß die wirtschaftliche und militärische „Hilfe" im geplanten Umfang fortgesetzt werden soll [5]).

Die Hoffnungen auf das Entstehen einer neuen anti-imperialistischen Macht im Andengebiet scheinen mithin verfrüht zu sein. Bolivien steht jetzt da, wo Ovando vor einem Jahr einsetzte, und es ist keineswegs auszuschließen, daß unter Torres sich zunächst eine ähnliche Entwicklung anbahnen wird. Das Versprechen von jeweiligen Präsidenten und Machthabern, einen „nationalen" und „revolutionären" Kurs zu steuern, ohne daß sich aber grundsätzlich etwas ändert, ist dem bolivianischen Volk seit rund 20 Jahren nur allzu bekannt. Immerhin bleibt die starke Mobilisierung von großen Teilen der Bevölkerung in La Paz, Cochabamba,

---

2) „Das Kabinett von Präsident Torres läßt nach Ansicht von Beobachtern eine Politik erwarten, die längst nicht so radikal ist wie zunächst nach den Revolten der Streitkräfte zu erwarten war. Hatte Torres zunächst in seinem Bemühen um Unterstützung bei der Arbeiterschaft zur Niederschlagung des konservativen Militärputsches der kommunistisch geführten Zentralgewerkschaft die Hälfte der Ministersessel in seinem Kabinett zugesagt, so war nicht mehr die Rede davon, als er die Lage gemeistert hatte", Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) v. 13. 10. 1970.
3) Siehe die Berichte in Le Monde v. 25./26. 10. 1970 und in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) v. 10. 10. 1970.
4) Siehe Le Monde v. 13. 10. 1970.
5) Siehe NZZ v. 16. 10. 1970.

Oruro und anderen Orten ein neuer Faktor in der bolivianischen Entwicklung, der vermuten läßt, daß eine weitergehende Entscheidung in dieser oder jener Weise näher herangerückt ist.

II

Bolivien [6]), mehr noch als andere lateinamerikanische Staaten ein „reicher Bettler" [7]), ist trotz mehrerer Gebietsabtretungen im 19. und 20. Jahrhundert das fünftgrößte und zugleich — nach Haiti — das zweitärmste Land Lateinamerikas (Jahresprokopfeinkommen rund 100 Dollar). Die knapp 5 Mio. Einwohner, von denen rund 60 Prozent Indios, 30 Prozent Mestizen und 10 Prozent Weiße sind, leben in der Mehrzahl im westlichen Hochland zwischen den beiden Kordillerenrücken, auf dem Altiplano, während die Bevölkerungsdichte nach Osten hin, sowohl in den subtropischen Zentraltälern (Yungas) als auch in den tropischen Tiefebenen (Llanos) des Ostens und des Nordostens, die bereits dem Amazonasbecken zugehören, stark abnimmt. Seit der Gründung der Republik Bolivien (1825) haben sich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs die typischen Züge der bolivianischen Gesellschaft und des politischen Herrschaftssystems — trotz der über 100 Umstürze, Militärputsche und vieler Kriege — als überaus stabil erwiesen: Unumschränkte Macht der Land- und Minenoligarchie inländischer und ausländischer Provenienz, Herrschaft von Caudillos und lokalen Kaziken, Fraktionalismus, Verrat, Gewalt und vor allem unerbittliche Ausbeutung der Indios und (in etwas geringerem Maße) der Cholos (Mestizen) [8]). Erst in den dreißiger Jahren begann sich bei Teilen der „städtischen Mittelklassen", der Intelligenz und verschiedenen Gruppen des Militärs die Ideologie des „sozialrevolutionären Nationalismus" herauszubilden. Dies geschah vor allem unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise und des Chaco-Krieges (1932—1935) gegen Paraguay. In diesem Krieg, der zu einem weiteren Gebietsverlust führte, offenbarte sich die Morbidität der fast unverändert gebliebenen Kolonialgesellschaft, die auch nicht dadurch kompensiert werden konnte, daß die Masse der Indios nun erstmals als „Soldatenmaterial" in den politischen Prozeß einbezogen wurde und sich sterbend der „bolivianischen Nation" zugehörig fühlen durfte. Die danach in Bolivien an die Regierung gelangten Führer, zumeist jüngere Offiziere, steuerten einen nationalistischen und sozialreformerischen Kurs, verfolgten die Opposition von rechts und links mit großer Schärfe und versuchten gleichzeitig, ihren Rückhalt im Militär und bei den von ihnen „geförderten" Gewerkschaften zu verstärken. Vertreter der Anfang der vierziger Jahre gegründeten Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR), die sich zunächst aus den oben genannten Gruppen rekrutierte, arbeiteten eng mit diesen — fälschlicherweise als faschistisch bezeichneten — Diktatoren zusammen [9]). Nach dem 1946 eintretenden konterrevolutionären Rück-

---

[6]) Es kann hier keine genaue Analyse der bolivianischen Entwicklung geliefert werden; hierzu wären Ortskenntnisse unbedingt vonnöten. Entgegen einem soziologischen Vorurteil, nach welchem vor allem die „entwickelten Industriegesellschaften" differenziert sind, muß z. B. die bolivianische Gesellschaft schon allein von ihren extrem unterschiedlichen geographischen und klimatischen Bedingungen her, die sich viel unmittelbarer als bei uns in sozial sehr unterschiedliche Sachverhalte umsetzen, als sehr differenziert angesehen werden. Z B. ist folgendes zu berücksichtigen: „Die ökonomische und soziale Lage eines ‚Kleinbauern' " z. B. mit gleichgroßem Flächenbesitz gestaltet sich auf dem Altiplano völlig verschieden von der des ‚Kleinbauern' im Cochabamba-Tal oder im Osten; sogar zwei Bauern auf dem Altiplano, deren Betriebe in verschiedenen Höhen liegen, sind nicht ohne weiteres vergleichbar . . ." Hieraus wird deutlich, „wie sehr in diesem Land soziale Tatsachen, die abstrakt übereinstimmen, je nach den geographischen, technischen und infrastrukturellen Möglichkeiten differieren. Das gilt nicht nur für die objektive Seite der sozialen Differenzierungen. Auch jene Schichtungskriterien, die subjektiver . . . Selbst- oder Fremdeinschätzung unterliegen, weichen in den verschiedenen Regionen stark voneinander ab" (H.-J. Puhle, Tradition und Reformpolitik in Bolivien. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in einem südamerikanischen Entwicklungsland, Hannover 1970, S. 35).

[7]) Bolivien verfügt über eine Fülle sehr wertvoller Rohstoffe: Zinn, Erdöl, Eisenerz, Antimon, Uran, Kupfer, Thorium, Kadmium, wobei bis jetzt nur die ersten beiden in nennenswertem Maße ausgebeutet werden.

[8]) Siehe den Uberblick bei H.-J. Puhle, a.a.O., und bei M. Niedergang, Les vingt Amériques latines, 2. Bd., 2. Aufl. Paris 1969, S. 43—86.

[9]) Vgl. zu dieser Phase: H. S. Klein, Parties and Political Change in Bolivia 1880—1952, Cambridge 1969.

schlag gelang es der verfolgten MNR, bei den Wahlen von 1951 die meisten Stimmen zu erringen. Die Weigerung der herrschenden politischen Kräfte, den Kandidaten der MNR, Victor Paz Estenssoro, zum Präsidentenamt zuzulassen, löste zunächst einen „linken" Militärputsch aus, der jedoch angesichts der Übermacht der traditionellen „Ordnungskräfte" keine Überlebenschancen gehabt hätte. Entscheidend war das Eingreifen der Minenarbeiter, die seit den Massakern von Catavi (1942 und 1949) immer energischer zur bewaffneten Selbstverteidigung gegenüber den „Straffeldzügen" der Armee bei Streiks übergegangen waren. Einer Gruppe von Arbeitern gelang es, ein Waffenlager in Besitz zu nehmen und die Waffen an das Volk zu verteilen. „Die nationalistische Revolution, die von ihren Trägern zunächst als Putsch einer Minderheit konzipiert und ausgelöst worden war, transformierte sich in eine gewaltsame Volks-Revolution" [10]).

Die heftigen Kämpfe in der Hauptstadt dauerten drei Tage und forderten über 3000 Todesopfer; sie griffen rasch auf die Provinzstädte und die dichtbesiedelten ländlichen Regionen über, da hier die Masse der Indios, die sich seit Ende der dreißiger Jahre — unter Führung von Arbeitern [11]) — in „sindicatos campesinos" zusammengeschlossen hatten, nun energisch den Kampf gegen die hacienderos und ihren Status als Leibeigene oder de-facto-Sklaven („pegujaleros"; Institut der „pongueaje") erstmals organisiert und überlokal aufnahmen. Das unmittelbare Resultat dieser seit der mexikanischen Revolution zu den gewaltigsten Volksmobilisierungen auf dem lateinamerikanischen Kontinent zu rechnenden Entwicklung war die Regierungsbildung unter Führung der MNR und Paz Estenssoros und unter Beteiligung der Vertreter der Minen- und Landarbeitergewerkschaften („Co-Gobierno"), die Auflösung der traditionellen Armee (an ihre Stelle traten Arbeiter- und Bauernmilizen), die vollkommene Entmachtung der „Zinnbarone" und die erhebliche Schwächung der traditionellen Landoligarchie. Doch zeigte sich der entscheidende Widerspruch innerhalb der „Regierungskoalition" bereits in den ersten Monaten nach der Machtübernahme gleichsam im embryonalen Zustand, und er bestimmte die gesamte politische Auseinandersetzung bis 1964 bzw. praktisch sogar bis heute: Paz Estenssoro war nur durch die massive Unterstützung der Arbeiter und Bauern an die Macht gekommen, wollte aber auf der anderen Seite lediglich die — fast nicht vorhandene — nationale Bourgeoisie Boliviens entwickeln, d. h. die demokratische und bürgerliche Revolution nachholen und die Industrialisierung des Landes einleiten. „Er wollte mit dem Imperialismus verhandeln, um mit ihm zu einem günstigeren Übereinkommen zu gelangen, ihn aber nicht aus dem Lande entfernen. Um diese Ziele zu erreichen, mußte er sich auf die Revolution stützen. Aber er mußte sich auch auf die Revolution stützen und an ihrer Spitze stehen, um zu verhindern, daß sie über diese Ziele hinausschießt. Und um dahin zu gelangen, mußte er sie eine gewisse Zeit lang vorantreiben" [12]). Die Nationalisierung der Zinnminen nahm Estenssoro erst nach entschiedenem Drängen der (nun gebildeten) zentralen Gewerkschaftsorganisation (COB) vor; und die erst im August 1953 offiziell durchgeführte (von der MNR zunächst gar nicht vorgesehene) Agrarreform stellte lediglich die Bestätigung eines Zustands dar, da die campesinos in wesentlichen Teilen des Landes die Güter ihrer Herren besetzt und diese vertrieben hatten. Die Aufforderung Estenssoros, die Waffen nach „Beendigung der Revolution" abzugeben, wurde vor allem von den Minenarbeitern nicht befolgt. Gemäß einem 1947 unter trotzki-

---

10) A. Gilly, Bolivie, revolution des mineurs, in: Partisans No. 17, Oct.- Nov. 1964, S. 29—38; hier: S. 33.
11) Siehe hierzu: R. W. Patch, The Bolivian Revolution. United States Assistance in a revolutionary setting, in: Latin American Politics. Studies of the contemporary scene, ed. by R. D. Tomasek, Garden City-New York 1966, S. 310—346; hier: S. 320 ff.
12) A. Gilly, a.a.O., S. 33 f.

stischem Einfluß zustandegekommenen Beschluß der Minenarbeitergewerkschaft, der sog. „These von Pulacayo" [13]), hielten sie am Prinzip der gewerkschaftlich organisierten Miliztruppe fest und setzten für den Minenbereich die Arbeiterkontrolle (Control Obrera) und das Vetorecht des Arbeitervertreters in den Führungsgremien der Betriebe und dem gesamten Unternehmen (COMIBOL) durch. Ohne Zweifel stellten diese Ergebnisse der Revolution wie auch die Gewährung von Bürger- und Wahlrecht an die Indios und Analphabeten eine bedeutende Veränderung der bolivianischen Gesellschaft dar. Auf Grund der Tatsache jedoch, daß sie den Kompromiß- und Übergangscharakter einer bestimmten Konstellation des politischen Kräfteverhältnisses widerspiegeln, kam es in der darauffolgenden Zeit immer wieder zu sehr verschiedenen realen Inhalten dieser rechtlichen Fixierungen, d. h. zu jeweils linken bzw. scheinlinken und rechten Tendenzen in der politischen Entwicklung bis heute, wobei allerdings langfristig die Tendenz der Entfernung von den einstigen Revolutionszielen eindeutig überwogen hat. Diese Tatsache ist zunächst dadurch begründet, daß die neue bolivianische Regierung sich schon sehr früh — teils durch Druck, teils auf eigenen Wunsch — in die außenwirtschaftliche und außenpolitische Abhängigkeit von den USA begab. Schon ab Ende 1953 gelang es den USA — nach anfänglichem Zögern —, Bolivien durch „Wirtschafts- und Militärhilfe" fest in das antikommunistische Blocksystem der Dulles-Ära einzubeziehen und die MNR-Regierung zu zwingen, „ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele in der Praxis erheblich zurückzustecken" [14]).

So z. B. wurde die Agrarreform, die mit massenhaften Landbesetzungen und heftigen sozialen Kämpfen begonnen hatte, nur sehr schleppend, unkoordiniert und beschränkt durchgeführt [15]). Zwar ist es zu relativ großen Landumverteilungen gekommen (bis 1967: 8 Mio. ha), die meisten (feudalistisch) bewirtschafteten Latifundien wurden abgeschafft und die persönlichen Dienstleistungen ohne Arbeitsvertrag verboten. Doch die Aufsplitterung in zahllose Minufundien, das Fehlen eines einheitlichen Entwicklungsplans sowie einer zentralen Behörde, die einen solchen hätte durchsetzen können, die fehlenden Investitionen und geringen Kreditmöglichkeiten haben die Produktivkräfte weithin fast völlig unverändert gelassen; die meisten Bauern arbeiten noch mit primitiven Holzpflügen und Grabstöcken. Demzufolge ist die Produktion von über zwei Dritteln der bolivianischen Bevölkerung, die in der Landwirtschaft arbeiten, sehr gering und die Produktivität niedrig. Nach einem starken Rückgang der agrarischen Produktion in den Jahren nach der Revolution (in den Städten und Bergbauzentren kam es zu Hungersnöten), stieg sie in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre wieder an, um dann in den sechziger Jahren die völlig ungenügende durchschnittliche Wachstumsrate von 2 bis 3 Prozent zu erreichen. Da die landwirtschaftliche Produktion dem gegenwärtigen Bedarf nicht entspricht, muß Bolivien noch heute in größerem Umfang Nahrungsmittel, vor allem Getreide und Fleisch, importieren [16]). Durch den spontanen Charakter des ersten (und eigentlich auch letzten) Aktes der Revolution haben sich die alten Machtverhältnisse und Abhängigkeiten zwischen den Bauern teilweise perpetuiert: im Norden z. B. wurde das Land nach Maßgabe des früheren Status an Primär-, Sekundär- oder Tertiärpächter verteilt, manche bürokratischen Bauerngewerkschaften sind mit den alten Aufsichtshierarchien der Fincas identisch, und Mischformen zwischen Natural- und Geldentlohnung haben

13) Näheres bei B. Goldenberg, Gewerkschaften in Lateinamerika, Hannover 1964, S. 66 f.
14) H.-J. Puhle, a.a.O., S. 66; genauere Angaben über die Funktion und Wirkung der US-Aktivitäten in Bolivien sind in dem Aufsatz von R. W. Patch, a.a.O., S. 342 ff. enthalten.
15) Siehe hierzu vor allem: A. García, Bolivia. La Reforma Agraria y el Desarrollo Social, in: O. Delgado (ed.), Reformas Agrarias en la América Latina, Proceso y Perspectivas, Mexico 1965, S. 403—445.
16) Siehe: Länderkurzbericht Bolivien 1970, hrsg. v. Stat. Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart-Mainz 1970, S. 7.

sich in manchen Gebieten — trotz des Verbots — weitgehend erhalten. Wenn dies alles auch — ebenso wie die als Ergänzung zur Agrarreform geplante, aber kaum vorankommende Kolonisierung des Ostens Boliviens — kaum etwas an der objektiven Lebenslage der Indios und der Landbevölkerung geändert hat, so sind doch andererseits die Veränderungen im Selbstbewußtsein der Indios — gegenüber ihrem vorherigen Status als abhängig Arbeitende und ihrem fast sklavenhaften Dasein — zumindest in manchen Regionen nicht zu unterschätzen. In der Tat ist es nach dem Rechtsputsch von 1964 Barrientos gelungen, Teile der Bauern bzw. der Bauerngewerkschaften, vor allem aus der Gegend um Cochabamba, für sich zu mobilisieren [17]).

Das zweite wichtige Resultat der Revolution von 1952 war die Verstaatlichung der Minen der drei „Zinnbarone" Patiño, Hochschild und Aramayo, die das Land jahrzehntelang ausgebeutet, jedoch nichts zur Entwicklung einer nationalen Industrie beigetragen hatten und zu den reichsten Männern der Welt aufgestiegen waren. Die erst auf entschiedenes Drängen der Minenarbeiter vorgenommene Enteignung (später wurden 20 Mio. $ Entschädigung gezahlt) hatte für Bolivien zentrale ökonomische und politische Bedeutung. Obwohl der Bergbau insgesamt nur etwa 11 Prozent zum BIP beiträgt und nur ca. 4 Prozent der ökonomisch aktiven Bevölkerung in ihm beschäftigt sind, muß er doch bis auf weiteres als die wichtigste Akkumulationsquelle des Landes, dessen Exporte zu 90 Prozent aus Bergbauprodukten bzw. zu 70 Prozent aus Zinn besteht, angesehen werden. Gleichzeitig ist das Minenproletariat mit 30 000 bis 40 000 Mann — weit vor dem der verarbeitenden Industrie und den Eisenbahnern (je rd. 10 000) — die stärkste, konzentrierteste und kampferfahrenste Gruppe der nichtagrarischen Bevölkerung. Sowohl auf Grund objektiver Umstände wie auch wegen der Maßnahmen der Regierung hat die Verstaatlichung der Minen nur begrenzte Erfolge aufweisen können. Der starke Preisfall des Zinns [18]) nach dem Koreakrieg, die geringe Kapitalausstattung der Minen (die meisten Maschinen stammen dort aus den 20er und 30er Jahren) und die Entschädigungssummen können nur Teilerklärungen dafür liefern, daß die Gesellschaft (Compania de Mineria Boliviana = COMIBOL) seit ihrer Existenz mit Verlust arbeitet und — ebenso wie die staatliche Erdölgesellschaft (im Gegensatz zu den stark expandierenden privaten ausländischen Erdölgesellschaften!) — keine die Gesamtwirtschaft stimulierende Funktion hat übernehmen können. Auch kann keineswegs — wie immer wieder in der bürgerlichen Presse

---

17) Vgl. H. J. Puhle, a.a.O., S. 44, 70 und Che Guevaras Urteil über die „barrientistischen" Führer der Bauerngewerkschaften und die mehrfache Feststellung der Isolierung von der im Operationsgebiet ohnehin nur spärlich vorhandenen ländlichen Bevölkerung (Bolivianisches Tagebuch, München 1968, S. 140 f., S. 126, 111). — „Das Beispiel Bolivien zeigt, wie durch die Landverteilungen, so unvollkommen sie auch waren . . ., die Kampfentschlossenheit der Bauern gebrochen werden konnte. — 1950 überschritten 77 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe nicht die Größe von 20 ha. Ihnen gehörten aber nur 0,7 Prozent des Bodens. 1963 war die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe bis 20 ha auf 98 Prozent gewachsen. Ihr Anteil am Boden betrug nunmehr 20 Prozen. Diese Zunahme des Kleinbesitzes war aufgrund der Einschränkung des Großgrundbesitzes erfolgt. Besonders umfangreich war die Enteignung des Großgrundbesitzes in den Kampfgebieten (Altiplano, Valles, Yungas). Während sich von 1950 bis 1963 bei der Erhöhung des Kleinbesitzes und der Abnahme des mittleren Besitzes keine Unterschiede dieser Gebiete zu Gesamtbolivien ergaben, hat sich der Großgrundbesitz in den ersteren um 73 Prozent reduziert, in Gesamtbolivien aber um 67 Prozent." (W. M. Breuer, B. Hartmann, H. Lederer, Revolution in Lateinamerika, Köln 1969, S. 40 f., Anm. 72.) Im übrigen war die Verteilung des Bodens sehr ungleich: „Von 7 Mio. ha wurden 4 Mio. an etwa 13 000 alte Besitzer verteilt, während die anderen 3 Mio. unter mehr als 400 000 Bauern verteilt wurden." (Le Monde v. 9. 12. 1970) — Was die Kampfentschlossenheit und den Grad der Politisierung der Bauern anlangt, so ist gleichwohl — außer aus Gründen der regionalen Differenzierung — auch ansonsten vor Generalisierungen zu warnen. Neuere Detailuntersuchungen zeigen, daß auch die Bauern aus traditionell relativ „ruhigen" Gebieten ihre Interessen im Kampf gegen ihre alten Herren (die sich nun z. T. als wucherische Zwischenhändler betätigen) und in der Abwehr von Rechtsputschen durch kollektive Aktionen zu wahren verstehen. Siehe hierzu: D. B. Heath, Bolivia: Peasant Syndicats among the Aymara of the Yungas — A view from the Grass Roots, in: Latin American Peasant Movements, ed. by H. A. Landsberger, Ithaca-London 1969, S. 170—209, hier bes.: S. 191, 199.

18) Von 1956 bis heute haben sich die Zinnpreise allerdings verdoppelt, so daß dieser Faktor, selbst wenn man die in Bolivien relativ ungünstigen Abbaubedingungen, Transportnotwendigkeiten, die Erzhaltigkeit der Gesteine etc. in Rechnung stellt, gegenüber der miserablen Investitionspolitik in den Hintergrund tritt (vgl. FAZ v. 27. 10. 1970).

— hierfür der Umstand angeführt werden, daß die Sozialleistungen und die Löhne der COMIBOL zu hoch seien und die Zahl der Beschäftigten in den Minen zu groß sei; Faktoren, die man wegen des zu starken Gewerkschaftseinflusses auf die Führung der Minen nicht habe beseitigen können. Zwar sind die Sozialleistungen in den Minen für bolivianische Verhältnisse theoretisch recht fortschrittlich, aber in den meisten Fällen weit von ihrer Realisierung entfernt. Der durchschnittliche Tageslohn der Mineros beläuft sich auf ca. 3 DM, im Monat knapp 100 DM, während das Monatsgehalt der Angestellten, die ein knappes Drittel der Belegschaft stellen, etwa viermal so hoch ist und die Gehälter des recht ansehnlichen Führungsstabes bei rd. 4000 DM liegen [19]). Auf diese Weise wanderten die Erträge der Gesellschaft in die Taschen der MNR-Bürokratie, die sich zur konsumfreudigen Ersatzbourgeoisie mauserte, ohne dabei an Investitionen im Bergbausektor [20]) oder in der stagnierenden verarbeitenden Industrie [21]) zu denken. Nur auf diese Weise hätten neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, um die tatsächliche oder vorgegebene Überbeschäftigung bei COMIBOL ohne Existenzgefahr für die Mineros abzubauen. Von daher ist es von seiten der Minenarbeitergewerkschaft völlig legitim, sich energisch gegen Massenentlassungen zu wenden. Das Nebeneinander von Verstaatlichungen und Liberalisierung der Binnenwirtschaft und der außenwirtschaftlichen Beziehungen, das Ausbleiben einer geplanten, die Unterschichten begünstigenden Steuerreform, die galoppierende, alle sozialen Errungenschaften zunichte machende Inflation kennzeichnen die Widersprüche der nachrevolutionären ökonomischen Entwicklung, die eine Industrialisierung einleiten sollte, deren soziale Basis ungeklärt war. Auf Grund der Fixierung des Kompromisses und des Klassengleichgewichts von 1952 versuchten alle am Staat irgendwie teilhabenden Gruppen möglichst viel aus dem staatlichen Sektor für eigene Zwecke herauszuholen. Es ist klar, daß hierbei die Funktionäre der MNR in weit höherem Maße als die einer ständigen Kontrolle von unten unterliegenden Gewerkschaftsspitzen und Führungsgremien der Kooperativen von staatlichen Konzessionen und Privilegien profitierten. Die differenzierten Wechselkurse z. B. (180 Bolivianos = 1 Dollar bzw. 12 000 Bolivianos = 1 Dollar), die als Instrument der Entwicklungsförderung gedacht waren, begünstigten in hohem Maße Spekulation und Korruption. Die als Kredite an Private vergebenen Devisen zu außerordentlich günstigem Kurs dienten in der Regel nicht dem Import von Maschinen, sondern dem Import von Luxusgütern oder der Anlage von Bankkonten im Ausland [22]).

---

[19]) Siehe hierzu den Bericht über die Lage der Minenarbeiter von K. Val, Bolivien. Vie et Mort dans les mines de Siglo, in: Africasia No. 27 (23. Nov. 1970), S. 38—41. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Mineros liegt bei 35 Jahren, die eines dinamiteros in den Minen bei sechs Arbeitsjahren; diejenigen, die nicht in den Minen umkommen, sterben in der Regel früh an Silikose und Tuberkulose. „Tuberkulose und Silikose (bei Bergleuten), Darmparasiten, Keuchhusten, Kropferkrankungen, Lepra, Beulenpest und Typhus treten noch häufig auf . . . Statistische Untersuchungen haben ergeben, daß 70 Prozent der im Hochland und den Bergbaugebieten lebenden Bevölkerung unter 20 Jahren tuberkulosekrank waren" (Länderkurzbericht Bolivien 1970, a.a.O. S. 7). Die oben erwähnten eklatanten Einkommensunterschiede, die die Herrschaftsverhältnisse in den staatlichen Unternehmen widerspiegeln, sind soeben wieder in Erinnerung gerufen worden. Nicht ohne Ironie schreibt der Korrespondent von Le Monde, das nach der rd. 40tägigen Herrschaft von Torres eine seiner „revolutionären" Maßnahmen darin bestand, ab 1. Dez. ein Höchstgehalt für Funktionäre von COMIBOL in Höhe von 5500 F, wovon 250 Angestellte betroffen werden, festzusetzen. „Ein Gehalt von 5500 F. pro Monat ist umso schockierender, als das durchschnittliche jährliche Einkommen in Bolivien weniger als 1000 F. beträgt. Oder ein anderes Beispiel schockierender Ungleichheit: der Leiter der staatlichen Erdölgesellschaft verdient im Jahr ungefähr 170 000 F. Alle Funktionäre dieser Gesellschaft erhalten 17 Monatsgehälter im Jahr" (Le Monde v. 21. 11. 1970).

[20]) Es „widersetzen sich die bisherigen Abnehmer der Erze in den USA und in Europa, aus verständlichen Gründen, und die CMB-Leitung einer weitergehenden Verarbeitung der Erze in Bolivien" (H.-J. Puhle, a.a.O., S. 16, Anm. 63).

[21]) Der Anteil der verarbeitenden Industrie am BSP ist seit fast 15 Jahren etwa konstant 12 Prozent geblieben. Dieser Sektor besteht im wesentlichen aus einigen Nahrungsmittel-, Getränke- und Textilbetrieben. Investitionen bleiben in diesem Sektor weitgehend aus. In den letzten fünf Jahren (1963—67) wurden hier ca. 200 Mio. Pesos (15 Mio. Dollar) investiert. Siehe hierzu: Revista de Planification y Desarollo. Cuentas nacionales 1950—1969, ed. v. Ministerio de Planification y Coordination, La Paz 1970, S. 21 ff.

[22]) Siehe A. García, a.a.O., S. 409—417.

Die „Auslandshilfe", insbesondere der USA, hatte trotz ihres Umfangs nur punktuelle Erfolge, erhöhte die Auslandsschuld Boliviens auf gegenwärtig ca. 350 Mio. $ (= 40 Prozent des BIPs) und bereicherte einzelne Bolivianer und US-Exporteure. J. Gerassi faßt die Ergebnisse eines Untersuchungsausschusses des US-Senats von 1961 mit folgenden Worten zusammen: „Millionen sind durch Diebstahl, Verderben der Lebensmittel beim Transport nach Bolivien, durch falsche Anlage von Bewässerungsprojekten und Fabriken und durch Geschenke an reiche Bolivianer und noch reichere Amerikaner verlorengegangen" [23]).

III

In der Zeit der zweiten Präsidentenschaft der MNR von 1956—1960 setzte unter Hernán Siles eine allgemeine Rechtsentwicklung ein, die sich in einem sozialpolitisch rückschrittlichen Stabilisierungsprogramm, in der Niederschlagung von Bergarbeiterstreiks, der Freigabe von Erdölkonzessionen an ausländische Gesellschaften, den Wiederaufbau einer von den Milizen getrennten Armee und schließlich in der (seit 1929 unterbrochenen) Wiederaufnahme des Schuldendienstes an das Ausland manifestierte. In dieser Phase spaltete sich allein die MNR in fünf verschiedene Fraktionen auf, neue Parteien auf der Rechten und Linken wurden gegründet. Juan Lechin, einer der Führer der Minengewerkschaft und Gründer der Confédéracíon Obrera Boliviana (COB, die seit 1952 besteht), hatte sich dem linken Flügel der MNR angeschlossen, in der er die Position des Vermittlers zwischen Arbeitern und Regierung — also zwischen linker und zentristischer MNR-Fraktion — übernahm; eine Funktion, die Paz Estenssoro für das Verhältnis zwischen der MNR-Rechten und der zentristischen Regierungsfraktion erfüllte. Nun organisierte Lechin die Opposition von links. Diese Differenzierung und Polarisierung setzte sich auch unter der zweiten Präsidentenschaft von Paz Estenssoro (1960—1964), während der J. Lechin Vizepräsident war, fort, als Paz die gewerkschaftsfeindliche Restriktionspolitik seines Vorgängers wieder aufnahm und hart gegen Bergarbeiterunruhen im Dezember 1963 einschritt. Das Bündnis Paz-Lechin zerbrach hieran endgültig; und mit dem Ausscheiden der COB aus der Regierung war das Ende des 1952 eingeführten Systems des „Co-Gobierno" gekommen. Das wesentliche Merkmal dieser ganzen Epoche war der dauernde und progressive Autoritätsverlust der MNR und die zunehmende Konfrontation der Regierung mit den Wünschen der Massen. Gleichzeitig war die Situation eine doppelte: angesichts von Putsch- und Staatsstreichversuchen, die Vertreter der traditionellen Oligarchie — unterstützt von den USA — immer wieder unternahmen, wurden die Milizen aktiv, um die Regierung der MNR zu verteidigen. Aber im Falle von wichtigen Streiks verteidigten diese Milizen — tatsächlich oder potentiell — die Streikenden gegen die Regierung [24]). Wenn auch der Massenanhang der MNR

[23]) J. Gerassi, The great Fear in Latin America, 4. Aufl. New York-London 1968, S. 290; der Anfang 1969 beinahe zur Einstellung der „Auslandshilfe" der USA an Bolivien führende Konflikt beleuchtet den Charakter der Beziehungen deutlich: Um die zunehmenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten einzudämmen, sollte Bolivien — wie andere Entwicklungsländer — ab 1969 Käufe in den USA tätigen, die genau der von ihnen eingeräumten Kreditsumme entsprachen, was also eine extreme Verschärfung der schon immer geltenden „By-American"-Klausel bedeutete. Hierdurch wäre Bolivien, das ohnehin schon 60 Prozent seiner Importe zu hohen Preisen aus den USA beziehen muß, gezwungen gewesen, Ausrüstungsgegenstände für den Bergbau und die Erdölförderung zu kaufen, die dreimal mehr als die gleichen Gegenstände aus Belgien oder Argentinien gekostet hätten. Hierdurch wird nicht nur die ständige Rede von der notwendigen Verbesserung der Rentabilität der staatlichen Unternehmen in Bolivien ad absurdum geführt, sondern es werden gleichzeitig der damals noch in Bolivien operierenden US-amerikanischen Bolivian Gulf Oil Co. erhebliche Kostenvorteile gegenüber dem staatlichen Erdölunternehmen Boliviens verschafft, nicht zuletzt deswegen, um wieder auf die Überlegenheit des „private business" hinweisen zu können. Ferner: „Aus Gründen des Zahlungsbilanzgleichgewichts erhalten die USA tatsächlich zwei Dollar für jeden geliehenen zurück — einen unmittelbar beim Kauf amerikanischer Güter und den anderen, wenn der Kredit zurückgezahlt wird" (P. L. Montgomery in: The New York Times v. 3. 2. 1969).

[24]) Vgl. A. Gilly, a.a.O., S. 35.

ständig abnahm — sie hatte 1963/64 nur noch Unterstützung von Teilen der Bauernschaft und der Armee (Barrientos, ein Fliegergeneral wurde zunächst Vizepräsident nach Lechin) —, so gelang es andererseits der Linken nicht, eine oppositionelle und handlungsfähige Einheitsfront aufzubauen. Sie war durch ihre ungeheure Zersplitterung in etwa 15 Parteien, deren jede aus mehreren sich bekämpfenden Fraktionen besteht, zu völliger Ohnmacht verurteilt: Neben den traditionellen Gegensätzen zwischen moskauorientierten Kommunisten, die sich 1950 aus taktischen Gründen unter neuem Namen als Partei wiedergründeten (PCB) und ihrerseits in mehrere Fraktionen auseinanderfallen, und den in Bolivien relativ starken Trotzkisten (POR), die seit 1952/53 in drei Hauptgruppen gespalten sind, bewirkten die seit 1955 unter dem alten Namen der KP (PIR) existierende Sammlungsbewegung rechtsrevisionistischer Kräfte und die ebenfalls rechte Anhängerschaft Juan Lechins (PIRN) sowie in den letzten Jahren die Aktivitäten prokubanischer und prochinesischer Gruppen neue Konflikte in der bolivianischen Linken.

„In der Zeit zwischen 1952 und 1955 hat das MNR sowohl in der Realisierung der drei großen Reformprojekte (Agrarreform, Verstaatlichung der großen Minen, Gewährung der Bürgerrechte an die Indios) als auch in der Verbreitung seiner Mitgliederbasis und deren Organisation in Gewerkschaften und Bauernmilizen in der Tat Anzeichen aufgewiesen, die aus der ‚apristischen' Mittelklassenpartei mit sozialrevolutionären Zügen eine entschieden sozialrevolutionäre Partei hätten machen können. In der zweiten Phase der Revolution jedoch, der Etappe der Konsolidierung, haben in der Politik des MNR die Tendenzen zur Anpassung und zur Durchdringung mit traditionalen Elementen überwogen ... Die Tatsache, daß das MNR weder eine konsequente sozialrevolutionäre Politik durchführen noch eine monolithische Struktur (wie etwa der mexikanische PRI) entwickeln konnte, hatte zur Folge, daß sich große Teile der Bewegung zur Reformpartei nach ‚apristischem' Vorbild zurückentwickelten und der Rest sich in Fraktionskämpfen aufrieb, bis die Armee das entstandene Machtvakuum auffüllte" [25]). Mit anderen Worten: „Mit der Beseitigung der linken Opposition rutschte die MNR immer mehr nach rechts, was die Rekonsolidierung der oligarchischen Kräfte erleichterte. Die nicht sozialistisch gewordene Revolution wird 1964 von rechts überholt" [26]).

Ohne große Schwierigkeiten gelang es Barrientos im November 1964, Paz Estenssoro und weitere MNR-Führer abzusetzen und ins Exil zu schicken, da er hierbei sowohl von der Rechten und der Armee direkt wie auch von der Linken indirekt unterstützt wurde. Obgleich Barrientos seine — zeitweilig mit parlamentarischen Fassaden ausgestattete — Militärdiktatur (1964—1969) mit den für die bolivianische Politik üblichen Bekenntnissen zu den alten Zielen der Revolution von 1952 und dem Versprechen eines „nationalistischen" und „anti-oligarchischen" Kurses begann, brachte seine Regierungsperiode eine deutliche Rechtswendung, die in einer noch engeren militärischen und ökonomischen Bindung an den US-Imperialismus und vor allem einer Terrorwelle gegenüber den Gewerkschaften und den Minenarbeitern zum Ausdruck kam, welche alle Auseinandersetzungen mit dem Minenproletariat seit 1952 in den Schatten stellte. Nachdem es im Mai und September 1965 im Gefolge von Lohnreduktionen und Massenentlassungen in den Minen zum unbegrenzten Generalstreik gekommen war, ließ Barrientos die Minenarbeitersiedlungen durch die Luftwaffe bombardieren und hernach die Bergbaugebiete durch die Armee besetzen. Nach schweren Kämpfen, die auf sei-

25) H.-J. Puhle, a.a.O., S. 67 f.
26) I. Sotelo, Der historische Ort des Marxismus in Lateinamerika, in: Marxismusstudien, 6. Folge, Tübingen 1969, S. 104.

ten der Arbeiterschaft weit über tausend Tote forderten, wurden die Arbeitermilizen entwaffnet, die gewerkschaftseigenen Sender und Presseorgane von der Armee übernommen, die Minenarbeitergewerkschaft illegalisiert und über hundert ihrer Führer in Konzentrationslager deportiert oder ermordet [27]). Trotz dieser außerordentlich schweren Niederlage der Minenarbeiter kam es schon Anfang und Mitte 1967 zu ähnlichen Kämpfen in den Minengebieten, worauf nicht unerhebliche Teile der Armee dort stationiert wurden.

In dieser Situation wurde die Guerrilla-Gruppe von Che Guevara entdeckt und dadurch gezwungen, ihre Kampfhandlungen vorzeitig zu beginnen. Wie immer man den Beginn und das Scheitern dieses Unternehmens im einzelnen politisch und militärisch einschätzen mag (was hier nicht geschehen kann), es war offenbar keineswegs so vollkommen aussichtslos, wie es heute manchen scheinen will. Die Art und Weise, wie die bolivianische Regierung und das Pentagon auf das Erscheinen von 40 bis 50 von Hunger, Krankheiten und Märschen geschwächten Guerrilleros reagierte, zeigt, für wie brisant man die Lage gehalten hat. In einem US-Senatsbericht heißt es dazu: „Da die regulären Truppen sich als unfähig erwiesen hatten, die Guerrillas zu besiegen, reagierten die USA dadurch rasch auf die bolivianischen Nöte, daß sie ein „Trainings-Team" („Special Forces") schickten und die im Militärhilfeprogramm vorgesehenen Ausrüstungsgegenstände sofort lieferten . . . Falls die (bolivianische) Regierung gezwungen worden wäre, große Truppenteile für einen langanhaltenden Guerilla-Krieg zu verwenden, hätte sie sich einer ernsten Bedrohung durch die übrige Opposition des Landes ausgesetzt" [28]). Am Ende der Barrientos-Herrschaft, der im April 1969 tödlich verunglückte, hatte die Unruhe im Lande erheblich zugenommen. Zu den fast alltäglichen Attentaten, der Unzufriedenheit der Minenarbeiter, der Agitation der zum Großteil verbotenen oppositionellen Parteien, den Studentendemonstrationen kam nun noch hinzu, daß sich Differenzen innerhalb der Armee (zwischen Barrientos und Ovando) anbahnten und daß außerdem die Bauern, von denen bestimmte Teile (vor allem in den Zentraltälern um Cochabamba) zu den einzigen Stützen des Barrientos-Regimes zählten, gegen die geplante Einführung einer neuen Einheitssteuer zu opponieren begannen. Nach einer kurzen Übergangsperiode übernahm General Ovando nach einem unblutigen und von allen erwarteten Putsch die Macht und entsprach mit seinen anfänglichen anti-imperialistischen Maßnahmen und Konzessionen an die Gewerkschaften — womöglich nur zum Zweck der Machtsicherung — einer weitverbreiteten Stimmung unter den Massen.

IV

Die Geschichte Boliviens der letzten zwanzig Jahre lehrt, daß den Regierungs-Parolen vom „revolutionären Nationalismus" und vom „Anti-Imperialismus" (welche beide zum „Sozialismus" hinführen sollen [29])) zu mißtrauen ist. Neben gewissen Ähnlichkeiten in der Art der Machtübernahme von Paz Estenssoro vor 18 Jahren und der Torres' bleibt auch der alte Widerspruch zwischen verbal-radikalen anti-imperialistischen Äußerungen und Maßnahmen, die sehr große Rücksicht auf die alteingesessenen einheimischen und ausländischen Interessen ver-

27) Noch durch die zynisch-brutale Sprache der NZZ schimmert etwas vom Grauenhaften dieser Ereignisse durch: „Von 1964 bis zum vergangenen Jahr waren alle großen Minen militärisch besetzt, und heute noch befinden sich die größten und bestbewaffneten Garnisonen der Armee in der Nähe der Bergwerke. Mit Schaudern sprechen die Bolivianer heute noch von der ‚Nacht von San Juan' im Jahre 1965, in der 3000 unbotmäßige Bergleute (!) der Grube San Juan im Feuer der angreifenden Truppen den Tod fanden" (NZZ v. 4. 4. 70).

28) Committee on Foreign Relations. United States Senate: Insurgency in Latin America. A Study, Washington 1968, S. 25.

29) Siehe die Wiedergabe eines Interview mit Torres in Le Monde v. 22. 10. 1970.

raten. Es muß als ausgeschlossen gelten, daß die fast völlig unveränderte Armee bzw. die Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung und der entsprechend schwankenden Politik willens und imstande ist, über Einzelmaßnahmen hinaus konsequent eine längerfristig konzipierte sozialrevolutionäre Politik einzuleiten. Die zentralen Widersprüche der Torresregierung liegen darin, sich zwar im wesentlichen auf die Arbeiter-, Bauern- und Studentenschaft zu stützen, ohne aber eine Arbeiter- und Bauernregierung bzw. eine wirkliche Volksregierung zu sein; und: eine nachholende (staats-)kapitalistische Industrialisierung vollziehen zu wollen, die mit den Interessen der Arbeiter und Bauern, die diesen Prozeß tragen sollen, notwendig immer wieder in Konflikt geraten muß [30]). Diese Momente hat die jetzige Situation mit der Periode von 1952—1964 gemeinsam. Auf der anderen Seite wiederholt sich die Geschichte nicht einfach. Ähnliches bedarf in einem anderen Kontext einer besonderen Interpretation. Angesichts der Erfahrungen mit der MNR und dem System des „Co-Gobierno" ist es schwer vorstellbar, daß die Arbeiter und Bauern sich erneut auf eine Regierungsbeteiligung einlassen werden, die letztlich darauf abzielt, sie in ihren Forderungen zu „zähmen" und politisch zu schwächen. Neu ist ferner an der gegenwärtigen Situation die Tatsache, daß fast im ganzen Land eine — schon seit langem nicht mehr eingetretene — gemeinsame Mobilisierung von Arbeitern, Bauern und Studenten zur Abwehr des Rechtsputsches von General Miranda bzw. des Militärtriumvirats stattgefunden hat und zunächst gemeinsame Forderungen erhoben wurden. „Sie forderten an erster Stelle die Anerkennung eines ‚politischen Kommandos', das sich aus Arbeitern, Studenten und den Parteien der Linken zusammensetzt und ein ‚Volksparlament' konstituieren soll. Kurzum, sie wollen eine Art ‚Doppelherrschaft' . . ." [31]). Diese Übergangslosung, die schon in den fünfziger Jahren gewisse Erfolge gezeitigt hat [32]), scheint neuerdings wieder — erstmals seit den Niederlagen von 1964 und den folgenden Jahren — an manchen Orten in die Tat umgesetzt zu werden [33]). Außerdem kann natürlich die veränderte Lage in Chile und Peru eine tatsächliche Linksentwicklung in Bolivien stabilisieren helfen.

Es scheint unter den gegebenen Umständen und vor allem nach der Ablehnung der Minimalforderungen der „Volkskräfte" (oder: „politischen Kommandos") durch Torres richtig gewesen zu sein, auf eine Regierungsbeteiligung zu verzichten und eine — an konkreten Tendenzen der Regierung sich orientierende — „bedingte Unterstützung" zuzusagen. Während diese Position von der COB und der Minenarbeitergewerkschaft auch gegenwärtig noch eingenommen wird, hat kürzlich der 4. Arbeiterkongreß von La Paz eine Resolution angenommen, in der die Torresregierung als einfache Fortsetzung des Barrientosregimes und als „Gorilla-Diktatur" qualifiziert wird. Diese simplifizierende und falsche Einschätzung ist insofern gefährlich, als sie zu kurzschlüssigen Aktionen und außerdem

30) Siehe zur theoretischen Einschätzung der Lage die Erklärung der Bolivianischen Befreiungsarmee (ELN) in: Granma, Weekly Review v. 1. 11. 1970.
31) Le Monde v. 13. 10. 1970.
32) Siehe A. Gilly, a.a.O., S. 36 ff.
33) So berichtet die NZZ — vielleicht nicht ohne Übertreibungen —: „In der Provinz Santa Cruz wurden Landgüter von bewaffneten Landleuten besetzt, die Hacienda „Chane' . . . sogar von Guerilleros, die zwei Personen als Geiseln dafür nahmen, daß der Betrieb in eine Kooperation umgewandelt werde. Bauernführer riefen die ‚Agrarrevolution' — nicht mehr ‚Agrarreform — aus und forderten die Landarbeiter auf, sich — wenn nötig mit Gewalt — aller Ländereien zu bemächtigen, die Privatpersonen oder Privatbetrieben gehören. Die Bauern sind bewaffnet (noch immer sind es die Waffen von 1952), und die lokalen Behörden berichteten nach La Paz, daß anscheinend Berufsagitatoren in der Gegend eifrig tätig seien. In der Minenstadt Oruro tun die Gewerkschaftsführer bereits so, als wären sie dort die Herren eines eigenen, linksdirigierten Staates. Aus eigener Machtvollkommenheit ernannten sie den Journalisten Javier Echenique zur obersten Autorität der Provinz, also zu einer Art Präfekten, den Bergarbeiter Jorge Calvimontes hingegen zum Bürgermesiter der Stadt. Man geht nun daran, die Richter durch andere Personen zu ersetzen. Den im Lande noch geltenden Ausnahmezustand haben die ‚Behörden' von Oruro für ihren Bereich einfach aufgehoben, obgleich eine derartige Maßnahme verfassungsmäßig nur vom Innenministerium verfügt werden kann. Da man nicht weiß, wie La Paz auf all das reagieren wird, arbeiten die selbsternannten Behörden unter dem Schutz bewaffneter Studenten, Minen- und Landarbeiter" (NZZ v. 10. 11. 1970).

zum Verlust der gerade wieder erreichten Aktionseinheit führen kann. Dagegen hat die COB anläßlich ihrer Wiedergründung im Jahre 1969 folgenden Beschluß gefaßt: „Der fundamentale Antagonismus ist (gegenwärtig für Bolivien) der von Imperialismus und ‚unterdrückter Nation'. Daher ist es notwendig, eine breite nationale Front unter Führung der Arbeiterklasse und unter Beteiligung des Kleinbürgertums und der anti-imperialistischen Teile der Armee zu bilden" [34]). Dieses Nahziel ist durch die jüngsten Veränderungen in Bolivien noch nicht erreicht worden. Aber die Bedingungen für seine Realisierung haben sich verbessert. Durch eine von der Torresregierung unabhängige Politik der geeinten „Volkskräfte", die sich insbesondere der Strategie der Errichtung lokaler und regionaler Machtzentren bedient, könnte schließlich in absehbarer Zeit eine anti-imperialistische Volksregierung unter Führung der Arbeiterklasse errichtet werden. Als Alternative zu dieser Entwicklung ist nur eine scharfe und vollkommen reaktionäre Militärdiktatur denkbar, was aber gegenwärtig als relativ unwahrscheinlich angesehen werden muß. Es scheint jedoch sicher zu sein, daß die Regierung Torres in ihrer augenblicklichen Zusammensetzung und widersprüchlichen Orientierung nicht allzu lange Bestand haben wird. In der Tat hat Torres anfangs Dezember eine umfassende Kabinettsumbildung angekündigt und wiederum eine Regierungsbeteiligung von Arbeitern und Studenten in Aussicht gestellt. Die in den letzten Wochen getroffenen Entscheidungen: Anhebung der Bergarbeiterlöhne, Verstaatlichung zweier im ausländischen Besitz befindlichen Zuckerrohrplantagen, Ankündigung eines auf zwanzig Jahre bemessenen Entwicklungs- und Industrialisierungsplanes, einer neuen Alphabetisierungskampagne und einer „Kulturrevolution, durch die der Unterricht von Ketschua und Aymara (der vom überwiegenden Teil der Bevölkerung gesprochenen Indianersprachen) verbindlich gemacht werden soll, und schließlich die Freilassung von Régis Debray und anderen politischen Gefangenen [35]) — sollen die bislang unzufriedene und auf einschneidende Änderungen drängende Linke versöhnen bzw. sie enger an den Kurs Torres' heranführen. Obzwar Torres gleichzeitig alles unternimmt, die einheimischen und ausländischen bürgerlichen Interessen soweit als möglich zu beruhigen und zu umwerben (z. B. Versprechen hoher Entschädigungen, großer zukünftiger Gewinnmöglichkeiten, Gewährenlassen der Armee beim Ermorden von politischen Gefangenen oder der Rückeroberung von besetzten Landgütern), kann nicht übersehen werden, daß viele der getroffenen Maßnahmen nahe an die ursprünglich gestellten und zunächst nicht erfüllten Minimalforderungen der „Comandos Políticos" heranreichen. Daher reißen die Gerüchte um einen neuerlichen Rechtsputsch, die vor allem im Zusammenhang mit der lange erwogenen Freilassung von Debray und der dagegen gerichteten lautstarken Opposition vieler Offiziere an Wahrscheinlichkeit gewannen, in La Paz und anderen Orten nicht ab. In dem Maße, in dem Torres bei der tatsächlichen Durchführung seiner Ankündigungen noch stärker mit den einheimischen Geschäftsleuten, den US-Amerikanern, der Kirche und vor allem bedeutenden Teilen des Offizierskorps in Konflikt gerät und daher um so mehr der permanenten und aktiven Unterstützung der Linken bedarf, wird es zu weiteren — in ihren jeweiligen politischen Ausformungen noch nicht absehbaren — Polarisierungsprozessen in der bolivianischen Gesellschaft kommen.

---

34) Frei wiedergegeben in Le Monde v. 21. 11. 1970; siehe auch die ähnliche Einschätzung der Lage und Perspektiven durch die PCB kurz nach Beginn der Ovando-Regierung in: Informationsbulletin Nr. 4 (Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien), Wien 1970, S. 38—40.

35) Zu den hier summarisch aufgeführten Ereignissen der letzten Woche siehe: NZZ v. 12. 12. 1970, Le Monde v. 9. 12., 12. 12. und 26. 12. 1970, Latin America. A weekly political and economic report v. 4. 12. 1970 (London) und N. Kasij, Bolivie: entre la Chévre et le chou, in: Africasia, No. 30 (21. Dez. 1970), S. 45.

Bericht über die Frauenbewegung in den USA

Von Sigrid Kubale

Die „Zweite Frauenemanzipationsbewegung" ist eines der wichtigsten Phänomene innerhalb der in den letzten Jahren in den USA neuentstandenen politischen Gruppen. Es ist deshalb notwendig, einen Bericht über diese Frauenbewegung und die Situation, aus der heraus sie entstanden ist, zu geben. Diese Arbeit stellt sich ausdrücklich die Aufgabe, eine bestehende Informationslücke aufzufüllen, nicht, eine Wertung zu vollziehen. Der Versuch, Informationen zu vermitteln und die kritische Auseinandersetzung zu führen, müßte, da der zur Verfügung stehende Raum begrenzt ist, an der dann notwendig werdenden Oberflächlichkeit scheitern. Außerdem würde er der auch in bezug auf andere Fragen in der Linken weitverbreiteten Tendenz Vorschub leisten, zu be- (oder auch ver-)urteilen, ohne ausreichende Informationen zu haben.

I

Die Festlegung des Mädchens auf eine bestimmte Rolle beginnt bereits bei der Geburt, da — in der Regel — ein Junge einem Mädchen vorgezogen wird. Schon beim Säugling fängt dann die geschlechtsspezifische Erziehung an: der Psychologe Bronfenbrenner hat festgestellt, daß amerikanische Mütter die Tendenz haben, den weiblichen Säugling nach Zeitplan, den männlichen aber auf sein Schreien hin zu füttern, das heißt, daß das kleine Mädchen bereits zu passiver Anpassung erzogen wird, während der kleine Junge schon lernt, daß er durch eigene Aktivität etwas erreichen kann [1]).

Später bekommt das Mädchen Puppen zum Spielen und wird gelobt, wenn es sauber und adrett aussieht. „Sein Leben ist bereits determiniert ... Sein Bruder spiel Astronaut, Doktor, Wissenschaftler, Rennfahrer. Es selbst spielt kleine Hausfrau, Mutter (Puppen) und Krankenschwester (Helferin des Doktors). Sein Bruder erhält Spielsachen, die zur Aktivität anregen, es selbst bekommt Spielsachen, die zum Dienen erziehen" [2]).

In den Büchern für die ersten Schulklassen werden Frauen in der Regel als Mütter dargestellt, gelegentlich noch als Lehrerinnen, Krankenschwestern oder Sekretärinnen. Später werden im Geschichtsunterricht — wenn überhaupt — Frauen gezeigt, die durch Manipulationen und Tricks Einfluß auf große Männer gewinnen und so ihre Ziele durchsetzen.

In einer als progressiv geltenden Vorlesung der Universität Boston wurde folgende Weisheit verkündet: „Kleine Jungen lernen, indem sie Dinge auseinandernehmen, sie möchten wissen, wie etwas funktioniert. Lesen lernen sie am besten, indem man ihnen ein Objekt zeigt, z. B. einen Lastwagen, und ihnen die

---

1) U. Bronfenbrenner, Wandel der amerikanischen Erziehung, in: Friedeburg, Jugend in der modernen Gesellschaft, 1964.
2) Politics of the Ego: A Manifesto for N.Y. Radical Feminists, in: Notes from the Second Year: Women's Liberation, New York 1970, S. 125.

Namen der einzelnen Teile beibringt... Kleine Mädchen lernen besser durch Auswendiglernen, deshalb lernen sie schneller als kleine Jungen. Am besten zeigt man ihnen Lesekärtchen" [3]).

Nach einer Untersuchung von Eleanor Maccoby [4]) bestehen in den ersten Schuljahren so gut wie keine Unterschiede zwischen den Leistungen von Jungen und Mädchen; das ändert sich in der Oberstufe zunächst in bezug auf einige Fächer wie Arithmetik, und noch später nimmt das Leistungsniveau der Mädchen insgesamt immer weiter ab [5]).

In der Oberstufe wird die kanalisierende Funktion der Schule dann auch ganz deutlich: während für die Jungen berufsvorbereitende Kurse angeboten werden, sind für die Mädchen hauswirtschaftliche auf Kosten der berufsvorbereitenden obligatorisch. Auch die Stundenpläne von reinen Jungen- und Mädchenschulen unterscheiden sich in typischer Weise voneinander: in Jungenschulen werden Kurse in Holzarbeit, Elektroinstallation, Radiotechnik usw. angeboten, in Mädchenschulen stehen etwa folgende Fächer auf dem Stundenplan: Kosmetik, Nähen, Servieren, Krankenpflege, Mode, Stenographie. Ähnlich wie die Schulen drängen die Berufsberatungen Mädchen in bestimmte Berufe. „Wofür immer ein Mädchen sich interessieren mag, die Berufsberatung wird einen entsprechenden ‚weiblichen' Beruf vorschlagen: Medizin? Werden Sie Krankenschwester! Naturwissenschaften? Werden Sie Lehrerin! Industrie? Werden Sie Sekretärin! Keine besonderen Interessen? Lernen Sie Schreibmaschine — für alle Fälle" [6])!
Der Erfolg dieses intensiven Druckes ist nicht zu übersehen: 98 Prozent aller Haus- und Büroangestellten, 72 Prozent aller im Hotel- und Gaststättengewerbe auf der untersten Stufe Angestellten sowie 66 Prozent der Lehrer unter Collegeniveau sind Frauen, aber nur 22 Prozent der Collegedozenten, 7 Prozent der Ärzte, 3 Prozent der Juristen und 1 Prozent der Techniker. 66 Prozent aller Frauen, die Arbeiterinnen sind, arbeiten in zurückgehenden Industrien wie der Textil- oder der Tabakindustrie, 75 Prozent der Arbeiter in der Textilindustrie sind Frauen [7]).

Nichts kennzeichnet die Stellung der Frau in der amerikanischen Gesellschaft deutlicher als die Tatsache, daß sich ihr sozialer Status nach dem des Mannes richtet, mit dem sie verheiratet ist, d. h. eine nichtverheiratete Frau hat keinen Status, keine Identität. So erklärt sich die hektische Jagd auf den Freund und Ehemann, die dazu führt, daß Mädchen sich in erster Linie gegenseitig als Rivalinnen sehen und Freundschaften zwischen ihnen selten, angeblich sogar unmöglich sind.

Um einen Mann zu bekommen, muß man attraktiv sein. „Uns ist beigebracht worden, daß unsere einzige Trumpfkarte unsere physische Erscheinung sei, daß das alles sei, was andere von uns wahrnehmen... Ein Pickel, Übergewicht, eine komische Nase, ein zu großer Busen können Tage oder Jahre ruinieren durch das ständige Bewußtsein gerade dieses Makels. Die ganze Welt starrt nur auf diesen einen Pickel" [8])!

---

3) Meredith Tax, Woman and Her Mind: The Story of Everyday Life, a.a.O., S. 14.
4) Vgl. Naomi Weisstein, Kinder, Küche, Kirche as Scientific Law: Psychology Constructs the Female, in: Motive, Vol. XXIX, Nos. 6/7, Nashville 1969, S. 84.
5) Siehe hierzu auch „Der Spiegel", 24. Jg., Nr. 23/1970, S. 184: Die Psychologin Matina Horner stellte kürzlich in einer Untersuchung fest, daß Studentinnen tendenziell den Erfolg fürchten („er paßt nicht zum konventionellen sozialen Rollenschema der Frau") und gleichzeitig Angst vor dem Versagen haben. Dieser Konflikt wirkt sich so aus, daß sie die besten Leistungen erreichen, wenn sie allein arbeiten, die schlechtesten, wenn sie mit Männern konkurrieren müssen.
6) Carol Rosenbaum, Sex Segregation: On the Job and in the Schools, in: International Socialist, Febr. 1970, S. 9.
7) Vgl. Irene Winkler, The Hidden Proletariat, in: International Socialist, Oct. 1969, S. 13 f.
8) M. Tax, a.a.O., S. 11.

Wie man attraktiv wird und bleibt, lehren u. a. die Frauenzeitschriften, die ca. zwei Drittel der an einem beliebigen Zeitungsstand ausgelegten Schriften ausmachen. Viele dieser Zeitschriften haben Kinderseiten, so werden bereits kleine und ganz junge Mädchen auf ihre spätere Rolle als Konsumentin von Mode und Schönheitsartikeln vorbereitet. Die amerikanische Frau verbringt im Durchschnitt zwei Stunden täglich mit Körper- und Schönheitspflege. Diese Zeit enthält noch nicht die endlosen Stunden, die gebraucht werden, um Modezeitschriften und Schaufenster zu betrachten, einzukaufen und nachzudenken über Kleider, Frisuren, Schlankheitsdiäten und Make-up [9]).

Auch das Dating-System mit seinen extrem repressiven Regeln ist ein weiterer Faktor, der in diesem Zusammenhang erwähnt werden muß. Manche der Regeln variieren, aber die beiden wichtigsten und einheitlichsten sind wohl die, daß 1) ein Mädchen durch die Art und Häufigkeit seiner Dates permanent seine „Beliebtheit" beweisen muß, um „in" zu bleiben, und 2) daß ein Mädchen von sich aus niemals aktiv sein Interesse an einem Date mit einem bestimmten jungen Mann bekunden darf. Hier wird ganz deutlich, worauf es für ein Mädchen in erster Linie ankommt, wenn es „erfolgreich" sein will: es muß in der Konkurrenz mit anderen Mädchen diese möglichst ausstechen, und es muß sich selbst und seinen (potentiellen) Partner möglichst perfekt manipulieren können. Die beste Möglichkeit, dem Zwang zur Beteiligung am Daten zu entgehen, ist, einen festen Freund, Verlobten oder Ehemann zu finden [10]).

Auch von der Psychologie, der Soziologie und der Anthropologie wird die Frau auf die „weibliche" Rolle festgelegt. Katastrophal hat sich in dieser Hinsicht der immense Einfluß ausgewirkt, den Freud und seine Schüler auf die amerikanische Psychologie ausgeübt haben und immer noch ausüben. „Die treibende Kraft bei der Frau war (nach Freuds Theorie) ihr Neid auf den Penis ... Was bei normalen weiblicher Veranlagung zum Wunsch nach dem Penis ihres Mannes führt, einem Wunsch, der niemals wirklich erfüllt wird, bis sie durch die Geburt eines Sohnes einen Penis erhält. Kurz, die Frau ist ein ... mißglückter Mann, dem etwas fehlt" [11]). Für Freud war der Neid der Frauen auf die Männer nichts weiter als eine sexuelle Krankheit. Auch Freuds Nachfolger sehen die Frau nur als sexuelles Wesen, das menschliche Erfüllung nicht anders als durch sexuelle Erfüllung finden kann. Die Idee, daß sich im sogenannten Penisneid möglicherweise der berechtigte Neid auf die in jeder Hinsicht privilegierte Stellung des Mannes ausdrückt, ist ihnen bisher nicht gekommen.

Nur so kann z. B. Bruno Bettelheim — der in der gegenwärtigen amerikanischen Psychologie eine große Rolle spielt — noch 1965 behaupten: „Wichtig vor allem ist die Erkenntnis, daß, so sehr Frauen auch immer danach streben, gute Wissenschaftlerinnen oder Technikerinnen zu sein, sie sich doch zuerst und vor allem anderen wünschen, frauliche Begleiterinnen ihrer Männer und Mütter zu sein" [12]). Auch die unbestreibar sehr einflußreiche Margaret Mead äußert sich in „Mann und Weib" entsprechend: „Es ist das immerwiederkehrende Problem der Kultur, die Rolle des Mannes — mag er nun Gartenbau treiben, Vieh züchten, Wild oder Feinde töten, Brücken bauen oder mit Bankaktien handeln — so zufriedenstellend festzulegen, daß der Mann im Laufe seines Lebens jenes

9) Vgl. Beverly Jones and Judith Brown, Toward a Female Liberation Movement, publ. by New England Free Press, Boston o. J., S. 9 f.
10) Zur Institution des Dating vgl.: The Dating Game, in: So What Are We Complaining About? A Collection of Women's Articles from the Old Mole 1968—1970, publ. by The Old Mole and Bread and Roses, Cambridge 1970, S. 5 f., und Reimut Reiche, Sexualität und Klassenkampf, Frankfurt/M., 1968, S. 107 ff.
11) Betty Friedan, Der Weiblichkeitswahn, Hamburg 1970, S. 74, vgl. außerdem S. 74 ff., zur Frage des Penisneids.
12) Zitat nach N. Weisstein, a.a.O., S. 78.

sichere Gefühl von unwiderruflich sicherer Leistung erreichen kann, von dem er durch sein Kinderwissen um die Befriedigung des Kindergebärens einen Hauch verspürte. Damit die Frauen das Gefühl für endgültige Leistung bekommen, ist lediglich nötig, daß ihnen durch die vorliegenden sozialen Einrichtungen nicht verwehrt wird, ihre biologische Rolle durchzuführen. Sind Frauen selbst angesichts des Kindergebärens ruhelos und suchend, dann müssen sie durch die Erziehung dazu gemacht worden sein" [13]).

Daß sich diese Sicht der Frau massiv auswirkt auf den gesamten Bereich der Ehevorbereitung und Beratung, kann hier nur noch konstatiert werden, wobei daran erinnert werden muß, daß ehevorbereitende Kurse auch in den Schulen und an den Universitäten durchgeführt werden.

Die amerikanischen Ehepaare heiraten früh. „Der mittlere Wert des Heiratsalters bei den Männern fiel von 24,3 Jahren 1940 auf 22,3 Jahre 1956. Bei den Frauen betrugen die Vergleichszahlen 21,5 und 20,2 Jahre" [14]). An dem Heiratsalter dürfte sich seit 1956 nichts Wesentliches geändert haben. Die Hochzeit ist ein großes Ereignis, für das viel Geld ausgegeben wird. Die lokalen Zeitungen bringen bebilderte Berichte über jede Hochzeit, und auch die großen Zeitungen bringen Berichte über Hochzeiten von Mädchen aus gehobeneren Kreisen; der Ausstattung der Braut wird dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Kaufhäuser veranstalten laufend „bridal fairs" (= Brautmessen), auf denen allen jungen Mädchen und Frauen ausführlich demonstriert wird, was alles für eine Hochzeit und die Gründung eines eigenen Haushaltes notwendig sei. Das „Heim" hat zukünftig der Mittelpunkt des Lebens der Frau zu sein. Das Wort „Heim" (home) ist ein wahres Kultwort. Makler bieten z. B. nicht Häuser oder Wohnungen an, sondern „homes".

Frauenzeitschriften, Eheberater und Reklame versuchen der Frau einzureden, daß, um ein richtiges „Heim" zu schaffen, mehr Fähigkeiten nötig seien als für die meisten anderen Berufe: „Eine tüchtige Hausfrau muß etwas von Unterricht, Innendekoration, Kochen, Diätküche, Warenkunde, Psychologie, Physiologie, Geselligkeit, Kommunalpolitik, Kleidung, hauswirtschaftlichen Geräten, Hausbau und einer Vielzahl anderer Dinge verstehen" [15]).

Das Bild der Hausfrau in den Magazinen hat sich in den letzten 20 Jahren in bezeichnender Weise verändert. Direkt nach dem Kriege, als die Frauen zugunsten der zurückkehrenden Männer aus der Wirtschaft gedrängt werden mußten und das Problem der Absatzmärkte noch relativ unwichtig war, wurde das „Heimchen am Herd" propagiert, das inzwischen abgelöst wurde von der Frau, die zeitweise — vor der Geburt der Kinder und nach deren Aufzucht — berufstätig ist, der Frau, die eine allem Neuen aufgeschlossene, „moderne Partnerin" ist. Allerdings, es werden ihr gerade nur soviel Modernität, Aktivität und Aufgeschlossenheit zugestanden, wie nötig sind, um sie zu einer guten Konsumentin zu machen, die auch vor Neuheiten im Angebot nicht zurückschreckt. Immerhin machen Frauen 75 Prozent aller privaten Einkäufe.

Die oberste moralische — übrigens auch juristische — Pflicht der Frau bleibt es nach wie vor, den Mann und die (möglichst zahlreichen) Kinder zu versorgen. Daß sie das frohgemut und mit Hingabe tut und dabei ständig jugendlich und hübsch bleibt, ist selbstverständlich. Politische und soziale Konflikte oder auch solche von Frauen, die dem propagierten Bild nicht entsprechen — z. B. alternde Frauen oder berufstätige in Rollenkonflikten —, kommen nicht vor [16]).

---

[13]) Zitat nach B. Friedan, a.a.O., S. 94.
[14]) Gabriel Kolko, Besitz und Macht, Edition Suhrkamp, Bd. 239, Frankfurt/M. 1969, S. 99.
[15]) Zitat nach B. Friedan, a.a.O., S. 84.
[16]) Zum Bild der Frau in den Frauenzeitschriften vgl. B. Friedan, a.a.O., S. 27 ff.
Susan Sutheim, The Subversion of Betty Crocker, in: Motive, a.a.O., S. 43 ff.

II

Zunächst sollen nun einige der Widersprüche zwischen der Realität und dem Bild, das den Frauen ständig vorgehalten wird, angedeutet werden:

1) 1966 sind 39 Prozent aller Frauen über 14 Jahren berufstätig, das sind 36 Prozent aller Berufstätigen; zur Zeit stellen Frauen 48 Prozent der Berufstätigen.

2) 1965 sind 62 Prozent aller berufstätigen Frauen verheiratet, oder 34 Prozent aller verheirateten sind berufstätig.

3) 1936 standen 3,6 Prozent aller Haushalte Frauen vor, 1956 waren es 8,5 Prozent, Zahlen für 1970 liegen bei 10 Prozent. Ursache sind in erster Linie die immer schneller steigenden Scheidungsziffern.

4) 1955 betragen die durchschnittlichen Frauenlöhne 64 Prozent der durchschnittlichen Männerlöhne, 1965 nur noch 60 Prozent.

5) 1966 arbeiten 45 Prozent aller schwarzen Frauen mit Kindern unter 6 Jahren und 37 Prozent aller weißen Frauen mit Kindern unter 6 Jahren.

6) 1966 steht nur für 2 Prozent aller berufstätigen Frauen ein Platz in einem mit öffentlichen Mitteln geförderten Kindergarten zur Verfügung.

7) 1969 beträgt das jährliche Durchschnittseinkommen weißer Männer 7164 Dollar, schwarzer Männer 4528 Dollar, weißer Frauen 4152 Dollar, schwarzer Frauen 2949 Dollar.

8) 1968 ist das jährliche Durchschnittseinkommen für Hausangestellte 1200 Dollar.

9) 1965 liegen 58 Prozent der von schwarzen Frauen unterhaltenen Familien unter der offiziellen Armutsgrenze, 30 Prozent der von weißen Frauen unterhaltenen Familien, 29 Prozent der von schwarzen Männern unterhaltenen und 8 Prozent der von weißen Männern unterhaltenen Familien.

10) 1967 arbeiten 62 Prozent der berufstätigen Frauen aus ökonomischer Notwendigkeit, d. h. nicht für den zusätzlichen Erwerb von „Luxusgütern" [17]).
Diese Zahlen sprechen für sich. Die Frage ist, warum die Frauen sich dieser Situation widerspruchslos fügen. Hierzu ist zu bedenken: Frauen werden dazu erzogen, Männer zu bedienen und sich Männern anzupassen, was sie dann auch in der von Männern beherrschten Arbeitswelt tun. Darüber hinaus haben sie gelernt, sich mehr mit Männern als mit anderen Frauen zu identifizieren; das erschwert auch die Möglichkeit zu solidarischem Verhalten gegenüber anderen Frauen am Arbeitsplatz.

Frauen werden für „weibliche" Berufe erzogen und ausgebildet, wenn sie überhaupt eine Ausbildung erhalten; diese Berufe werden generell schlechter bezahlt als „Männerberufe" — in der Theorie sind Frauen nicht auf einen für mehrere Personen ausreichenden Verdienst angewiesen. Dazu kommt noch, daß in vielen Frauenberufen ein Überangebot an Arbeitskräften besteht; das trifft besonders für Frauenberufe mit akademischer Ausbildung zu, so daß gerade diese Frauen häufig in irgendeiner Stellung landen, die nicht ihrer Ausbildung entspricht. In den USA gibt es bereits ein weibliches akademisches Proletariat.

17) Diese Zahlen wurden aus folgenden Publikationen zusammengestellt: 1) und 8) aus: Sondernummer der New Left Notes zum International Women's Day 1969, S. 3, und Vicki Breitbart, Day-Care — Who Cares?, in: Leviathan, Vol. 2, 1. 5. 1970, S. 27, 2), 4), 5), 6) und 9) aus: I. Winkler, a.a.O., S. 13, 3) aus: G. Kolko, a.a.O., S. 98, und Jenny Mathews, Women's Liberation, in: Worker's Power, No. 5, Apr. 1970, S. 4, 7) aus: The New Feminism, A Special Section Prepared for the Ladies' Home Journal, by the Women's Liberation Movement, in: Ladies' Home Journal, Aug. 1970, Vol. LXXXVII, No. 8, S. 65, 10) aus: Marlene Dixon, Why Women's Liberation, publ. by Bay Area Radical Education Project, San Francisco 1970, S. 10.

Mindestens zu Beginn ihrer Berufstätigkeit halten viele Frauen diese für vorübergehend, was sicher mit ein Grund dafür ist, daß sie sich bereitwilliger als gleichaltrige Männer mit schlechten Bedingungen am Arbeitsplatz abfinden. Später fehlen ihnen dann u. U. die Jahre, während derer sie nur Hausfrauen waren, bei Beförderungen, Gehaltserhöhungen, Prämien für Betriebszugehörigkeit usw. Anders als in der Bundesrepublik gibt es nur in vier Staaten irgendeine Form von Mutterschutzgesetzen, d. h. daß in der Regel auch eine Schwangerschaft ein Kündigungsgrund sein und die Frau um Rechte bringen kann, die sie durch längere Betriebszugehörigkeit erworben hat.

Die alleinstehenden Frauen, die Kinder zu unterhalten haben, sind unter allen Arbeitnehmern diejenige Gruppe, die den Arbeitnehmern am meisten ausgeliefert ist. Gleichzeitig drücken die schlechten Bedingungen, die man ihnen aufzwingen kann, auch die Bedingungen für alle anderen Frauen.

Auf Grund der geringen Beiträge, die Frauen zu zahlen in der Lage sind, sind viele Gewerkschaften nicht daran interessiert, sie zu organisieren. Dazu kommt, daß viele Frauen auf Grund ihres isolierten Arbeitsplatzes — z. B. als Hausangestellte — schwer organisatorisch erfaßbar sind. Im übrigen sehen auch die Gewerkschaften berufstätige Frauen weniger als Arbeiterinnen denn als Frauen von Arbeitern.

Berufstätige Hausfrauen und Mütter werden allein aus Zeitmangel kaum zu aktivem politischen Engagement in der Lage sein, wenn ihre Männer sie nicht konsequent dazu ermutigen und ihnen bei der Hausarbeit und der Versorgung der Kinder regelmäßig helfen. In der Regel wird eher das Gegenteil der Fall sein. Die entsprechenden Hilfen werden bisher von keiner Seite angeboten. Auch die Experimente, die darauf beruhen, daß sich mehrere Eltern abwechselnd um die gemeinsamen Kinder kümmern, sind nur für Studenten oder nicht Berufstätige praktikabel. Die in der letzten Zeit in Zusammenarbeit von Industrie und Bundesregierung entwickelten Kindertagesstättenprogramme (Child-Care oder Day-Care programs) werden die gegenwärtige Situation der Frauen auch kaum verändern, da mit der Unterbringung von Kindern im Rahmen dieser Programme in der Regel die Arbeit an ganz bestimmten Arbeitsplätzen oder die Ausbildung für ganz bestimmte Tätigkeiten verbunden ist. So können Frauen hier wieder Bedingungen am Arbeitsplatz aufgezwungen werden, die sonst niemand akzeptieren würde.

Viele Frauen, besonders schwarze, sind selbst über die ihnen zustehenden minimalen Rechte nicht informiert [18]).

III

Welchen Nutzen zieht die herrschende Klasse aus der gegenwärtigen Stellung der Frau?

Die ungleichen Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer schwächen die Arbeiterklasse insgesamt. Arbeitende Frauen haben durch Streiks weniger zu gewinnen und — auf Grund ihrer ungünstigeren Ausgangsposition — relativ mehr zu verlieren als Männer. Deshalb und auf Grund ihrer allgemein größeren Anpas-

18) Literatur zum vorangegangenen Abschnitt: Kathy McAfee and Myrna Wood, Bread and Roses, in: Leviathan, Vol. 1, No. 3, June 1969; Carol Rosenbaum, Sex Segregation, a.a.O.; Irene Winkler, The Hidden Proletariat, a.a.O.; Marilyn Salzmann Webb, Woman as Secretary, Sexpot, Spender, Sow, Givic Actor, Sickie, in: Motive, a.a.O.

sungsbereitschaft sind sie noch weniger als Männer zu militanten und längerdauernden Arbeitskämpfen bereit, bzw. neigen sie eher als Männer dazu, Streiks vorzeitig abzubrechen.

Die schlechtere Bezahlung der Frauen kann ganz konkret die Löhne der Männer drücken: an allen Arbeitsplätzen, an denen Männer und Frauen austauschbar sind, können Forderungen der Männer mit der Drohung beantwortet werden, Frauen einzustellen, die die Arbeit auch für weniger Geld machen werden.

Frauen sind ein wichtiger Bestandteil der industriellen Reservearmee. Einmal werden sie z. B. in Kriegszeiten gebraucht, um dann wieder aus der Wirtschaft herausgedrängt zu werden. Zum anderen sind sie wichtig in zurückgehenden und in arbeitsintensiven Industrien, in denen es rentabler ist, mit un- oder angelernten Arbeitskräften zu arbeiten, als zu automatisieren. Frauen haben den großen Vorteil, daß sie — außer in Fällen äußerster Notlagen — weniger deutlich als Männer gegen ihr schließliches Herausgedrängtwerden aus der Wirtschaft protestieren. Ihre eigene „eigentliche" Aufgabe, die Familie, bleibt ihnen ja noch.

Frauen werden dazu erzogen, ihre eigene Familie für den Nabel der Welt zu halten. Sie wenden sich deshalb häufig gegen Streiks oder andere politische Aktionen ihrer Männer, die die Familie unmittelbar in Schwierigkeiten bringen könnten. Gerade in diesem Zusammenhang hat die Erziehung der Frau auf die eigene Familie hin mit Sicherheit eine besonders systemstabilisierende Funktion.

Indem die untergeordnete Stellung der Frau (und der Kinder) in der Familie Männern eine allgemein akzeptierte Möglichkeit schafft, andere Menschen herumzukommandieren und zu drangsalieren, werden diese ihrerseits von ihren eigentlichen Unterdrückern abgelenkt. Der Zorn, der sich gegen diese richten sollte, kann gefahrlos an den noch Schwächeren abreagiert werden.

Frauen haben — nach der herrschenden Ideologie — die Aufgabe, ihren Mann durch ein „gemütliches Heim" immer wieder für den Einsatz „draußen" fit zu machen und seinem Leben einen Inhalt zu geben, für den es sich zu kämpfen lohnt; das impliziert, daß es andere lohnende Ziele für einen Kampf nicht gibt, außer denen natürlich, die die Familie in direkter Linie fortsetzen, nämlich: Heimat, Volk, Vaterland, Nation — und die „Werte", für die die Nation steht.

Durch die verschiedenen, kaum miteinander zu vereinbarenden Rollen, die die Frauen zu erfüllen haben, oder durch die nichterfüllbaren Anforderungen, die durch ein irreales Mutter-, Frauen- und Familienideal an sie gestellt werden, geraten sie in einen permanenten Zustand schlechten Gewissens. Genau dieser Zustand aber erhöht ihre Manipulierbarkeit noch über das anerzogene Maß hinaus. Je weniger sie das Gefühl haben, den an sie gestellten Ansprüchen zu genügen, desto mehr werden sie das Bedürfnis entwickeln, Sauberkeit und Ordnung zu verteidigen und sich zur Stützung ihres schlechten Selbstbewußtseins mit den sich jeweils anbietenden Autoritäten zu identifizieren. Außerdem sind sie in diesem Zustand auch ein besonders geeignetes Objekt für die Werbung. Vor allem zwei Formen des „notwendigen" Konsums können ihr so besonders gut suggeriert werden: 1) Der Konsum bestimmter Güter, die der Steigerung des Prestiges der Familie dienen und damit deren Wohlergehen, für das sie verantwortlich ist, fördern. 2) Der Konsum von Produkten, die sie als Sexualobjekt begehrenswerter machen. Nach „Newsweek" vom 3. Juni 1968 wächst die Kosmetikindustrie unabhängig von Rezessionen jährlich um etwa 10 Prozent.

Die der mangelnden Emanzipation der Frau entsprechende mangelnde Emanzipation der Sexualität macht, da der Körper der Frau die Sexualität symbolisiert, diesen Körper besonders leicht ausbeutbar zum Zwecke des Verkaufs jeglicher Ware bis hin zu „linker" Politik [19]).

Durch das Ausmaß an unentgeltlicher Arbeit, das die Frauen für die Reproduktion der Arbeitskraft leisten, wird der Wert der Ware Arbeitskraft enorm gesenkt, die Zeit, während der der Arbeiter für seine eigene Reproduktion arbeiten muß, und damit die Rate des Mehrwertes, erhöht.

Wegen der notwendigen Kürze des Textes kann hier nicht darauf eingegangen werden, inwieweit manche Gruppen von Frauen von einigen der geschilderten Aspekte der Ausbeutung mehr betroffen sind als andere. Es bestehen Unterschiede in der Intensität der Ausbeutung; das heißt nicht, daß nicht alle Frauen zumindest von einigen Aspekten der spezifischen Ausbeutung der Frau betroffen wären [20]).

IV

Die gegenwärtige Frauenbewegung hat zwei Wurzeln. Die erste geht auf Betty Friedans Buch „Der Weiblichkeitswahn" zurück, das 1963 erschien. Die Autorin wendet sich in diesem Buch gegen die von Männern beherrschte, konsumorientierte Gesellschaft, die Frauen zu kinderproduzierenden Müttern und mit Trivialitäten kämpfenden Hausfrauen degradiert. Die Ursache für die unterpriviligierte Stellung der Frau ist der sogenannte Weiblichkeitswahn, der die Frau ausschließlich als Sexualwesen definiert. Als Ursache für die Entstehung des Weiblichkeitswahnes, der eine Erscheinung der Nachkriegsjahre ist, sieht Betty Friedan, 1) daß es den Frauenrechtlerinnen der zwanziger Jahre nicht gelungen sei, ein neues Leitbild für die Frauen zu schaffen, 2) daß als Reaktion auf die komplizierten politischen Probleme des Krieges und der Nachkriegszeit ein erhöhtes Bedürfnis entstand, sich auf die private Sphäre zurückzuziehen, 3) daß mit diesem Bedürfnis ein Aufblühen der psychoanalytischen Schule freudischer Provenienz zusammenfiel, bedingt durch die Immigration zahlreicher Freudschüler und -anhänger aus Europa, 4) schließlich wird auch das Interesse der Wirtschaft an erhöhtem Absatz erwähnt. „Irgendwann muß irgend jemand darauf gekommen sein, daß Frauen mehr Dinge kaufen werden, wenn sie unterbeschäftigte, ewig von Sehnsucht erfüllte und mit überschüssiger Energie geladene Hausfrauen sind. Ich habe keine Ahnung, wie es geschah ... es war einfach etwas, das den Frauen widerfuhr, als man begann, das Produzieren und Verkaufen und gewinnbringende Investieren mit dem Zweck und Ziel unserer Nation gleichzusetzen" (S. 136 f). Zur Lösung des Problems schlägt sie vor, daß die einzelne Frau beginnt, auf ihre „innere" Stimme zu hören, einen Lebensplan aufzustellen, der es ihr ermöglicht, die Rolle der Hausfrau und Mutter mit Berufstätigkeit zu verbinden. Berufstätigsein heißt, an der Gestaltung dieser Gesellschaft, ihrer Ziele und ihrer Zukunft mitzuarbeiten, und spielt sich in erster Linie in den Bereichen Medizin, Jura, Architektur, Naturwissenschaften, Kunst und Politik ab. Das kulturelle Leitbild der Frau muß sich ändern, dazu sind Anstrengungen nötig von Eltern, Erziehern, Pfarrern, Zeitschriftenredakteuren, Werbepsychologen und Berufs-

19) Hier ist gedacht an Zeitschriften wie Paul Krassners ‚Realist', der etwa wie ‚Konkret' aufgemacht ist. Siehe zu dieser These besonders Hubert Bacia und Jürgen Werth, Sexualität und Klassenkampf, in: Konkret, Nr. 9, 22. 4. 1969.

20) Literatur zu Abschnitt III: Margaret Benston, The Political Economy of Women's Liberation, publ. by Bay Area REP, San Francisco o. J., K. McAfee/M. Wood, Bread and Roses, a.a.O.; J. Mathews, Women's Liberation, a.a.O.; C. Rosenbaum, Sex Segregaton, a.a.O.; M. Salzmann Webb, Woman as . . ., a.a.O.; S. Sutheim, The Subversion of B. Crocker, a.a.O.; I. Winkler, The Hidden Proletariat, a.a.O.

beratern. D. h. eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes — sowie dieser selbst — sind abhängig von den Entschlüssen und dem Willen einzelner Individuen — nicht von der Analyse und Veränderung bestimmter Strukturen und Voraussetzungen. „Der Schlüssel, der das Gefängnis aufschließt, ist natürliche Bildung" (S. 228). Durch sie muß die Frau befähigt werden, sich im allgemeinen Wettbewerb als Mensch und nicht als Frau zu beteiligen, „denn bei jedem ernsthaften Unterfangen in unserer Gesellschaft ist Konkurrenz im Spiel" (S. 236).

Betty Friedans Buch wurde ein Bestseller, 1966 gründete sie NOW, die National Organization of Women, deren Vorsitzende sie seitdem ist. NOW besteht zur Zeit aus ca. 35 Gruppen, Männer können Mitglied werden. NOW versucht bestimmte Ungerechtigkeiten wie Lohn- und Chancenungleichheit für die berufstätige Frau, Nichtzulassung von Frauen in bestimmten Klubs und Lokalen, Unterrepräsentierung von Frauen in politischen Gremien in erster Linie durch Strafanzeigen, Einflußnahme auf politische Gremien und Parteien zu verändern. In letzter Zeit greift auch NOW zu unkonventionelleren Mitteln wie Sit-ins, Demonstrationen und Streiks, z. T. werden diese gemeinsam mit radikaleren Frauengruppen durchgeführt. Kürzlich deutete Betty Friedan an, daß die Gründung einer Frauenpartei erwogen werde für den Fall, daß den Forderungen von NOW nicht mehr Rechnung getragen würde. NOW tritt auch ein für kostenlose Kindertagesstätten, allgemein zugängliche Geburtenkontrolle, straffreie Abtreibung sowie den Titel „Frau" für alle Frauen, ob verheiratet oder nicht.

Die meisten Forderungen Betty Friedans und von NOW haben eine Relevanz, allerdings nur für die relativ am wenigsten ausgebeuteten Gruppen von Frauen, ihre Erfüllung würde für diese Frauen bessere Chancen bei der Teilnahme am allgemeinen Wettbewerb bedeuten — insofern erinnern die Forderungen von NOW an die Forderungen nach schwarzem Kapitalismus.

Betty Friedans Buch hat aber sicher entscheidend dazu beigetragen, Frauen, die bereits politisiert waren, ihre spezifische Unterdrückung als Frau in der Gesellschaft und auch in der Linken bewußt zu machen. Aus Protest gegen die Rolle, die die Frauen in der Linken zu spielen hatten, entstanden die Gruppen, die sich zur Zeit als die Bewegung zur Befreiung der Frau — Women's Liberation Movement — verstehen. Hier liegt die zweite Wurzel der gegenwärtigen Frauenbewegung.

Die Rolle der Frau in der Linken entspricht mehr oder weniger der Rolle der Frau in der übrigen Gesellschaft. Auch in der Linken fungieren die Frauen als Sexualobjekte, Sekretärinnen, Verdienerinnen, die die politische Aktivität oder das Studium ihrer Männer oder Freunde ermöglichen.

Frauen, die während ihres Sozialisationsprozesses dazu gebracht wurden, Aggressivität zu fürchten und von sich selbst zu glauben, daß sie zu abstraktem Denken unfähig seien, haben in der Linken keine Chance. Ihre Stellung hängt nach wie vor von ihrer physischen Attraktivität oder von der Stellung des Mannes ab, dessen Freundin oder Verhältnis sie gerade sind. Viele der Fähigkeiten, die nötig sind, um in einer linken Gruppe als vollwertig akzeptiert zu werden — wie z. B. die Fähigkeit, laut, schnell und aggressiv zu argumentieren, hervorstechen zu können in Diskussionen im „ich-bin-revolutionärer-als-Du-Stil" —, sind Züge, die diese Gesellschaft konsequent von Männern verlangt. Viele Frauen in der Linken halten es für persönliches Versagen, wenn es ihnen nicht gelingt, sich diesem Stil anzupassen und von den Genossen anders als mit Herablassung behandelt zu werden. Sie werden häufig immer schweigsamer und unsicherer,

viele bleiben eines Tages einfach weg. Auf diese Weise wiederholt sich in der Linken der gleiche Teufelskreis von Entmutigung—Mißerfolg—Entmutigung, dem die Frauen auch sonst ausgesetzt sind, wenn sie versuchen, die gewohnten Bahnen zu verlassen. Ausnahmen dienen lediglich dazu, die tatsächlichen Zustände zu verschleiern, da die Tatsache, daß einige Frauen es offensichtlich schaffen, als (fast) gleichberechtigt anerkannt zu werden, die anderen nur um so fester davon überzeugt, daß sie selbst eben zu blöd sind.

Zunächst versuchten die Frauen vereinzelt, sich gegen diese Situation zu wehren. Die erste Frau, die nachhaltig und öffentlich gegen die Rolle der Frau in der Linken protestierte, war Ruby Doris Smith Robinson, eine Schwarze. Sie gehörte zu den Gründungsmitgliedern von SNCC und war Referentin für Personal- und Finanzfragen. Auf der SNCC-Konferenz im Oktober 1964 legte sie ein Papier vor: „Die Situation der Frauen in SNCC". Stokeley Carmichael reagierte mit folgender Bemerkung: „Die Position der Frauen in SNCC ist auf dem Rücken liegend". Die allgemeine Reaktion war Gelächter, das Papier wurde nicht diskutiert. Auf der Bundeskonferenz des SDS im Dezember 1965 wurde die Rolle der Frau in der Gesellschaft und im SDS zum ersten Male öffentlich diskutiert, ähnliche Diskussionen in anderen Gruppen folgten. Allmählich begannen die ersten vorsichtigen Versuche, Frauengruppen innerhalb der bestehenden Organisationen zu bilden. Die Frauen hatten noch Angst, durch deutlichen Protest die Linke insgesamt zu schwächen. Die Männer reagierten mit Verwunderung, Hilflosigkeit und häufig mit Aggressivität.

Ab 1966 begannen Frauen, zunächst Männer von ihren Sitzungen auszuschließen und dann organisatorisch unabhängige Frauengruppen zu bilden, diese Gruppen nannten sie „Women's Liberation". („Das erste, was Frauen normalerweise fühlen, wenn sie sich unter sich treffen, ist eine enorme Erleichterung, der die Freisetzung ungeheurer Energie folgt. Frauen beginnen zu reden, die in gemischten Gruppen nie einen Ton gesagt haben. Frauen, die unter der erzwungenen Passivität in den gemischten Gruppen gelitten haben, übernehmen plötzlich die Verantwortung. Nach Jahren ritualisierter Teilnahme an Sitzungen haben wir nun das Gefühl, einen Grund für unser Zusammensein zu haben" [21].) Erst in den Frauengruppen erkannten viele Frauen das Gemeinsame ihrer Situation und die politische Bedingtheit ihres persönlichen „Versagens".

Zu den ehemaligen Mitgliedern anderer linker Gruppen kamen schnell weitere Frauen, vor allem Hausfrauen, Schülerinnen und Studentinnen. Die Zahl und Größe der Gruppen nahm rapide zu. Anfang 1968 erschien in Chicago die erste radikale Frauenzeitung „Voice of Women's Liberation Movement". Die erste Bundeskonferenz mit ca. 200 Vertreterinnen von über 30 Gruppen fand im Oktober 1968 in der Nähe von Chicago statt.

Die anderen linken Gruppen begannen daraufhin, den Frauen einige Zugeständnisse zu machen, wie Artikel von und über Frauen in ihren Zeitschriften, Resolutionen zu „Frauenfragen", Referenten für „Frauenfragen" und mehr Berücksichtigung der Frauen bei der Besetzung von Posten. In einer ganzen Reihe von Gruppen ist es inzwischen auch nicht mehr möglich, offen sexistische Bemerkungen zu machen, ohne deshalb auch von Männern angegriffen zu werden. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein paar Renommierzugeständnisse noch keine grundlegende Änderung bedeuten.

21) Marcia Salo and Kathy McAfee, A Caucus Race and a Long Tale, in: Leviathan, Vol. 2, No. 1, May 1970, S. 18.

Inzwischen gibt es eine große Zahl von Gruppen und Grüppchen in allen Teilen des Landes, die sich zum Teil einfach „Women's Liberation" nennen, zum Teil aber auch weitergehende, programmatische Namen gegeben haben wie zum Beispiel: „Bread and Roses", „Older Women's Liberation", „Black Women's Alliance", „Radical Lesbiens", „Radical Feminists", „W.I.T.C.H." (Abkürzung für „Women's International Terrorist Conspiracy from Hell"; „witch" ist die englische Vokabel für „Hexe").

Als Folge des in der Neuen Linken erworbenen Mißtrauens gegen jegliche Hierarchie sind viele dieser Gruppen offiziell völlig unstrukturiert, andere haben Organisationsprinzipien entwickelt, die jedes Entstehen hierarchischer Strukturen möglichst weitgehend verhindern sollen, so z. B. die New Yorker Gruppe „The Feminists". Diese Gruppe hat ein System entwickelt, nach dem sämtliche Funktionen und zu übernehmende Aufgaben ausgelost werden, wobei Mitglieder, die eine bestimmte Funktion oder Aufgabe schon einmal zu übernehmen hatten, an der entsprechenden Auslosung solange nicht teilnehmen, bis alle einmal dran waren. Wenn eine Frau durch ein Los eine Aufgabe übernehmen muß, der sie sich nicht gewachsen fühlt, darf sie nicht ablehnen, kann aber andere Mitglieder um Hilfe bitten, die ihrerseits diese Bitte nicht ablehnen dürfen.

Auch untereinander haben die Gruppen in der Regel nur lose organisatorische Kontakte. Lediglich in einigen größeren Städten wie New York und Chicago wurden übergreifende Organisationen gebildet. Inzwischen gibt es auch eine Reihe von Zeitschriften, eine wachsende Zahl von Publikationen und ein feministisches Theater in New York. Zahlreiche Aktionen wurden durchgeführt: z. B. Störungen von Miß-Wahlen, „bridal fairs" und parlamentarischer Hearings zur Frage der Abtreibung, Besetzungen und zeitweise Übernahme von Zeitschriftenredaktionen und Rundfunksendern, Sit-ins mit schreienden Kindern bei Abgeordneten und in kommunalen Behörden als Protest gegen die zu geringe Zahl an Kindertagesstätten sowie zahlreiche Demonstrationen aus den verschiedensten Anlässen.

Die WLM besteht zur Zeit überwiegend aus jungen weißen Schülerinnen, Studentinnen und Berufstätigen oder verheirateten Akademikerinnen. Daß sich die neue Bewegung bisher in erster Linie aus diesen Frauen konstituiert, ist nicht verwunderlich. Die Frau aus einer Arbeiterfamilie oder die schwarze Frau können z. B. viel eher glauben, daß ihre persönliche Misere an der fehlenden Berufsausbildung oder an der falschen Hautfarbe liegt. Aber die Frau, die merkt, daß sie trotz der „richtigen" Herkunft, Hautfarbe und Ausbildung benachteiligt wird, kommt viel eher darauf, daß diese Benachteiligung etwas damit zu tun haben könnte, daß sie eine Frau ist. Darüber hinaus gehörten viele der Frauen, die sich jetzt zur WLM zählen, zu einer bereits politisierten Studentengeneration und waren deshalb eher als andere Frauen in der Lage, auch das spezifisch eigene Unterdrücktsein als eine politische Frage zu begreifen [22]).

V

Der unmittelbare Anlaß für den „Auszug" der Frauen aus den bestehenden linken Gruppen war der auch dort vorherrschende männliche Chauvinismus oder Sexismus — wie viele Frauen in bewußter Anspielung auf den Terminus Rassis-

[22]) *Literatur zu Abschnitt IV:* B. Jones and J. Brown, Towards a Female Liberation Moverment, a.a.O.; K. McAfee and M. Wood, Bread and Roses, a.a.O.; M. Salo and K. McAfee, A Caucus Race, a.a.O.; Marge Piercy, The Grand Coolie Dam, Leviathan, Vol. 1, No. 6, Oct./Nov. 1969; Linda Seese, You've Come a Long Way Baby — Women in the Movement, in: Motive, a.a.O.

mus sagen. Sexismus heißt, daß der Frau auf Grund bestimmter physischer Merkmale eine bestimmte Rolle zugeschrieben wird, aus der es (fast) unmöglich ist auszubrechen, und die denjenigen, die ihr diese Rolle zuweisen, eine Reihe von Vorteilen bringt. Die Unterdrückung der Frau durch den Sexismus weist die besondere Komponente auf, daß die Frau auf Grund der spezifischen Natur dieser Unterdrückung besonders eng an ihre Unterdrücker gebunden ist. Auch dieser Aspekt ihrer Unterdrückung setzte sich in der Linken fort. Durch die im Zuge der sogenannten Liberalisierung der sexuellen Moral entstandenen neuen Normen wurde er sogar eher noch verschärft. Diese neuen Normen verpflichten die linke Frau dazu, permanent zum Beischlaf (mit möglichst vielen Männern) bereit zu sein, wenn sie nicht als altmodisch oder unemanzipiert gelten will, d. h. das verfügbare Potential an Bettgespielinnen für die Männer wurde vergrößert, und die Frau wurde noch mehr zum Objekt des Mannes gemacht, als sie es vorher ohnehin schon war. Bezeichnend ist, daß es bereits ein ganzes Arsenal an Schimpfworten gibt für Frauen, die sich diesen neuen Normen widersetzen [23]). Die Auseinandersetzung mit dem Sexismus findet in den Gruppen innerhalb der organisatorisch selbständigen Frauenbewegung allerdings auf sehr unterschiedliche Weise statt. Es lassen sich — wenn man diese Auseinandersetzung als Kriterium für die Unterscheidung nimmt — drei Haupttendenzen feststellen: 1) Therapiegruppen, 2) radikal-feministische Gruppen, 3) sozialistisch-feministische Gruppen [24]).

Die Therapiegruppen wollen Frauen eine Möglichkeit geben, sich ohne Angst über ihre Probleme und Erfahrungen auszusprechen. Außerdem geht es hier um die Entwicklung von Möglichkeiten eines individuell freieren Lebensstiles. Die Beziehungen zu Männern werden als Problem gesehen, allerdings nur auf einer ausschließlich persönlichen Ebene — repressive werden sie durch das persönliche Geltungsstreben des einzelnen Mannes. Eine mögliche Politisierung einzelner Mitglieder ist als Nebeneffekt denkbar, da das Allgemeine bestimmte Erfahrungen ja auch in diesen Gruppen deutlich machen könnte und der Schritt von der Erkenntnis der Allgemeinheit dieser Erfahrungen zu der ihrer sozialen Bedingtheit dann der nächste sein könnte; häufig ist es allerdings so, daß durch ständiges Kreisen um die private Sphäre diese Gruppen eine eher entpolitisierende Wirkung haben.

Die radikalen Feministinnen halten ihre persönliche Unterdrückung für ein politisches Problem. Sie sind der Ansicht, daß — nach den bisherigen Erfahrungen — die Rolle der Frau sich auch in den sozialistischen Ländern nur unwesentlich geändert hat, daß auch dort die eigentlichen Macht- und Entscheidungszentren nach wie vor von Männern beherrscht werden, daß der männliche Chauvinismus kein entscheidendes Merkmal des Kapitalismus und dessen Überwindung daher für eine radikale Veränderung der Situation der Frau nicht von entscheidender Bedeutung sei. „Eine antikapitalistische, antiimperialistische Analyse ist für unsere Zwecke nicht ausreichend. Die Unterdrückung der Frau ist mehr als 2000 Jahre älter als der Kapitalismus und hat diesen auch in den sozialistischen Ländern überlebt" [25]). Frauen waren auf Grund ihrer Stellung im Reproduktionsprozeß die erste Klasse, und da sich diese Stellung nicht geändert hat, d. h. da nach wie vor der Mann die Reproduktionsfunktion der Frau ausnutzt, um diese

23) Vgl. Shulamith Firestone, Love, in: Notes from the Second Year, a.a.O., S. 25.

24) Obwohl es in dieser Arbeit um die selbständige Frauenbewegung geht, muß darauf hingewiesen werden, daß es jetzt innerhalb der meisten linken Gruppen auch Frauengruppen gibt, die bewußt und gezielt versuchen, die Politik dieser Gruppen zu beeinflussen, was in einigen Fällen auch gelungen ist. Allerdings sind auch viele dieser Frauen der Ansicht, daß eine organisierte Arbeit von Frauen innerhalb gemischter Gruppen nur mit dem starken Rückhalt selbständiger Frauengruppen möglich ist. Andere Frauen aber lehnen selbständige Frauenorganisationen ganz ab mit der Begründung, daß diese in die Gefahr geraten könnten, sich von der linken Bewegung zu isolieren und die klassenkämpferische Perspektive zu verlieren.

25) Ellen Willis, Women and the Left, in: Notes from the Second Year, a.a.O., S. 56 f.

zu beherrschen, sind sie bis heute eine Klasse geblieben. Die materielle Basis der Gesellschaft besteht sowohl aus den Mitteln der Produktion wie aus den Mitteln der Reproduktion. Das Mittel der Reproduktion ist die Familie, in der die Männer die herrschende Klasse sind. Unter Klasse wird hier in der Regel eine Gruppe von Menschen verstanden, die von einer anderen Gruppe, die dann ebenfalls eine Klasse ist, unterdrückt und für deren Zwecke ausgenutzt wird.

In diesem Zusammenhang muß kurz darauf hingewiesen werden, daß die Auseinandersetzung mit der „Institution Liebe" einen relativ breiten Raum ein nimmt. Die „Liebe" ist ein Werkzeug zur Perfektionierung der Unterdrückung bzw. zu deren Verschleierung. Für die Frau ist sie ein Mittel, ihre Unterwerfung zum Ausdruck zu bringen und damit die männliche Aggressivität zu reduzieren, sie beruht also auf Angst. Liebe „ist ein euphorischer Zustand der Phantasie, in dem das Opfer seinen Unterdrücker zum Erlöser macht" [26]). Gegenwärtig gibt es für eine Frau keine Möglichkeit, eine nicht-repressive sexuelle oder „Liebes"-beziehung zu einem Mann aufzunehmen, da aber das Bedürfnis nach irgendeiner Form von körperlichen, menschlich-warmen Kontakten nicht eindeutig verneint werden kann, wird die Möglichkeit lesbischer Beziehungen relativ ausführlich diskutiert.

Als ihr Ziel sehen viele radikale Feministinnen die Befreiung der Frau aus den zwangsläufig repressiven heterosexuellen Beziehungen an. Vorschläge zur Errichtung von Frauenkommunen und anderen Gegeninstitutionen bis hin zur instutionalisierten lesbischen Liebe und der Forderung nach beschleunigter Entwicklung eines Systems zur extra-uterinen Zeugung des Embryos gehen in diese Richtung. Es scheint, daß zur Zeit viele radikale Feministinnen ihr Ziel für erreicht ansehen, wenn Frauen weder aus wirtschaftlichen, emotionalen, sexuellen oder aus Gründen der Fortpflanzung gezwungen werden können, persönliche Beziehungen zu einem Mann aufzunehmen. Andere halten den Kampf für dieses Ziel für vordringlich, ohne auszuschließen, daß der Kampf der Frauen zu einem späteren Zeitpunkt auch ein antikapitalistischer Kampf sein könnte.

Eine wichtige Variante innerhalb des radikalen Feminismus ist folgende: der männliche Chauvinismus ist die Basis eines Klassensystems, in dem die Männer insgesamt die Frauen insgesamt unterdrücken; die Unterdrückungsmechanismen sind in erster Linie die Institutionen, die mit der sexuellen Funktion der Frau zusammenhängen. Der männliche Chauvinismus dient dazu, dem einzelnen Mann ein Höchstmaß an Bestätigung und Machtgefühl zu geben. Alle gesellschaftlichen Institutionen — auch der Kapitalismus — sind Funktionen des männlichen Chauvinismus. Sie sind zusätzliche Mittel, die Abhängigkeit der Frau zu verstärken. Die Konsequenz ist die Forderung nach der Revolution der Frauen (feminist revolution), die das männliche Supremat stürzen und eine neue Gesellschaft schaffen muß — ohne männliche Institutionen wie Kapitalismus, Kriege, Vergewaltigung der Erde mit Folgen wie vergiftetes Wasser und Autobahnen, die zu Todesfallen geworden sind. Diese Revolution kann nicht auf dem Weg über Reformen durchgeführt werden, sondern nur im bewaffneten Kampf. Vorerst muß aber die Wut noch gezähmt und viele der noch notwendigen Beziehungen zu Männern müssen ertragen werden. „Da noch so wenige von uns organisiert sind, würde jede Form von bewaffnetem Kampf Selbstmord bedeuten ... Unsere Aufgabe ist es jetzt, so viele Frauen wie möglich zu erreichen, wir brauchen jede einzelne. Als nächstes müssen wir anfangen, die Fähigkeit zu trainieren, die für den bewaffneten Kampf notwendig sind" [27]).

[26]) Ti-Grace Atkinson, Radical Feminism, a.a.O., S. 36.

Die Frage, ob selbständige Organisationen der Frauen gerechtfertigt sind, stellt sich für die radikalen Feministinnen gar nicht: „Eine separate Frauenbewegung kann gar nicht diese neue Teilung schaffen. Frauen und Männer, genau wie Schwarze und Weiße, sind längst voneinander isoliert worden, durch die weißen Männer" [28]). Auch die Zurechnung zur Linken ist nicht mehr selbstverständlich: „Herkömmliche Radikale sehen Women's Lib als einen Teil der Linken ... Viele von uns lehnen diese Einschätzung unserer Bewegung inzwischen als gegen uns selbst gerichtet (anti-woman) ab. Wir sind dazu gekommen, WL als eine selbständige, revolutionäre Bewegung zu sehen, die potentiell die halbe Bevölkerung repräsentiert. Wir sind entschlossen, unsere eigene Analyse des Systems zu erarbeiten und unsere eigenen Interessen dabei in den Vordergrund zu stellen, ob das der männerbeherrschten Linken paßt oder nicht. Obwohl wir möglicherweise mit radikalen Männern an Punkten von gemeinsamem Interesse zusammenarbeiten können, sind wir nicht einfach ein Teil der Linken. Wir gehen weder davon aus, daß radikale Männer unsere Verbündeten sind, noch davon, daß wir dasselbe meinen wie sie, wenn wir von Revolution reden" [29]).

Auch für die sozialistischen Feministinnen war der Sexismus in der Linken der unmittelbare Anlaß für organisatorische Selbständigkeit, aber er hat einen anderen Stellenwert in der theoretischen Diskussion als bei den radikalen Feministinnen. Die sozialistischen Feministinnen sehen einen engen Zusammenhang zwischen dem brutalen kapitalistischen System und dem Sexismus. Dem Sexismus entsprechen in anderen Bereichen Rassismus, Nationalismus und Imperialismus. Der Kampf gegen den Sexismus muß gleichzeitig ein antikapitalistischer Kampf sein, andererseits kann dieser wirkungsvoller geführt werden, wenn gleichzeitig Sexismus, Rassismus, Nationalismus und Imperialismus bekämpft werden. Da Frauen am unmittelbarsten vom Sexismus betroffen sind, ist es an ihnen, diesen unmittelbar zu bekämpfen. Die Frage nach der Berechtigung oder der Notwendigkeit selbständiger Frauengruppen spielt in der Diskussion eine wichtige Rolle.

Da Frauen 50 Prozent der Menschheit ausmachen, bilden sie ein ungeheures revolutionäres Potential. Auch die sozialistische Feministinnen gehen davon aus, daß jede Frau zumindest unter einigen Aspekten der Ausbeutung der Frau zu leiden hat und daß diese Ausbeutung zusätzlich zu der Ausbeutung stattfindet, unter der jeder einzelne in dieser Gesellschaft, der nicht zu den Herrschenden gehört, leidet. Aber: bisher war noch kein Aspekt der Unterdrückung der Frau Anlaß für eine Kampagne oder eine Aktion irgendeiner maßgeblichen linken Gruppe; rassistische Bemerkungen, die den sexistischen, die immer noch gemacht werden können, ohne überhaupt bemerkt zu werden, entsprächen, werden von weißen Linken wie Liberalen mit einem Sturm der Entrüstung quittiert.

Statt dessen wird das Aufbegehren der Frauen immer noch häufig als bourgeois und konterrevolutionär abqualifiziert. Gerade die in keinem Verhältnis zum eigentlichen Anlaß stehende Heftigkeit, mit der viele linke Männer auf die Forderungen der Frauen und die Bildung selbständiger Frauengruppen reagieren, zeigt sehr deutlich, daß es den Männern bei der Ablehnung der Forderungen der Frauen nicht nur um die „reine revolutionäre Linie" geht — was um so mehr für eigene Frauenorganisationen spricht. Denn in den von Männern beherrschten Organisationen werden sie neben dem permanenten Kampf gegen den

27) Dieses Zitat stammt aus einem unveröffentlichten Aufsatz (ohne Titel) von Lynn O'Connor, in dem diese versucht, eine radikal-feministische Theorie zu entwickeln. Das Paper wird von radikalen Feministinnen für sehr wichtig gehalten.
28) Sue Katz, Men Don't Get Raped, in: So What Are We Complaining About, a.a.O., S. 43.
29) E. Willis, Women and the Left, a.a.O., S. 55.

Sexismus kaum Zeit und Kraft für effektive politische Arbeit erübrigen können. Der einzige Weg für die linken Frauen ist, selbst so stark zu werden, daß die Männer nicht umhin können, einzusehen, daß sie mit den Frauen zusammenarbeiten müssen.

Linke Männer akzeptieren zwar weitgehend das Autonomiebedürfnis der schwarzen Befreiungsbewegung, meinen aber weiterhin, sie könnten die Frauen darüber belehren, in welcher Weise sie unterdrückt werden und wie sie sich dagegen zu wehren hätten. Gerade gegen diesen Paternalismus wehren sich die Frauen: „Es ist Sache der Frauen, festzustellen, was sie unterdrückt — und unsere Unterdrückung ist nicht unser persönliches Problem" [30]).

Auch das Argument, daß es nötig sei, den Kampf gegen die eigene Unterdrükkung solange zurückzustellen, bis wichtigere Probleme gelöst bzw. noch unterdrücktere Gruppen befreit seien, übersieht die Einheitlichkeit des Systems, in dem die verschiedenen Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismen voneinander abhängen und sich gegenseitig verstärken. Nach dieser Logik müßten außerdem die Schwarzen in den USA ihren eigenen Kampf solange zurückstellen, bis in Indien niemand mehr hungert. „Auch hier wird Unterdrückung zu etwas, wovon bestimmte, von Professionellen als unterdrückt klassifizierte Gruppen durch eben diese Professionellen befreit werden" [31]).

Von den sozialistischen Feministinnen wird die Notwendigkeit betont, die proletarischen und die schwarzen Frauen zu erreichen, die von allen Aspekten der Unterdrückung der Frau im Kapitalismus am stärksten betroffen sind. Ihrer Meinung nach muß ohne diese Frauen eine Frauenbewegung auf die Dauer wirkungslos bleiben. Andererseits wird auch der Kampf der proletarischen Männer erfolglos bleiben, wenn ihre eigene Klasse auf Grund der sexistischen Politik der Herrschenden gespalten bleibt. Gerade die proletarischen Frauen aber brauchen, um sich gegen ihre Superausbeutung (superexploitation) als Arbeitskraft und als Sexualwesen wehren zu können, die Unterstützung einer radikalen Frauenbewegung, die es nicht für konterrevolutionär hält, bestimmte Forderungen zu stellen. Im Hinblick auf die große Mehrzahl der Frauen erhalten alle Forderungen, die die Frau überhaupt erst in die Lage versetzen, sich politisch aktiv zu engagieren, ein völlig neues Gewicht. Solche Forderungen müssen zum gegenwärtigen Zeitpunkt sein: für alle Frauen zugängliche, kostenlose Geburtskontrolle und Abtreibung; von den Eltern kontrollierte und von der Industrie bezahlte Kindertagesstätten; Bezahlung der Hausarbeit, soweit sie nicht auf öffentliche Einrichtungen übertragen werden kann; gleiche Ausbildungs- und Berufschancen und gleiche Bezahlung für Frauen; bezahlter Urlaub für Schwangere und für Mütter, die im ersten Jahr nach der Geburt eines Kindes nicht arbeiten wollen. Die Kontrolle über den eigenen Körper, die relative finanzielle Unabhängigkeit und die Aufhebung der alleinigen Verantwortung der Frau für die Versorgung der Kinder sind für die Masse der Frauen die Grundlage, auf der ihnen weitergehendes politisches Engagement und von Unterdrückung freie Beziehungen zu Männern überhaupt erst möglich werden. Die Erfüllung dieser Forderungen ist nicht das Ziel des antikapitalistischen Kampfes der Frauen, sondern seine Voraussetzung [32]).

---

30) Diane Baker, Trude Bennett, Sandy Grove u. a., Two Letters on Male Supre macy, in: So What Are We Complaining About?, a.a.O., S. 35.
31) M. Piercy, The Grand Coolie Dam, a.a.O., S. 22.
32) Weitere Literatur zu Abschnitt V: Leviathan, Vol. 2, No. 1, May 1970, K. McAfee and M. Wood, Bread and Roses, a.a.O.; M. Salzmann Webb, Woman as . . ., a.a.O.; I. Winkler, The Hidden Proletariat, a.a.O.

Zur Kontroverse Hans Albert – Jürgen Habermas

Von Thomas Müller

Die methodologische Debatte in der Kontroverse Albert-Habermas erweist sich, genau genommen, als Abbild der Widersprüche innerhalb der bürgerlichen Klasse, die sich in ihrer Ideologie über sich selbst verständigen und gleichzeitig den Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft vertuschen will. In seiner Reduktion der Geschichte auf die Ontogenese des Subjekts sowie durch eine aus der Totalität der Gesellschaft ausgesparte Technik vermeidet Habermas die Analyse des gesamtgesellschaftlichen Prozesses. Sein Ziel ist nicht eine Analyse des spätbürgerlichen Anti-Humanismus; vielmehr werden Technik und Wissenschaft durch eine philosophische Anthropologie auszuschalten versucht, die den gesellschaftlichen Menschen der Entwicklung seiner Wesenseigentümlichkeiten beraubt und mit dem Fallenlassen der Gesellschaftsordnung auch Eigentumsverhältnisse und Klassen nivelliert und ausschaltet. Von einem eingeengten mechanistisch-naturwissenschaftlichen Methodologismus aus gelangt Hans Albert gleichfalls zu einer prinzipiellen Verneinung der Erfassung gesamtgesellschaftlicher Tatbestände. Weder Habermas noch Albert gelingt es letztlich, auf Grund ihres weltanschaulichen Konzepts und ihrer Klassenposition den anvisierten Systembereich, nämlich die gesamtgesellschaftliche Veränderung und Entwicklung, die Geschichte und damit die historischen Möglichkeiten der Klassen in den Griff zu bekommen. Das angesprochene Problem erfordert zunächst eine kurze Bemerkung zum Ansatzpunkt von Hans Albert.

I

Gegenüber der „Frankfurter Schule" besteht Albert zunächst auf der Notwendigkeit, „für alle Bereiche des Wissens die Anwendung der naturwissenschaftlichen Methode zu akzeptieren" [1]). Allerdings bezieht er sich bei diesem akzeptierten Erkenntniswert nicht auf die von Friedrich Engels getroffene Feststellung des Erkenntniswertes der Naturwissenschaften für den Materialismus und dessen Entwicklung. Vielmehr engt er das Verständnis dieser Methode sofort mit dem Hinweis auf ihre Anwendung durch ein Denken ein, das durch Eliminierung aller persönlichen und politischen Elemente einen gegen das übrige soziale Leben isolierten Bereich methodisch sicherbarer Erkenntnis zu fördern habe [2]). Das durch naturwissenschaftlichen Denkstil und Objektivitätsstreben gekennzeichnete analytische Denken sei unvereinbar mit Dialektik und Hermeneutik, die beide mit einer Art Heils- und Erlösungswissen identifiziert werden müßten.

Die damit ausgesprochene mechanistische Konzeption naturwissenschaftlicher Methodik weist auf die innerlich widerspruchsvolle Position Alberts hin. So hebt er die Funktion aller Naturwissenschaft „für die Erkenntnis der Realität und damit auch für die Gestaltung unseres Weltbildes" [3]) hervor, desgleichen fordert er mit Karl Popper eine Konzeption von Rationalität, die sich nicht auf einen

[1]) Hans Albert, Plädoyer für kritischen Rationalismus, in: Das 198. Jahrzehnt. Eine Teamprognose für 1970 bis 1980, Hamburg 1969, S. 284. Ebenso in seinem Beitrag „Aspekte eines modernen Kritizismus" in: Soziologie zwischen Theorie und Empirie, herausgegeben von Willy Hochkeppel, München 1970, wo er die Verneinung der Anwendbarkeit von naturwissenschaftlicher Methode als ein Kennzeichen der „Frankfurter Schule" ansieht (S. 83 ff.).
[2]) Hans Albert, a.a.O., S. 282.
[3]) Hans Albert, a.a.O., S. 286.

bestimmten Bereich einschränken läßt [4]). Zugleich aber sucht Albert eine Strenge des theoretischen Denkens, die in allen empirischen Disziplinen einschließlich der gesellschaftswissenschaftlichen nicht verwirklicht ist, da in ihrem materiellen Gegenstandsbereich die Einheit von Einzelnem und Allgemeinem real verwirklicht ist. Wenn nach Albert bestimmte gesellschaftliche Systeme, bezogen auf ein spezielles Raum-Zeit-Gebiet, nur Quasigesetze und Quasikonstanten enthalten können, so bedeutet dies letztlich den Verzicht auf eine Erkenntnis der laufend sich verändernden sozio-ökonomischen Formationen, da ja unter diesen Bedingungen die Konsequenzen aus der Anwendung der mathematisch formulierten Gesetze ausbleiben [5]). Fordert Albert demnach eine selbst in den empirischen Naturwissenschaften kaum zu verwirklichende Situation (völlig konstante Bedingungen unter langen Zeiträumen), dann ist damit prinzipiell der Verzicht eines wissenschaftlichen Zugriffs auf die Gesamtgesellschaft ausgesprochen.

Albert postuliert und hält zugleich für erwiesen, daß zwischen Wissenschaft und Technik einerseits und Politik und Moral andererseits eine unüberbrückbare Kluft existiert. Er spricht in diesem Zusammenhang ausdrücklich von der Autonomie dieser Sphären bzw. von der Illegitimität jener Bewertungen, die die gezogenen Grenzen verletzen [6]). Politik und Moral müssen, nach Albert, in Konsequenz dessen als das Reich vorwiegender Irrationalität angesehen werden, womit jede Geschichtsphilosophie, betrieben in praktischer Absicht, identifiziert ist. Gegen Habermas und Apel explizit (gemeint ist vor allem Marx) behauptet Albert mit Ernst Topitsch, eine gesamtgesellschaftliche Untersuchung der Geschichte sei Theologie. Wissenschaftliche Teilprognosen und erst recht die Darstellung vergangener, gegenwärtiger und sich vorbereitender künftiger gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen erscheinen so als unmöglich.

Fallen Struktur und Erscheinung der Totalität der zu untersuchenden Objekte auseinander, so erhält eine Abbildung im Modell der Totalität nur eines Teils der in der gesellschaftlichen Wirklichkeit auftretenden Objektsystems gegenüber dem im kritischen Rationalismus durchgehaltenen Anspruch auf eine alle Komponenten der Wirklichkeit umfassende Abbildung bestenfalls den Rang einer wissenschaftlich unverbindlichen Beobachtung. Versteht man unter Rationalität eine gezielte Berechenbarkeit aller Ereignisse (Albert beruft sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf Max Weber [7]), dann ist die Geschichte gesellschaftlicher Strukturen nicht miteinbezogen, bleibt gegenüber der Behauptung der Rationalität stets nur eine Theorie der Fehlbarkeit menschlicher Vernunft, erscheint jedes mögliche Geschehen unter dem Blickwinkel einer nur beschränkt wirksamen Rationalität. Möglich sind allenfalls kausale und funktionale Analysen bestimmter, bereits existierender Problemlösungen in einem streng eingegrenzten Bereich. Der wissenschaftliche Zugriff auf die Gesellschaft wird indessen gerade durch den bewußten Verzicht auf die Erfassung aller, das Objektsystem bestimmenden Parameter zugunsten einer bewußt nur auf die entscheidenden Parameter desselben zielenden Modellbildung erreicht. Bierlein bezeichnet dies als einen Verlust an Information, der zugunsten einer Konzentration der verfügbaren Information in einer übersichtlicheren und geordneteren Form wirke. Verfahren und Methoden, die zusammengefaßt als operations research bezeichnet werden, zeigen, daß im Bereich der Mikro- und Makroökonomie gerade durch Verzicht auf

4) Hans Albert, a.a.O., S. 294.
5) Hermann Ley weist in diesem Zusammenhang auf Norbert Wiener hin, der die Anwendung des von ihm entwickelten mathematischen Apparates auf soziologische und wirtschaftliche Probleme vereinte (Hermann Ley, Philosophische Probleme der wissenschaftlichen Leitung des gesamtgesellschaftlichen Lebensprozesses der sozialistischen Gesellschaft, in: DZfPh., Sonderheft 1969, Berlin 1969, S. 147 ff.).
6) Hans Albert, a.a.O., S. 278.
7) Hans Albert, a.a.O., S. 293 ff.

die Berechenbarkeit jedes Ereignisses und durch Einbeziehen der das zu untersuchende System bestimmenden Randbedingungen bestimmte Teilprognosen über künftiges Verhalten desselben möglich werden.

Nun ist ein Modell „immer nur ein teilweises Abbild der Wirklichkeit" [8]; quantitative Begriffe bilden die Struktur des tatsächlichen Systems ab, mit deren Hilfe die tatsächlichen Verhältnisse simuliert und dem Wissenschaftler es ermöglicht wird, gleichsam auf abstrakter Ebene veränderte Verhaltensweisen des tatsächlichen Systems experimentell zu erproben.

Erklärt Albert einen so und so spezifisch bestimmten Bereich der Realität für das theoretische Denken für unerheblich, so zeigt sich am Beispiel der Entscheidungsproblematik, daß mathematische Modelle in ihrer Aufstellung immer an den Konstitutionsprozeß des allgemeinen, auf empirischer Ebene erarbeiteten, deskriptiven Modells gebunden sind, in das wesentliche Determinanten einer ganz speziellen realen Entscheidungssituation eingehen (Deskription bezieht sich immer auf die Außenwelt). Damit ist der Platz für mit Hilfe der mathematischen und statistischen Analyse erarbeiteten Modelle genau umrissen: sie untersuchen im Rahmen eines bestimmten deskriptiven Modells einer wirklichen Entscheidungsproblematik ganz spezielle Klassen von Entscheidungssituationen, bleiben jedoch zu jedem Zeitpunkt an die reale Entscheidungssituation mit allen Komponenten gebunden [9]). Verallgemeinernd könnte man sagen: Nicht alle Komplexitäten der realen Welt sind abzubilden, sondern die wesentlichen Komplexitäten sind hervorzuheben [10]).

Berücksichtigt man bewußt bei der Modellbelegung diesen aufgewiesenen Sachverhalt, dann wird eine effektive Nutzung desselben möglich: mit Hilfe der in quantitativen Begriffen erfaßten wesentlichen Strukturen das Verhalten eines bestimmten real existierenden Systems in eine neue Verhaltensweise zu überführen bzw. die Wirkungszusammenhänge der Systemkomponenten so zu verändern, daß die angestrebte neue Verhaltensweise erreicht wird.

Daß in einer sozialistischen Gesellschaft in das gesamtgesellschaftliche deskriptive Modell Parameter eingehen können, deren Benutzung unter monopolkapitalistischen Bedingungen aus Klasseninteresse unterbleiben muß, und daß die hieraus resultierende Effektivität durch eine bewußte Zuordnung der Untersysteme im sozialistischen Gesamtsystem letztlich dessen Überlegenheit kennzeichnet, sei hier als Konsequenz nur angemerkt.

Die Arbeit mit Modellen dient sowohl der Abbildung von verwirklichten als auch dem Entwurf in der Wirklichkeit noch nicht existierender Systeme. Wissenschaftliches Arbeiten ist heute weitgehend durch die Anwendung von Methoden der Modellbildung bestimmt. Wenn wir mit Steinbuch festhalten, daß die Anwendung eines Denkmodells bestimmt ist durch die Realität, die das Modell abbilden soll, durch das Bewußtsein respektive durch dessen Vorrat an verfügbaren Modellen, sowie durch das Problem, zu dessen Lösung das Modell benutzt wird [11]),

---

8) Churchmann/Ackoff/Arnoff, Operations research, München—Wien 1968, S. 23.

9) Den Nachweis der genauen Daten und Beziehungen, die in das Modell auf deskriptiver Ebene eingehen, findet man bei Horst Rittel, „Zur wissenschaftlichen und politischen Bedeutung der Entscheidungstheorie", in: Forschungsplanung. Eine Studie über Ziele und Strukturen amerikanischer Forschungsinstitute, München—Wien 1966, S. 114—128.
Ackoff und Rivett machen diesen Bezug noch deutlicher: „Daher muß der OR-Mann einen Weg finden, mit abstrakten Begriffen zu experimentieren, und immer danach trachten, zwischen der angenommenen Situation seines Experiments und der wirklichen Situation eine enge Beziehung aufrechtzuerhalten, ohne dabei die wirkliche Situation durch dieses Experiment in irgendeiner Weise zu beeinflussen" (Ackoff/Rivett, Industrielle Unternehmensforschung. Ein Leitfaden für Führungskräfte, München—Wien 1966, S. 42).

10) Hermann Ley, a.a.O., S. 155.

11) Karl Steinbuch, Realität und Modell, in: Philosophie und Kybernetik, herausgegeben von Karl Steinbuch und Simon Moser, München 1970, S. 139 ff.

somit „die Auswahl der ... interessierenden Objekte bereits historisch und gesellschaftlich bedingt ist" [12]), dann wird die Unmöglichkeit sichtbar, wissenschaftliche Arbeit bewußt gegen die Wirklichkeit abzugrenzen, sie allein als möglich durch den Verzicht auf die Annäherung an die gesellschaftliche Wirklichkeit zu erklären. Es „muß wohl unterstellt werden, daß beim Entstehen ebenso wie bei der Modifikation oder Konservierung bestimmter Denkmodelle überwiegend gesellschaftliche Prozesse wirksam sind" [13]).

II

Unter dem Begriff „Interaktion" bringt Habermas in der Hauptsache eine Theorie der „Sozialisation", wobei das Rollenkonzept des Sozialisationsvorgangs von ihm, umfassender als bei Talcott Parsons, auf die psychoanalytische Begründung ausgedehnt wird. An die Stelle theoretisch und praktisch relevanter sozialökonomischer Kategorien und sozialer Klassen setzt Habermas interiorisierte Motivationen, Geschlechtsrollenidentifikation und den Reifungsaspekt der Piaget'schen Entwicklungspsychologie. Da nach Habermas sich libidinöse und aggressive Triebansprüche zu den Erfordernissen der organisierten Selbsterhaltung dysfunktional verhalten [14]), müssen Institutionen in einem vorgegebenen Rahmen die Triebansprüche kanalisieren, woraus das Grundmodell einer Repression von Triebbefriedigung abgeleitet wird.

Mit der Annahme eines dadurch gekennzeichneten gesellschaftlichen Bereiches, — Habermas nennt ihn den institutionellen Rahmen einer Gesellschaft oder die sozio-kulturelle Lebenswelt [15]), durch kommunikatives Handeln [16]) charakterisiert — und dessen Kennzeichen Autonomie gegenüber dem Bereich „Arbeit" (Produktion) ist, entfallen Exploitation und Klassenunterdrückung als gesellschaftliche Kategorie und konkreter gegenwärtiger Sachverhalt. Sie werden gleichsam enthistorisiert und entbehren so der sozialökonomischen Begründung, die teilweise bei Parsons noch vorhanden ist.

Der mit der Kategorie „Arbeit" bezeichnete Bereich wird definiert durch „Sub-Systeme zweckrationalen Handelns", im weiteren Sinne von instrumentalem und strategischem Handeln [17]). Wirft Albert gelegentlich der „Frankfurter Schule" vor, eine rein instrumentalistische Deutung der Wissenschaft zu geben [18]), so trifft dies bei Habermas auf den von ihm mit „Arbeit" umschriebenen Bereich nicht zu. Bereiche, in denen Tätigkeiten nach Mustern zweckrationalen Handelns geregelt werden, erscheinen, von der Kategorie der „Interaktion" aus gesehen, als in sich geschlossen, autonom, als „black box". Die Frage nach dem Instrumentalcharakter wird hier völlig sekundär; für Habermas vornehmlich entscheidend bei der Einschätzung der Sub-Systeme zweckrationalen Handelns ist, daß der Funktionskreis des zweckrationalen Handelns nach und nach den Funktionskreis des kommunikativen Handelns absorbiert [19]). Es dominiert eindeutig eine Zwecksetzung dergestalt, daß die Verwissenschaftlichung der Produktion

12) Hermann Ley, Zu einigen Problemen inhaltlicher Informationsverarbeitung, in: DZfPh, Berlin, 4/1970, S. 425.
13) Karl Steinbuch, Realität und Modell, a.a.O., S. 143.
14) Jürgen Habermas, Praktische Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in: Gesellschaft, Recht und Politik. Wolfgang Abendroth zum 60. Geburtstag, Neuwied/Westberlin 1968, S. 141.
15) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", Frankfurt/Main 1968, S. 65.
16) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 62.
17) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 92.
18) So sieht Albert als eine der wichtigsten Komponenten im Denken der „Frankfurter Schule" die „ ... instrumentalistische Deutung der erklärenden Wissenschaft, die die Wissenschaft zu einem bloßen Kalkül im Dienste der Technik ohne tiefere Bedeutung für das menschliche Leben und die menschliche Erkenntnis herabwürdigen möchte" (Hans Albert, Aspekte eines modernen Kritizismus, a.a.O., S. 90).
19) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 83.

sowie die wachsende Verfügbarkeit ihrer Verfahren ausschließlich unter dem Blickwinkel der Gefahr einer kontrollierten Anpassung der soziokulturellen Umwelt an eben diese technischen Prozesse [20]) gesehen wird.

Das was Habermas den „Gesellschaftsprozeß" nennt, wird demnach durch „verdinglichte Modelle" — in sich geschlossen, unabhängig strukturiert, verselbständigt — umgestaltet. Diese Umgestaltung oder, wie Habermas sagt, „... die verdinglichten Modelle der Wissenschaften wandern in die soziokulturelle Lebenswelt ein ..." [21]), ist im Sinne von Repression des Menschen durch sein Produkt zu verstehen [22]); die Modelle gewinnen über das Selbstverständnis objektive Gewalt [23]). An die Vorstellung von „verselbständigten Systemen zweckrationalen Handelns" [24]) knüpft sich die Schlußfolgerung, daß diese Prozesse hingenommen werden müßten, jeglicher Kontrolle entzogen seien. In Konsequenz dessen sei inzwischen eine „gläserne Hintergrundideologie, welche die Wissenschaft zum Fetisch mache" [25]), dominant geworden. Wissenschaft und Technik würden diese Ideologie gleichsam zwangsläufig produzieren, die Auflösung der Herrschaft über den Menschen in eine wissenschaftlich betriebene Administration sei unmittelbar die Folge davon. Durch die Auslöschung „des Unterschieds von Praxis und Technik" [26]) sei das emanzipatorische Gattungsinteresse als solches getroffen. Habermas kann sich so mit Marcuse einverstanden erklären, wenn dieser Technik mit Produktionsverhältnis gleichsetzt bzw. davon spricht, daß die technisch fortschreitenden Systeme immer mehr der Kontrolle der gesellschaftlichen Subjekte entgleiten.

Mit der Feststellung der Undurchschaubarkeit der „verdinglichten Modelle der Wissenschaften" ist jede unterentwickelte Produktionsweise hochgelobt. Offensichtlich geht Habermas von der Vorstellung aus, eine unterentwickelte Produktionsweise gestatte den Durchblick durch ihre Strukturen. Auf dieser Stufe sei es eben dem einfachen Warenproduzenten möglich, das Sub-System zu wählen, das die Bedürfnisse seiner Existenz befriedige. So gelte im Bereich des institutionellen Rahmens eine allgemeine und herrschaftsfreie Interaktion, durch die jederzeit eine Kontrolle der der Produktionsstufe eigenen technischen Systeme gewährleistet ist.

Gerade dies aber soll nun auf dem gegenwärtigen Stand der Produktionsweise nicht mehr zutreffen. Angesichts der fortschreitenden Verselbständigung von Wissenschaft und Technik (nach Habermas ausgedrückt durch deren Ablösung vom kapitalistischen Produktionsrahmen) erscheint es konsequent, unter dem Begriff einer „Entschränkung der Kommunikation" [27]) eine „Praxis" vorzuschlagen, die als Reservat eines weder nach Begriffen noch nach Zwecken verstandenen Handelns angesehen wird. Demgegenüber wird Rationalität einer Kategorie von Arbeit zugeordnet, die keine Beziehung zu der Gesamtheit gesellschaftlicher Beziehungen besitzt. Durch das Medium der sprachlich vermittelten Interaktion, durch Relexion — nichts anderes besagt die „Praxis" — sollen Grundsätze und Normen zum Handeln erarbeitet werden [28]). Nicht die Beherrschung

---

20) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 91.
21) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 91.
22) Hierfür nur zwei Beispiele, die Habermas anführt: „Die Führung der Mensch-Maschine-Systeme ist auf die Maschine übergegangen." „Segmente menschlichen Verhaltens sind ... auf die Ebene von gesteuerten Maschinenteilen herabgesetzt worden." Aus: Praktische Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, a.a.O., S. 125.
23) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 91.
24) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 91.
25) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 88 ff.
26) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 91.
27) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 98.
28) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 98.

der in Natur wie Gesellschaft vordringenden wissenschaftlich-technischen Strukturen auf der Basis einer gesamtgesellschaftlich verstandenen Rationalität kann dabei das Ziel sein. Habermas geht es um das im Miteinandersprechen zusammenlebender Bürger entstehende historisch bestimmte und gesellschaftlich normierte Vorverständnis des in konkreter Lage praktisch Notwendigen [29]), in dem jene Wertorientierungen entstehen, an denen der Kommunikationsprozeß der wissenschaftlichen und politischen Experten „festgemacht" [30]) ist. Jenes Vorverständnis eröffnet die Möglichkeit, dasjenige wissenschaftlich-technische Potential auszuwählen, „das wir zum Zwecke der Befriedigung und der Befriedigung der Existenz wollen können" [31]) — jedoch nicht von der Beschränkung der gesellschaftlichen Tätigkeit auf symbolische Interaktionen ablenken kann [32]).

III

Als möglich erscheint demnach allenfalls ein „pragmatistisches Modell" [33]), das eine Beratung politisch Verantwortlicher durch Wissenschaftler gestattet. Daß diese Möglichkeit den konstatierten Gegensatz von Technik und Praxis, instrumentalem und kommunikativem Handeln keineswegs aufhebt, macht Habermas selbst deutlich: „Eine Zurückführung der Interaktion auf Arbeit oder eine Ableitung der Arbeit aus Interaktion ist nicht möglich" [34]). Der ausdrücklichen Beschränkung der ratio auf bestimmte Teilbereiche der gesellschaftlichen Tätigkeit (Rationalität im Sinne von Max Weber als Quantifizierung, die zudem noch an die Gesellschaftsform des Kapitalismus gebunden ist) steht eine ebenso ausdrücklich von der Rationalität distanzierte Reflexion gegenüber, deren Aufgabe sich im Sichtbarmachen wertorientierter Bedürfnisse erschöpft.

Daß Wissenschaft und Technik indessen keineswegs durch eine wie immer geartete Tendenz zur Verselbständigung (emanzipatorischer Charakter der Produktivkräfte) gekennzeichnet sind bzw. die Möglichkeit, sie „bewußt in Regie zu nehmen" [35]), ausschließlich an ein traditionsabhängiges Selbstverständnis im Sinne von nur hermeneutisch aufzuklärendem Bewußtsein [36]) gebunden ist, wie Habermas postuliert, läßt sich gut am Beispiel konzerneigener Forschung und Entwicklung zeigen. Alle wissenschaftliche Arbeit erhält hier ihre Zielsetzung durch die spezifische Interessenlage des Konzerns; allgemein gilt, daß „eine Qualitätskontrolle über Arbeitsvollzüge von einer höheren Ebene des Managements innerhalb der Organisation aus vorgenommen wird, statt auf Grund allgemeiner berufsspezifischer Normen und Gesetze geregelt zu werden" [37]). Forschung ist ausschließlich dann von Bedeutung, wenn die Ergebnisse dieses Produktionsprozesses das Gewicht (im Sinne von Macht) der betreffenden Organisation in ihrer Umwelt erhöhen. Die anscheinend unabdingbare Freiheit bei der Auswahl von Forschungsproblemen kollidiert unausweichlich mit der Interessen-

---

29) Jürgen Habermas, Verwissenschaftliche Politik in demokratischer Gesellschaft, in: Forschungsplanung. Eine Studie über Ziele und Strukturen amerikanischer Forschungsinstitute, München—Wien 1966, S. 135.
30) Jürgen Habermas, ebenda.
31) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 99.
32) Hermann Ley verdeutlicht diese Beschränkung: „Wird die ratio auf Quantifizierung . . . beschränkt, dann erfolgt mit dem Annehmen einer als notwendig erachteten Technokratisierung eine Verarmung der Vernunftanwendung und eine Beschreibung der Tätigkeit der menschlichen Gesellschaft, die die Beziehungen der Menschen untereinander nicht ausnutzt, die Revolutionierung und Evolution dieser, wesentliche Potenzen der Produktivität setzenden, Strukturen ausschließt." Aus: Hermann Ley, Philosophische Probleme der wissenschaftlichen Leitung . . ., a.a.O., S. 150 ff.
33) Jürgen Habermas, Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft, a.a.O., S. 133.
34) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 33.
35) Jürgen Habermas, Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft, a.a.O., S. 141.
36) Jürgen Habermas, ebenda, S. 135.
37) Stewart P. Blake, Forschung, Entwicklung und Management. Ein praktischer Leitfaden, München—Wien 1969, S. 81.

setzung der Organisation, die „nicht in der Förderung der Wissenschaft um ihrer selbst willen besteht, sondern in der Verteidigung oder Versorgung des Landes oder in der Herstellung von Konsumgütern" [38]).

Wird damit bereits ein sehr „bewußtes in Regie nehmen" von Wissenschaft durch eine genau definierte Gruppe — fernab von jeder symbolischen Interaktion — sichtbar, so gehen deren Zielsetzungen in den Prozeßverlauf der Forschung selbst ein: „Wissenschaftler haben gelernt, Grundlagenforschung höher einzuschätzen als angewandte Forschung — die angewandte Forschung aber bringt Geld" [39]). Wie überträgt man Forschungsergebnisse auf wirkliche Anwendungsmöglichkeiten — mit dieser Frage ist jede wissenschaftliche Arbeit im Konzern unausweichlich konfrontiert. Will Habermas von jedem Klassenbegriff abstrahieren [40]), Wissenschaft und Technik allein im Rahmen eines — vorsichtig ausgedrückt — reichlich unbestimmten „Vorverständnisses" reflektieren, so begreift der Ideologe des Konzernkapitals Blake ungleich schärfer den konkreten Stellenwert der vordringenden Verwissenschaftlichung von Strukturen für die Durchführung der Ziele seiner Klasse. Geht Habermas hinter jedes historisch bestimmte Klasseninteresse zurück [41]), so stellt Blake umgekehrt das spezielle Klasseninteresse des Konzernkapitals in den Mittelpunkt, wenn er nach der Methodik der Adaption von Wissenschaft zum Zwecke der optimalen Erfüllung von Konzernzielen sucht.

Liefert das angeführte Beispiel bereits einen eindeutigen Hinweis auf den Instrumentalcharakter von Wissenschaft zur Beherrschung der natürlichen und sozialen Umwelt durch eine bestimmte Gruppe, so läßt sich weiter an Hand der Modellbetrachtung zeigen, daß kein Ereignis oder Geschehensbereich innerhalb eines Systems (im umfassendsten Sinn) als autonom aufgefaßt werden darf, sie zwar innerhalb desselben einen objektiven, aber keinen absoluten Wert darstellen [42]). Eröffnete bei der Betrachtung der Albert'schen Position gerade der bewußte Verzicht auf die Einbeziehung aller Parameter in das Modell die Möglichkeit der Abbildung und des Entwurfs von gesellschaftlichen Strukturen, so ist gegen Habermas unbedingt auf der als Grundvoraussetzung in das Modell eingehenden Abhängigkeit desselben von der natürlichen und gesellschaftlichen Außenwelt zu insistieren. Ein Computer-Programm beispielsweise kann nach Simon gerade nicht unter dem Verzicht auf Stimuli aus der Umwelt und der zu lösenden Aufgabe aufgebaut werden. „Es ist vielmehr ein Programm, das das Verhalten des Systems weitgehend von der Aufgabenumwelt abhängig macht (Sperrung v. Verf.), von den gesteckten Zielen und von aus der Umwelt gewonnenen Anhaltspunkten, die anzeigen, ob man diesen Zielen näherkommt" [43]). In den aufeinanderfolgenden drei Phasen der Modellbildung (Bierlein) läßt sich gut die unbedingte Abhängigkeit des wissenschaftlichen Modells von beliebiger hierdurch abgebildeter Realität als Grundvoraussetzung überhaupt ablesen [44]).

Entfällt so bei Habermas die Abbildung natürlicher und gesellschaftlicher Prozesse, damit die Erfassung der Übergänge in den Erscheinungen, ihrer Ver-

---

38) Stewart P. Blake, ebenda, S. 82.
39) Stewart P. Blake, ebenda.
40) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 91.
41) Jürgen Habermas, ebenda.
42) Hermann Ley, Zu einigen Problemen inhaltlicher Informationsverarbeitung, a.a.O., S. 428.
43) Herbert A. Simon, Perspektiven der Automation für Entscheider, Quickborn 1966, S. 95 ff.
44) Mit der Kategorie „Ordnungsaspekt" ist das Bemühen gekennzeichnet, schon in den Modellansatz nur eine unter bestimmtem Gesichtspunkt interessierende Information über einen bestimmten Abschnitt der Realität eingehen zu lassen — immer auf der Grundlage von sogenannten „Reaktionsprotokollen" über diese Realität. Vgl. hierzu Dietrich Bierlein, Bemerkungen zum Thema „Realität und Modell", in: Philosophie und Kybernetik, herausgegeben von Karl Steinbuch und Simon Moser, München 1970, S. 153 ff.

änderung und Entwicklung, dann bleibt auch der Entwurf möglicher, künftiger Strukturen verweigert, gilt die bewußt in Regie genommene Entfaltung der Produktivkräfte als Kennzeichen einer sogenannten „post-histoire" [45]). Der damit ausgesprochenen Abwertung einer künftiges Wissen produzierenden Schicht stellt er die Aufklärung der politisch Handelnden über das Selbstverständnis ihrer Interessen und Ziele [46]) angesichts des Potentials von Sub-Systemen zweckrationalen Handelns entgegen, die sie zugleich befähigen soll, auf Grund der neu interpretierten Bedürfnisse die Richtung ihres künftigen technischen Wissens zu bestimmen [47]).

Die beschleunigte Verwissenschaftlichung der Produktion ist „Nicht-Geschichte", in der jeder mögliche Handlungsspielraum vernichtet erscheint; möglich ist nur eine Qualifizierung der bestehenden Herrschaftsstruktur im Rahmen eines „pragmatistischen Modells". Was anders wird damit ausgesprochen als die Überzeugung, eine andere als die kapitalistische Gesellschaftsformation sei unfähig, mit der Verwissenschaftlichung auszukommen.

45) Jürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie", a.a.O., S. 88.
46) Jürgen Habermas, Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft, a.a.O., S. 141.
47) Erich Hahn merkt hier treffend an: „Also Politikberatung zur Perfektionierung des Herrschaftssystems, Qualifizierung der Machtausübung, ohne deren Klassencharakter in Frage zu stellen, Reformen zur Verbesserung, nicht zur schrittweisen Änderung der Gesellschaftsordnung." Vgl. hierzu Erich Hahn, Die theoretischen Grundlagen der Soziologie von Jürgen Habermas, in: Die Frankfurter Schule im Lichte des Marxismus, Frankfurt/Main 1970.

Bücher

Zur Frage der ausländischen Arbeiter

Leben als Gastarbeiter, Geglückte und mißglückte Integration, Hrsg. von Karl Bingemer, Edeltrud Meistermann-Seeger und Edgar Neubert. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1970, 235 Seiten, 28 DM.

Paolo Cinanni, Emigration und Imperialismus, Zur Problematik der Arbeitsemigranten. Mit einer Einleitung der Verlagskooperative. Trikont-Verlag, München 1970, 216 Seiten, 12,80 DM.

Eine seichte Welle deskriptiver Berichte, die sich in ihrer Mehrheit weder um empirische Ergebnisse noch um theoretischen Tiefgang bemühen, verwässerte in der letzten Zeit die Problematik der ausländischen Arbeitskräfte derartig, daß man selbst in der Linken über eine zwar vollauf berechtigte, den Einzelfall aber nicht überschreitende Kritik der üblen Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht hinauskam und somit fast unvermeidlich die ausländischen Arbeiter zu einem Objekt der Caritas und Mitmenschlichkeit degradierte.

Die vorliegenden Bücher leisten auf sehr verschiedene Weise einen Beitrag zur theoretischen und empirischen Untersuchung dieses Problemkreises.

Die von einem Kölner Psychologen- und Soziologen-Team nach einer dreijährigen Untersuchungsarbeit über vier Gruppen (Italiener, Spanier, Griechen und Türken) vorgelegte Schrift „Leben als Gastarbeiter" fand in den verschiedensten Zeitungsrezensionen eine sehr positive Würdigung, die bis zur begeisterten Zustimmung reichte [1]). Dies ist nur erklärbar aus der bisweilen behaupteten Zielrichtung des Buches, näm-

1) Eberhard Nitschke, „Spanier leben auf dem Land, Griechen bringen ihre Frauen mit", in: „Die Welt", 14. 3. 1970; Ulla Schickling, „So gut wie kein einziges Klischee stimmt", in: „Frankfurter Rundschau", 6. 6. 1970; H. Jürgen Gießler, „Gastarbeiter in der Bundesrepublik", in: „Deutsche Volkszeitung", 19. 6. 1970.

lich den Abbau von Vorurteilen bei Deutschen und Ausländern und die Integration der letzteren zu beschleunigen; in dieser Absicht wird z. B. die Kriminalitätsquote der Gastarbeiter untersucht, wobei man zu dem Ergebnis kommt, daß „die Delinquenz von Kölnern und Gastarbeitern ungefähr gleich hoch ist" (S. 164) und daß unter Einbeziehung der Eigentumsdelikte die Kriminalitätsziffer der Kölner fast dreimal so hoch wie die der Gastarbeiter ist (S. 163). Vermutlich wertete man dieses Buch deshalb so hoch, weil in solchen Aussagen die Lösung der Gastarbeiterfrage vermutet wird.

Offensichtlich war das Ziel der Verfasser jedoch weitreichender, was auch aus dem Titel geschlossen werden kann. Kapitelüberschriften wie „Arbeit und Beruf", „die soziale Situation der Gastarbeiter", „das Heim" indizieren den mißlungenen Versuch, am Beispiel der Situation in Köln eine Fallstudie über „das Leben als Gastarbeiter" zu erstellen. Zu bemängeln ist an dieser Arbeit nicht nur der vollständige Verzicht auf jeden expliziten theoretischen Bezugsrahmen, die auch im Nachwort hervortretende „Ideologie der Ideologielosigkeit" und darüber hinaus eine völlige Negation sozio-ökonomischer Data, sondern die unproblematisch bezogene Betrachtungsposition von Unternehmern, die immer wieder zu vermerken ist.

Der Rest ist die Registration von bloßen Erscheinungsformen, die mit wirren psychologischen Deutungen durchsetzt werden. So kommt beispielsweise Karl Bingemer zu der Erkenntnis, daß ausländische Arbeiter nicht etwa deshalb ihre Heimat verlassen, weil sie im Zuge der Einführung kapitalistischer Produktionsmethoden in den zumeist agrarischen Gebieten Südeuropas und Kleinasiens arbeitslos werden, sondern weil „Gastarbeiter mit ihrem Ausreißer-Ich der strengen Gesetzlichkeit ihrer Väter entkommen wollen." (S. 29) Der Hungertod in Sizilien ist wahrlich nicht so aufregend, aber die Ödipalkonflikte sind nicht mehr erträglich. Dieses Argument wird nicht etwa als Komponente der Emigrationsursachen, sondern durchaus monokausal verwandt.

Im wesentlichen untersuchen die Autoren die „Einstellung der Gastarbeiter zu den folgenden fünf Bereichen: 1) Arbeit, insbesondere Arbeitnehmer, Fluktuation am Arbeitsplatz, Einkommen, Sparen und Geld; 2) Herkunft, insbesondere Ursprungsland, Motiv zur Aufnahme ihrer Arbeit in Deutschland, historische und politische Zusammenhänge; 3) Familie, das Verhältnis zu Kindern, Jugendlichen, Frauen und Sexualität im allgemeinen; 4) Soziales Feld, insbesondere Wohnen, Gemeinschaftsräume, Heime, Schulen, Sprachen, Information und Fürsorge; 5) Krisen, insbesondere Krankheit und Kriminalität." (S. 41)

Dieser Themenkatalog nimmt sich nicht schlecht aus, verspricht jedoch weitaus mehr als er hält. Dort wo die Beschreibung der „Charakterstrukturen" den anekdotischen Rahmen verläßt, verfällt man in übelsten Positivismus, und das sicherlich nicht ungewollt: die Tatsache etwa, daß „für 62 Prozent der Griechen Industrielle, Fabrikanten, Reeder und Bankiers (in ihrer Heimat) die Macht in der Hand haben" (S. 52), eine durchaus realistische Einschätzung also, bei der allenfalls der CIA noch vergessen wurde, und die konstatierte „Feindseligkeit gegenüber dem Obristen-Regime" wird ohne jeden Kommentar vermerkt, ja es wird damit sogar die „intensivere polizeiliche Überwachung" (eine sehr gelinde Umschreibung für den Terror des griechischen Geheimdienstes in der BRD) legitimiert.

Der apologetische Charakter des Buches entpuppt sich zusehends, wenn z. B. von der „Partnerschaft zwischen deutschen Unternehmern und ausländischen Arbeitskräften" gesprochen wird und Ausländer nur deshalb beschäftigt werden, weil „der primäre Zweck deutscher Unternehmer die Steigerung des Sozialproduktes" ist. (S. 87) Bedauernd wird vermerkt, daß die ausländischen Arbeitskräfte „die integrationspositiven (sic!) deutschen Freizeitmuster" noch nicht übernommen haben (S. 122), obwohl „die Freizeit die große Chance bietet, sich in die Gesellschaft aktiv einzugliedern." (S. 113) Von kritischer Betrachtung oder gar Distanz zur „Freizeitindustrie", die die im Arbeitsprozeß erfahrene Entfremdung verlängert, ist nichts zu spüren.

Kein Wort der Kritik fällt zur Repression in den Firmenheimen und über die unverschämte Ausbeutung der ausländischen Mieter. Zwar fordert man den Ausbau des sozialen Wohnungswesens, dies aber aus funktionellen Überlegungen, denn „die

Wirtschaft (hat) eine zunehmende Nachfrage nach weiblichen Gastarbeitern, was die Familienzusammenführung fördert." (S. 138) Die Empörung und der Protest gegen die Praktiken der Vermieter erklärt man durch die mangelnde Vertrautheit mit den deutschen Wohnungspreisen. „Wenn sich Gastarbeiter dennoch darüber beklagen, daß sie unter dem Wucher deutscher Vermieter zu leiden haben, so ist das neben ihrem begründeten Mißtrauen vor Ausnutzung eine Folge der von ihnen aus der Heimat mitgebrachten Preisvorstellungen, nach denen nur ein Bruchteil der hier aufzuwendenden Summen für Mietzins auszugeben wäre." (S. 136)

Welchen Kreisen dieses Buch gewidmet ist, soll abschließend am deutlichsten Beispiel gezeigt werden: die geforderte Familienzusammenführung. Hierfür werden drei Argumente angegeben: Erstens braucht die „deutsche Wirtschaft" zunehmend extrem billige weibliche Arbeitskräfte aus dem Ausland; zweitens wird damit der Devisenabfluß gestoppt; drittens ist „die Familie das integrativste Mittel überhaupt". (S. 191) Worauf sich die letzte Bemerkung bezieht, wird dem Leser freigestellt; sie kann sicherlich bezogen werden auf die psychischen und sexuellen Defekte, die durch langjährige Trennung verursacht werden können, obwohl die Verfasser dies mit keinem Wort erwähnen; darüber hinaus meint man, so dem gefürchteten „politischen Linksextremismus" vorbeugen zu können.

Ein Beitrag ganz anderer Art ist die im Trikont-Verlag erschienene Studie Paolo Cinannis, der sich aus italienischer Sicht um eine Klärung der „Problematik der Arbeitsemigranten" bemüht. Darüber hinaus hat die Verlagskooperative das Buch mit einer Einleitung versehen, in der m. E. zum ersten Mal versucht wird, das Problem der ausländischen Gastarbeiter in der BRD mit marxistischen Kategorien anzugehen. Die Funktion der ausländischen Arbeiter wird insbesondere in der Ausdehnung der industriellen Reservearmee gesehen, die aus verschiedenen Gründen in der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg stark dezimiert war. Seit 1959 ist so eine sprunghafte Zunahme ausländischer Arbeiter in der BRD zu beobachten. Zwar ist der Gesamtanteil der ausländischen Arbeitskräfte in der BRD mit 8 Prozent der produktiven Bevölkerung noch relativ niedrig; die Bedeutung des enormen Anstiegs nach 1959 geht jedoch aus einer anderen Relation klarer hervor. Der Anteil der ausländischen Arbeiter am Zuwachs der produktiven Bevölkerung betrug 1959 32,5 Prozent; 1962 45,1 Prozent und 1965 sogar 61,4 Prozent. Mit leider wenig empirischem Material formuliert man so die wohl korrekte Einschätzung, die die ausländischen Arbeiter als Teil der Arbeiterklasse betrachtet und nicht als ihren Wurmfortsatz, als ein Subproletariat, das beliebig beschäftigt und entlassen wird. Die Analyse der Entwicklung während der Rezession 1966/67 zeigt deutlich, daß zwar ein unverhältnismäßig hoher Anteil ausländischer Arbeiter ihre Arbeitsverträge nicht mehr verlängern konnte (1966 1,313 Mio. ausländische Arbeiter in der BRD; 1967 nur noch 991 Tsd.), daß „sich aber kein ökonomisches Gesetz ableiten (läßt), daß die ausländischen Arbeiter im Falle einer Krise oder eines Konjunkturrückganges zuerst und allein betroffen sind." (S. 9) Tendenziell profitiert das deutsche Kapital eindeutig von der verstärkten Konkurrenz unter den Arbeitern [2]). Die Herausgeber behandeln in der Einleitung besonders die Probleme der politischen Organisation und Tätigkeit ausländischer Gastarbeiter, die sich durch die Spaltung der Arbeiterklasse in nationalistische Fraktionen sehr schwierig gestaltet. „Die Strategie des Kapitals, die die Arbeitsemigranten zielbewußt als Streikbrecher, zur Drückung des Lohnes und zur Intensivierung des Leistungszwanges und der Ausbeutung einsetzte, wurde nicht mit einer qualitativ gleichwertigen internationalistischen Agitations- und Aktionsstrategie beantwortet, sondern ... verwandelte sich gegenüber dieser Frage traditionellerweise letztlich in eine national bestimmte

[2]) Rolf Weber, Leiter der Abteilung für Arbeitsmarkt, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung beim Bund Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) formulierte diesen Tatbestand auf dem Höhepunkt der Rezession folgendermaßen: „Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß gerade die Betriebe, die durch eine Verschlechterung der Auftragssituation einer gewissen Belastung ausgesetzt sind, in erster Linie daran interessiert sein müssen, die besten Kräfte zu halten. Das bedeutet, daß Qualität vor Nationalität geht. Erfahrungsgemäß haben sich die Betriebe, wenn man einmal von strukturbedingten Entlassungen absieht, in erster Linie von den„ Fußkranken des Arbeitsmarktes" getrennt. Das brauchen also nicht ausländische Arbeitskräfte zu sein. Es waren Arbeitskräfte, die in den zwei Jahren der Hochkonjunktur durch besonders große Fehlzeiten, Disziplinlosigkeit und starke Fluktuationsneigung aufgefallen waren." (Strukturfragen der Ausländerbeschäftigung, Hrsg. von Joh. Chr. Papalekas, Herford, 1969, S. 57 f.)

Strategie gegen die Arbeitsemigranten als „Konkurrenten" der eigenen „nationalen Arbeiterklasse".

Cinanni untersucht nicht zufällig die Auswirkungen der Emigration auf Italien. Er stellt fest, daß im „Laufe der letzten neunzig Jahre — von 1876 bis 1965 — in Italien insgesamt 24,675 Mio. Auswanderer registriert" wurden, im Jahresdurchschnitt des Zeitraumes 1946—1965 jährlich etwa 292,7 Tsd. Menschen. (S. 50 f.) Dadurch wird der natürliche Bevölkerungszuwachs Italiens, der in dieser Zeit 32,168 Mio. betrug zu 75 Prozent ausgeglichen. Die Zahl der Auswanderer aus dem Mezzogiorno, also Calabrien, Sizilien, Sardinien usw. stieg dabei ständig an und betrug 1958—1968 bereits 69,9 Prozent der gesamten Auswandererzahl, wobei noch zu bemerken ist, „daß die Auswanderung aus dem Industriedreieck (gemeint ist das Gebiet Mailand, Turin, Genua) traditionellerweise hauptsächlich auf europäische Länder gerichtet ist und im Vergleich mit der Auswanderung nach Übersee mehr temporären Charakter hat: diese Tradition wird auch durch die Daten der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bestätigt." (S. 53) Als negative Folgen der Emigration für Italien, die Cinanni mit einer schon fast ermüdenden Materialfülle belegt, bezeichnet er vor allem die zahlenmäßige Abnahme der Männer gegenüber den Frauen (1881 kamen auf 100 Frauen 100,5 Männer; 1961 nur noch 96) und die starke Verringerung der Altersgruppen zwischen 16 und 45. Weiter trägt nach Cinannis Meinung die Emigration zur Vertiefung des Gegensatzes zwischen Süd- und Norditalien bei, denn im Süden mangelt es nach seiner Meinung nicht nur an industriellen Unternehmen, sondern besonders an qualifizierten Arbeitskräften. Wenn man dieser Argumentation auch nicht vollständig folgen kann, scheint das leider nur angeschnittene Problem der politischen Kastration, des Verlustes an politischer Kraft durch die starke Emigration im Süden bedeutend zu sein.

Bevor Cinanni auf die positiven Auswirkungen der Emigration für die Gastländer am Beispiel von Frankreich, der BRD, den Niederlanden, Belgien, Luxemburgs, der Schweiz und den USA im einzelnen untersucht, faßt er die dort belegten Ergebnisse in einem Kapitel über die „Vorteile der Immigration" zusammen. Neben der bereits konstatierten Auswirkung, nämlich der

Frieden für Europa

Gedanken zur
europäischen Sicherheit
Herausgegeben
und eingeleitet
von Herbert Oberste-Lehn

In diesem Taschenbuch wird aus verschiedenen sozialdemokratischen Positionen die Problematik der europäischen Sicherheit erörtert.

Beiträge von Frank Allaun, Abgeordneter, England; Prof. Finocchiario, Abgeordneter, Italien; K. H. Hansen, MdB, Bundesrepublik; Prof. G. Klein, Niederlande; R. Paasio, Abgeordneter, Finnland; Prof. Rolin, Staatsminister, Belgien; und als Gast Dr. P. Klein, Berlin, DDR.

Im Anhang ein Dokumententeil mit Auszügen aus Erklärungen und Programmen sozialdemokratischer Parteien Europas sowie Auszüge aus Regierungserklärungen und Memoranden der NATO und des Warschauer Paktes zum Thema europäische Sicherheit.

112 Seiten 4,90 DM

W. Runge-Verlag
2 Hamburg 26, Postf. 260 546

verstärkten Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse, der Erhöhung des produktiven Bevölkerungsanteils im Alter von 16—45 Jahren, bezeichnet er den entscheidenden Vorteil: „Im Wettbewerb der Ökonomien der verschiedenen EWG-Länder werden jene bestimmend sein, die die höchste Produktionsrate und Kapitalakkumulation erreichen. Durch die Einsparung der Ausbildungskosten der eingewanderten Arbeitskräfte und durch die Möglichkeit über eine höhere Zahl von Arbeitskräften als sie das eigene System hervorgebracht hat, zu verfügen, können die Immigrationsländer ihre Produktionsrate und Kapitalakkumulation beträchtlich erhöhen." (S. 105) Wenn dies terminologisch auch unsauber formuliert ist, so kann man doch festhalten, daß einfache und qualifizierte Arbeitskräfte in einen gesellschaftlichen Produktions- und Ausbeutungsrahmen integriert werden, in dem zuvor die Produktions- und möglicherweise die Ausbildungskosten nicht aufgebracht werden mußten. Darüber hinaus ist der einer anderen historischen Umgebung entsprechende Preis der ausländischen Arbeitskräfte häufig niedriger als derjenige der inländischen: „Der unterschiedliche Zivilisationsgrad und folglich auch die unterschiedlichen täglichen Bedürfnisse der aus unterentwickelten Gebieten importierten Arbeitskräfte (die zumindest in der ersten Zeit die Gewohnheiten und Bedürfnisse des Herkunftslandes beibehalten) bilden für den kapitalistischen Importeur einen ersten Vorteil und ermöglichen es, eine Arbeitskraft auszubeuten, die ihm gesteigerten Mehrwert garantiert." (S. 182)

Besonders wichtig erscheint auch die Behandlung der „Rimessen", also der überführten Ersparnisse der Arbeitsemigranten. „Emigrationsapostel stellten die Rimessen schon immer als positives Ergebnis hin", die Emigration „verwandle also arme Emigranten aus dem Süden in eine Klasse von Kleinkapitalisten." (S. 188) Gegen diese Behauptungen führt Cinanni zunächst einmal an, daß sich an den Besitz- und Eigentumsverhältnissen im Süden durch die hundertjährige Geschichte der Emigration nichts geändert habe, um danach den offenen Zynismus dieser Argumentation zu entlarven: „Die Rimessen sind Ergebnis der Aufopferung, des Verzichts und der Mehrarbeit des Emigranten: er versagt sich alles, was die elementarste Bedürfnisbefriedigung übersteigt und macht außerdem Überstunden ... Der Emigrant reduziert seinen Lebensstandard auf die Befriedigung physiologischer Bedürfnisse und verlängert seinen anstrengenden Arbeitstag; nur deshalb kann er am Monatsende seine kleinen Ersparnisse nach Hause schicken ... Die Rimessen sind also keine Entschädigung; sie stellen nur die Differenz dar zwischen den normalen Lebenshaltungskosten des einheimischen Arbeiters, die sich im Durchschnittslohn niederschlagen und den stark reduzierten Lebenshaltungskosten der Emigranten ... Wer seine Familie nachholt und sich allmählich dem lokalen Lebensstandard anpaßt, kann nichts mehr sparen und daher auch keine Rimessen schicken." (S. 191)

Wenn auch die empirischen Untersuchungen Cinannis nur begrüßt werden können, so ist jedoch eine Kritik an seinen politischen Schlußfolgerungen nötig, die z. T. auch in der Einleitung geübt wird. So wie Cinanni fälschlich und undifferenziert konstatiert, daß z. B. der „Schweizer Bevölkerung" die enorme Ausbeutung der Arbeitsemigranten zugute kam (S. 200), und es damit unterläßt, das Kapital als Profiteur dieser Situation zu bezeichnen, fordert er umgekehrt, wobei er ebenso von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen abstrahiert, die „Redistribution des Superprofites" (S. 136), Entschädigungsleistungen der Industriestaaten, die an den kapitalistischen Staatsapparat Italiens zu entrichten wären. Abgesehen von der idealistischen Komponente dieser Forderung beruht sie auf falschen ökonomischen Überlegungen. Cinanni stellt diese Forderung in der Hoffnung, der italienische Staat werde solche Gelder für die Entwicklung des Südens investieren. Er übersieht dabei, daß dies eine Entwicklung und Unterstützung der kapitalistischen Entwicklung wäre und das Volk wohl kaum davon profitierte und daß der italienische Staat und das Kapital überhaupt nicht daran denken, eine größere Industrialisierung dieses Raumes anzugehen. Weiter wird in der Einleitung darauf verwiesen, daß solche Entschädigungsleistungen zwischen kapitalistischen Staaten wohl nicht denkbar sind. (S. 25) Darüber hinaus kann auch der einleitenden Kritik darin beigepflichtet werden, daß Cinanni dazu tendiert, die Bedeutung der Arbeitsemigranten zu überschätzen, wenn er z. B. das „deutsche Wirtschaftswunder" allein auf die Beschäftigung ausländischer Arbeiter zurückführt (S. 127). Aus solchen Sätzen entsteht

der Eindruck, als beruhe der durch den Imperialismus aufgehäufte Reichtum wesentlich auf der Verwertung von Arbeitskräften aus den europäischen Peripherieländern. Daß das Emigrationsproblem nur eine spezifische Ausdrucksform des Imperialismus ist, kommt bei Cinanni zu kurz." (S. 28)

Die Empfehlung des Cinanni-Buches beruht demnach nicht nur auf dem wesentlich erschwinglicheren Preis, sondern insbesondere darauf, daß der Verlag zu Recht vermutete, daß der Text Cinannis ein „wichtiger Beitrag zur Diskussion der bundesrepublikanischen Linken" ist.

Uwe Krombach

Soziologie der Landjugend

Ulrich Planck, Landjugend im sozialen Wandel — Ergebnisse einer Trenduntersuchung über die Lebenslage der westdeutschen Landjugend. Juventa Verlag, München 1970, 296 Seiten, broschiert, DM 22,80.

Jugend ist in Mode gekommen, dennoch — besser: deshalb — ist es sicherlich notwendig, gesicherte Informationen über ihre Einstellungen und Verhaltensweisen zu erhalten. Aufgrund ihrer Zusammensetzung aus verschieden strukturierten Gruppen sind entsprechende empirisch-soziologische Untersuchungen, die als Zielgruppe die gesamte bundesrepublikanische Jugend zu erfassen suchen, nicht möglich. Also hat auch Ulrich Planck, Professor und Leiter der Abteilung für ländliche Sozialforschung an der Universität Hohenheim, sein Untersuchungsthema begrenzt auf die Landjugend. Als solche wurden alle 17- bis 28jährigen definiert, die in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern leben. Ein zeitlicher Vergleich mit Ergebnissen einer fast gleich angelegten Untersuchung von 1955 — die neuerliche wurde 1967/68 durchgeführt — sollte gleichzeitig Aufschluß geben über die Weise, in der die Landjugend den sozialen Wandel zu bewältigen versuchte.

Weitere Einzelheiten zur Methode: Insgesamt wurden „977 (plus 176 zusätzliche Landwirte)" (S. 247) Jugendliche beiderlei Geschlechts interviewt. Sie rekrutieren sich aus den Jahrgängen 1939 bis 1950. „Die Zielpersonen wurden ... als Zufallsstichprobe aus den amtlichen Einwohnerkarteien gezogen." (S. 247) Die Verteilung der Gemeinden, in denen die Befragten leben, zeigt ein Schaubild an: in Schleswig-Holstein waren es 7 Gemeinden, in Niedersachsen 23, Nordrhein-Westfalen 9, Hessen 12, Rheinland-Pfalz 12, Baden-Württemberg 16 und Bayern 35. Das Saarland blieb unberücksichtigt, da auch 1955 nicht dabei gewesen.

„Die Interviewer waren an ein detailliertes, im Fragebogen und der Intervieweranweisung festgelegtes Schema gebunden." (S. 247) Die Interviews sollten „aus fragetechnischen und finanziellen Gründen die Dauer von einer Stunde nicht überschreiten, was zu erheblichen Abstrichen im Fragenkatalog zwang", (S. 249) — kein Wunder, umfaßt dieser doch 132 Fragen, darunter 77, die aus der 1955er Untersuchung wörtlich übernommen worden sind. Eine kritische Analyse des Fragebogens ist dem Leser nicht möglich, da die Fragen nicht wörtlich abgedruckt sind. Auch mehrere Tabellen im Anhang sind ohne die entsprechende Frage widergegeben. Ein Grund für deren Fehlen wird nicht genannt.

Überhaupt bleibt einiges ungeklärt: etwa, warum nur Gemeinden bis 5000 Einwohner berücksichtigt, nach welchem Modus in welchen Gemeinden wieviel Jugendliche befragt worden sind, und wieviel Jugendliche wieviel Fragen nicht beantwortet haben. Nicht ausreichend geklärt ist die Frage, warum ausgerechnet die 17- bis 28jährigen als Jugendliche eingestuft wurden: „Die obere Grenze wurde aus Gründen der Vergleichbarkeit mit der Repräsentativerhebung 1955 bei 28 Lebensjahren gezogen." (S. 21) Daß dies einen Kompromiß bedeutet, konzediert der Autor, doch was soll's? Ungeklärt auch, warum 15- bis 17jährige nicht befragt worden sind.

Fragen und Zweifel also, die bei der Lektüre erheblich verstärkt und erweitert werden: wichtige Aufschlüsselungen bleiben

unerwähnt, so z. B. die nach der Bundeslandzugehörigkeit, obgleich der Autor auch die Auseinandersetzung mit Traditionen zu klären beabsichtigt, diese aber wohl kaum für die gesamte BRD einheitlich sind. Wo eine Aufschlüsselung erfolgt, bleibt sie völlig irrelevant, z. B.: „Gesichert ist, daß die uneheliche Mutterschaft eines Mädchens in bayerischen Landgemeinden gelassener hingenommen wird, in hessischen dagegen strenger verurteilt wird als anderwärts. Daraus lassen sich freilich noch keine endgültigen Schlüsse ziehen auf das regionale Maß an örtlicher, sozialer Kontrolle. Denn es ist durchaus möglich, daß uneheliche Mutterschaft in hessischen Dörfern zur Diskriminierung führt, während anderes Fehlverhalten (!) toleriert wird, das vielleicht in bayerischen Dörfern einen Entrüstungssturm hervorrufen würde." (S. 193)

Abgesehen von der (entlarvenden) Sprache des Autors (dafür gibt's anschaulichere Belege), abgesehen von dem könnerhaften Umgehen mit Zahlen und Rückschlüssen daraus (auch dafür gibt's anschaulichere Belege) — hier findet sich auch ein indirektes Eingeständnis, daß die vorliegende Untersuchung zumindest in einigen Bereichen keinen Aufschluß geben kann. Diese Einsicht fehlt allerdings u. a. bei der Erkundung der politischen Informiertheit der Befragten (Tab. 54, S. 280). Hierüber sollten die Fragen Aufschluß geben, ob der Jugendliche den Namen des Bundespräsidenten, den des jugoslawischen Staatspräsidenten und des englischen Außenministers nennen könne. Eine solch obskure Fragestellung paßt in den Rahmen fehlender Ausführungen über die politische Einstellung der Landjugend überhaupt — nicht ein Kapitel oder Abschnitt ist diesem Thema gewidmet.

Dennoch kommt der Autor zu der Feststellung: „Zum Glück ist die junge Generation auf dem Lande längst nicht so konservativ eingestellt, wie dies häufig dem Landvolk nachgesagt wird." (S. 241) Rückschlüsse dieser Art, die — voreilig gezogen — zu Kurz- und nicht selten zu Trugschlüssen führen, stellen in diesem Buch keine Ausnahme dar. Ein anderes Beispiel: Über die — möglicherweise spezifische — Situation der weiblichen Landjugendlichen findet man allenfalls sporadische Sätze, etwa diesen: „Im Regelfall erhalten jedoch die Töchter weniger Taschengeld als die Söhne. ... Es ist nicht nur das Einkommensniveau der weiblichen Landjugend allgemein niedriger als das der Männer, sondern der Anteil derer, die überhaupt kein Bareinkommen beziehen, ist auf seiten der Frauen auch sehr viel höher. Außerhalb der Gruppe der Einkommensbezieher befanden sich 6 bis 7 Prozent der Männer und 31 bis 33 Prozent der Frauen. Merkwürdigerweise haben sich diese Raten in der Berichtszeit (seit 1955 — K. J. P.) nicht verändert." (S. 43)

Merkwürdig auch die folgende Schlußfolgerung: Die Landfrauen und Landmädchen „akzeptieren ... auch die traditionelle Rolle der Frau, in deren Mittelpunkt die Versorgung und Erhaltung der Familie steht." (S. 230) Es paßt durchaus in dieses Bild von der Stellung der Frau, daß neben Schülern, Studenten, Soldaten und Rentnern auch Hausfrauen in die Gruppe der Berufslosen einbezogen werden. (S. 58)

Die an Blut-und-Boden-Zeiten erinnernden ideologischen Vorurteile des Autors, die so manche Erkenntnis verhindern, äußern sich in Wendungen wie den folgenden: „Das elementare Erlebnis des Bauern, von der Schöpfung und überirdischen Mächten in seinem Berufsleben abhängig zu sein, fehlt dem Industriearbeiter und dem Bauarbeiter." (S. 210) Frage: Dem Handwerker nicht? — Und: „Eine Bastion ländlicher Kirchlichkeit und Religiosität ist immer noch das bodenständige, alteingesessene Bauerntum." (S. 210) Das ganze gipfelt dann in der Feststellung: „Von einer biologischen Überlegenheit der Bauern kann angesichts der Tatsache, daß sie hinsichtlich der ehelichen Fruchtbarkeit auf gleicher Stufe wie die ländlichen Arbeiter stehen, nicht mehr die Rede sein." (S. 163)

Die Biologie scheint den Autor zu faszinieren, etwa wenn er „Biologische Leitbilder" zu erforschen sucht — durch die Frage nach der richtigen Kinderzahl und der Einstellung zu vorehelichem Geschlechtsverkehr;. (S. 176) Mit letzterer Frage möchte Planck „ein erstes Licht in das Halbdunkel ländlicher Sittlichkeit" werfen. (S. 176)

Was hier an methodischen und theoretischen Schwächen angedeutet wurde, zeigt: die vorliegende Untersuchung hält nicht das, was sie verspricht. Um so dringender wird die Aufgabe, endlich wissenschaftliche Untersuchungen über die Landjugend durchzuführen — ohne ideologische Vernebelung der Sachverhalte. K. Josef Pieper

Wozu noch Futurologie?

Ossip K. Flechtheim, Futurologie — Der Kampf um die Zukunft. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1970, 432 S., Leinen 22 DM.

Frank E. Manuel (Herausgeber), Wunschtraum und Experiment — Vom Nutzen und Nachteil utopischen Denkens. Verlag Rombach, Freiburg 1970, 345 S., Leinen 46 DM.

Eckart Heimendahl, Zukunft im Kreuzverhör. Bertelsmann Sachbuchverlag, Gütersloh 1970, 256 S., Leinen 19,80 DM.

Alvin Toffler, Der Zukunftschock. Scherz Verlag, München 1970, 392 S., Leinen 26 DM.

Dem „Herrschaftswissen" galt nur einmal die Reflexion — auf 1425 Seiten zukunftsorientierten Denkens. Der Bewußtseinsmarkt der Vermutungen, Spekulationen, Extrapolationen, Prognosen und Utopien wird wohl so leicht nicht bankrott machen. Und da es ein Kinderspiel geworden, alle möglichen Sensatiönchen und Albernheiten aus dem Trüben der Zukunft zu fischen, kam Flechtheims Fleißarbeit gerade zur rechten Zeit. Um es gleich zu sagen: ein Lehrsystem für die „Wissenschaft der Wahrscheinlichkeiten" hat der brave Sozialist nicht gefunden. Undifferenziert und plump angesichts des kapitalistischen timings wirken immer noch die Techniken der Prognose, die in einem Kapitel (S. 117 bis 163) gehortet sind. Die interdisziplinären Indikatoren, um sozio-ökonomische Zustände von morgen und ihr politisches Milieu zu verheißen, erscheinen naiv. Die Ergebnisse sind entsprechend stumpfsinnig: „... in den USA durchgespielte Simulationsanalyse verdeutlichte die Zweischneidigkeit eines konkreten strategischen Programms: Die technische Unverwundbarkeit der Großmächte kann trotz des nuklearen Patt unterhalb der atomaren Schwelle die Basis für eine aggressive Politik abgeben" (S. 142 und 143).

Futurologische Szenarios können zur Startrampe internationaler politischer Taktik werden, ja faschistische Politik einleiten. Flechtheim hat dafür ein treffendes Beispiel aufgestöbert. Ursprünglich in den USA entworfen, wurde es im „Haus Rissen", einer zukunftsorientierten Diskussionsstätte hiesiger Industrie, reproduziert. Ich gebe wesentliche Teile des Szenarios wieder: „Ein Großteil der von den Linksliberalen der westlichen Welt entworfenen Programme wird verwirklicht zuzüglich einiger radikaler Vorschläge heutiger Splittergruppen. Unter dieser Voraussetzung könnte die Welt 1975 etwa folgendermaßen aussehen: Dank der fortschreitenden relativ einseitigen ‚Entspannung' erfreuen sich die kommunistischen Parteien der westlichen Länder zunehmender Respektabilität, beeinflussen beispielsweise in Italien zunehmend die Außenpolitik ... Der Wunschtraum der westlichen Länder, zur ‚Entspannung' zu gelangen, läßt sie alles abbauen, was von den Sowjets als störend empfunden werden könnte — inklusive der westlichen Besatzungstruppen in West-Berlin, West-Berlin wird zu einer ‚internationalisierten Stadt', de facto üben DDR-Funktionäre entscheidende Funktionen aus (Überwachung des Verkehrs von und nach West-Berlin usw.) ... Die USA haben mittlerweile einen mühsam als Kompromiß getarnten Rückzug aus Vietnam angetreten, der das Land unter der Fassade einer ‚neutralen Volksfrontregierung' tatsächlich dem Vietkong überläßt. Die Folge ist eine kommunistische Machtübernahme auch in Laos und Kambodscha. Die ‚morale' der Vereinigten Staaten sinkt auf den Nullpunkt. Immer mehr Mitgliedsländer der UNO gehen dazu über, bei Abstimmungen prinzipiell gegen die Vereinigten Staaten zu stimmen. Um sich nicht noch mehr zu isolieren, versucht die Regierung der Vereinigten Staaten, ihre Politik in Übereinstimmung mit den ‚allgemeinen Trends' zu bringen. Da sie feststellen muß, daß weder ihre westeuropäischen noch ihre südamerikanischen Verbündeten noch sonst jemand willens sind, gegen ‚Volksbefreiungskriege' aufzutreten, verzichtet sie selbst ebenfalls darauf — unter frenetischem Beifall der liberalen Extremisten in den Vereinigten Staaten selbst. Um einen Teil des wankenden Prestiges zurückzugewinnen, geben die USA gigantische Beträge für Entwicklungshilfe aus ..."

Propagandistische Szenarios dieser Gestalt, aller geschichtlichen Wirklichkeit beraubt, dienen neuen Verbrechen an Minderheiten. Aufrechte Futurologen widmen sich denn auch immer mehr den Folgen vorfaschistischen Zusammenspiels. Schade, daß Flechtheims Werk selten Anlaß zu kämpferischer Identifikation gibt. Journalistischer drive hätte der gesellschaftlichen Wirkung des Buches gut getan. So ist der „Kampf um die Zukunft" vorwiegend eine Methoden-

und Definitionsdiskussion voller stilistischer Schwerfälligkeit. Flechtheims Blick in die Zukunft fällt spärlich und trocken aus: „Das erste (Zukunftschema) wäre in der Tat das Ende der Menschheit oder zumindest der Untergang der modernen Zivilisation als Folge verheerender Kriege. Das zweite Modell liefe dagegen auf eine relative Stabilisierung bürokratisch-technischer Regime der Rüstung und Raumfahrt hinaus, die mit dem Begriff Neo-Cäsarismus umschreiben werden könnten. Die dritte und vielleicht sogar wenigst wahrscheinliche Variante der Entwicklung im 20. und 21. Jahrhundert wäre eine solidarische Weltföderation mit Planung der Zukunft der Menschheit im Dienste von Frieden, Wohlfahrt und Kreativität."

Was der Autor an futurologischen Einfällen vorstellt, zielt unweigerlich auf Modell 2 ab: Zukunft liberaler Haltungen; Zukunft ist eine interdisziplinäre Dimension; „hinter der Maske des ‚welfare state' lugt immer wieder die Fratze des ‚warfare state' ", Wirtschaftswissenschaft und Futurologie (hier geht Flechtheim von K. W. Kapps Kritik an der Nationalökonomie aus: die systematische Trennung von ökonomischen und nicht-ökonomischen Faktoren, die Unterscheidung von Statik und Dynamik etc.), leistungsorientierter Zweckpessimismus, Positivisten und Konvergenztheoretiker, sozialethische Komponenten der Futurologie, Unterschiede zwischen Ideologie und Utopie und vieles mehr.

Keine „Wissenschaft" zuvor war so pluralistisch wie der Embryo Futurologie. Zukunft schließt Objektivität aus. Und noch etwas zeigt Flechtheims Wälzer, der aus Gründen seines Gegenstandes vieles nur antippen konnte: wie groß die Spannung linken Lebensgefühls heute ist: Zwischen Gerhard Zwerenz „Die neue Linke ist der Prolog des 3. Jahrtausends oder gar nichts" und jenem apokalyptischen Selbstverständnis, das ein Assistent des Filmregisseurs Antonioni in den Worten „Wir haben das Ende der Geschichte erwischt" zusammenfaßte.

Wie bedeutsam es ist, neben ökonomischen Wandlungen (Flechtheim geht z. B. nicht auf Milton Friedmans immer tieferen Einfluß gewinnende Theorien eines totalen Kapitalismus ein) die sozialpsychologischen Widersprüche des „Westens" futurologisch zu reflektieren, ahnt man nach den scharfsinnigen liberalen Interviews, die der Programmdirektor von Radio Bremen, Eckart Heimendahl, unter dem Titel „Zukunft im Kreuzverhör" gesammelt hat.

Robert Jungk stellt sich wieder einmal mit phantastischer Freude als eine Mischung aus verspieltem Visionär („Ich kenne verschiedene englische Architekten, wie z. B. Cederick Price oder die jungen Leute von der Archigram-Gruppe, deren ganze Tätigkeit darauf zielt, aus dem Wohnen ein ständiges Spiel zu machen, ja geradezu ein Fest. Und zwar wird da nicht nur daran gedacht, daß man Wände verschieben kann, sondern man plant die interessanten Lichteffekte ein. Man hat z. B. keine faßbare gegenständliche Tapete, man projiziert sie an die Wand. Je nach Stimmung kann man dann eine andere Tapete projizieren ... Sie kann traumähnliche Sequenzen bieten. Das Wohnen wird dann zum ‚Trip' ") und einem politischen Geist von Fall zu Fall („... solange wir dieses Bodenrecht haben, werden wir keine vernünftige Stadt bauen können ...")

Georg Picht geht davon aus, daß die „neuzeitliche Wissenschaft ... von Anfang an von dem Impuls zur Herrschaft geprägt worden ist, sie ist, wie ich manchmal sage, ‚Herrschaftswissen' ". Bedingungen und Forschungsansätze schreien allseits nach Überprüfung: „Ein großer Teil der Bedrohungen der heutigen Welt ergeben sich daraus, daß die Wissenschaft keine Theorie der Auswirkungen und Nebenwirkungen von wissenschaftlicher Forschung entwickelt hat." Wie wachsam kapitalistische Oligarchien die Emanzipation der Wissenschaftler abzuwürgen wissen, zeigen die jüngsten Vorgänge um Weizsäckers Starnberger Institut und die groteske pluralistische Einengung, der das Bonner Friedensforschungsprojekt unterliegt.

Mit einer Fülle naturwissenschaftlicher Konflikte wartet der Münchner Forscher Frederic Vester in seinem „Kreuzverhör" auf. Der plädiert für künstliche Organe statt Transplantationen, reflektiert — manchmal tragikomisch — über Antibabypille, Ärzteausbildung und Vaginalpessare. Faszinierend werden die Möglichkeiten der Bionik angerissen: „Die Natur gezielt durchforschen nach Möglichkeiten, biologische Systeme in der Technik anzuwenden." Und Hasch-Konsumenten finden in Vester einen originellen kritischen Anwalt: Die psychologische Bequemlichkeit vieler Ärzte, mit dem Verabreichen von Librium oder Valium Kinder oder vielmehr sich selbst zu be-

ruhigen, wird goutiert, weil hier die Innenfeind-Produktion schwieriger ist. Vester: „Denn in dem Moment macht man etwas, was überhaupt noch nicht ganz durchdacht ist. Man nimmt dem Kind die Möglichkeit, seine Angst selber zu bekämpfen, und ersetzt das durch die Chemie. Und das ist meiner Ansicht viel unmenschlicher. Ich glaube, daß in Praxis heute in allen Kliniken laufend irgendwelche Beruhigungsmittel gegeben werden, sei es auch nur eine Schlaftablette. Und dies nicht zuletzt aus dem Grunde, damit die Patienten nicht so viel fragen, damit alles schön läuft..." Wenn Vester die Maßnahmen der Menschenzucht und genetischen Manipulation mit der Frage nach dem Gesellschaftssystem verknüpft, so zeigen jüngste Äußerungen des ehemaligen Präsidenten der Arbeitgeber, Prof. S. Balke, wie brutal und bürokratisch das biologische Management kapitalistischer Provenienz aussehen kann.

Balke in der „Welt": „Bedarfskomplexe werden in nicht zu ferner Zukunft wahrscheinlich mitbestimmt durch die Möglichkeiten genetischer Manipulationen am Menschen, was die Frage aufwirft, welcher Art die biotechnisch beeinflußbaren Menschen der Zukunft sein werden." Qualitative Impulse seien für die Art der Bedarfskomplexe ebenso maßgebend wie die quantitativen der Bevölkerungsexplosion. „Wenn sich etwa die Staatsgewalt ganz allgemein der Biotechnik ebenso bedient wie heute schon vielfach in der Bevölkerungspolitik, so wird die Frage, wer ‚the race between the pill and the bomb' gewinnt, zu einem Führungsproblem." Es ist gewiß nicht vermessen, wenn Balke bei Bedarfskomplexen auch an Führungskräfte der Wirtschaft und deren Fortpflanzung denkt.

Die Professoren Wilbrandt (Bevölkerungsexplosion), Steinbuch (Informationstechnik und Gesellschaft), Lüst (Weltraumforschung), Bahrdt (Weltgesellschaft?), Weizsäcker (Internationalisierung der Wissenschaft) und Hartmut v. Hentig (Reflexionen über die gesellschaftlichen Zusammenhänge von Arbeit, Bildung und Freizeit) runden die Interview-Sammlung geschickt und anregend ab.

Der US-Historiker Frank E. Manuel legt mit einem linksliberalen Panorama von 13 Autoren die meines Wissens wichtigste Schrift zur gesellschaftlichen Funktion der Utopie vor. Erfrischend die Überlegungen des 72-jährigen Fachkollegen Crane Brinton zum Thema „Utopie und Demokratie": als Musterbeispiel futurologischer Ohnmacht verweist Brinton darauf, daß „der Einfluß der literarischen Utopie nicht bis zum sozialen Experiment gereicht habe". Die Harvard-Professorin Judith Shklar verweist auf einen anderen politisch deprimierenden Aspekt utopischer Erkenntnis: „Ihre (der Utopie) ästhetische und intellektuelle Spannung entsteht gerade aus dem Gegensatz zwischen dem, was sein könnte, und dem, was sein wird." Dennoch: im Umkehrschluß vermögen die Beiträge, so unterschiedlich ihr Erkenntnisniveau ist, demokratische Phantasie zu mobilisieren — so ausgegoren ist das Problembewußtsein zur Eugenik und zum „Nutzen der Utopie für Reformer" ja noch nicht. Es bleibt zu hoffen, daß sich bald ein liberaler Taschenbuch-Verlag des reichlich teuren Bandes annimmt.

Ein zynischer futurologischer Erguß ist derweil zum Anpassungs-Bestseller gediehen: „Der Zukunftsschock". Und selten hat ein Autor aus dem systempädagogischen Sinn seiner Gedanken weniger Hehl gemacht als Alvin Toffler: „Dieses Buch zeigt, wie es Menschen ergeht, die von Veränderungen überrumpelt werden." Mir ist bereits nach einigen Dutzend Seiten ziemlich dumm ums Hirn geworden, und als ich auf Seite 42 las: „Ein Großteil menschlichen Verhaltens beruht darauf, daß der einzelne den Lebensrhythmus, den ihm die Gesellschaft oder Gruppe, der er angehört, aufzwingt, begrüßt oder ablehnt", hab ich das Wünschelrutengehen vorgezogen. Soviel Spott auf kritische Sensibilität ist Zeitverschwendung.

Ulrich Greiwe

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Karl Marx, Ökonomische Schriften. Herausgegeben von Karl Kühne. Kröner Verlag, Stuttgart, LXXXVII, 392 S., Ln. 19,80 DM (Kröners Taschenausgabe, Bd. 411).

Fernseh-Spalte

CATCH ODER MATCH?

Ausgerechnet Springers „Funk Uhr" (1/1971) entrüstete sich über „die Verwilderung der Sitten auch im Fernsehen". Andere Pressekommentare verrieten ebenfalls Mißbilligung: „mieseste Veranstaltung am Fernsehschirm" (FAZ), „schmutzige Wäsche" („Stuttgarter Zeitung"), „fragwürdige Praktiken" („Handelsblatt"). Eine selten abgewogene Darstellung brachte indessen der „Spiegel" (52/1970). Und die „Süddeutsche Zeitung" kam zumindest einmal dem Kern der Sache nahe, als sie reklamierte, daß der Streit zwischen Nannen und Löwenthal (im „ZDF-Magazin" vom 16. 12. 1970) kaum Informationswert hatte. Schließlich ging es, schlicht gesagt, um Kriegsverbrechen. Oder doch nicht? Ob „völkerrechtlich" anfechtbar oder nicht — die vom ZDF und vom „stern" mit jeweils anderen Akzenten interpretierte Meinung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen kann doch keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß jedes derartige Kill-in ein dreckiges Verbrechen war.

Spät, sehr spät holte Löwenthal zu einem Schlag aus, der sich im übrigen als Bumerang erwies. Von den Anschuldigungen des ZDF blieb nichts als ein bißchen saure Spucke mit vagen moralistischen Ingredienzien. Zwar läßt sich die Zugehörigkeit des Nannen-Getreuen Hans Weidemann zur Waffen-SS nicht leugnen. Zwar ist es typisch, daß dieser Weidemann (Träger des goldenen Parteiabzeichens und stellvertretender Gauleiter von Essen; diese Information habe ich aus dem „Mannheimer Morgen" vom 4. 12. 1970) als Leiter der Aktion „Jugend trainiert für Olympia" auftritt. Zwar kann man es nur als peinlich bezeichnen, daß der „stern"-Artikel (53/1970) über den „Fall Löwenthal" mit den vor Krokodilstränen wässerigen Zeilen schließt: „Der Mann aber, der Biscazzo hängen ließ, der ihn nach dem — gewiß grausamen — Kriegsrecht zum Tode verurteilt hatte, eben jener ehemalige Hauptmann Lembcke, sah die zweite Sendung, fühlte sich als Mörder bezeichnet und bekam einen Herzinfarkt. Das jedenfalls hat Löwenthal geschafft." (Man lese dieses Geschwafel zwei-, dreimal. So glaube ich auf einen Kommentar verzichten zu können.) Zwar besteht kein Anlaß, für den „stern" auf die Barrikaden zu gehen. Aber — in diesem speziellen Fall (und nur um diesen geht es mir hier) war Nannen nicht nur der bessere, gewichtigere, couragiertere Streiter. Er durchbrach auch endlich das Ritual der Scheinobjektivität im bundesrepublikanischen Fernsehen, entlarvte mit einem Schlage das euphemistisch als Diskussion bezeichnete Genre. Wo sonst immer sorgfältig ausgewählte Leute auf sorgfältig formulierte Fragen mehr oder weniger sorgfältig „ich würde sagen" sagen, machte plötzlich jemand tabula rasa. Und das war imponierend, war ein erfrischendes Ereignis innerhalb der elitären Regeln des üblichen Frage- und Antwortspiels. Deshalb kann ich auch über das konsternierte Getue der braven Kritiker nur lachen. Soviel zur „Verwilderung der Sitten". Die Auseinandersetzung selbst war wohl nur möglich, weil Nannen die Möglichkeit hatte, wie er selbst sagte, „eine Redaktion, Rechercheure, Dolmetscher und so was anzusetzen ..." Ohne diesen Apparat wäre er zunächst einmal ohnmächtig gewesen. Und das spricht zweifellos gegen Löwenthal, der seine Motive ja selbst politisch nannte und den „Hüter der Demokratie" treffen wollte, der „prominente Politiker, darunter Lübke und Kiesinger, sowie den Weihbischof Defregger ... scharf angegriffen" habe (zitiert nach „Mannheimer Morgen" vom 4. 12. 1970). Rache für Defregger, Lübke, Kiesinger? Das würde bedeuten — ich sage nicht: es bedeutet —, daß Löwenthal seine zweifellos weiße Weste (die er als NS-Opfer aufzuweisen hat) böse mißbraucht. Es ist ihm nie eingefallen, den Herrn Defregger im Namen der demokratischen Moral, wie es sich gehört hätte, zu brandmarken. Aber eine Menge ist ihm eingefallen, wenn es galt, die Ostpolitik der Bundesregierung, deren Verhältnis zur Bundeswehr, gewerkschaftliche und studentische Belange usw. abzuwerten. „Unabhängigkeit", „Furchtlosigkeit", „saubere Recherchenarbeit", „Verantwortungsbewußtsein" hat sich Löwenthal im „ZDF-Journal" vom 12. 1. 1970 selbst bescheinigt. Goethe: „Allgemeine Begriffe und großer Dünkel sind immer auf dem Wege, entsetzliches Unglück anzurichten."

E. H. Wahl

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut des Aktionsprogramms des Verbandes Deutscher Studentenschaften (vds), beschlossen auf der Außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 6. bis 8. November in Marburg

Die Außerordentliche Mitgliederversammlung des vds vom 6.—8. November 1970 in Marburg brachte einen bedeutsamen Schritt zur Vereinheitlichung dieses Dachverbandes der Studenten in der BRD. Neu in den Vorstand gewählt wurden Gerd Köhler (Göttingen, SHB) und Dirk Krüger (Wuppertal, Spartakus). Die bisherigen Vorstandsmitglieder Bernhard v. Mutius (Marburg, SHB) und Steffen Lehndorff (Köln, SHB) blieben im Amt. Neben einer Reihe von Anträgen beschloß die Mitgliederversammlung auf Vorschlag der allgemeinen Studentenausschüsse Uni und PH Bonn, Uni Bochum, Uni Frankfurt, Uni Freiburg, Uni Gießen, Uni Göttingen, HWP Hamburg, TU Hannover, TU Karlsruhe, Uni Marburg, PH München, PH Weingarten, EWH Worms, PH Wuppertal und Uni Würzburg das folgende Aktionsprogramm „Für einen starken vds — im Kampf gegen Rechtskartell und Formierung des Wissenschafts- und Bildungssektors". D. Red.

Zur Entwicklung einer umfassenden Interessenvertretung muß gegenwärtig der Kampf aller progressiven Kräfte im Hochschulbereich mit der Hauptorientierung gegen das Rechtskartell und seine Ableger an den Hochschulen (Bund Freiheit der Wissenschaft, CDU-Studentengruppen) sowie gegen die Formierung des Wissenschaftssektors eingeleitet werden.

In diesem Sinne schlagen die Unterzeichner der Marburger MV des vds ein Aktionsprogramm vor:

Der vds ruft im November 1970 zu einem Kongreß nach Bad Godesberg auf, der breiteste Kreise von Hochschulangehörigen (unter Beteiligung von Arbeitervertretern) gegen das Rechtskartell und seine Ableger an den Hochschulen mobilisiert (am 18. 11. konstituiert sich in Godesberg der Bund Freiheit der Wissenschaft). Er soll konkrete Forderungen an die sozialdemokratische Regierung zur Veränderung des Hochschulrahmengesetzes artikulieren und die demokratische Lösung der Hochschulreform im Interesse des arbeitenden Volkes sichtbar machen. Er soll der Vereinheitlichung und Verbreitung der demokratischen Oppositionsbewegung im Hochschulbereich dienen. Von ihm sollen vielfältige örtliche Initiativen (gegen rassistische und neonazistische Lehrinhalte, für Mitbestimmungsrechte, gegen Kriegsforschung etc.) ausgehen.

*

Als konkrete Projektebenen der publizistischen Informationstätigkeiten (wöchentlich erscheinende vds-press, Dokumentation zu einzelnen Themen) sind im Wintersemester vom vds anzugeben:

— Seminar über die strategischen Ziele und örtlichen Konsequenzen von HIS- und Hochschulstatistikgesetz und die Erarbeitung von Vorschlägen für das örtliche Vorgehen in dieser Frage;

— Seminar über Probleme eines zentralen Didaktik-Instituts sowie über bundesweit einheitliche Studien- und Prüfungsordnungen und ihre Auswirkungen auf die Fachbereichs- und Berufsanforderungen;

— Seminar über Neugründungsverfahren zwecks Vereinheitlichung unserer Strategien (in Zusammenarbeit mit SVI und ggf. BAK);

— Seminar über Gesamthochschulbereich, und zwar a) über Fragen der Lehrerausbildung mit Uni- und PH-Studenten gemeinsam und b) Ingenieurausbildung und TU- und TH-Studenten;

— Permanente Fortführung der bereits vom letzten vds-Vorstand begonnenen Sozialumfrage (Mietprobleme usw.) in

Zusammenarbeit mit den örtlichen Sozialreferaten zwecks Koordination von Mieteraktionen und Maßnahmen gegen das Ausbildungsförderungsgesetz;

— Kontaktaufnahme mit dem DGB (besonders der Gewerkschaftsjugend), SDAJ etc. insbesondere zum Austausch von Erfahrungen über Berufsbildungsgesetz, Ausbildungsförderungsgesetz, Erwachsenenbildung usw.;

— Durchführung von Regionalseminaren und regelmäßigen AStA-Treffen, allmähliche Koordination von Aktionen, besonders für Mitbestimmungsrechte und gegen das Hochschulrahmengesetz.

Darüber hinaus Umfragen über Arbeitsbedingungen allgemein, Prüfungsordnungen, Institutionssatzungen und Analysen von Hochschulgesetzen, Stand der Diskussion über die Studien- und Berufsproblematik, Lage der Studentenbewegung am Ort, Erfolg einzelner Aktionen und Initiativen.

Im Rahmen der publizistischen Tätigkeit werden solche Auswirkungen den örtlichen ASten, politischen Gruppen etc. zugänglich gemacht.

Der vds nutzt gleichfalls die vorhandenen Möglichkeiten der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Artikulation und Propagierung der Forderungen der demokratischen Studenten und zur Entlarvung der Maßnahmen des Klassengegners besonders im Ausbildungsbereich.

*

In einigen wichtigen Arbeitsgebieten muß der Zusammenhang von Vorlauf und Erfahrungsaustausch in Form von kontinuierlich arbeitenden Projektbereichen überregional organisiert werden. Die Schaffung der Projektbereiche kann nicht orientiert werden an abstrakt-schematischen Kriterien oder ständisch-fachspezifischen Interessen (z. B. Wiedereinrichtung der Fachverbände). Die Projektbereiche müssen aufgebaut werden anhand der Ausbildungssituation im Hochschulbereich und den späteren Berufspraxisfeldern. Die praktische Arbeit dieser Projektbereiche wird sich nicht mehr nur beschränken auf Informationen und Erfahrungsaustausch, sondern wird mit der Durchsetzung der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung immer mehr auch in gemeinsamer Praxis bestehen (z. B. Projektbereich Lehrerausbildung), wobei die späteren gewerkschaftlichen Organisationsformen erst das Ergebnis dieser Entwicklung sein können.

Darüber hinaus muß es Projektbereiche geben, die sich mit der Praxis kapitalistischer Wissenschaftsverwertung (z. B. Kriegsforschung, Technologie) befassen und mit ihren Ergebnissen einen unterstützenden Beitrag zum antiimperialistischen Kampf leisten.

Der Beitrag der Studenten zum antiimperialistischen und antifaschistischen Kampf — verstanden als Einheit — hat primär am eigenen Arbeitsplatz, der Hochschule, in der Auseinandersetzung mit rassistischen, imperialistischen und neofaschistischen Lehrinhalten, mit Kriegs- und Rüstungsforschung, Militarisierung und psychologischer Kriegsführung etc. einzusetzen.

Der vds hat hier in Zusammenarbeit mit den ASten und Projektbereichen die Funktion der zentralen Initiierung, Koordinierung und Weiterführung bestehender Initiativen. Er wird dabei vor allem auf eine Aktionseinheit mit anderen antiimperialistischen und demokratischen Kräften, vor allem den Organisationen der Arbeiterbewegung, hinarbeiten. Er nimmt daher Kontakte zu Arbeiter- und Jugendorganisationen auf, zwecks Einleitung gemeinsamer oder gleichgerichteter Aktionen gegen Kriegsproduktion und -forschung.

Der vds unterstützt in jeder Beziehung die Bewegungen gegen die US-Aggression in Indochina und die Antikriegsbewegung in den USA. Er übt in jeder Beziehung praktische Solidarität mit den nationalen Befreiungsorganisationen. Insbesondere nimmt er aktiv teil und unterstützt die Kampagne gegen die Beteiligung des BRD-Imperialismus an der Ausbeutung der von Portugal unterdrückten afrikanischen Staaten (Cabora bassa).

Der vds nimmt Kontakte zu sozialistischen Studentenorganisationen anderer Länder auf, vornehmlich zur FDJ in der DDR (bzw. setzt sie fort), mit dem Ziel, die Gemeinsamkeiten des antiimperialistischen und antifaschistischen Kampfes auszuwerten und zu entwickeln, und um die Anerkennung der DDR in der Praxis voranzutreiben.

Begründung:

Das Kartell der extremen Rechtskräfte, Strauß und Barzel, die militaristische Bundeswehrgeneralität, die Berufsvertriebenen und die Presse des neuen Hugenberg, die CSU/CDU, NPD und NLA, bereiten systematisch den Sturz der sozialliberalen Regierung vor, um wieder selbst an die Schalthebel der Machtausübung zu gelangen. Hinter ihnen stehen die aggressivsten und reaktionärsten Kreise des westdeutschen Großkapitals, die Vertreter des in Bayern zentralisierten Militär-Industriekomplexes. Ihnen geht es darum, die Sicherung des Friedens in Europa zu verhindern, den Moskauer Vertrag zu torpedieren und ihre ökonomische und politische Macht durch ein Programm von law and order, durch eine stockreaktionäre Variante der Machtausübung gegenüber den demokratischen Forderungen immer breiterer Kreise der Bevölkerung abzusichern.

Mit nationalistischer Hetze und sozialer Demagogie, mit hemmungslosem Antikommunismus wollen sie verlorene Wählerschichten wiedergewinnen und sich als einzige politische Alternative aufbauen. Mit der Abwerbung von Abgeordneten versuchen sie das parlamentarische Kräfteverhältnis zu verändern und ein zweites „Kabinett der nationalen Konzentration" vorzubereiten. Nachdem die NPD durch die Aktionen der demokratischen Kräfte als offen neonazistisch entlarvt und damit zeitweise als Sammelbecken und Reservoir der Rechtskräfte außerhalb der CDU/CSU untauglich wurde, soll durch eine Umgruppierung der Kräfte und die Neugründung einer rechtsextremen Partei die rechte Flankensicherung für den Sturz der Regierung vorgenommen werden.

Im Interesse von Frieden und Sicherheit in Europa darf es für die CDU/CSU keinen Weg zurück in die Regierung geben. Der Wille breiter Kreise der Bevölkerung, die 20jährige CDU-Herrschaft zu beenden, erzwang den Regierungswechsel. Von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung erwartete die Masse ihrer Wähler echte Entspannungsschritte und die Beseitigung der Folgen der CDU-Herrschaft, insbesondere im Bereich der Sozial- und Bildungspolitik.

Die Septemberstreiks, die Lohnkämpfe der Arbeiter in den letzten Wochen, die Welle der Warn- und Proteststreiks, die Bewegungen gegen Mietwucher und Preistreiberei zeigen die wachsende Bereitschaft der Bevölkerung, für gemeinsame Forderungen solidarisch und organisiert zu handeln.

*

So muß die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, deren entscheidende soziale Basis in der Arbeiterklasse liegt, notwendig zwischen den Erwartungen und Forderungen ihrer Wähler und ihrer selbst beanspruchten Rolle als gegenüber der CDU besserer Sachwalter der Monopolinteressen in eine Schere geraten. Für das Großkapital ist sie nur dann weiter akzeptabel, wenn es ihr gelingt, die Arbeiterklasse und ihre potentiellen Verbündeten zu befrieden und durch Schaffung neuer Idendifikationsmöglichkeiten die antiimperialistische Bewegung an das spätkapitalistische System zu binden. Gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen vom Monpolkapital bedrohten Schichten kann sie diese Integrationsfunktion nicht mehr erfüllen, wenn sie sich einzig an den Monopolinteressen orientiert, wenn sie zuläßt, daß Mieten, Preise und Profite steigen.

Die Demagogie der Rechtskräfte, die versuchen, die soziale Unzufriedenheit zur Verbreiterung ihrer politischen Basis, zum Sturz der Regierung und zur Verhetzung der Bevölkerung gegen Frieden und Entspannung in Europa zu nutzen, ist nur durch die Aktivität und Selbständigkeit der arbeitenden Bevölkerung im Kampf um die unmittelbarsten sozialen Interessen gegen Lohnraub, Preis- und Mietwucher zu entlarven. Das ist gegenwärtig auch die Voraussetzung für die Mobilisierung aller Volkskräfte für Frieden und Entspannung in Europa.

Einerseits kann die Arbeiterklasse in den gegenwärtigen Kämpfen langsam lernen, daß auch sozialdemokratisch geführte Regierungen die Politik des Klassengegners der Arbeiter betreiben, den sie im Betrieb schon erkennen, andererseits darf sie keine Rückkehr der CDU/CSU in die Regierung zulassen. Denn der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten kann es nicht gleichgültig sein, welche spezifische Form die Herrschaft der Großbourgeoisie annimmt, ob es Strauß und Barzel gelingt, die gegenwärtige durch eine reaktionäre Variante bürgerlicher Machtausübung zu ersetzen. In diesem Zusammenhang gewinnen die sozialen Kämpfe für höhere Löhne und niedrigere Mieten politische Bedeutung. Sie können zur wachsenden Einsicht in der Rolle des Staates innerhalb größerer Kreise der Arbeiterklasse und der demokratischen Bewegung überhaupt führen und diese damit einen Schritt an die entscheidende Frage der Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten heranführen.

Sie können und müssen unmittelbar dazu führen, daß die Regierung in einen Zugzwang gerät, der sie selbst rettet und damit dem Rechtskartell den Marsch auf das Palais Schaumburg verbaut. Die Frage, ob diese Regierung gezwungen werden kann, sich auf die sozialen und politischen Forderungen der arbeitenden Bevölkerung zu orientieren, spitzt sich gegenwärtig zur Frage des Überlebens dieser Regierung zu.

Ohne diese Selbsttätigkeit der arbeitenden Bevölkerung wird diese Regierung — auf Grund ihrer Orientierung an den Monopolinteressen — sich notwendig von ihrer eigenen politischen Basis isolieren und sich damit das Schicksal der Wilson-Regierung bereiten, wobei Strauß schlimmer ist als Heath. Nur durch die demokratische Aktivität der Volksmassen kann diese Regierung in diesen Zugzwang gebracht werden, der sie in stärkerer Abhängigkeit von den demokratischen Interessen der Volksmehrheit geraten läßt; damit wird aber hier und heute eine entscheidende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses der Klassen — keineswegs schon der Machtverhältnisse! — zur realen Perspektive für den Kampf der demokratischen und sozialistischen Kräfte. So kann und muß der Abwehrkampf gegen das Rechtskartell offensiv gewendet werden, so kann er zur Verbreiterung der demokratischen Bewegung auch in anderen Fragen führen.

*

In dieser Auseinandersetzung erlangt der Kampf im Wissenschafts- und Bildungssektor zunehmende Bedeutung. Nach der Restaurierung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik begann ein immer schneller werdender Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals. Immer mehr ökonomische und damit politische Macht konzentriert sich in immer weniger Händen.

Großkonzerne wie Siemens, AEG, BASF, Farbwerke Hoechst, Bayer-Leverkusen, Rüstungsgruppen wie Flick und Messerschmidt-Bölkow-Blohm beuten in immer größerem Ausmaß die Arbeiterklasse aus und bestimmen über ihre Vertreter in der Ministerialbürokratie und den anderen staatsmonopolistischen Planungs- und Lenkungsgremien die Landes- und Bundespolitik in ihrem Profitinteresse. Immer stärker verschmelzen Monopol- und Staatsmacht. Dieses Profitinteresse der Monopole herrscht auch im Bereich der Wissenschaft und Bildung, der durch seine immer engere Einbeziehung in den Produktionsprozeß bei gleichzeitig zunehmender Vergesellschaftung der Produktion zu einem entscheidenden Faktor für das Wirtschaftswachstum wird. Rechtsradikalismus, Aggressivität des Staats- und Polizeiapparates, Abbau der Demokratie, Formierung aller gesellschaftlichen Bereiche haben ihren gemeinsamen Ursprung in dieser Macht der Monopole.

Die Übernahme der Regierung durch die SPD/FDP-Koalition hat an diesen Machtverhältnissen nichts geändert.

Die Formierung des Wissenschafts- und Bildungssektors ist jedoch in der von Klassengegensätzen zerrissenen gesellschaftlichen Wirklichkeit Westdeutschlands selbst widersprüchlich. Sie ist ein notwendig gewordener Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise nach einer Phase extensiven wirtschaftlichen Wachstums während der 50er Jahre, in der die Vernachlässigung der wissenschaftlichen Ausbildung, Forschung und Entwicklung späteres Wachstum erheblich beeinträchtigte. Die CDU und ihre Auftraggeber in den Konzernspitzen konnten vor lauter boom nicht über den Horizont der kurzfristigen Profitmaximierung blicken; so daß ihnen im Verlaufe der 60er Jahre Technologien und wissenschaftliche Kader sowohl zur Weiterentwicklung traditioneller als auch zur Schaffung neuer Produktionszweige zu fehlen begannen, ohne die sie im internationalen Konkurrenzkampf und der sich verschärfenden Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus nicht mehr bestehen konnten.

Der von der CDU beschrittene Lösungsweg erwies sich trotz steigender finanzieller Aufwendungen, vor allem für die staatliche Schwerpunkt-Forschungsförderung, insgesamt als Sackgasse. Die wissenschaftliche Ausbildung sollte allein durch zunehmenden Leistungsdruck an Stelle von strukturellen Reformen „rationalisiert" werden. So verschärften sich nicht nur die wirtschaftlichen Widersprüche in der BRD, sondern es entwickelte sich ein entschiedener demokratischer Widerstand im Ausbildungssektor.

*

Das Programm der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung mußte deshalb die Durchsetzung struktureller Maßnahmen, die als Reformen ausgegeben werden und eine Effektivierung und eine bessere Unterordnung von Forschung und Lehre unter die imperialistische Politik zum alleinigen Ziel haben, verbinden mit der gleichzeitigen Verminderung sozialer Konflikte im Wissenschafts- und Bildungsbereich, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Bildungsprivilegs und der reaktionären Bildungsinhalte.

Ein derartiges Programm versucht jedoch, Unvereinbares miteinander zu vereinen:

Das demokratische Interesse an Mitbestimmung und Kontrolle der Ziele und Inhalte von Forschung und Ausbildung steht in schroffem Gegensatz zu den Profit- und Herrschaftsinteressen des Großkapitals.

Die Widersprüchlichkeit zeigt sich darin, daß einerseits eine Erhöhung der wissenschaftlichen Qualifikation notwendig ist, dies andererseits nur zu einem partiellen Zuwachs an Wissen führen darf, nicht jedoch zur Einsicht in die gesellschaftlichen Prozesse und zur Erkenntnis der eigenen Klassenlage.

So soll einerseits der wachsende Einfluß von Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus neutralisiert werden, andererseits wird die sozialistische Alternative direkt erfahrbar, wird der Druck der Systemkonkurrenz gerade auf dem Gebiet der Wissenschaftsorganisation besonders stark. Einerseits sollen die imperialistischen Ausbeutungs- und Machtverhältnisse im Sinne einer Klassenharmonisierung verschleiert werden, andererseits verschärft die staatsmonopolistische Formierung die Klassenpolarisation.

Einerseits soll der imperialistische Staat als „sozial-gerechte menschenwürdige, moderne Industriegesellschaft" hingestellt werden, andererseits wird das wahre Gesicht des Imperialismus, seine Aggression nach außen (Vietnam) und seine Reaktion nach innen immer sichtbarer.

Einerseits ist das Monopolkapital gezwungen, auf Grund der wachsenden inneren und äußeren Labilität und auf Grund der durch die Unterdrückung bedingten schmalen sozialen Basis seinen Herrschaftsmechanismus vor möglichen Einflüssen demokratischer Kräfte abzuschirmen, andererseits braucht der Imperialismus auf Grund der wissenschaftlich-tech-

nischen Revolution eine qualifizierte Gefolgschaft, die sich nicht mehr nur passiv verhält, sondern die sich mit den ihr feindlichen Monopolinteressen identifiziert und zum aktiven Kämpfer für die Herrschaftssicherung des Monpolkapitals wird.

Einerseits soll jede Mitbestimmung in Wissenschaft und Planung verhindert werden, andererseits verlangt die wissenschaftlich-technische Revolution die Einbeziehung der Produzenten in Planung und Organisation der Produktion.

*

Der sich dadurch ergebende Widerspruch, den individuellen Spielraum an der Basis vergrößern zu müssen, d. h. bestimmte Mitbestimmungselemente zugestehen zu müssen, ihn aber gleichzeitig auf nichtentscheidende Fragen einschränken und in Mitwirkung umfunktionieren zu müssen, eröffnet aber gerade den demokratischen Kräften einen Aktionsspielraum, der, richtig genutzt, einen entscheidenden Schritt zur Zurückdrängung der Macht der Monopole bedeuten kann. Auch die studentische Mitbestimmung ist eine Position, von der aus der Kampf um studentische antimonpolitistische Interessen offensiv geführt werden kann, von wo aus Forderungen, die über die zugestandene Mitwirkung hinausgehen, durchgefochten werden können.

Die Politik der SPD, die auf die Integration der Arbeiterklasse und aller anderen Klassen und Schichten in das staatsmonopolistische System und auf die Gewinnung breitester Bevölkerungskreise zum politischen Engagement für das imperialistische System zielt, birgt damit für das Monopolkapital die „Gefahr" in sich, neue demokratische Kräfte zu wecken und den demokratischen Kräften günstigere Ausgangspositionen für einen offensiven Kampf für die Demokratie zu verschaffen, die allerdings der Gefahr der Liquidierung bei Verschiebung der Kräfteverhältnisse unterliegen. Hauptaufgabe antimonopolistischer Massenpolitik ist es darum, die politische Aktivierung im Sinne der Systemstabilisierung mit der Aufstellung demokratischer Forderungen und Gegenkonzeptionen zu beantworten, die im aktiven Massenkampf in der Mehrheit der Studentenschaft verankert werden müssen.

Im Kampf für diese Forderungen, im Kampf gegen undemokratische und autoritäre Strukturen an den Hochschulen, für Mitbestimmung und demokratische Bildungsinhalte hat die fortschrittliche Studentenbewegung im Laufe der Zeit die Erfahrung gemacht, daß sie demselben Gegner gegenübersteht wie die Kollegen in den Betrieben und Büros. Dieser Gegner, das aggressive und volksfeindliche Monopolkapital, unterwirft im Rahmen der kapitalistischen Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution Forschung und Wissenschaft und deren Träger, die Intelligenz, seinen Bedingungen, nämlich: Lohnabhängigkeit, den Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals. Damit wird das Monopolkapital zum Gegner auch des überwiegenden Teils der Intelligenz.

*

Der Mehrheit der wissenschaftlich-technischen Intelligenz steht nur noch die soziale Perspektive späterer Lohnarbeit offen. In ihrer sozialen Lage nähert sich die wissenschaftlich-technische Intelligenz der Lage der Arbeiterschaft an. Obwohl einige ideologische, statusmäßige und wirtschaftliche Differenzen Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz von Industriearbeitern noch trennen, obwohl diese Differenzen durch die soziale Herkunft großer Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im Bewußtsein noch verstärkt werden, ist der Prozeß der sozialen Annäherung an die Arbeiterklasse das Hauptkennzeichen der sozialen Lage der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Dies ist von der Mehrheit der Studenten in Ansätzen der Pression und Repression hinsichtlich der Studienbedingungen und der sozialen Lage schon am studentischen Arbeitsplatz erfahrbar. (Zur theoretischen Differenzierung vgl. Projektbereichs-Info Bildungsplanung, Oktober 1970, S. 388). Das ist die objektive Basis, von der her sich der antimonopolistische Massenkampf an den Universitäten materiell begründet, der in seiner historischen Perspektive nur als bewußter Kampf für den Sozialismus geführt werden kann. Von hier leitet sich auch ab, daß, welche Praxis sozialistische Studenten auch außerhalb der Hochschulen

betreiben, der Hauptkampf sozialistischer Studenten an den Hochschulen stattfindet. Der bedeutendste Beitrag sozialistischer Studenten im antiimperialistischen Kampf ist der Kampf um die Demokratisierung des Ausbildungssektors.

Die Herausarbeitung konkreter Strategien, politischer Kampfformen kann selbstverständlich nur Ergebnis des umfassenden Studiums aller Bedingungen der Klassenauseinandersetzungen in den jeweiligen Teilgruppen und Teilbereichen sein, die auch die spezielle soziale Lage und Berufsperspektive und politische Reife der Auseinandersetzung berücksichtigt.

Die Befreiung der Intelligenz ist ohne Befreiung der Arbeiterklasse nicht möglich, da ohne die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse die kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht beseitigt werden können. Die Intelligenz muß deshalb der Arbeiterklasse im Kampf für die sozialistische Gesellschaft nicht nur zur Seite stehen, sondern dieser Kampf ist auch ihr Kampf. Denn nur in der sozialistischen Gesellschaft ist die Ausbeutung beseitigt, und damit auch die Ausbeutung der Intelligenz. Als Hauptträger der Produktion in der kapitalistischen Gesellschaft und damit als Hauptgegner der Monopolbourgeoisie muß die Arbeiterklasse die führende Rolle während dieses Kampfes wahrnehmen. Mit dem wissenschaftlichen Sozialismus hat die Arbeiterklasse die Möglichkeit, diesen Kampf zu planen, zu führen — und zu siegen. Unabhängig von den Konsequenzen, die einzelne Abteilungen dieser Bewegung aus dieser Einsicht zogen, ordnete sie sich selbst damit in der Tendenz ein in die Bewegung der Arbeiterklasse und aller vom Monopolkapital unterdrückten Schichten gegen die Politik des Imperialismus nach innen (Notstandsgesetze, Meinungsmanipulation) und nach außen (Vietnam, das Regime des Reza Bluthund etc.). In der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Sozialismus und der Demokratie einerseits und des Imperialismus und der Reaktion andererseits im nationalen und internationalen Maßstab steht verschärft die Notwendigkeit, nicht hinter die positiven Ansätze der „alten" Studentenbewegung zurückzufallen, sondern durch das Abstreifen der linksradikalen Eierschalen einen Beitrag zur Weiterentwicklung des antiimperialistischen Kampfes in der BRD, zur Abwehr des Rechtskartells, zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu leisten.

*

Dieser Beitrag der Studenten erlangt jedoch nur seine volle Wirksamkeit, wenn er aus ihrem sozialen Ort Hochschule heraus entwickelt wird, wenn er fest mit dem unmittelbar materiellen Interesse der überwiegenden Mehrzahl der Studenten verbunden wird.

Studenten sind zunächst interessiert an der Sicherung vorhersehbarer Arbeitsplätze und an der Kenntnis ihrer inhaltlichen Anforderungen, sie sind weiterhin interessiert an einer entsprechenden Ausbildung, die den einmal eingenommenen Arbeitsplatz über einen längeren Zeitraum absichern kann. Sie sind interessiert an der Ermöglichung weitgespannter Disponibilität, die ein unter Umständen notwendig werdendes Kontaktstudium miteinschließt. Sie sind darüber hinaus interessiert an der Absicherung des Studienplatzes und vor allem am Abbau der durch die von den Monopolen verschärften Konkurrenzsituation innerhalb der Studentenschaft und des sich verschärfenden Leistungsdrucks.

Im Kampf für die Herstellung und Gewährleistung der sozialen und materiellen Grundlagen einer wissenschaftlichen Ausbildung für die Studenten und weite Teile der Bevölkerung, für die Demokratisierung des Bildungswesens und die Zurückdrängung reaktionärer Bildungsinhalte geraten immer größere Teile der Hochschulintelligenz in Widerspruch zur Politik der Monopole und werden so in die Lage versetzt, ihr gemeinsames Interesse mit der Arbeiterklasse an der Bestimmung der Inhalte von Produktion und Wissenschaft zu erkennen. Diese Stoßrichtung kann der demokratische Kampf an der Hochschule nur erhalten, wenn er als organisiertes und solidarisches Handeln im Hochschulbereich auf gewerkschaftliche Organisierung im Beruf vorbereitet, wobei als gewerkschaftliche Organisierung die aktive Mitarbeit in einer DGB-Gewerkschaft zu verstehen ist.

In dem Maße, wie der Hochschulkampf eine gewerkschaftliche und demokratisch-antimonopolistische Stoßrichtung erhält, treten die im Hinblick auf spätere soziale Differenzierungen im Hochschulbereich sich entwickelnden Interessendivergenzen als politische Gegensätze zu Tage. Gewerkschaftliche Orientierung unserer Massenpolitik heißt darum, ausgehend vom Kampf um materielle Interessen, die politische Frage der Demokratisierung der Hochschulen zusammen mit der Frage der Entwicklung gewerkschaftlichen Bewußtseins bei den Studenten zu stellen.

Von daher tendiert ein gewerkschaftlich orientierter Massenkampf an den Hochschulen auf die Einheit von politischem und ökonomischem Kampf hin, was sich praktisch allerdings erst in der Entwicklung von Massenkämpfen herstellen kann. Damit wird dieser Kampf ein objektiv wichtiger Teil des demokratisch-antimonopolistischen Kampfes überhaupt, insbesondere des Kampfes gegen das Rechtskartell.

*

In diesem Zusammenhang gewinnt die umfassende organisierte Interessenvertretung wachsendes Gewicht für die Entfaltung der Selbständigkeit der Studenten für ihre fortschrittlichen sozialen Interessen und für die Einbeziehung breitester Teile der Studentenschaft in den demokratisch-antimonopolistischen Kampf.

Die Tatsache, daß staatsmonopolistische Bildungspolitik und studentische Bewegung in bezug auf ihre gegenwärtige Organisiertheit gegenläufige Tendenzen aufweisen, macht die überregionale Koordinierung der lokalen Interessenvertretung bei gleichzeitiger Integration aller wissenschaftlichen und Arbeitsansätze (Projektbereiche, Mitarbeit in den progressiven politischen Studentenorganisationen) schon zu einem kräftepolitischen Erfordernis. Eine umfassende Interessenvertretung ist dabei in ihrer historisch fortschrittlichen Form dem Wesen nach nur in der Gestalt einer Gewerkschaft möglich.

Nun gehören aber die Studenten an der Hochschule nicht zur Arbeiterklasse, auch nicht der Teil, der später im Beruf Teil der Arbeiterklasse sein wird. Deshalb kann und soll die studentische Interessenvertretung nicht im Sinne einer Industriegewerkschaft gewerkschaftlich organisiert werden. Die Lösung der Schaffung einer Studentengewerkschaft ist auch deshalb falsch, weil die Verfaßtheit der studentischen Organe (Fachschaften, ASten und mithin auch der vds), die ursprünglich reaktionäre Instrumente im Sinne einer ständischen Interessenvertretung waren und die erst durch die progressive Studentenbewegung in ihrem politischen Inhalt gewendet wurden als ein politisch-organisatorisch nützliches Moment der gegenwärtigen Verfassung der Hochschulen, erhalten und gegen die Versuche des Gegners zu ihrer Zerschlagung oder Aushöhlung verteidigt und zu Organen der umfassenden Interessenvertretung im antimonopolistisch-demokratischen Sinne entwickelt werden müssen.

Die Ersetzung der verfaßten Studentenschaft durch andere Organisationsmodelle bedeutet damit die Preisgabe von Positionen an den Gegner.

Die Orientierung auf die historisch-fortschrittliche Form der Interessenvertretung kann deshalb nur die Orientierung auf die gewerkschaftliche Organisation der Masse der Studenten im späteren Beruf sein, d. h. die Gewinnung für die aktive (und klassenbewußte) Mitarbeit in den DGB-Gewerkschaften. An der Hochschule selbst muß die umfassende Interessenvertretung auf die Herstellung gewerkschaftlichen Bewußtseins und gewerkschaftlichen Handelns im Sinne des organisierten und solidarischen Vorgehens gerichtet sein. Dabei werden ständische Vorstellungen abgebaut und die Masse der Studenten schon an der Hochschule zu einem aktiven Bündnis mit der Arbetierklasse befähigt. Auch die Konzeption für die vds-Arbeit muß in der Abgrenzung von Vorstellungen eines sozialistischen Kampfverbandes einerseits und einer ständischen kleinbürgerlichen Lobby andererseits als gewerkschaftliche Orientierung (nicht Organisierung) bestimmt werden. Gewerkschaftliche Orientierung heißt also 1) die Entwicklung der studentischen Organe im Sinne der umfassenden Interessenvertretung auf antimonopolistischer Basis, 2) die Propagierung und Herstellung gewerkschaftlichen Bewußtseins im Sinne des organisier-

ten und solidarischen Handelns im Hochschulbereich und die Orientierung auf die gewerkschaftliche Organisierung der Studenten, 3) ausgehend vom soziologischen Fakt der hohen Konzentration der Studenten am Hochschulort, ihre Entwicklung zu Organen, die sich auf die aktive Mitarbeit ihrer Massenbasis stützen und den sozialen und politischen Kampf in engster Verbindung mit ihr organisieren, 4) die Entwicklung des vds zum überregionalen Organ der Masse der Studenten im Sinne der Integration aller Ebenen der umfassenden Interessenvertretung, d. h. die Instrumentalisierung des vds-Sekretariats für diesen Prozeß der Vereinheitlichung der studentischen Oppositionsbewegung und ihrer Organe.

*

Diese umfassende Interessenvertretung muß sich organisationspolitisch zunächst an einigen Charakteristika der modernen staatsmonopolistischen Bildungsplanung orientieren:
— Zusammenfassung wesentlicher Entscheidungsorgane in staatsmonopolistischen Gremien auf Bundesebene.

— Speisung dieser Gremien durch wissenschaftliche Vorarbeiten speziell dazu eingerichteter Institute (Berufs-, Arbeitsmarkt-, Didaktik-, Kapazitäts- und Curriculaforschung usw.).

— Diese wissenschaftlichen Vorarbeiten wirken sich wegen ihrer Bedeutung für den Planungsprozeß immer unmittelbarer auf die soziale und Studienlage der Studenten, sowie auf ihren späteren Beruf aus. Sie werden unter gegebenen Kräfteverhältnissen nach den vom spätkapitalistischen System vorgegebenen Prämissen betrieben und können von den Betroffenen weder bestimmt noch öffentlich durchschaubar gemacht werden.

— Zugleich werden für den imperialistischen Staat integrative Formen der Beteiligung der Hochschulangehörigen an der Planung unabdingbar, um die für den Planungsprozeß erforderlichen Daten aus den Hochschulen zu erhalten. Die dann auf Länder- und vor allem auf Bundesebene getroffenen planerischen Entscheidungen sollen umgekehrt rigoros an den Hochschulen durchgesetzt werden.

— Es gibt Pläne, die dabei auftretenden Widersprüche zu verdecken, indem die verschiedenen Gruppen an der Hochschule in zu Hochschulgesamtvertretungen integrierter Form am Planungsprozeß begrenzt teilhaben sollen. Diese regionalen und überregionalen „Hochschulkonferenzen" sollen die Möglichkeit einer gemeinsamen Interessenvertretung aller Gruppen an der Hochschule vortäuschen und vor allem von fortschrittlichen Kräften geleitete autonome studentische Interessenvertretungen untergraben und lähmen.

Unter diesen Bedingungen verschärft sich die Notwendigkeit der Stärkung der überregionalen studentischen Interessenvertretung auf demokratisch-antimonopolistischer Basis. Dabei muß die überregionale Vertretung zu einem belebenden Faktor für die Bewegung an der Hochschule werden, wird aber umgekehrt nur durch feste Verankerung in dieser Bewegung wirksam.

Eine Seite dieser Wechselwirkung zwischen überregionaler Interessenvertretung und Bewegung an der Hochschule liegt zunächst darin begründet, daß die Vorgänge in den Fachbereichen immer weniger von den Fachbereichen selbst beeinflußt werden, zugleich jedoch die zentralen planerischen Entscheidungen der Durchsetzung in den Fachbereichen bedürfen, um wirksam zu werden.

Öffentlichkeit und Mitbestimmung können in den Fachbereichen wirksamer gefordert werden, wenn die Strategie und Entscheidungswege des Kapitals im jeweiligen Fachbereich und von daher die Bedeutung der Mitbestimmungsforderung deutlich gemacht werden können. Dies erfordert eine entsprechende politische Informationstätigkeit der demokratischen und sozialistischen Studenten. Diese erforderlichen Informationen müssen weitgehend aus den überregionalen bildungspolitischen Gremien des Kapitals sowie deren wissenschaftlichen Institutionen geholt werden.

Diese zentrale Organisationsaufgabe erhält dadurch direkt politischen Charakter, daß die Weitergabe von Informationen die Vermittlung des Klasseninhalts des mitgeteilten Faktums umfassen muß, wenn diese Tätigkeit nicht nur sozialistische Kader zum Adressaten haben soll. Zentrale Informationspolitik ist außerdem weitgehend Ergebnis des politischen Kampfes und muß beständig durch politischen Kampf abgesichert werden: den Kampf um Öffentlichkeit der staatsmonopolistischen Planungsprozesse. Von daher bestimmt, muß der vds sein Verhalten zu HIS, FIM, Hofoz etc. bestimmen.

Der Kampf um Öffentlichkeit der wissenschaftlichen Vorarbeiten für die Bildungsplanung hebt die Einheit von zentraler und lokaler Politik auf eine neue Stufe: die sozialistischen Kräfte werden zugleich gezwungen und mehr noch als bisher befähigt, ihre Politik zu verwissenschaftlichen. Dieses wird möglich und notwendig durch die Verzahnung der Planungsebenen: zentrale Planung ist nur möglich durch Rückkopplung mit lokaler Datenerhebung und Detailplanung.

Auf der Grundlage des ständigen Kampfes um Öffentlichkeit der Planung auf allen Ebenen erhalten die sozialistischen Kräfte Kenntnisse und Fertigkeiten, die es ihnen erleichtern, lokale und allgemeine Gegenkonzeptionen zur staatsmonopolistischen Planung wissenschaftlich zu fundieren, zu propagieren und den Kampf um demokratische Teilpositionen im Hochschulbereich zu führen.

Bei der Entwicklung solcher Gegenkonzeptionen ist die enge Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen gesellschaftlicher demokratischer Organisationen, speziell der Gewerkschaften, notwendig. In diesem Zusammenhang wird ein weiteres Moment der Einheit von zentraler und lokaler Studentenpolitik deutlich: lokale fortgeschrittene Ansätze müssen sowohl räumlich als auch inhaltlich auf ein allgemeineres Niveau gehoben werden.

*

Aus der notwendigen Funktion der zentralen Informationspolitik, lokale Bewegungen zu beleben und zu stärken, folgt die Aufgabe, in Zeiten lokaler Flauten bessere Ausgangsbedingungen für ein Wiedererstarken der Bewegung zu schaffen, und zwar sowohl durch das Wecken von Interesse an neuem Engagement im betreffenden Bereich als auch durch den Versuch, einmal errungene Positionen so weit wie möglich zu halten. Wenn damit im Kern die Bedeutung der überregionalen studentischen Interessenvertretung vds unter den gegenwärtigen bildungspolitischen Bedingungen beschrieben ist, so ergeben sich in Anknüpfung an den augenblicklichen Entwicklungsstand der demokratischen und sozialistischen Bewegung im Hochschulbereich folgende Hauptaufgaben des vds:

— Eine breite und gezielte Informationsarbeit, mit dem Ziel der Verdeutlichung des Gesamtsystems staatsmonopolistischer Bildungspolitik muß einen wesentlichen Beitrag leisten im demokratischen Kampf an der Hochschule. Um dieses zu ermöglichen, ist die Präsenz des vds in den wichtigsten Gremien im Felde der Wissenschafts- und Bildungspolitik erforderlich.

— Im Sinne der Förderung fortgeschrittener Ansätze von antimonopolistischen Aktionen an der Hochschule ist ebenfalls notwendig, lokale Isolierung zu durchbrechen, Modelle publizistisch zu verbreiten. Überregionale Verbindungen knüpfen zu helfen und zur Herausbildung einheitlicher Stoßrichtungen aus einer Vielfalt von Einzelaktivitäten beizutragen.

— Diese Politik ist nur erfolgreich im engen Zusammenhang mit konzeptioneller Vorarbeit. Die frühzeitige Analyse der neuesten Entwicklungstendenzen in der kapitalistischen Bildungspolitik darf nicht auf lokale Projektgruppen beschränkt bleiben. Sie ist vielmehr eine wesentliche Bedingung für die Weiterentwicklung des demokratischen Kampfes. Sie schafft aber zugleich eine wichtige Voraussetzung der Intensivierung des Kampfes um Öffentlichkeit der Bildungsplanung auf überregionaler Ebene, sowie für die Politisierung der zentralen Informationsarbeit.

— Die analytische Vorarbeit wird also nur wirksam in Verbindung mit der Förderung praktischen Erfahrungsaustausches. Wenn auch auf absehbare Zeit ein analytischer Vorlauf vor allem in wichtigen Gebieten der Bildungspolitik in Form von zentralen Spezialistenarbeitstagungen organisiert werden muß, wächst die Bedeutung der Zusammenfassung beider Seiten dieses Prozesses — des Vorlaufs und des Erfahrungsaustausches — im Rahmen von überregionalen Seminaren. Sie dienen damit außerdem der Festigung des Zusammenhalts von lokaler und zentraler Politik und fördern insbesondere die zentrale Artikulation des antimonopolistischen Kampfes an der Hochschule.

Wortlaut der Schlußresolution des Kongresses „Mitbestimmung in Wissenschaft und Ausbildung – für Demokratie und sozialen Fortschritt" am 16. Dezember 1970 in Bonn

Der immer deutlicher werdende Druck der konservativen und reaktionären Sammlungsbewegung gegen Friedens- und Entspannungspolitik nach außen, gegen fortschrittliche und sozialistische Bewegungen und gegen jeden Ansatz von demokratischen Reformen im Innern macht auch vor dem Hochschulbereich nicht halt. Seinen organisatorischen Ausdruck findet er in Gestalt des „Bundes Freiheit der Wissenschaft".

Auswirkungen dieser antidemokratischen Bestrebungen sind bereits erkennbar in einigen Bestimmungen der vorliegenden Entwürfe für ein Hochschulrahmengesetz und ein Ausbildungsförderungsgesetz ebenso wie im Versagen der KMK in der Reform der Lehrerbildung. Erste in manchen Landeshochschulgesetzen enthaltene Ansätze von Mitbestimmungsmöglichkeiten für die im Wissenschafts- und Ausbildungsbereich Tätigen sind in Gefahr, zugunsten einer vornehmlich im Interesse von Großindustrie und Staatsbürokratie erfolgenden zentralen Planung wieder aufgehoben zu werden.

Die wissenschaftlich-technische Revolution bewirkt eine quantitative Steigerung und qualitative Veränderung im System der Produktivkräfte; Wissenschaft selbst ist unmittelbare Produktivkraft geworden. Die Effektivität der industriellen Produktion ist mehr denn je abhängig vom Entwicklungsstand der wissenschaftlichen Arbeit, von der Organisation der Forschung und der zielgerichteten Ausbildung wissenschaftlich qualifizierter Arbeitskräfte. Dies gilt nicht nur für die Naturwissenschaften und die Technik. Die optimale Entwicklung der Produktivkräfte erfordert den zielgerichteten Einsatz auch der Gesellschaftswissenschaften für die Grundlagen der Planung und verlangt die Entwicklung wissenschaftlicher Prognostik. Der Einsatz von Wissenschaft in der Produktion und in allen gesellschaftlichen Bereichen schafft objektiv die Voraussetzung, die Zukunft der Menschheit rational zu planen und die schöpferischen Kräfte des Menschen freizusetzen. Von zentraler Bedeutung ist dabei, wer diese Planung durchführt und zu wessen Nutzen, mit welchen Zielen und Inhalten dies geschieht.

Die Frage zu stellen und sie im Interesse der arbeitenden Menschen zu beantworten, ist nicht nur Sache der Studenten und anderer Hochschulangehörigen; wie sie gelöst wird, ist von entscheidender Bedeutung für die friedliche und humane Zukunft unserer Gesellschaft überhaupt.

Die Mehrheit der Bevölkerung, die lohnabhängig Arbeitenden und ihre Gewerkschaften sowie die Hochschulangehörigen haben darum ein gemeinsames Interesse an demokratischer Ausbildung und Wissenschaft und müssen ihr Bemühen um Zusammenarbeit verstärken.

In diesem Zusammenhang nimmt die Forderung nach Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen eine zentrale Stellung ein. Die Durchsetzung der Mitbestimmung soll eine weitere Formierung des Wissenschafts- und Ausbildungsbereiches verhindern, sie

soll es ermöglichen, offen zu gestaltende Lern- und Lehrinhalte an die Stelle reaktionärer zu setzen; sie soll den arbeitenden Menschen in die Lage versetzen, über die Gestaltung und Planung seiner Zukunft mitzuentscheiden und sozialen Fortschritt einzuleiten. Die Forderung nach Mitbestimmung ist deshalb Ausgangspunkt für den gemeinsamen Kampf um:

— Durchsetzung der integrierten Gesamtschule mit einer demokratischen Struktur, neuen Lehr- und Lerninhalten;

— Integration der Berufsausbildung in die integrierte Gesamtschule, Aufhebung der persönlichen Abhängigkeit der Lehrlinge von ihren Ausbildern;

— Integration von Forschung, Lehre und Studium im Rahmen einer einheitlichen wissenschaftlichen Ausbildung in einer demokratisch verfaßten Gesamthochschule;

— das Recht der abhängig Arbeitenden auf ständige Weiterbildung und Mitbestimmung im Betrieb.

Bei unterschiedlicher politischer Grundhaltung verstehen die Versammelten den Kongreß als Beitrag für Initiativen im Kampf um Mitbestimmung und Demokratisierung des Ausbildungswesens und für die gemeinsame Abwehr reaktionärer Kräfte im Hochschulbereich wie in der Gesellschaft.

Sie setzen sich dafür ein, daß die ausgesprochenen Forderungen in den Hochschulen vertieft werden, und rufen aus Anlaß der bevorstehenden Verabschiedung eines Hochschulrahmengesetzes dazu auf, in Informationstagen zu Beginn des Jahres 1971 an den einzelnen Hochschulen in diesem Sinne zu wirken und restriktive Tendenzen des in Aussicht genommenen Gesetzes zu bekämpfen.

Diese Resolution wurde von den Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Bundesassistentenkonferenz, des Verbandes Deutscher Studentenschaften sowie der Aktionsgruppe Hochschullehrer an der FU Westberlin eingebracht und fast einstimmig im Plenum verabschiedet.

Die Landtagswahlen in der Bundesrepublik im Jahre 1970

Die „Blätter" werden künftig an dieser Stelle regelmäßig die endgültigen amtlichen Gesamtergebnisse der Bundestags- bzw. Landtagswahlen des abgeschlossenen Jahres dokumentieren. D. Red.

Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg (22. März 1970)

Wahlberechtigte: 1 382 265
Wahlbeteiligung: 73,4 Prozent
Zahl der Abgeordneten: 120

	Stimmen	Prozent	Mandate
1) SPD	554 455	55,3	70
2) CDU	329 337	32,8	41
3) FDP	70 875	7,1	9
4) NPD	27 312	2,7	—
5) FSU	1 154	0,1	—
6) EP	2 743	0,3	—
7) DKP	17 228	1,7	—

Quelle: Staatliche Pressestelle Hamburg

Wahl zum Niedersächsischen Landtag (14. Juni 1970)

Wahlberechtigte: 5 085 443
Wahlbeteiligung: 76,7 Prozent
Zahl der Abgeordneten: 149

	Stimmen	Prozent	Mandate
1) SPD	1 792 943	46,3	75
2) CDU	1 771 698	45,7	74
3) NPD	124 675	3,2	—
4) FDP	169 457	4,4	—
5) DKP	15 076	0,4	—
6) EP	1 256	0,0	—
7) NLP	671	0,0	—

Quelle: Niedersächsisches Ministerialblatt Nr. 26/1970

Wahl zum Landtag von Nordrhein-Westfalen (14. Juni 1970)

Wahlberechtigte: 11 890 609
Wahlbeteiligung: 73,5 Prozent
Zahl der Abgeordneten: 200

	Stimmen	Prozent	Mandate
1) SPD	3 996 808	46,1	94
2) CDU	4 020 186	46,3	95
3) FDP	478 420	5,5	11
4) Z	9 902	0,1	—
5) UAP	1 504	0,0	—
6) DKP	76 964	0,9	—
7) NPD	94 043	1,1	—

Quelle: Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen

Wahl zum Landtag des Saarlandes (14. Juni 1970)

Wahlberechtigte: 787 049
Wahlbeteiligung: 83,1 Prozent
Zahl der Abgeordneten: 50

	Stimmen	Prozent	Mandate
1) CDU	308 107	47,8	27
2) SPD	262 492	40,8	23
3) FDP/DPS	28 167	4,4	—
4) SVP/CVP	5 773	0,9	—
5) DKP	17 344	2,7	—
6) NPD	22 020	3,4	—

Quelle: Statistische Berichte des Statistischen Amtes des Saarlandes B III 2

Werner Treuheit

Sozialismus in Entwicklungsländern
Ägypten, Burma, Indonesien, Tanganjika, Westafrika
Sammlung Junge Wissenschaft
240 Seiten, glanzkart., DM 16,—

Kennet M. Lewan

Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse
Kleine Bibliothek, Bd. 9
179 Seiten, engl. broschiert, DM 9,80

Hassan Nazari

Der ökonomische und politische Kampf um das iranische Erdöl
Kleine Bibliothek, Bd. 7
217 Seiten, engl. broschiert, DM 9,80

Hanno Möbius

Arbeiterliteratur in der BRD
Industriereportagen und Reportageromane: Christian Geissler, Max von der Grün, Günter Wallraff
Sammlung Junge Wissenschaft
103 Seiten, glanzkart., DM 11,80
„Es kennzeichnet die Untersuchung von Möbius, daß er die Werke der Arbeiterliteratur nicht unvermittelt zur gesellschaftlichen Realität sieht. Die Anwendung des ‚Marx'schen Konfliktmodells des Historischen Materialismus' ermöglicht Möbius eine theoretische Bestimmung von Arbeiterliteratur, die sowohl deren gesellschaftliche Funktion in der Gegenwart wie ihre mögliche Funktion im Klassenkampf aufweist."
Das Argument

Berthold-Lozek (Herausgeber)

Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung Handbuch
566 Seiten, Leinen, DM 28,—
„Eine Rezension ist nicht nur im Rahmen einer Zeitungsrezension unmöglich, sie ist generell unmöglich, denn sie würde eine nicht gegebene Allwissenheit des Rezensenten vortäuschen. Hier soll nur global darauf hingewiesen werden, daß im Rahmen der Kritik zugleich die wesentlichen, sozusagen die gesicherten Ergebnisse der DDR-Historiographie mitgeteilt werden. Darin liegt der so große informative Wert dieses Bandes."
Deutsche Volkszeitung

Pahl-Rugenstein

Wahl zum Hessischen Landtag (8. November 1970)

Wahlberechtigte: 3 828 701
Wahlbeteiligung: 82,8 Prozent
Zahl der Abgeordneten: 110

	Stimmen	Prozent	Mandate
1) SPD	1 442 201	45,9	53
2) CDU	1 248 453	39,7	46
3) FDP	316 270	10,1	11
4) NPD	94 531	3,0	—
5) DKP	36 712	1,2	—
6) EP	3 649	0,1	—

Quelle: Statistische Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes B III 2 — 4/70

Wahl zum Bayerischen Landtag (22. November 1970)

Wahlberechtigte: 7 253 205
Wahlbeteiligung: 79,5 Prozent
Zahl der Abgeordneten: 204

	Stimmen *)	Prozent	Mandate
1) CSU	6 344 599	56,4	124
2) SPD	3 742 760	33,3	70
3) NPD	325 646	2,9	—
4) FDP	624 560	5,5	10
5) BP	147 381	1,3	—
6) DKP	40 255	0,4	—
7) EFP	17 906	0,2	—

*) Bei den hier wiedergegebenen Zahlen handelt es sich um die Addition der für den Stimmkreisbewerber und den Wahlkreisbewerber (bzw. die Wahlkreisliste) abgegebenen Gesamtstimmen.

Quelle: Mitteilungen und Bekanntmachungen des Landeswahlleiters des Freistaates Bayern, Nr. 3/1970

BP = Bayernpartei / CDU = Christlich-Demokratische Union / CSU = Christlich-Soziale Union / CVP = Christliche Volkspartei des Saarlandes / DKP = Deutsche Kommunistische Partei / DPS = Demokratische Partei Saar (Landesverband der FDP im Saarland) / EFP = Europäische Föderalistische Partei / EP = Europa-Partei / FDP = Freie Demokratische Partei / FSU = Freisoziale Union (Demokratische Mitte) / NLP = Niedersächsische Landespartei / NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands / SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands / SVP = Saarländische Volkspartei / UAP = Unabhängige Arbeiterpartei / Z = Zentrum.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Hilde Bentele, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. Dr. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Telefon: 21 53 36. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

HALL, Martin, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *ELLIESEN, Klaus*, geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *BREDOW, Dr. Wilfried Frhr. v.*, geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln; jetzt als Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn tätig. *** *KÜHNL, Dr. Reinhard*, geb. 1936 in Schönwerth, studierte Geschichte, Germanistik, Soziologie und Politikwissenschaft in Marburg und Wien, ist seit 1962 als Assistent am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg tätig. *** *BORIS, Dr. Dieter*, geb. 1943 in Bielitz/OS, studierte Soziologie, Politologie und Philosophie in Frankfurt/Main und Marburg, ist Assistent am Soziologischen Institut der Universität Marburg. *** *KUBALE, Sigrid*, geb. 1941 in Schwerin/Warthe, ist Sozialarbeiterin und studierte außerdem Politologie, Soziologie und Pädagogik zunächst an der FU in Westberlin, jetzt in Marburg. *** *MÜLLER, Dr. Thomas*, geb. 1940 in Berlin, studierte Philosophie und Geschichte, arbeitet seit 1969 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/Main. *** *KROMBACH, Uwe*, geb. 1950 in Düsseldorf, studierte Jura und Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum. *** *PIEPER, K. Josef*, geb. 1948 in Ramscheid/Sauerland, studiert Soziologie, Germanistik und Politikwissenschaft in Gießen. *** *GREIWE, Ulrich*, geb. 1945 in Bad Essen/Osnabrück, arbeitete zunächst als Schriftsetzer, studierte dann an der Deutschen Journalistenschule in München und arbeitete als Reporter bei mehreren Tageszeitungen, lebt heute als freier Journalist in München; Herausgeber des Buches „Herausforderung an die Zukunft" in der Desch-Reihe „Modelle für eine neue Welt".

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen eine Einladung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, und eine Werbekarte des Pahl-Rugenstein Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

HALL, Martin, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *ELLIESEN, Klaus*, geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *BREDOW, Dr. Wilfried Frhr. v.*, geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln; jetzt als Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn tätig. *** *KUHNL, Dr. Reinhard*, geb. 1936 in Schönwerth, studierte Geschichte, Germanistik, Soziologie und Politikwissenschaft in Marburg und Wien, ist seit 1962 als Assistent am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg tätig. *** *BORIS, Dr. Dieter*, geb. 1943 in Bielitz/OS, studierte Soziologie, Politologie und Philosophie in Frankfurt/Main und Marburg, ist Assistent am Soziologischen Institut der Universität Marburg. *** *KUBALE, Sigrid*, geb. 1941 in Schwerin/Warthe, ist Sozialarbeiterin und studierte außerdem Politologie, Soziologie und Pädagogik zunächst an der FU in Westberlin, jetzt in Marburg. *** *MULLER, Dr. Thomas*, geb. 1940 in Berlin, studierte Philosophie und Geschichte, arbeitet seit 1969 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt/Main. *** *KROMBACH, Uwe*, geb. 1950 in Düsseldorf, studierte Jura und Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum. *** *PIEPER, K. Josef*, geb. 1948 in Ramscheid/Sauerland, studiert Soziologie, Germanistik und Politikwissenschaft in Gießen. *** *GREIWE, Ulrich*, geb. 1945 in Bad Essen/Osnabrück, arbeitete zunächst als Schriftsetzer, studierte dann an der Deutschen Journalistenschule in München und arbeitete als Reporter bei mehreren Tageszeitungen, lebt heute als freier Journalist in München; Herausgeber des Buches „Herausforderung an die Zukunft" in der Desch-Reihe „Modelle für eine neue Welt".

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen eine Einladung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, und eine Werbekarte des Pahl-Rugenstein Verlags bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.